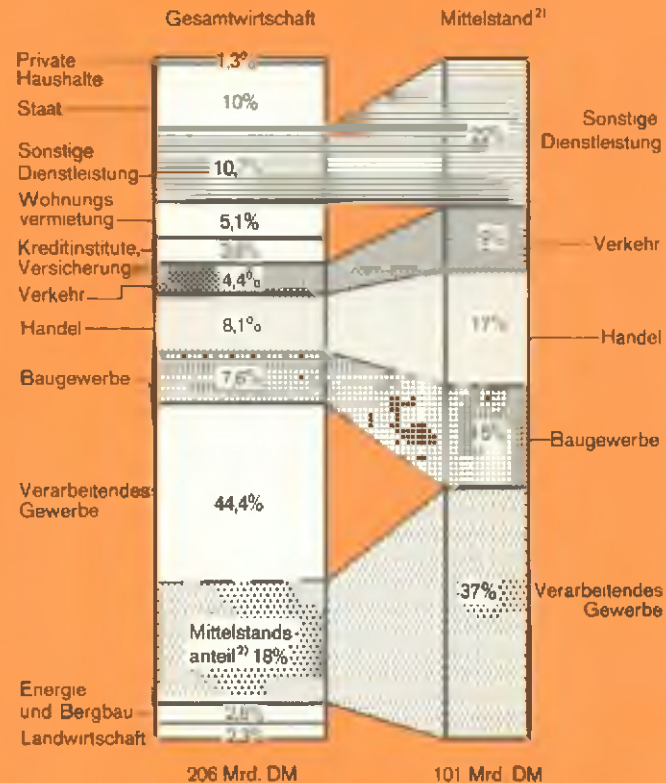


Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1979/80

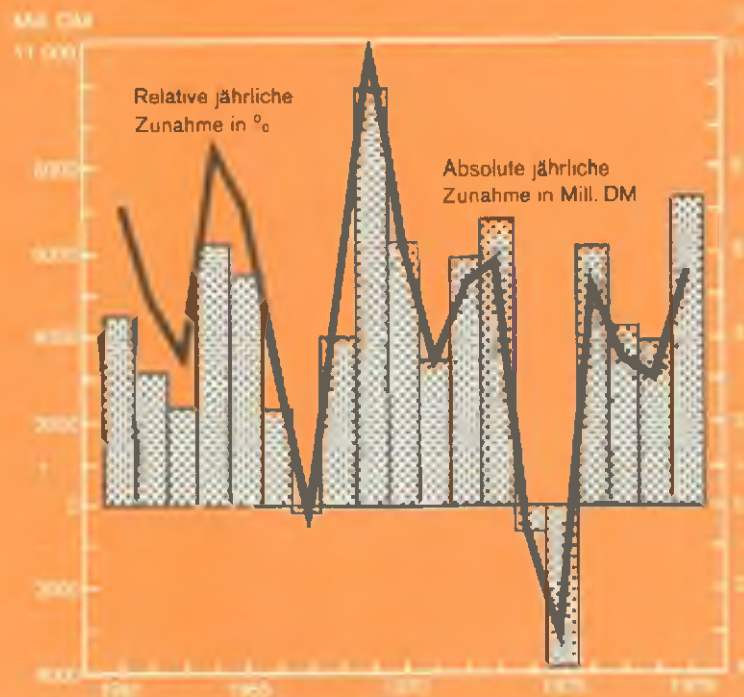
Heft 7

Beitrag des Mittelstandes zur gesamtwirtschaftlichen Leistung¹⁾ 1978



1) Bruttowertschöpfung insgesamt (unbereinigt). – 2) Geschätzt.

Absolute und relative Zunahme der realen Bruttowertschöpfung seit 1960



Baden-Württemberg



**Statistischer
und
prognostischer
Jahresbericht 1979/80**

**Herausgegeben von der Landesregierung
Baden - Württemberg in Zusammenarbeit mit dem
Statistischen Landesamt**

Artikel-Nr. 1114 80001

Vorwort

Die Landesregierung legt mit dem Statistischen und Prognostischen Jahresbericht 1979/80 den siebten Bericht in dieser Reihe vor. Außer dem Rückblick auf das vergangene Jahr und dem Ausblick enthält der Bericht einige Untersuchungen zu verschiedenen Schwerpunktbereichen.

Aufgabe des Berichtes ist es, auf Entwicklungen und Situationen hinzuweisen und, soweit als möglich, auf die jeweiligen Bestimmungsfaktoren aufmerksam zu machen. Der Bericht soll nicht nur der Landesregierung Material an die Hand geben, vielmehr sollen auch die Bürger und alle Verantwortlichen über Entwicklungen im Land informiert werden.

Die gute Investitionsgüterkonjunktur begünstigte die Entwicklung in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr. Das reale Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 5,6% und lag damit deutlich über dem Wert für das gesamte Bundesgebiet (+ 4,4%). Diese insbesondere vom Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie vom Investitionsgüter produzierenden Gewerbe getragene Entwicklung führte auch zu einer weiteren Verringerung der Arbeitslosenquote auf 2,1% gegenüber 2,6% im Jahr 1978. Unausgewogenheiten am Arbeitsmarkt bestehen jedoch weiterhin in regionaler, sektoraler und personaler Sicht.

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung ist in der Vergangenheit aufgrund des Rückgangs der Geburtenzahlen in den Blickpunkt unseres Interesses gerückt. Im Verlauf des Jahres 1979 trat jedoch eine auffallende Zunahme der Geburten ein, die, soweit bereits zu erkennen ist, überwiegend die deutsche Bevölkerung betrifft und sich nicht aus der Zunahme der Zahl der Frauen in den entsprechenden Jahrgängen erklärt. Nach vorläufigen Ergebnissen für die ersten Monate 1980 setzt sich diese Zunahme fort. Allerdings ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu erkennen, ob sie andauern wird und welche Ursachen dafür verantwortlich sind.

Eine wichtige Aufgabe wird weiterhin darin bestehen, die Voraussetzungen für qualifizierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen. Auch im abgelaufenen Jahr ist es durch die gemeinsamen Anstrengungen aller Beteiligten gelungen, das Angebot an Ausbildungsplätzen erheblich zu steigern und damit eine ausreichende Zahl von Plätzen zur Verfügung zu stellen. Zur langfristigen Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit ist es erforderlich, daß die jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung erhalten.

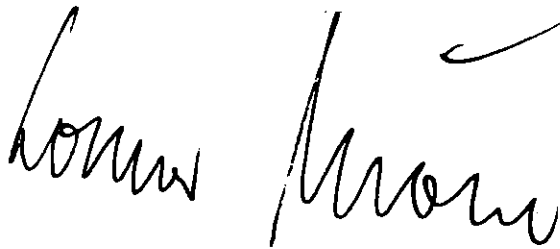
Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr sind die Voraussetzungen günstig, obwohl gegenüber dem Vorjahr mit einer niedrigeren Wachstumsrate zu rechnen ist. Die Produktion ist im ersten Vierteljahr 1980 um rund 6%, der Auftragseingang um rund 4% gestiegen. Welche Bedeutung die Exportwirtschaft für unser Land hat, wird wiederum darin deutlich, daß die Auslandsnachfrage im ersten Quartal überdurchschnittlich (+ 8,2%) zugenommen hat. Aufgrund der weltwirtschaftlichen Situation könnte jedoch zum Jahresende eine geringere Zuwachsrates beim Export eintreten. Unsicherheiten bestehen auch bei der binnenwirtschaftlichen Nachfrageentwicklung. Die Stabilisierungspolitik der Bundesbank wird sich sicherlich auf alle Nachfragebereiche auswirken.

Im Teil II und Teil III enthält der Bericht einige Analysen zu wichtigen landespolitischen Themenbereichen. In dem Abschnitt "Entwicklungsperspektiven der Wirtschaft in den achtziger Jahren" wird der Versuch gemacht, wichtige Ergebnisse verschiedener Untersuchungen gegenüber zu stellen. Die Prognosen zeigen aufgrund ihrer Modellannahmen mögliche Entwicklungslinien auf. Es ist jedoch nicht zwangsläufig, daß die Prognoseergebnisse auch eintreffen. Vielmehr müssen alle Beteiligten dafür Sorge tragen, daß ungünstige Trends verhindert werden und günstige Trends unterstützt werden.

In den weiteren Analyseabschnitten wird — aus statistischer Sicht — die Situation in verschiedenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bereichen untersucht.

Die Landesregierung dankt dem Präsidenten des Statistischen Landesamtes, Herrn Professor Dr. Szameitat, und seinen Mitarbeitern für die mit großer Sorgfalt erfolgte Ausarbeitung des Statistischen und Prognostischen Jahresberichtes 1979/80.

Stuttgart, im Juni 1980

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Lothar Späth', with a large, sweeping flourish at the end.

Ministerpräsident
Lothar Späth

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Teil I	
Rückblick und Ausblick	7
1. Das Jahr im Überblick	7
2. Ausblick auf das Jahr 1980	16
Teil II	
Entwicklungsperspektiven der Wirtschaft in den achtziger Jahren	28
Teil III	
Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen	48
1. Wirtschaftsstrukturen mittlerer Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe	48
2. Die Energieversorgung	58
3. Wohnungen und Wohnverhältnisse	65
4. Die älteren Menschen	71
5. Die Einkommenssituation der Bevölkerung und gesamtwirtschaftliche Umverteilung	81
6. Die Entwicklung der Kriminalität	96
7. Zur Entwicklung des Schulbesuchsverhaltens	100
Anhang	105

Teil I

Rückblick und Ausblick

1. Das Jahr im Überblick

Mit dem Jahr 1979 ging eine Dekade zu Ende, die in vielen Bereichen eine Zeit der Umorientierung war. Zu nennen sind der Geburtenrückgang mit seinen Konsequenzen für die Bevölkerungsentwicklung und die zunehmende Zahl ausländischer Familien, deren Integration in unserem Land sich als Aufgabe von wachsender Bedeutung erwiesen hat. Die Umorientierung zeigte sich u. a. auch in dem gestiegenen Bedürfnis nach Leben in einer intakten Umwelt. Die im Anschluß an die Ölkrise 1973 einsetzende Rezession war die schwerste der Nachkriegszeit und wirkte bis 1978 nach.

Das Jahr 1979 brachte dann für Baden-Württemberg und die Bundesrepublik die schon lange erwartete sich selbst tragende Investitionsgüterkonjunktur und erfüllte damit erstmals seit der Rezession die Vorstellungen einer hochkonjunkturellen Entwicklungsphase. Andererseits haben weltpolitische Unruhen im Iran und in Afghanistan mit einschneidenden preislichen Konsequenzen für die Rohstoff- und Energieversorgung, sowie ein allgemein schneller Anstieg des Preisniveaus die Entwicklung ungünstig beeinflusst.

1979 brachte als bedeutendes politisches Ereignis unter anderem die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments am 10. Juni. Im „Jahr des Kindes“ 1979 verstärkte die Landesregierung ihre

Maßnahmen in dem Bemühen, die wirtschaftliche Situation der Familien zu verbessern und Impulse für die Schaffung einer kinderfreundlichen Umwelt zu geben.

Wieder positive Bevölkerungsbilanz bei den Deutschen

Die Bevölkerungsentwicklung zeigte 1979 steigende Tendenz. Die Erhöhung um 52 300 Einwohner auf insgesamt 9,19 Mill. beruhte im wesentlichen auf der Zunahme der ausländischen Bevölkerung, deren Zahl am Jahresende bei 873 400 lag. Im Sog der Wirtschaftskonjunktur hat sich der Zuzug von Erwerbspersonen aus dem Ausland wieder verstärkt. Außerdem ist bemerkenswert, daß mehr ausländische Arbeitnehmer ihre Familien mitbringen bzw. nachholen. Während früher etwa drei arbeitende Ausländer auf einen nichtarbeitenden Familienangehörigen entfielen, liegt das Verhältnis jetzt nahezu bei 1 : 1.

Bei der deutschen Bevölkerung hat sich der seit Mitte der sechziger Jahre zu beobachtende Geburtenrückgang 1979 nicht fortgesetzt. Die Zahl der Lebendgeborenen liegt bei 76 300 und damit um 3,3% höher als im Vorjahr. Im 2. Halbjahr lag die Geburtenzahl sogar um 2 667 oder 6% über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Nach diesem Ergebnis muß die Fruchtbarkeit in verschiedenen

Tabelle 1

Bevölkerungsbewegung

Merkmal	1978			1979		
	Per- sonen ins- gesamt	davon		Per- sonen ins- gesamt	davon	
		Deutsche	Aus- länder		Deutsche	Aus- länder
Anzahl						
Geburten	89 924	73 895	16 029	92 425	76 318	16 107
Sterbefälle	93 987	92 576	1 411	91 513	90 027	1 486
Geburtenüberschuß bzw. -verlust (—)	— 4 063	— 18 681	+ 14 618	+ 912	— 13 709	+ 14 621
Zuzüge	237 097	122 525	114 572	258 873	122 214	136 659
Fortzüge	215 697	106 716	108 981	207 523	103 556	103 967
Wanderungssaldo	+ 21 400	+ 15 809	+ 5 591	+ 51 350	+ 18 658	+ 32 692
Ein- bzw. Ausbürgerung (—)	—	+ 4 247	— 4 247	—	+ 3 084	— 3 084
Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme (—)	+ 17 337	+ 1 375	+ 15 962	+ 52 262	+ 8 033	+ 44 229
Bevölkerungsstand am Jahresende	9 137 790	8 308 583	829 207	9 190 052	8 316 616	873 436

Altersjahrgängen wieder gestiegen sein. Die Zahl der Gestorbenen beträgt 90 000, so daß sich ein Geburtendefizit von 13 700 errechnet, das jedoch durch einen Wanderungsgewinn von 18 700 Deutschen überkompensiert wird. Unter Hinzurechnung von etwas mehr als 3000 Einbürgerungen ergab sich bei der deutschen Bevölkerung eine Zunahme um 8000 auf insgesamt 8,317 Mill. Personen.

Die Ausländer passen sich, wie die Beobachtung zeigt, in ihrem generativen Verhalten zwar dem der deutschen Bevölkerung an, doch sind noch immer hohe Geburtenüberschüsse zu verzeichnen, die unter anderem auch mit der günstigeren Altersstruktur dieser Bevölkerungsgruppe zusammenhängen. Im Jahr 1979 lag der Geburtenüberschuß der Ausländer bei 14 600 Personen, der Wanderungsüberschuß betrug 32 700.

Bildungswesen

Im öffentlichen Schulbereich besuchen 104 000 Erstkläßler das laufende Schuljahr 1979/80 der Grundschule. Die Zahl liegt um 8% niedriger als im Vorjahr. Insgesamt sank die Schülerzahl in den Grundschulen um 7,3% auf 460 000 und in den Hauptschulen um 6,5% auf 297 600. Bei den Realschulen und Gymnasien trat der Geburtenrückgang nicht unmittelbar in Erscheinung, da zunehmend eine höhere Schulbildung für Jungen und Mädchen

gleichermaßen angestrebt wird. Die Quote der Übergänge von den Grundschulen zu den Realschulen nahm gegenüber dem Vorjahr von 29,1% auf 30% zu, zu den Gymnasien von 28,9 auf über 31%. Infolgedessen stieg die Schülerzahl in den öffentlichen Realschulen um 2% auf 252 000 und in den öffentlichen Gymnasien um 4% auf 313 000. Da sich die Anzahl der Unterrichtsstunden im Grund- und Hauptschulbereich nur leicht verringerte (-5%), bei den Realschulen (+1%) und Gymnasien (+3,6%) dagegen erhöhte, hat sich die Zahl der Unterrichtsstunden *pro Schüler* bei allen Schularten nicht wesentlich verändert. Dabei wurden die durch Kürzung der Stundentafeln verfügbaren Unterrichtsstunden für eine Reihe struktureller Verbesserungen genutzt, zum Beispiel zur Einrichtung von Krankheitsvertreterstellen und zur Senkung der Pflichtstundenzahl für Grundschullehrer.

Außerdem haben sich die Klassenfrequenzen vor allem an den Grund-, Haupt- und Sonderschulen durch den Rückgang der Schülerzahlen und die Reduzierung des Klassenteilers stark verringert. Auch bei den Realschulen und Gymnasien sind die Klassengrößen trotz steigender Schülerzahlen leicht zurückgegangen.

Der Zustrom zu den öffentlichen beruflichen Schulen hat sich um 7,3% verstärkt, so daß 1979/80 rund 393 500 Schüler gezählt wurden. Infolge der Entlassung des dritten geburtenstarken Jahrgangs aus den allgemeinbildenden Schulen erhöhte sich die Schülerzahl allein an den beruflichen Teilzeitschulen um 7,7% auf 272 500. Während unter den Jungen 7,4% mehr als im Vorjahr im Besitz eines Ausbildungsvertrages waren, belief sich die entsprechende Zuwachsrate bei den Mädchen sogar auf 12,4%.

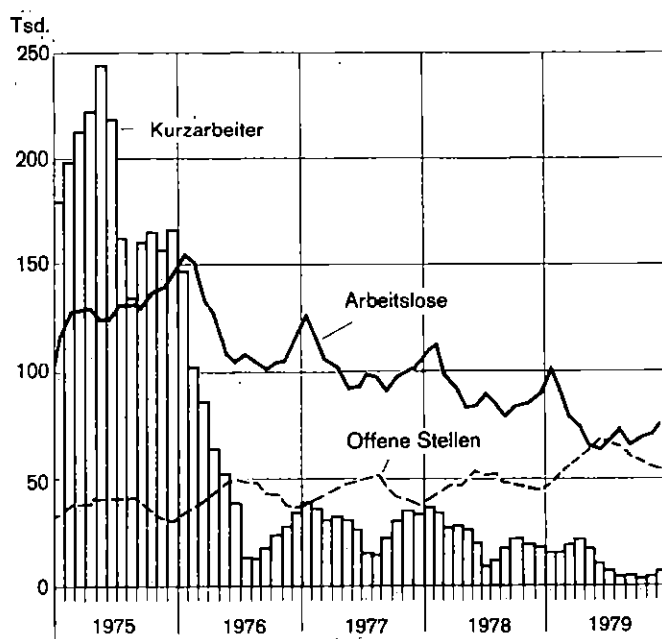
Die Gesamtzahl der Studierenden an allen Hochschulen des Landes hat sich im Wintersemester 1979/80 gegenüber dem Vorjahr um 1,6% auf 141 879 erhöht, jedoch verlief die Entwicklung in den einzelnen Hochschulbereichen unterschiedlich. An den Pädagogischen Hochschulen sank die Zahl der Studierenden um etwa 9,6% auf 13 924 ab. Die übrigen Hochschulen verzeichneten Zunahmen, die bei den Universitäten 1,7%, bei den Kunsthochschulen 4% und bei den Fachhochschulen 8% betrugen.

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit – aber bei Problemgruppen keine durchgreifende Verbesserung

Der konjunkturelle Aufschwung führte 1979 zu einer weiteren Verringerung der Arbeitslosenquote auf 2,1% gegenüber 2,6% im Jahr 1978. Im Juni 1979 gab es nach fast fünf Jahren erstmals wieder mehr offene Stellen (68 165) als Arbeitslose

Schaubild 1

Entwicklung des Arbeitsmarktes



(63 763). Inzwischen ging das Stellenangebot wieder leicht zurück und lag im Dezember 1979 nur noch bei 54 249, während sich der Arbeitslosenbestand gleichzeitig auf 76 450 erhöhte. Lediglich die Zahl der Kurzarbeiter war weiterhin rückläufig und betrug im Dezember nur noch rund 7014. Dies bedeutet eine Abnahme gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 61,1%.

Besondere Aufmerksamkeit erfordern nach wie vor die Unausgewogenheiten am Arbeitsmarkt sowohl in regionaler Sicht als auch im Hinblick auf einzelne Personengruppen. Während besonders beim Bau sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe eine starke Übernachfrage nach Arbeitskräften herrschte, hat sich auf Seiten der Arbeitslosen die Situation der Problemgruppen nur zum Teil durchgreifend gebessert. So ist zwar die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen, die im Dezember 1979 nur noch bei 6161 lag, gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 18,6% zurückgegangen; ebenso sank die Zahl der arbeitslosen Frauen, die eine Teilzeitarbeit suchen, um 20% auf 13 199. Dagegen hat sich die Gruppe der arbeitslosen Schwerbehinderten um 6,7% auf 4 751 und diejenige der älteren Arbeitnehmer um 24,5% auf 4 803 Personen erhöht.

Die gemeinsamen Anstrengungen von Wirtschaft, Kammern, Arbeitsverwaltung und Landesregierung haben auch im laufenden Jahr dazu beigetragen, daß die Zahl der Ausbildungsplätze weiter gestiegen ist. Hierbei wirkte sich unter anderem das Lehrstellenförderungsprogramm der Landesregierung günstig aus. Im Jahr 1979 wurden am Stichtag 3. Oktober 249 000 Ausbildungsverträge, 20 980 oder 9,2% mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, gezählt.

Expansive Konjunktorentwicklung

Das Jahr 1979 brachte eine sich selbst tragende Investitionsgüterkonjunktur und damit nach langem Warten eine hochkonjunkturelle Entwicklungsphase. Charakteristisch war die mit 6,2% weit über dem Vorjahr liegende Produktion (1978 gegen 1977: 1,7%), an der das Grundstoff- und Produktionsgüter produzierende (+7,8%) sowie das Investitionsgüter produzierende Gewerbe (+6,8%) besonders partizipierten.

Die hochkonjunkturelle Situation kommt in der Entwicklung des Auftragseingangs (real) im Verarbeitenden Gewerbe mit +3% gegenüber dem Vorjahr nicht zum Ausdruck. Bei Zunahmen von 7,3% im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich und von 3,2% im Verbrauchsgüterbereich geht dies allein auf den mit 1,5% nur schwachen Zuwachs im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe zurück. Dies wiederum beruht ausschließlich auf dem star-

ken Rückgang der Nachfrage nach Personenkraftwagen (-23,2%). Alle anderen bedeutenden Branchen des Investitionsgüterbereichs verzeichneten eine dynamische Entwicklung mit hohen zweistelligen Zuwachsraten in vielen Wirtschaftszweigen (Tabelle 2). Mit 6,8% konnte bei der Auslandsnachfrage eine weit überdurchschnittliche Zunahme erreicht werden. Im Vergleich dazu lagen die Inlandsbestellungen mit +1% weit zurück. Auch hierfür ist der Rückgang der Inlandsnachfrage bei den Pkw (-40,2%) ursächlich. Fast alle anderen Branchen des Investitionsgüterbereichs verzeichneten neben hohen Auslands- auch hohe Inlandsbestellungen, zum Teil sogar höhere (Tabelle 2).

Die Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich nur geringfügig um 18 722 Personen auf 1,47 Mill. Diese bescheidene Zunahme von 0,9% bei gleichzeitig sehr viel höherem Produktionsanstieg (+6,6%) zeigt den Produktivitätsfortschritt, der als Auswirkung der Investitionen in den letzten Jahren entstanden ist.

Die Investitionsgüterkonjunktur begünstigte Baden-Württemberg in besonderem Maße. Nach ersten Berechnungen nahm das Bruttoinlandsprodukt hier um 5,6% zu, während es im Bundesdurchschnitt um 4,4% stieg.

Tabelle 2

Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe 1979 (1976 = 100)

Veränderung gegen Vorjahr in %

Wirtschaftszweig	Inland	Ausland	Insgesamt
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	1,0	6,8	3,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	6,9	8,8	7,3
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	- 2,0	6,6	1,5
darunter			
Maschinenbau	9,3	10,1	9,6
Straßenfahrzeugbau, Reparaturen von Kraftfahrzeugen usw.	- 29,6	3,5	- 16,5
Herstellung von Personenkraftwagen	- 40,2	5,0	- 23,2
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	10,1	4,1	8,3
Feinmechanik, Optik (ohne Uhren)	13,1	6,9	10,8
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	39,6	5,5	17,6
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	2,6	6,9	3,2

Tabelle 3

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe 1979 (1976 = 100)

Veränderung gegen Vorjahr in %

Zeitraum	Bauhaupt- gewerbe insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	darunter			zusammen	darunter		
			Wohnungs- bau	gewerblicher und industrieller Bau	Gebiets- körper- schaften ¹⁾		Straßenbau	gewerblicher und industrieller Bau	Gebiets- körper- schaften ¹⁾
1. Vierteljahr	26,4	25,7	17,5	34,0	34,7	27,6	45,5	5,8	8,8
2. Vierteljahr	21,2	16,1	24,6	5,3	14,9	29,4	15,6	— 0,5	51,2
1. Halbjahr	23,5	20,3	21,4	17,2	23,7	28,7	26,0	2,5	30,3
3. Vierteljahr	4,3	4,8	— 9,7	29,7	12,7	3,3	— 5,9	42,0	9,0
4. Vierteljahr	4,1	11,7	— 4,6	11,0	61,9	— 8,4	4,7	11,6	— 22,5
2. Halbjahr	4,2	8,0	— 7,2	20,0	30,8	— 1,9	— 1,7	26,1	— 6,4
Jahr	13,3	13,9	6,3	18,6	27,3	12,4	11,1	14,2	10,7

1) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie öffentliche Auftraggeber.

Weitere Steigerung der Rohbauproduktion

Die Zunahme des Auftragseingangs in der Bauwirtschaft war 1979 mit 13,3% nur halb so stark wie im Vorjahr (26,6%). An der Gesamtentwicklung des Jahres 1979 war der Hochbau mit einer Zuwachsrate von 13,9% und der Tiefbau mit 12,4% beteiligt, wobei die entsprechenden realen Steigerungen jedoch lediglich 5% bzw. 3% betrugen. Bei durchaus freundlichem Verlauf im Wirtschaftsbau (+18,6%) sank die Nachfrage im Wohnungsbau in der zweiten Jahreshälfte unter das Vorjahresniveau, so daß sich insgesamt nur noch ein Anstieg um 6,3% ergab. Unter Berücksichtigung der hohen Preissteigerungen zeichnet sich hier ein deutlicher realer Rückgang ab.

Trotz der bestehenden personellen Engpässe gelang es den Betrieben, vor allem durch weitere Erhöhung der Stundenproduktivitäten die Rohbauproduktion weiter zu steigern. Nach dem preisbereinigten Produktionsindex betrug die reale Zunahme 1979 beim Hochbau etwa 4% und beim Tiefbau gut 7%.

Nur geringe Nachfragezunahme im Einzelhandel

Der Einzelhandel Baden-Württembergs verzeichnete 1979 insgesamt eine leichte Nachfragezunahme auf 48 Milliarden DM. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Umsatzsteigerung 6,3%; unter Berücksichtigung der Preiserhöhungen entspricht dies einer realen Zunahme um 1,9%. Der geringere Anstieg der Realeinkommen dürfte mitbewirkt haben, daß die Zuwachsrate klei-

ner ausfiel als im Vorjahr (+3,8%). Die mäßige reale Umsatzsteigerung vollzog sich bei anziehenden Einstands- und Verkaufspreisen (siehe *Tabelle*). An der Spitze der Umsatzentwicklung stand der Einzelhandel mit Brennstoffen (nominal +67,2%, real 17%), wobei sich die gestiegenen Heizölpreise besonders auswirkten. Auch der Kraftfahrzeugeinzelhandel konnte im 1. und 2. Quartal noch reale Umsatzerhöhungen von 20% bzw. 9% verbuchen, doch machte sich im 2. Halbjahr ein deutlicher Rückgang (ca. 11,5%) bemerkbar, der das Auslaufen der Automobilkonjunktur anzeigte.

Tabelle 4

Index der Einzelhandelsumsätze 1979 (1970=100)

Veränderung gegen Vorjahr in %

Ausgewählte Wirtschaftsgruppen	In jeweiligen Preisen	In konstanten Preisen
Einzelhandel mit:		
Nahrungs- und Genußmitteln	+ 3,4	+ 1,9
Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen	+ 3,8	— 0,8
Eisen- und Metallwaren sowie mit Hausrat und Wohnbedarf aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik und Holz	+ 7,7	+ 3,4
Elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie mit Musikinstrumenten	+ 4,6	+ 0,2
Papierwaren und Druckerzeugnissen	+ 10,7	+ 8,2
Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölprodukten	+ 54,1	+ 12,1
Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen	+ 6,1	+ 2,4
Einzelhandel insgesamt	+ 6,3	+ 1,9

Starker Auftrieb im Außenhandel

Die Wachstumsimpulse, die seit der zweiten Jahreshälfte 1978 von der Auslandsnachfrage ausgingen, setzten sich 1979 verstärkt fort und führten überwiegend zu zweistelligen Wachstumsraten, so daß die Ausfuhr 53,1 Mrd. DM betrug (+11,3%). Maßgeblich für die außerordentliche Steigerung war vor allem der bessere Konjunkturverlauf in wichtigen Abnehmerländern und der nur wenig gestiegene Außenwert der DM. Die seither stark gestiegenen Exporte in die OPEC-Länder gingen allerdings 1979 drastisch zurück (-28,0%), insbesondere durch den Ausfall der Ausfuhren in den Iran (-78,8% auf rund 330 Mill. DM). Stark belebt haben sich die Ausfuhren von Kraftfahrzeugen (+19%), chemischen Erzeugnissen (+20,1%) und Textilien (+14,5%), während der Auslandsabsatz von elektrotechnischen Erzeugnissen stagnierte (+0,4%). Maschinen, mit einem Anteil von 25% an der Ausfuhr Baden-Württembergs wichtigstes Exportgut, verzeichneten immerhin ein Plus von 6,9%.

Noch kräftiger als bei den Ausfuhren fiel der Zuwachs bei den Einfuhren aus. Die Bezüge betrugen 39,9 Mrd. DM (+18,5%). Berücksichtigt werden muß hierbei der mit 20,3% starke Anstieg der Einfuhrpreise. Die Importpreise für Rohstoffe, bei denen der größte Anteil auf Rohöl entfällt, stiegen um 42,3%, die der Halbwaren (z. B. Erdgas und Benzin) sogar um 47,5%. Mit 5,6% mäßig fiel der Importpreisanstieg bei Fertigwaren aus.

Steigende Übernachtungszahlen

Die teilweise naßkalte Witterung im Sommer beeinträchtigte die Umsätze im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe. 1979 betrug die Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr nominal lediglich 4,1%. Im Beherbergungsgewerbe allein fiel der Zuwachs mit 4,4% überdurchschnittlich aus, das Gaststättengewerbe erzielte eine Umsatzerhöhung von 3,9%. Berücksichtigt man die inzwischen eingetretenen Preissteigerungen, so ergibt sich, daß das reale Umsatzvolumen allgemein stagnierte.

Baden-Württemberg ist – gemessen an der Zahl der Gästeübernachtungen – nach Bayern das bedeutendste Fremdenverkehrsland der Bundesrepublik. In den Fremdenverkehrsgemeinden des Landes wurden rund 8,9 Mill. Gäste mit 44,2 Mill. Übernachtungen registriert. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste erhöhte sich leicht auf fast 5 Tage. Der Anteil der Auslandsgäste, die vor allem aus den USA, Niederlanden, der Schweiz und Frankreich kamen, stagnierte bei 17,9%.

Tabelle 5

Ausfuhr nach Handelspartnern 1979

Handelspartner	Mill. DM	%	Veränderung gegen Vorjahr in %
Europa	37 170,5	70,0	+ 14,6
davon			
EG-Länder	22 698,4	42,7	+ 16,3
Frankreich	7 424,1	14,0	+ 10,8
Belgien - Luxemburg	2 545,1	4,8	+ 9,0
Niederlande	3 966,1	7,5	+ 12,8
Italien	4 459,9	8,4	+ 27,9
Großbritannien	3 314,2	6,2	+ 27,2
Republik Irland	161,2	0,3	+ 41,5
Dänemark	827,9	1,6	+ 8,5
EFTA - Länder ¹⁾	10 079,5	19,0	+ 14,4
Europäische Ostblockländer ²⁾	1 759,8	3,3	- 0,9
Übriges Europa	2 632,8	5,0	+ 12,9
Afrika	2 940,6	5,5	- 2,0
Amerika	7 430,7	14,0	+ 20,5
darunter			
Vereinigte Staaten	5 634,2	10,6	+ 26,0
Asien	4 979,5	9,4	- 10,0
Australien und Ozeanien	574,8	1,1	+ 3,2
Insgesamt	53 096,1	100,0	+ 11,3
davon			
Industrialisierte westl. Länder	43 732,7	82,4	+ 16,7
Entwicklungsländer	7 492,8	14,1	- 10,4
darunter OPEC-Länder ³⁾	3 318,3	6,2	- 28,0
Ostblockländer zusammen ⁴⁾	1 870,6	3,5	- 0,6

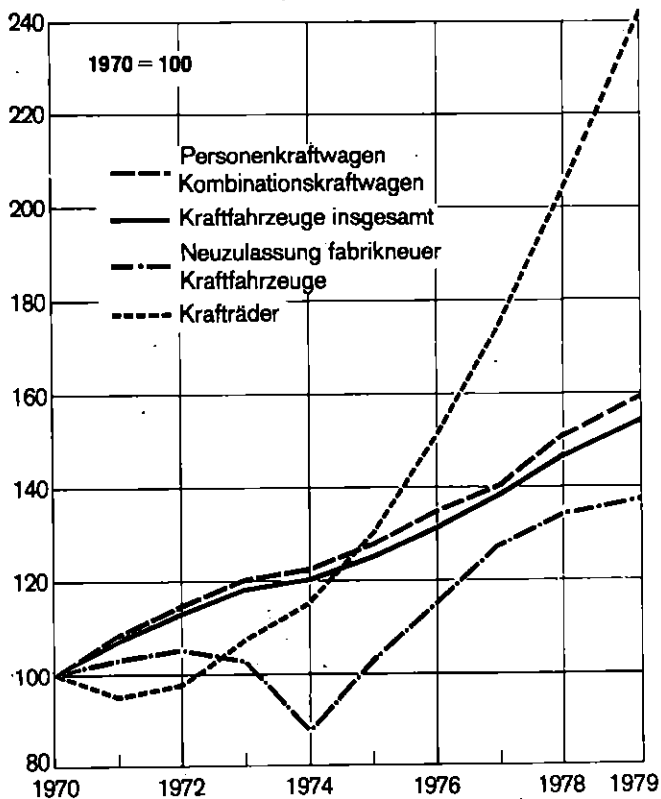
1) Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich, Portugal. – 2) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. – 3) Vereinigte Arabische Emirate, Irak, Iran, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien, Ecuador, Indonesien, Gabun, Libyen, Nigeria, Venezuela. – 4) Europäischer und asiatischer Ostblock.

Die Anzahl der unbesetzten Arbeitsplätze im Hotel- und Gaststättengewerbe ist von Ende Dezember 1978 bis Ende Dezember 1979 um fast 11% auf 4202 gestiegen.

Hohes Verkehrsaufkommen

Die Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen aus dem In- und Ausland lagen im Jahr 1979 aufgrund der immer noch bestehenden Bestellfristen mit rund 491 000 um fast 11 000 über dem Wert von 1978. Am 1. Januar 1980 betrug damit die Anzahl von zulassungspflichtigen Fahrzeugen in Baden-Württemberg rund 4,1 Mill., also 4,9% mehr als ein Jahr zuvor (*Schaubild 2*). Im Verlauf des Jahres ereigneten sich 244 750 Unfälle, (+2,8%). Die Zahl

Schaubild 2

Veränderungen des Bestands an Kraftfahrzeugen

der Unfälle mit Personenschaden hat sich mit 53 971 gegenüber 1978 kaum geändert, die Zahl der Getöteten betrug 2147 (-5,8%), die der Schwerverletzten 22 564 (-2,1%) (Tabelle 6).

Fahrten im öffentlichen Nahverkehr machen den überwiegenden Teil des Personenverkehrs der Straßenverkehrsunternehmen aus. 1979 umfaßte das Beförderungsvolumen 890,1 Mill. Personen, 1,3% mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Fahrgäste (ankommende und abfliegende Passagiere) auf dem Stuttgarter Flughafen belief sich auf 2,74 Mill. (+3,9%).

Die Entwicklung im Güterverkehr spiegelt das Auf und Ab der Konjunktur. Entsprechend stieg im Zeitraum Januar bis September 1979 das Transportvolumen der Eisenbahn auf 22,6 Mill. t (+7,9%) und beim Straßengüterfernverkehr auf 43,1 Mill. t (+5,6%). Bei der Binnenschifffahrt wurden wegen der Baukonjunktur im Gesamtjahr mit 43,7 Mill. t sogar 11% mehr als 1978 umgeschlagen. Dagegen mußte der Luftfrachtverkehr, der von den erhöhten Treibstoffpreisen am stärksten betroffen wurde, Einbußen hinnehmen (19 600 t, -6%).

Günstige Produktionsentwicklung in der Landwirtschaft, jedoch ohne Auswirkung auf die Verkaufserlöse

Die Landwirte Baden-Württembergs konnten 1979 eine überaus gute Getreideernte einbringen. Sie belief sich insgesamt auf 25,6 Mill. dt¹ und übertraf damit das günstige Vorjahresergebnis um fast 5%, was nur zum geringen Teil auf eine Ausdehnung der Getreideflächen zurückzuführen ist (+1,5%).

¹ dt = Dezitonne (100 kg).

Tabelle 6

Verunglückte im Straßenverkehr

Nachweis	Einheit	1975	1976	1977	1978	1979
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	Anzahl % 1)	190 134 +2,3	209 343 +10,1	223 672 +6,8	237 979 +6,4	244 750 +2,8
davon mit Personenschaden	Anzahl % 1)	47 858 +4,0	50 590 +5,7	53 020 +4,8	54 008 +1,9	53 971 -0,1
Sachschaden	Anzahl % 1)	142 276 +1,7	158 753 +11,6	170 652 +7,5	183 971 +7,8	190 779 +3,7
Verunglückte Personen	Anzahl % 1)	69 178 +2,7	71 851 +3,9	74 948 +4,3	76 592 +2,2	75 100 -1,9
davon Getötete	Anzahl % 1)	2 273 -3,1	2 279 +0,3	2 323 +1,9	2 280 -1,9	2 147 -5,8
Schwerverletzte	Anzahl % 1)	20 447 -0,3	21 601 +5,6	22 314 +3,3	23 059 +3,3	22 564 -2,1
Leichtverletzte	Anzahl % 1)	46 458 +4,5	47 971 +3,3	50 311 +4,9	51 253 +1,9	50 389 -1,7

1) Veränderung gegen Vorjahr in %.

Die Ernte an Kartoffeln konnte trotz Einschränkung der Anbauflächen um gut 4% auf 11,8 Mill. dt gesteigert werden. Auch beim Feldgemüse fiel die Versorgung aus heimischer Produktion mit 1,86 Mill. dt besser aus als im Vorjahr (+4%) und im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt (+5%). Bei der Obsternte gab es unterschiedlich gute Ergebnisse für die einzelnen Obstarten und Anbaubereiche. Während die Steinobsternte mit 2,1 Mill. dt nur etwa halb so viel Ertrag brachte wie im Vorjahr und die Beerenobsternte mit 480 000 dt um 7% hinter dem Vorjahresergebnis lag, fiel die Kernobsternte (besonders bei den Äpfeln) überraschend gut aus; sie lag mit 15,3 Mill. dt um 19% über dem Vorjahresergebnis.

Überraschend erfreulich fiel der Weinherbst aus. Mit einem Ertrag von rund 2,2 Mill. hl liegt das Erntergebnis um über ein Drittel über dem des Vorjahres und um fast 12% über dem langjährigen Mittel. Die Ausgangsmostgewichte waren insgesamt erfreulich hoch.

Auf dem Gebiet der tierischen Produktion zeichnet sich 1979 eine höhere Fleisch- und Milcherzeugung ab als im Vorjahr. Die Gesamtschlachtmenge aller gewerblich geschlachteten in- und ausländischen Tiere belief sich für den Zeitraum Januar bis Oktober auf 401 000 t, das sind 4% mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. In der gleichen Periode erhöhte sich die Milcherzeugung um 1,3% auf 2 274 000 t.

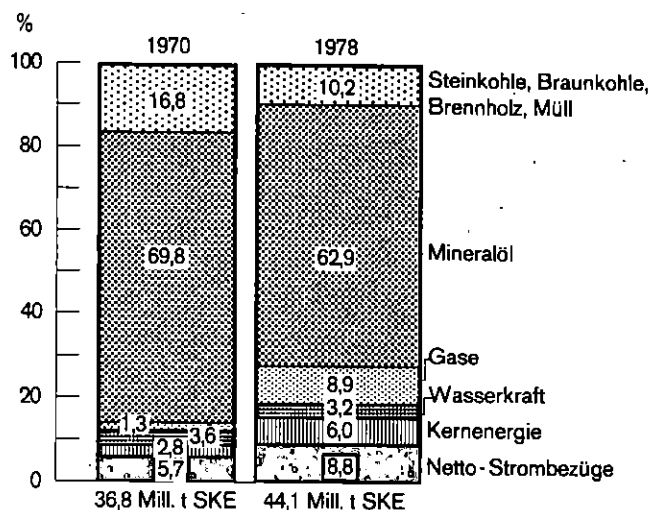
Die Verkaufserlöse der Landwirtschaft erreichten im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1978/79 mit 6,66 Mrd. DM nominal etwa den Vorjahresstand, obwohl die Bruttoproduktion (real) um 3% anstieg. Dies hängt hauptsächlich mit der Verminderung der Erzeugerpreise für Kartoffeln und Schlachtvieh zusammen (-10% bzw. -11% gegenüber dem Wirtschaftsjahr 1977/78).

Geringere Zuwachsrate beim Mineralölverbrauch

Von 1970 bis 1978 hat sich der Verbrauch an Primärenergie um knapp 20% erhöht, von 1978 nach 1979 dürfte er um gut 3% gestiegen sein. Dabei wies der Anteil des Öls im Jahr 1972 mit 71% seinen höchsten Stand aus. 1979 wurde durch den mit der Iran-Krise verbundenen Preisschub der Verbrauch an Mineralöl gebremst, so daß sein Anteil vermutlich auf unter 62% gefallen ist. Demgegenüber ist der Verbrauch an Strom (+4,5 bis 5%) aber besonders auch an Gas (rund +18%) gestiegen. Das Gas könnte 1979 erstmals einen Anteil von 10% am Primärenergieverbrauch erreicht haben. Der Kohleinsatz ging um 2,4% zurück. Von den Verbrauchsbereichen wies die Industrie mit 2,9% einen knapp unterdurchschnittlichen Anstieg aus.

Schaubild 3

Struktur des Primärenergieverbrauchs



169 80

Der Bereich der Kraftwerke ist dieses Jahr gekennzeichnet durch eine erheblich gesteigerte Erdgasverstromung (+55%) und einem Zuwachs der Kernenergie durch Inbetriebnahme des Kraftwerkes Philippsburg (850 MW). Der Primärverbrauch an Kernenergie stieg jedoch nur um 6,5%, da das Werk Neckarwestheim I wegen Brennelemente-wechsel und Nachrüstarbeiten während der 2. Jahreshälfte abgeschaltet war.

Leicht steigende Reallöhne

Wie schon im Vorjahr, so fielen auch 1979 die Lohn- und Gehaltssteigerungen mäßig aus. Von Oktober 1978 bis Oktober 1979 erhöhten sich die Bruttoverdienste aller in der Industrie beschäftigten Arbeiter – gemessen am Index der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste – um 5,1%, gegenüber 5,4% im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die anziehende Konjunktur spiegelte sich in der Zunahme der geleisteten Mehrarbeitsstunden wider. Dies wirkte sich im Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste aus, der vom Oktober 1978 bis Oktober 1979 um 5,9% anstieg. Um 5,8% erhöhte sich der Index der Bruttomonatsverdienste aller Angestellten in Industrie, Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe. Im Oktober 1979 hatten die männlichen Angestellten ein durchschnittliches Bruttogehalt von 3336 DM, ihre Kolleginnen verdienten 2154 DM, auf weibliche und männliche Angestellte insgesamt entfiel ein durchschnittliches Bruttoeinkommen von 2916 DM. Den gewerblichen Arbeitnehmern wurde im Juli 1979 im Durchschnitt ein Bruttoverdienst von 534 DM je Woche ausbezahlt. Während die männlichen Arbeiter auf 575 DM kamen, erzielten die Arbeiterinnen nur 407 DM.

Unter Berücksichtigung der allgemeinen Teuerungsrate von 4,8% zwischen Oktober 1978 und Oktober 1979 betrug der reale Lohnzuwachs (auf Bruttobasis) lediglich noch 1,0% gegenüber 3,2% im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Konjunkturaufschwung und Ölverteuerung beeinflussen die Preisentwicklung

Nach einer Periode relativer Stabilität geriet der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Herbst 1978 wieder stärker in Bewegung und überschritt im September 1979 erstmals wieder seit April 1976 die 5%-Grenze. Im Jahresdurchschnitt lag das Preisniveau um 4,2% über dem von 1978.

Zwei Komponenten haben die Preisentwicklung in diesem Jahr maßgeblich mitbestimmt. Zum einen war der konjunkturelle Aufschwung von Preissteigerungen auf allen Handelsstufen begleitet. Zum anderen stiegen die Einfuhrpreise in die Bundesrepublik seit Oktober 1978 überaus stark an, verursacht vor allem durch die Preiserhöhungen bei Erdöl und anderen Rohstoffen. Dies wirkte sich in Preiserhöhungen in den vorgelagerten

Produktions- und Handelsstufen und indirekt bei den Verbraucherpreisen aus. So lagen beispielsweise in Baden-Württemberg die Preise für leichtes Heizöl im Dezember 1979 bereits um 79,8% über dem Stand des Vorjahres, aufgrund dieser Entwicklung haben die Preise im Bereich Elektrizität, Gas und Brennstoffe bis Jahresende um 24,4% angezogen. Wie eine Modellrechnung mit Hilfe der Input-Output-Tabelle Baden-Württemberg ergab, wäre bei konstanten Rohölpreisen das Verbraucherpreisniveau 1979 – wie im Vorjahr – um wesentlich weniger als 3% gestiegen.

Uhren und Schmuck wurden auf Grund der Hausse der Gold- und Silberpreise auf den Weltmärkten um 18,2% teurer. Dagegen sind die Preise für Nahrungsmittel lediglich um 2,3% gestiegen.

Spartätigkeit verlagerte sich auf höher verzinsliche Anlageformen

Im Jahr 1979 hat sich die Sparneigung im ganzen erheblich verstärkt. Jedoch nahm das Kontensparen, das vor allem zur Bildung von leicht abrufbaren Rücklagen dient, trotz der weltpolitischen Unsicherheiten nicht mehr den Raum ein wie in den zurückliegenden Jahren mit hoher Arbeitslosigkeit.

Tabelle 7

Entwicklung ausgewählter Preisindizes 1979

Veränderung gegen Vorjahr in %

Monat	Außenhandel		Landwirtschaft ¹⁾		Industrie	Handel		Wohnungsbau	Lebenshaltung
	Einfuhrpreise	Ausfuhrpreise	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾ (Inland)	Großhandelsverkaufspreise ¹⁾	Einzelhandelspreise ²⁾	Preisindex für	
								Bauleistungen an neuen Wohngebäuden ¹⁾	die Lebenshaltung ³⁾
								1970 = 100	
								Baden-Württemberg	
Januar	+ 0,3	+ 2,7	– 3,2	+ 1,3	+ 2,3	+ 1,6	+ 2,1	–	+ 2,6
Februar	+ 4,4	+ 3,1	– 2,5	+ 1,8	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,2	+ 6,8	+ 2,7
März	+ 6,1	+ 3,8	– 0,8	+ 2,2	+ 3,7	+ 4,7	+ 2,5	–	+ 3,2
April	+ 8,9	+ 4,6	+ 1,8	+ 2,5	+ 4,1	+ 5,6	+ 2,8	–	+ 3,6
Mai	+ 10,2	+ 4,5	+ 1,1	+ 2,6	+ 4,2	+ 6,0	+ 2,8	+ 8,8	+ 3,7
Juni	+ 13,1	+ 4,9	+ 2,6	+ 3,9	+ 4,7	+ 7,0	+ 3,0	–	+ 3,9
Juli	+ 16,3	+ 5,4	+ 1,2	+ 4,5	+ 5,4	+ 7,8	+ 3,7	–	+ 4,7
August	+ 17,3	+ 5,8	+ 2,8	+ 5,2	+ 5,9	+ 8,6	+ 4,0	+ 9,8	+ 4,8
September	+ 17,4	+ 6,0	+ 3,8	+ 5,4	+ 6,2	+ 9,6	+ 4,4	–	+ 5,2
Oktober	+ 19,5	+ 6,6	+ 4,9	+ 5,5	+ 6,5	+ 9,7	+ 4,6	–	+ 5,4
November	+ 20,3	+ 6,4	+ 5,7	+ 5,8	+ 6,7	+ 9,6	+ 5,0	+ 10,4	+ 5,6
Dezember	+ 21,7	+ 6,8	+ 5,6	+ 5,5	+ 7,0	+ 10,2	+ 5,0	–	+ 5,5
Jahresdurchschnitt	+ 13,0	+ 5,1	+ 1,9	+ 3,9	+ 5,0	+ 6,9	+ 3,5	+ 9,0	+ 4,2

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschließlich Umsatz- (Mehrwert-)steuer. – 3) Aller privaten Haushalte. – 4) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Dagegen hat sich unter anderem der Umlauf festverzinslicher Wertpapiere mit gewinnbringenderen Konditionen stark erhöht (+21,7%).

Veranlaßt durch die Änderung der Marktlage sowie durch die Geldpolitik der Bundesbank erhöhten die Kreditinstitute den Spareckzins in drei Etappen von 2,5% im März 1979 auf 4% im November 1979.

Der Gesamtbestand der Spareinlagen bei Kreditinstituten und der Bauspareinlagen belief sich Mitte 1979 auf rund 90 Mrd. DM. Die Höhe der Sparsumme je Einwohner betrug 9902 DM (+7,4%). Beim Bausparen nahm das Land mit einem Betrag von 2213 DM pro Kopf der Bevölkerung nach wie vor mit Abstand die Spitzenstellung unter den Bundesländern ein.

Höherer Ausgabenzuwachs im Gesundheitswesen

Im Gesundheitsbereich waren 1979 nach dem Gesundheitsbudget für die Landesebene, wie schon im Vorjahr, erhöhte Ausgabensteigerungen zu verzeichnen. Insgesamt wird das Ausgabenvolumen für die Gesundheit 1979 auf 26,6 Mrd. geschätzt (+7,1%).

Bei der ambulanten Behandlung war 1979 ein beschleunigter Ausgabenzuwachs von 7,4% zu verzeichnen. Die stationäre Behandlung weist eine Zuwachsrate von 6% auf. Der dritte zur Behandlung gehörende Bereich „Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz“ gab 1979 besonderen Anlaß zur Sorge, da die Zuwachsrate von 5,9% (1978) auf 8,2% gestiegen ist. Im ganzen wurden für die Behandlung 57,5% des Gesamtausgabenvolumens oder 15,3 Mrd. DM ausgegeben. Die Krankheitsfolgeleistungen, die rund ein Drittel des Gesamtbudgets ausmachen, stiegen um 7,9% auf 8,4 Mrd. DM. Die restlichen großen Aufgabenbereiche „Vorbeugende und betreuende Maßnahmen sowie Ausbildung und Forschung/Nichtaufteilbare Ausgaben“ haben relativ geringe Zuwachsraten zum Vorjahr von 2,6% bzw. 5,1% aufzuweisen.

Sozialausgaben wachsen langsamer

Im Jahr 1978 betrug die Summe der öffentlichen Sozialleistungen im Land 71,5 Mrd. DM, damit wurde die niedrigste Zunahme der Sozialleistungen (+4,7%) in den siebziger Jahren erreicht. Bei der Rentenversicherung haben sich die Steigerungsraten gegenüber dem Vorjahr halbiert. Die Leistungen für Arbeitsförderungen sind mit -5,9% schwächer zurückgegangen als im Vorjahr (-13,7%). Die Aufwendungen für Vermögensbildung haben 1978 erstmals einen Rückgang (-15,7%) gebracht. Ein gegenläufiger Effekt zeigte sich demgegenüber bei den Steuerermäßigungen

und beim Wohngeld. Das Sozialbudget I (55,9 Mrd. DM) weist nach Funktionen gegliedert unter anderem die Bereiche Alter und Hinterbliebene (37%), Gesundheit (33%) und Familie (16%) aus.

Neben den bundesgesetzlichen Leistungen erbringen das Land und die Gemeinden darüber hinausgehende sozialpolitische Aufwendungen, die in einem Budget II erfaßt werden. Es wies 1978 Leistungen in Höhe von 15,6 Mrd. aus. Die Prioritäten lagen 1978 mit weit überdurchschnittlichen Zuwachsraten bei der Familie (14%), Wohnen und Wohnumfeld (12%) Sicherheit (11%) und Umweltschutz (8%). Im Kernbereich der Familie, in dem 1979 eine Vielzahl von Programmen anliefe, stiegen die Leistungen auf rund 120 Mill. DM und damit um etwa 240% gegenüber dem Vorjahr. Allein für die Gewährung von Familiendarlehen sind circa 58 Mill. DM veranschlagt worden.

Umwelt

Im Rahmen des Zweiten Mittelfristigen Umweltschutzprogramms (1977 bis 1980) legte die Landesregierung auch für die Jahre 1979/80 den Schwerpunkt auf die Vorsorge für besseren Umweltschutz. Eine der wichtigsten Maßnahmen war die Verbesserung der Gewässergüte. Hierfür hat das Land Zuschüsse in Höhe von insgesamt 200 Mill. DM gegeben, was einem Bauvolumen von 466 Mill. DM entspricht.

Ende 1979 waren nur noch 5% der Einwohner Baden-Württembergs ohne Anschluß an eine öffentliche Sammelkanalisation und lediglich 14% ohne Anschluß an eine Sammelkläranlage. Sämtliche Gemeinden wurden inzwischen durch ordnungsgemäße Hausmüllbeseitigungsanlagen entsorgt.

Auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege ist die Ausweisung von 21 neuen Naturschutzgebieten (2500 ha) und von 4 Landschaftsschutzgebieten (9100 ha) hervorzuheben. Ferner ist ein Naturpark gegründet worden. Die Naturparks dienen sowohl dem Natur- und Landschaftsschutz als auch der Förderung von Erholung und Fremdenverkehr.

Finanzen

Das Jahr 1979 brachte vier Nachtragshaushalte, die zusammen genommen ein Volumen von 781 Mill. DM aufwiesen. Diese zusätzlichen Mittel wurden für die Fortführung des Mittelstandsprogramms, die Familienförderung, den sozialen Wohnungsbau und andere unaufschiebbare Aufgaben bereitgestellt. Ihr Schwerpunkt lag somit bei den sächlichen Ausgaben und Zuschüssen. Einschließlich dieser Nachträge umfaßte im Jahre 1979 der Haushalt 28,7 Mrd. DM, das sind (bereinigt) 8,4% mehr als im Vorjahr.

Kennzeichnend für das Haushaltsjahr 1979 war eine günstige Entwicklung der Steuereinnahmen. Das Ist-Ergebnis des Vorjahres wurde 1979 um 8,1% übertroffen. Die dabei erzielten Steuermehreinnahmen wurden schwerpunktmäßig zur Senkung der Kreditaufnahme um 300 Mill. DM verwendet. Der Haushaltsansatz für die Bruttokreditaufnahme konnte dadurch auf 3,3 Mrd. DM und der Ansatz für die Nettokreditaufnahme auf 2,4 Mrd. DM begrenzt werden. Die Zuwachsrate der Bruttokreditaufnahme betrug damit im Vergleich zum Vorjahr 5,8%; die Nettokreditaufnahme lag um 6,9% höher als 1978.

Tabelle 8

Ausgaben des Landes nach den Staatshaushaltsplänen ¹⁾

Aufgabenbereiche	1979	1980	Veränderung	
			1979	1980
			gegen 1978	
	Mill. DM	%		
Allgemeine Dienste	3 361,6	3 579,3	6,9	13,8
Politische Führung, zentrale Verwaltung	1 334,1	1 403,4	5,9	11,4
Öffentliche Sicherheit, Ordnung	1 136,7	1 222,9	7,0	15,1
Rechtsschutz	868,3	918,2	7,6	13,8
Bildungswesen, Wissen- schaft, Forschung, kultu- relle Angelegenheiten	8 879,9	9 496,3	8,4	15,9
Schulen, vorschulische Bildung	4 755,5	4 950,3	9,8	14,3
Hochschulen (einschl. Kliniken)	2 508,3	2 720,5	7,3	16,3
Soziale Sicherheit, soziale Kriegsfolgeausgaben, Wiedergutmachung	1 905,2	1 973,6	9,3	13,3
Gesundheit, Sport, Erholung	923,0	984,7		
Wohnungswesen, Raum- ordnung, kommunale Gemeinschaftsdienste	984,3	1 098,7	33,4	48,9
Wohnungswesen, Raumordnung	770,4	830,6	35,5	46,1
Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt	645,9	689,4	6,1	13,2
Energie-, Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	890,1	937,2	12,4	18,4
Verkehr, Nachrichten- wesen	1 625,2	1 576,3	17,4	13,9
Straßen	983,2	900,6	22,5	12,2
Wirtschaftsunternehmen, allg. Grund- u. Kapital- vermögen, Sondervermögen	570,5	693,1	- 9,5	9,9
Allgemeine Finanzwirt- schaft	8 877,3	9 765,8	5,5	16,1
Bruttoausgaben	28 662,9	30 794,5	7,2	15,1

1) Einschließlich Nachträge. — 2) Umwandlung der Landeskrankenhäuser in kaufmännische Betriebe ab 1.1.79.

Die finanzwirtschaftliche Situation der Gemeinden verbesserte sich 1979 ebenfalls aufgrund der Zunahme der Steuereinnahmen, ihnen verblieben 7,2 Mrd.² DM aus Steuern (+5,0%). Nach Jahren der Zurückhaltung haben die Gemeinden wie im Vorjahr wieder eine forcierte Investitionstätigkeit entwickelt, die Investitionsausgaben stiegen um 13,8%. Die Ausgabengestaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände führte zu einer höheren Neuverschuldung als im Vorjahr. Ihre Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt betrug 485,5 Mill. DM.

²Vorläufiges Ergebnis.

2. Ausblick auf das Jahr 1980

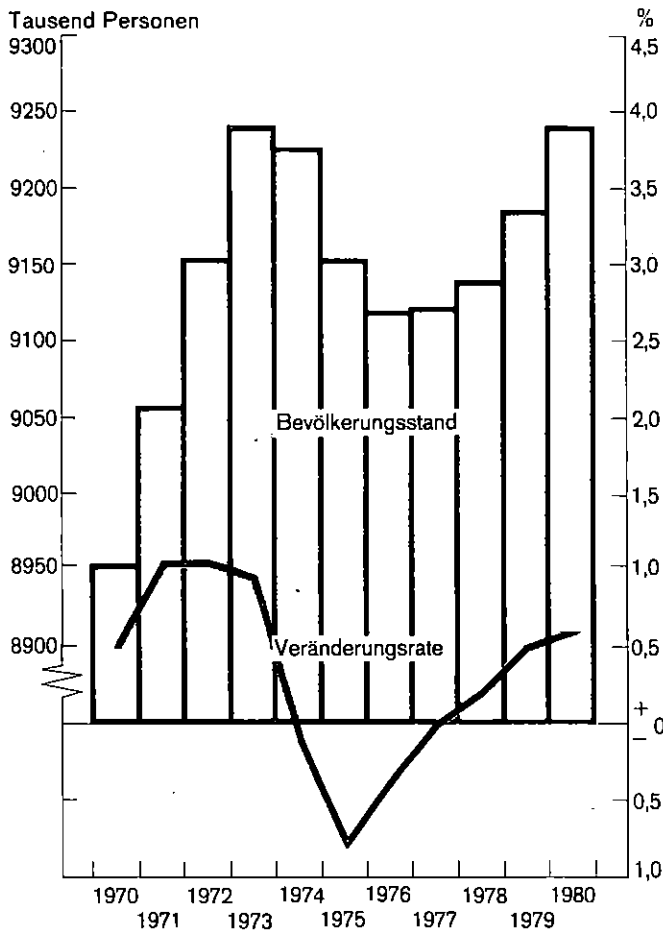
Ein Ausblick auf die zukünftige Lage kann politische Entwicklungen nicht kalkulieren. Es handelt sich hier vielmehr sowohl bei den Eckdaten als auch bei deren Bestimmungsgrößen um erwartete Weiterentwicklungen auf der Grundlage bisher sichtbarer Tendenzen unter der generellen Annahme einer überraschungsfreien Entwicklung. Dabei konnte in den Bereichen Bevölkerung, Bildung, Arbeitsmarkt und Öffentliche Finanzen von der Datenbasis her ein landesspezifischer Bezug hergestellt werden, während in einigen Bereichen der Wirtschaft, insbesondere bei der Betrachtung der Determinanten der Nachfrage weitgehend auf Bundeswerte zurückgegriffen wurde. Es wird somit auch in diesem Falle für Baden-Württemberg ein Bezugsrahmen abgesteckt, in dem sich die landesspezifischen Entwicklungen voraussichtlich bewegen. Zur Informationsgewinnung wurden weiterhin externe Quellen wie das Gutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, das Frühjahrsgutachten der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute sowie Einzelanalysen verschiedener Institute zu Rate gezogen. Dies war insbesondere bei Nachweisen geboten, die die gesamtwirtschaftliche Entwicklung betreffen.

Eckdaten aus dem Bevölkerungsbereich

Generell können für das Jahr 1980 im Vergleich zu 1979 leicht steigende Entwicklungstendenzen angenommen werden. So zeigt die Geburtenentwicklung zur Zeit ein Ansteigen der Fruchtbarkeit. Zwar kann man auch im jetzigen Zeitpunkt sicher noch nicht von einer Tendenzwende sprechen. Doch sollte man andererseits angesichts der Tatsache, daß die Geburtenzahlen im zweiten Halbjahr 1979 im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum 1978 um 6% zugenommen haben¹ und zu Beginn des Jahres 1980 die Geburtenzahlen sogar um 8% höher waren als Anfang 1979, für die kommenden

¹Vgl. Abschnitt I, Rückblick.

Schaubild 1

Bevölkerungsstand und -veränderung seit 1970¹⁾

1) 1980 Prognose

Jahre die Möglichkeit einer Geburtenzunahme nicht mehr ausschließen. Dabei ist bemerkenswert, daß diese Geburtenzunahme überwiegend bei der deutschen Bevölkerung festzustellen ist. Wegen der gegenüber 1978 erhöhten Besetzung relevanter Mütterjahrgänge war unter der Voraussetzung gleichbleibender altersspezifischer Fruchtbarkeit im Jahr 1979 zwar mit einem leichten Anstieg der Geburtenzahl gerechnet worden, doch die dann tatsächlich eingetretene Zunahme der Geburtenzahl ging darüber hinaus. Hieraus muß gefolgert werden, daß 1979 zumindest in einzelnen Altersjahren ein Anstieg der Fruchtbarkeit eingetreten ist. Unter der Voraussetzung, daß sich die dargelegte Entwicklung auch im Gesamtjahr 1980 fortsetzt, wäre bei der deutschen Bevölkerung eine Geburtenzahl von etwa 80 000 zu erwarten.

Die Zahl der Ausländergeburten war in den letzten Jahren aufgrund hoher Abwanderungen deutlich zurückgegangen, hatte sich dann in den letzten drei Jahren aber nur noch wenig verändert (jährlich zwischen 16 000 und 17 000) und dürfte auch 1980 wiederum in dieser Größenordnung liegen. Bei der ausländischen Bevölkerung war in den letzten Jahren wie bei den Deutschen ein Rückgang der

Fruchtbarkeitsziffern festzustellen, was als eine gewisse Anpassung des generativen Verhaltens der Ausländer an das der deutschen Bevölkerung angesehen werden kann. Da aber für 1980 ein positiver Wanderungssaldo und damit gegenüber 1979 eine Zunahme der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter zu erwarten ist, dürfte trotz leicht sinkender Fruchtbarkeit die Geburtenzahl von 1979 mit gut 16 000 wieder erreicht werden.

Aufgrund der Tatsache, daß im Zusammenhang mit einer Grippewelle 1978 die Zahl der Sterbefälle relativ hoch war, sowie infolge eines allgemein günstigen Sterblichkeitsverlaufs, blieb 1979 die Zahl mit 91 500 verhältnismäßig gering. Rechnet man für 1980 mit „normalen“ Verhältnissen, sind unter Berücksichtigung einer weiteren Zunahme des Anteils älterer Menschen unter der Gesamtbevölkerung insgesamt etwa 94 000 Sterbefälle zu erwarten. Da die Zunahme bei den Geburten jedoch größer veranschlagt wird als bei den Sterbefällen, zeichnet sich 1980 für die Gesamtbevölkerung wiederum ein kleiner Geburtenüberschuß ab, der mit rund 2000 etwa doppelt so hoch ausfallen dürfte wie 1979.

Trotz der Geburtenzunahme werden auch 1980 wiederum die stärkeren Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung von den Wanderungen ausgehen. Eine Vorausschätzung der Wanderungsbewegung ist mit besonderen Risikofaktoren verbunden, da die Einflußgrößen vielschichtig sind und sich Tendenzen oft rasch und unvorhersehbar ändern. Wichtige Komponenten der Mobilität der Bevölkerung sind die Arbeitsplatz- und Alterswanderungen. Weiterhin unterscheiden sich die deutsche und ausländische Bevölkerung in ihrem Wanderungsverhalten. Bei den Deutschen ist für das Jahr 1980 ein Wanderungsgewinn von 18 000 Personen zu erwarten, da gegenwärtig keine Anzeichen für eine gegenläufige Entwicklung gegenüber 1979 erkennbar sind. So ist Baden-Württemberg nach wie vor beliebt als Alterssitz und auf dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt zeichnen sich günstige Tendenzen ab. Bei der ausländischen Bevölkerung war seit dem Rezessionsjahr 1974 jeweils ein Abwanderungsüberschuß eingetreten, und erst 1978, in verstärktem Maße dann im Jahr 1979, übertraf wieder die Zahl der Zuzüge die der Fortzüge. Hält diese Entwicklung auch 1980 an, wofür wiederum die Arbeitsmarktlage spricht, so ist, insbesondere unter Berücksichtigung der Asylanten, mit einem positiven Wanderungssaldo von mindestens 50 000 Personen zu rechnen. Insgesamt zeichnet sich damit für 1980 ein Wanderungsgewinn in der Größenordnung von etwa 70 000 Personen ab. Betrachtet man beide Komponenten der Bevölkerungsentwicklung, so erwartet man für das Jahr 1980 eine Zunahme der Lan-

desbevölkerung von 9,185 Millionen auf annähernd 9,260 Millionen, was sogar über dem bisher höchsten Bevölkerungsstand (9,241 Millionen im Frühjahr 1974) liegt.²

Aspekte im Bildungsbereich

Bei den allgemeinbildenden Schulen ist 1980 eine weitere Verbesserung der Unterrichtssituation zu erwarten. Vor allem an Grund- und Hauptschulen spielt die Teilzeitbeschäftigung von Lehrern eine beträchtliche Rolle. Auf zwei vollbeschäftigte kommt hier im Schuljahr 1979/80 bereits ein teilzeitbeschäftigter Lehrer.

Die zunehmende Zahl von Teilzeit-Lehrern kommt auch im Schuljahr 1979/80 in der Unterrichtsversorgung zum Ausdruck: Bei gestiegener Lehrerzahl (+2,1%) sank die Zahl der an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen erteilten Wochenstunden (-1,7%), bei allerdings insgesamt stärker gesunkener Schülerzahl (-2,9%).

Die Zahl der Erstklässler, die im Schuljahr 1979/80 noch 104 000 betrug, wird im kommenden Schuljahr erstmals unter 100 000 liegen. Entsprechend dem Hineinwachsen der geburtenschwachen Jahrgänge in die Schulpflicht wird die Zahl der Grundschüler um 30 000 auf 430 000 (-6,5%) abnehmen.

Die Schülerzahlen der auf der Grundschule aufbauenden Schularten hängen außer von der Stärke der Altersjahrgänge von der Höhe der Übergangsquoten ab. Da zum Schuljahr 1980/81 ein neues Übergangsverfahren eingeführt wird, ist eine Voraussage über die Schülerzahlen dieser Schularten nur mit einem zusätzlichen Unsicherheitsfaktor möglich. Aber selbst wenn die Übergangsquoten nicht weiter ansteigen, wird die Zahl der Schüler an Hauptschulen wieder relativ stark um 20 000 (-7%) zurückgehen. Die Zunahme der Schülerzahlen, die das Schuljahr 1979/80 den Realschulen (+2,1%) und den Gymnasien (+4,2%) brachte, dürfte abflachen.

Wachsende Beachtung verdient das Problem der Ausländerkinder. So beträgt der Ausländeranteil im Schuljahr 1979/80 an Grund- und Hauptschulen 11,8%. Im Haushalt 1980 sind für die schulische Förderung von Ausländerkindern 400 zusätzliche Lehrerstellen bereitgestellt. Die Voraussetzungen zur Einrichtung von Vorbereitungsklassen bzw. -kursen wurden bereits im laufenden Schuljahr erleichtert. Besonders hoch – und zwar mit zunehmender Tendenz – ist an den Sonderschulen für Lernbehinderte der Anteil der Ausländerkinder.

Auch im Schuljahr 1980/81 dürfte deren Zahl absolut und relativ weiter steigen, während die Anzahl der deutschen Schüler dieser Schulart, wie bereits im laufenden Schuljahr (-10%), infolge der kleiner werdenden Altersjahrgänge, aber auch durch intensivere Betreuungsmöglichkeiten an den Grund- und Hauptschulen weiter zurückgehen wird.

Die Zahl der Entlassschüler aus Hauptschulen wird gegenüber dem Vorjahr leicht sinken, zum einen wegen der in der Vergangenheit angestiegenen Übergangsquoten, zum anderen aber auch, weil bei diesem Entlassjahrgang der Gipfelpunkt der Jahrgangsstärke bereits überschritten ist. Dagegen wird die Zahl der Entlassschüler aus Realschulen nochmals um etwa 1500 (+5%) steigen.

Die in den letzten Jahren zu beobachtende starke Zunahme der Schülerzahlen an den öffentlichen beruflichen Schulen des Landes (1979/80: +7,4%) wird im kommenden Schuljahr etwas abflachen, da aus den Hauptschulen bereits erheblich weniger Entlassschüler als im letzten Jahr in das berufsschulpflichtige Alter einrücken. An den beruflichen Teilzeitschulen ist eine Zuwachsrate von etwa 5,5%, an den beruflichen Vollzeitschulen von rund 4% zu erwarten. Damit dürfte sich die Tendenz der beiden letzten Schuljahre fortsetzen, daß im Zuge eines verbesserten Lehrstellenangebots das duale Ausbildungssystem wieder mehr in den Mittelpunkt des Interesses rückt.

Nachdem die Abiturientenzahlen 1979 aufgrund des Kurzschuljahrgangs 1966 vorübergehend zurückgegangen waren, wird im Sommer 1980 wieder ein voller Jahrgang von rund 28 000 Absolventen mit uneingeschränkter sowie fachgebundener Hochschulreife (+25%) und 4000 Absolventen mit Fachhochschulreife (+18%) entlassen. Deshalb ist für das Studienjahr 1980/81 mit einer stärkeren Veränderung im Hochschulbereich zu rechnen. So dürften sich allein an den Universitäten rund 19 000 Studienanfänger neu einschreiben; im gesamten Hochschulbereich sind etwas über 30 000 Studienanfänger zu erwarten. Unter Berücksichtigung eines nochmaligen leichten Absinkens des Studentenbestandes an den Pädagogischen Hochschulen und weiterhin steigenden Studienanfängerzahlen an den Fachhochschulen wird die Gesamtzahl aller Studenten (einschließlich Praxissemester in Fachhochschulen) im Wintersemester 1980/81 auf rund 145 000 ansteigen (+2,2%). Da die Zahl der weiblichen Studienanfänger weiterhin überproportional anwachsen wird, dürfte sich ihr Anteil im gesamten Hochschulbereich Baden-Württemberg langsam der 40%-Schwelle nähern.

Die Berufsakademien bieten in den Ausbildungsberichen Wirtschaft, Technik und Sozialwesen Abiturienten eine praxisnahe Alternative zum Hoch-

²Zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung vgl. Abschnitt II. sowie den statistischen und prognostischen Jahresbericht 1978/79.

schulstudium. Sie werden wie in den vergangenen Jahren weiter expandieren, um sich der großen Nachfrage nach Studienplätzen anzupassen. Ende 1980 werden an den Berufsakademien über 2500 Studenten ausgebildet werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung 1980

Abschwächung des Wachstums – höhere Preise

Die wirtschaftliche Lage der westlichen Industrieländer im ersten Halbjahr 1980 weist ähnliche Züge auf wie 1974, dem Jahr nach der ersten Ölkrise: Überaus starke Preiserhöhungen für Öl und Rohstoffe drohen den weltwirtschaftlichen Entwicklungsprozeß zurückzuwerfen. Zwei Unterschiede bestehen allerdings zur damaligen Ausgangssituation: einmal trafen die Preiserhöhungen 1973/74 auf eine Spätphase der Konjunktur, während 1979 in vielen Ländern, so auch in der Bundesrepublik, der Aufschwung gerade voll eingesetzt hatte. Zum anderen fehlt heute die psychologische Schockwirkung, die die Unternehmer- und Verbraucherentscheidung damals beeinflusste. So brachte 1979 trotz Ölpreiserhöhung und politischer Unwägbarkeiten ein ausgesprochenes wirtschaft-

liches Hoch mit einer sich selbst tragenden Investitionsgüterkonjunktur. Nach einer im Februar veröffentlichten Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages ist die Einschätzung der Entwicklung durch die Wirtschaft auch für 1980 positiv, da sich insbesondere das Investitionsverhalten als robust erwiesen habe. Auch die Industrie- und Handelskammern Baden-Württembergs halten die Konjunktur für widerstandsfähig, und dies besonders wegen der in Baden-Württemberg günstigen Industriestruktur. Entsprechend hat die Produktion im ersten Vierteljahr gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 5,9% zugenommen, der reale Auftragseingang stieg um 4,2%, bei überdurchschnittlicher Auslandsnachfrage (8,2%, Inland 2,6%) und bei starker Zunahme in den meisten Sparten des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes (mit Ausnahme des Straßenfahrzeugbaus). Dieser optimistischen Einschätzung der Unternehmerschaft entspricht auf seiten der Verbraucher eine zwar nicht ausgeprägte aber doch bislang trendmäßig ungebrochene Verbrauchermentalität, die weniger durch Unsicherheit als vielmehr durch hohe Preissteigerungen beeinträchtigt wird.

Tabelle 1

Ausgewählte Einzelindikatoren

Indikator	Einheit	November	Dezember	Januar	Februar	März	Veränderung gegen 1979 in %		
		1979		1980			Januar	Februar	März
Verarbeitendes Gewerbe									
Auftragseingang (Volumenindex)									
Inland	1976 = 100	109,2	95,6	104,0	110,0	118,7	+ 5,9	+ 2,4	+ 0,1
Ausland	1976 = 100	121,3	113,7	119,4	123,8	125,3	+ 14,3	+ 8,3	+ 2,9
Insgesamt	1976 = 100	113,0	101,1	108,8	114,2	121,0	+ 8,5	+ 4,0	+ 0,9
Investitionsgüter produ- zierendes Gewerbe insgesamt	1976 = 100	112,7	107,3	109,9	116,2	115,5	+ 8,3	+ 4,2	- 0,8
Produktion (ohne Energie und Bau) insgesamt	1970 = 100	136,9	126,8	114,9	124,3	131,7	+ 6,3	+ 5,2	+ 6,4
Beschäftigte ¹⁾	1000	1 488,9	1 479,9	1 482,9	1 488,3	1 488,4	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,4
Bauwirtschaft									
Beschäftigte	1000	199,0	196,5	193,5	194,2	198,0	+ 5,4	+ 5,2	+ 4,4
Auftragseingang	1976 = 100	131,7	158,2	119,7	171,1	261,6	+ 14,5	13,0	+ 17,6
Handel									
Ausfuhr	Mill. DM	4 899,8	4 800,5	4 423,7	4 903,8	5 324,3	+ 16,3	+ 23,5	+ 15,0
Preise									
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	112,5	112,9	113,8	114,8	115,4	+ 5,1	+ 5,6	+ 5,6
Arbeitsmarkt									
Arbeitslose	Anzahl	71 502	76 450	90 388	83 266	77 108	- 10,1	- 9,0	- 1,7
Offene Stellen	Anzahl	56 191	54 249	56 277	60 353	63 615	+ 16,8	+ 14,0	+ 11,8
Arbeitslosenquote	%	2,0	2,1	2,5	2,3	2,2	.	.	.

1) Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Handwerk).

Anders als sonst sind demgegenüber zur Zeit alle Wirtschaftsforschungsinstitute sehr viel pessimistischer. Diese unterschiedlichen Einschätzungen zeigen, daß die steigende Marktmacht der erdöl- und rohstoffexportierenden Länder wie auch die schwer wägbaren Hemmnisse, die dem Welthandel von Seiten der Politik drohen, Rahmenbedingungen setzen, die die Entwicklung des Jahres 1980 insbesondere in seiner zweiten Jahreshälfte schwer kalkulierbar machen. Während aufgrund guter Auftragpolster und weiter steigender Bestellfähigkeit im ersten Quartal – und zwar sowohl aus dem Inland wie aus dem Ausland – die Entwicklung bis über den Sommer hinaus gesichert ist, ist für das Jahr 1980 in seinem Gesamtverlauf die konjunkturelle Konstellation unsicherer und weniger günstig als für das Vorjahr, da sich die Anpassungsprozesse an die 1979 gesetzten neuen Rahmendaten vollziehen müssen. Vor allem ist fraglich, ob sich, wie im Vorjahr, Auftriebskräfte verschiedener Art gegenseitig in gleichem Ausmaß verstärken könnten.

Vielmehr dürfte der Export, der seither die Konjunktur entscheidend mitgetragen hat, im zweiten Halbjahr voraussichtlich keine so hohe Zuwachsrate mehr erreichen wie bisher. Die Anpassung an die Ölpreiserhöhungen muß sich in allen Industrieländern vollziehen, mit der Konsequenz inflationärer Preissteigerungen einerseits und defizitärer Zahlungsbilanzentwicklungen andererseits, was wiederum, wie gegenwärtig auch in der Bundesrepublik, eine Restriktionspolitik perpetuieren oder hervorrufen wird. Diese Entwicklungen müssen nicht zu einer krisenhaften Zuspitzung führen, doch werden sie die Expansion in den wichtigen Partnerländern und damit die Auslandsnachfrage vor allem nach konjunktur reagiblen Produkten beeinträchtigen.

Die Bundesrepublik selbst muß mit einer seit 15 Jahren nicht mehr aufgetretenen Herausforderung von außen fertig werden: die Leistungsbilanz geriet im vergangenen Jahr mit 9 Mrd. DM ins Defizit, davon alleine 6 Mrd. DM im vierten Quartal. Die Bundesbank schätzt das Defizit 1980 bereits auf 20 Mrd. DM, selbst unter der Annahme, daß die Einfuhrpreise für Erdöl nicht mehr steigen und auch das Volumen nicht mehr wächst. Dies bedeutet, daß von der Leistungsbilanzseite her eine Aufwertung der DM in naher Zukunft nicht in Sicht ist. Die gestiegenen Importpreise werden deshalb voll auf das inländische Preisniveau durchschlagen und zu einer weiteren Geldentwertung beitragen. Andererseits ist zu erwarten, daß bei weiterhin starkem Inflationsgefälle zu den westlichen Industrieländern die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft verbessert wird.

Die binnenwirtschaftliche Konjunktursteuerung und Zahlungsbilanzanforderungen geraten damit in einen Zielkonflikt. Die Bundesbank hat 1979 die inflationären Tendenzen, die teils von außen hereingetragen wurden, teils durch die gute Konjunktur hausgemacht waren, durch eine restriktive Geldmengenpolitik zu steuern versucht. An diesem Ziel hält sie auch für 1980 fest. So ist eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge um 5 bis 8% vorgesehen, wobei man sich zur Zeit noch an der unteren Marke dieser Bandbreite orientiert. Um einem durch ein erhebliches weltweites Zinsgefälle ausgelösten Kapitalabstrom und den damit verbundenen Abwertungstendenzen gegenzuhalten, mußte die Bundesbank jedoch zusätzlich zum Mittel der restriktiven Zinspolitik greifen: der Diskontsatz wurde im Mai auf 7,5% und der Lombardsatz auf 9,5% erhöht.

Beide Maßnahmen wirken den im Inland auftretenden Inflationstendenzen entgegen, sie bilden somit eine wichtige Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des privaten Verbrauchs, der schon im letzten Jahr durch Preissteigerungen beeinträchtigt wurde. Andererseits besteht jedoch das große Problem, daß die Auswirkungen dieser monetären Dämpfungspolitik die Ertragslage und die Ertrags Erwartungen der Unternehmen und damit ihre zur Zeit offenbar noch starken Investitionsneigungen beeinträchtigen können. In diesem Zusammenhang spielen auch die Ergebnisse der Tarifverhandlungen eine große Rolle. Während sie einerseits über ihre Einkommenswirkungen besonders in Zeiten starker Geldentwertung den Verbrauch stützen, führen sie auf der anderen Seite zu einem Kostendruck, der besonders in unsicheren Zeiten mit ungünstigen Auswirkungen auf die Investitionsentscheidungen verbunden sein kann. Es besteht somit die Frage, ob es auch weiterhin gelingen wird, das Zusammenspiel der Vielzahl von Faktoren so zu steuern, daß eine mögliche Wachstumsabschwächung im zweiten Halbjahr zu einer gemäßigten Entwicklung überleitet und nicht in eine krisenhafte Entwicklung umschlägt.

Entsprechend uneinheitlich sind die Einschätzungen des Wirtschaftswachstums durch verschiedene Institutionen (vgl. *Tabelle 2*). Dabei sind die vor den Ölpreisbeschlüssen von Caracas im Dezember 1979 veröffentlichten Prognosen optimistischer als die danach erstellten. Sie wurden zudem Anfang 1980 laufend nach unten korrigiert. Erwartete der Sachverständigenrat im November 1979 noch ein reales Wachstum des Bruttosozialprodukts zwischen 2,5 und 3%, so geht der bereits durch die Ölpreisbeschlüsse beeinflusste Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung von „gut 2,5%“ aus. In weiteren Schätzungen haben verschiedene Wirtschaftsinstitute ihre Erwartungen noch stärker reduziert. Nach den insgesamt positiven Ergebnissen zum Jahresanfang geht das Frühjahrsgutach-

Tabelle 2

Vergleich wirtschaftlicher Vorhersagen wichtiger Institutionen für 1980

Merkmal	Einheit	Sachver- ständigen- rat ¹⁾	Jahres- wirtschafts- bericht ²⁾	Ifo ³⁾	DIW ⁴⁾	Gemeinschafts- gutachten ⁵⁾
Bezugszahlen zur Entstehung des Sozialprodukts						
Erwerbstätige	Veränderung zum Vorjahr in %	0,5	bis 0,5	0,2	0	0,5
Arbeitslose	1000	825	—	900	920	850
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	—	3,5 – 4	3,9	—	3,7
Arbeitszeit	Veränderung zum Vorjahr in %	– 0,5	– 0,75	– 0,9	– 1	—
Produktivität ⁷⁾	"	2,5	+ 3	3	3	2,5
Verwendung des Sozialprodukts						
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen (nominal)	Veränderung zum Vorjahr in %	7,5	6 – 7	6,5	6,5	7
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen (real)	"	2,5 – 3	2,5	2	2	2,5
Privater Verbrauch (real)	"	2	2 – 2,5	1,5	2	2
Staatsverbrauch (real)	"	2	—	2,5	2,5	2
Bruttoanlageinvestitionen (real)	"	7	5 – 6	—	4,5	6
Ausrüstungen (real)	"	8,5	—	7	6	7
Bauten (real)	"	5,5	—	4,5	3,5	5,5
Vorratsveränderung (real)	Mrd. DM	14,5	—	14	—	—
Exporte (real)	Veränderung zum Vorjahr in %	5	4 – 5	4	3	5
Importe (real)	"	5	4 – 5	4	3,5	5
Preisentwicklung						
Privater Verbrauch (nominal)	Veränderung zum Vorjahr in %	4,5	4,5	5	5	5,5
Bruttosozialprodukt	"	4,5	4	4	4,5	4,5
Verteilung des Volkseinkommens						
Volkseinkommen (nominal)	Veränderung zum Vorjahr in %	7	6 – 7	6	6	7
Bruttoeinkommen aus unselb- ständiger Arbeit (nominal)	"	7,5	7	7,5	7	7,5
Bruttoeinkommen aus Unter- nehmertätigkeit und Vermögen (nominal)	"	6	4 – 6	3	4,5	5,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte (nominal)	"	6	6 – 7	6	6,5	7
Nettoeinkommen aus Unternehm- ertätigkeit und Vermögen (nominal)	"	7,5	—	3	5,5	6
Leistungsbilanzdefizit (nominal)	Mrd. DM	—	21	23	17,5	über 25

1) Zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Nov./Dez. 1979). – 2) Der Bundesregierung (Januar 1980). –

3) Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung (Februar 1980). – 4) DIW (Januar/Februar 1980). – 5) Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1980 (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftlicher Forschungsinstitute). – 6) Bezogen auf abhängige Erwerbspersonen. – 7) Je Erwerbstätigenstunde.

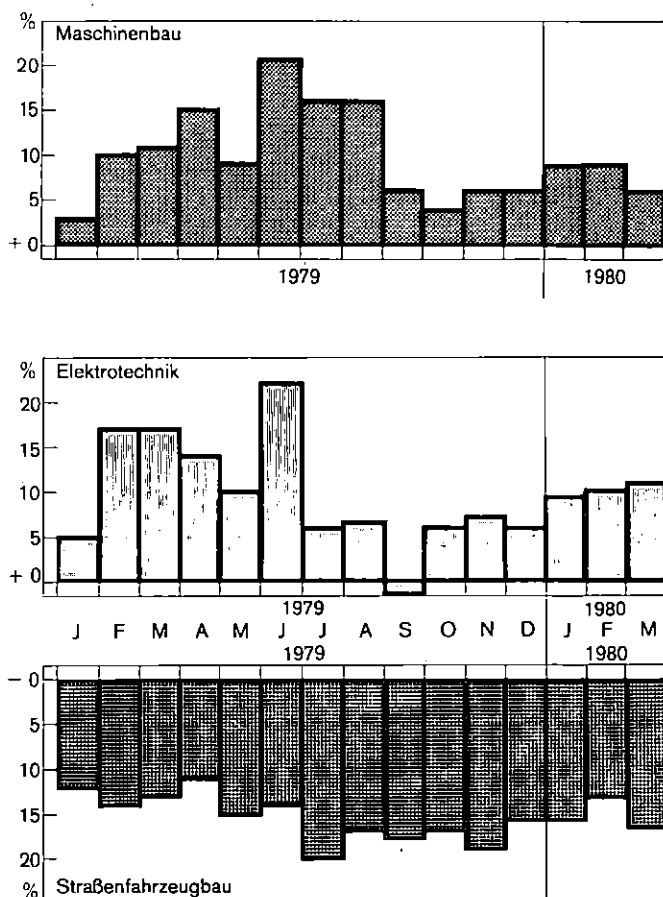
ten von Ende April demgegenüber wieder von einer Zunahme des Bruttosozialprodukts von 2,5% aus, wobei für das 1. Halbjahr eine Rate von 4% und für das 2. von 1,5% unterstellt wird. Generell geht man davon aus, daß das Wachstum in der 2. Jahreshälfte deutlich nachlassen wird. Eine Vielzahl der Vorstellungen zeigt die Unsicherheit der gegenwärtigen Situation. Gegenüber 1979 – hier betrug

der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Baden-Württemberg 5,6% und im Bundesgebiet 4,4% – dürfte auch für Baden-Württemberg in etwa eine Halbierung des Wachstums zu erwarten sein (2,5–3%), wobei ein gewisser positiver Abstand des Landes zum Bund wegen der zur Zeit noch guten Lage der Investitionsgüterbranchen bestehen bleiben dürfte.

Schaubild 2

Auftragseingänge ausgewählter Branchen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes

Veränderung gegen Vorjahr in % – gleitende 3-Monatsdurchschnitte



Investitionen

Die Dynamik des Aufschwungs von 1979 und der ersten Monate von 1980 wurde durch die Investitionen bestimmt. Alle Sparten trugen ihren Teil dazu bei, die Ausrüstungs- und die Bauinvestitionen sowie die Aufstockung der Lager.

Die Investitionsgüterkonjunktur wurde neben der Auslandsnachfrage auch durch ein hohes inländisches Bestellvolumen hervorgerufen. Abgesehen vom Straßenfahrzeugbau, speziell der PKW-Produktion, haben alle Wirtschaftszweige des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes daran partizipiert. Verschiedene Verursachungskomponenten sind zu konstatieren: eine generell sehr stark gestiegene Produktionstätigkeit führte zu einem hohen Auslastungsgrad des Produktionspotentials, der in Verbindung mit dem aufgestauten Kapazitätsbedarf der Vorjahre die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen induzierte. Neben den hohen

Auftragsbeständen aus der guten Bestelltätigkeit der letzten Monate dürfte somit auch die hohe Kapazitätsauslastung stimulierend auf die weitere Bestelltätigkeit wirken. Mit über 93% wurde 1979 der höchste Grad seit 1973 erreicht.³ Die hierdurch möglicherweise ausgelösten Erweiterungsinvestitionen sind allerdings stark von der Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der Nachfrage abhängig. Während die konjunkturelle Investitionsneigung der Unternehmer sich zur Zeit noch gegen alle wirtschaftlichen und politischen Unwägbarkeiten als robust erweist, ist nicht auszuschließen, daß sich dies im Ablauf des Jahres ändert. Unter diesen Umständen dürften mittelfristig ausgerichtete Investitionsmotive an Bedeutung gewinnen. Der Energieverbrauch wird als Wettbewerbsfaktor zunehmend wichtiger. Dies erzeugt Umstellungs- und Anpassungsinvestitionen sowohl bei der Produktionstechnik wie bei der Produkterneuerung und -verbesserung. Weitere Impulse sind außerdem von der gestiegenen Bedeutung der Umweltschutzinvestitionen sowie der Ausbreitung neuer Technologien, wie besonders der Mikroelektronik zu erwarten.

Die starke Produktivitätssteigerung bei höherer Kapazitätsauslastung und die gute Ertragslage in Verbindung mit günstigen Finanzierungskonditionen und angemessenen Tarifabschlüssen haben 1979 die Investitionsentscheidung erleichtert. Das Zusammenspiel dieser Bedingungsfaktoren dürfte sich 1980 weniger günstig gestalten, insbesondere aufgrund der zur Zeit noch stark restriktiven Geldpolitik. Während somit die Struktur der Nachfrage das durch Investitionsgüterindustrien geprägte Land Baden-Württemberg begünstigt, wirken sich hohe Geldbeschaffungskosten auf die relativ kapital-schwache mittelständische Wirtschaftsstruktur ungünstig aus. Insgesamt dürften die Antriebskräfte jedoch stark genug sein, auch für das Land von der im Frühjahrsgutachten für den Bundesdurchschnitt angenommenen Zuwachsrate von etwa 7% für die Ausrüstungsinvestitionen auszugehen.

Auch die Bauinvestitionen werden zumindest bis weit in das Jahr 1980 hinein zur Konjunkturstützung beitragen. Trotz einer realen Produktionssteigerung 1979 von 4% im Hochbau und gut 7% im Tiefbau waren die *realen* Auftragsbestände bereits zum Jahreswechsel im Hochbau um 16%, im Tiefbau allerdings nur um 1% höher als vor Jahresfrist. Bezogen auf die Beschäftigung dieser Branchen bedeutet dies, daß allein die Auftragspolster aus dem vergangenen Jahr – bei Beibehaltung der hohen Kapazitätsauslastung – vor allem beim Hochbau bis weit in den Sommer hinein reichen.

³DIW Wochenbericht, Nr. 415, 1980.

Auch die unerwartet positive Entwicklung wird zur weiteren günstigen Beschäftigungslage beitragen: So überragen die nominalen Auftragseingänge im 1. Quartal die des entsprechenden Vorjahreszeitraums beim Hochbau um 17,4% – dabei ragt der gewerbliche und industrielle Bau mit 31,7% heraus – und beim Tiefbau mit 11,9%. Im Laufe des Jahres ist allerdings eine Nachfrageabschwächung zu erwarten und zwar beim Tiefbau, wo die Impulse des Zukunftsinvestitionsprogramms auslaufen wie auch beim Wohnungsbau: Hier lagen die realen Auftragseingänge im 2. Halbjahr 1979 unter denen des Vorjahres, für das 1. Quartal 1980 ergab sich real gesehen eine Stagnation. Die überproportional gestiegenen Bau- und Baulandpreise wie auch die stark erhöhten Hypothekenzinsen dürften eine solche Abschwächung sozusagen vorprogrammiert haben.

Weiter anhalten wird demgegenüber die das Ausbaugewerbe begünstigende Nachfrage nach Maßnahmen zur Modernisierung, Sanierung und Energieeinsparung, die durch öffentliche Mittel gefördert werden. Die Bauinvestitionen insgesamt dürften nach dem Frühjahrsgutachten real um 5,5% zunehmen.

Zum Investitionshoch des vergangenen Jahres haben auch die Vorratsaufstockungen beigetragen. Eine von einem Lagerzyklus ausgehende stärkere kontraktive Wirkung wie nach der ersten Ölkrise wird für 1980 jedoch nicht erwartet: die Aufstockungen der Lagerbestände umfassen zu einem erheblichen Teil auch importierte Rohstoffe und Vormaterialien.

Auch die Ergebnisse des Ifo-Konjunkturtests deuten im allgemeinen bis zum Frühjahr noch nicht darauf hin, daß die Lagerbestände als überhöht angesehen werden. Einen negativen Faktor für die Vorratsinvestitionen bildet allerdings die Zinsentwicklung. Kontokorrentkredite waren im Frühjahr um die Hälfte teurer als vor Jahresfrist.

Export

Zusammen mit der heimischen Investitionsnachfrage war der Export im abgelaufenen Jahr der Motor der heimischen Konjunktur. Dies gilt, obwohl die Leistungsbilanz der Bundesrepublik im Laufe des vergangenen Jahres mit wachsender Tendenz ins Defizit geriet. Hauptverursacher dieser Entwicklung waren die Ölpreissteigerungen, die auf die Erhöhung der bundesweiten Einfuhrpreise (1979: 20%) durchschlugen. Allerdings stiegen auch real die Einfuhren in das Bundesgebiet mit 10% stärker als die Ausfuhren (+6%), was teils auf den Import-sog durch die vergleichsweise hochkonjunkturelle Lage, teils aber auch auf spekulative Vorratsaufstockungen zurückzuführen ist.

In Baden-Württemberg haben 1979 (in jeweiligen Preisen) die Exporte mit 11,3% stärker zugenommen

als im Bundesgebiet (+10,4). Nach einem lebhaften 4. Quartal 1979 (+9,8%) steigerte sich das Auslandsgeschäft in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres nochmals (+18,1%). Dies ist umso überraschender, als die konjunkturelle Entwicklung in einigen wichtigen Abnehmerländern wie den USA und Großbritannien (Exportzunahme im Quartalsvergleich 1980/79: +30,5% bzw. +26,1%) im Frühjahr eindeutig nach unten wies. Inwieweit solche Nachfrageimpulse bei Rezession auf Dauer anhalten werden, ist schwer zu beurteilen.

Andererseits ist die Einleitung einer Konjunkturstützung insbesondere in den USA im Wahljahr durchaus möglich. Generell macht – auch im Vergleich zur heimischen Entwicklung – die starke inflationäre Entwicklung in den westlichen Industrieländern in Verbindung mit einer Restriktionspolitik eine Einschränkung der Nachfrage, vor allem des privaten Verbrauchs, mit entsprechender Rückwirkung auf die deutschen Exporte möglich. Offenbar jetzt schon wichtige mittelfristige Investitionsmotive vor allem zur Energieeinsparung und -Substitution werden allerdings auch in diesen Ländern wirksam sein und voraussichtlich auch in Baden-Württemberg eine entsprechende Nachfrage hervorrufen. Die hohen Zunahmen der realen Auftragseingänge aus dem Ausland, die, bezogen

Schaubild 3

Reale Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes

Veränderung gegen Vorjahr in % – gleitende 3-Monatsdurchschnitte

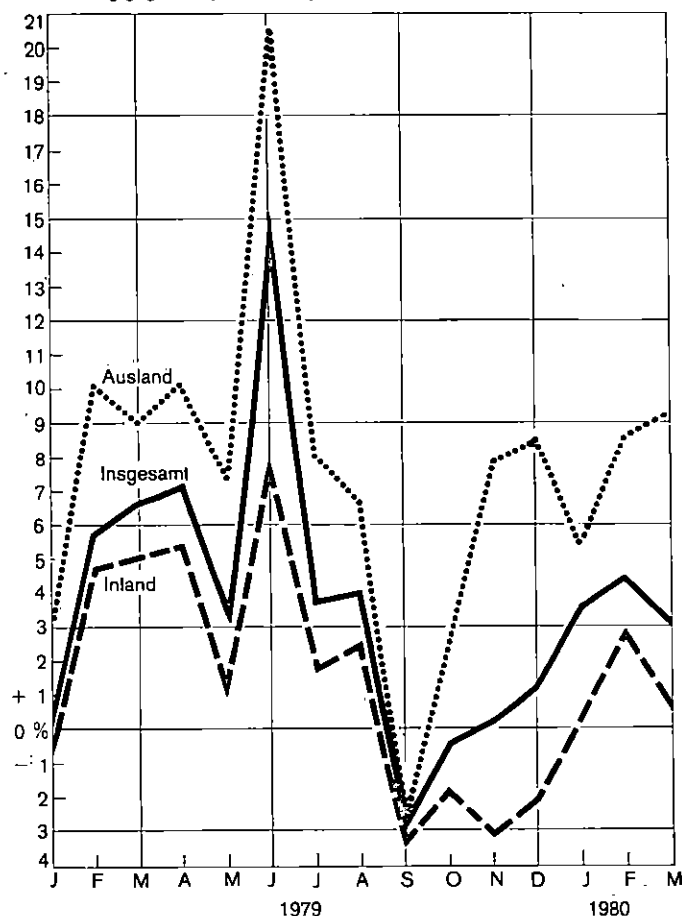


Tabelle 3

Vorausgeschätzte Wirtschaftsentwicklung ausgewählter westlicher Industrienationen

Land	Anteil an der Ausfuhr 1979 ¹⁾	Zunahme gegen Vorjahr					
		1979 ²⁾			1980 ²⁾		
		Brutto- sozialprodukt		Preise ³⁾	Brutto- sozialprodukt		Preise ³⁾
		real	nominal		real	nominal	
	%						
Bundesrepublik Deutschland	.	4,4	8,3	3,9	2,5	7	4,5
Frankreich	14,0	3	14	10,5	2	13	11
Italien	8,4	4	20	15,5	1,5	18	16,5
Niederlande	7,5	3	7,5	4,5	2	8	6
Belgien	4,8 ⁴⁾	3,5	8,5	5	2,5	8,5	6
Großbritannien	6,2	0,5	14,5	14	– 2	13,5	16
Schweiz	7,8	0,5	4	3,5	1,5	4,5	3
Österreich	6,0	5	9	4	3	7	4
USA	10,6	2	11	9	– 1,5	8,5	10

1) Anteil an der Ausfuhr Baden-Württembergs. — 2) Schätzungen gerundet. — 3) Deflationierungsfaktor. — 4) Einschließlich Luxemburg.
Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW (Stand: Januar/Februar 1980).

auf den Vorjahresstand, im 1. Quartal 1980 beim Verarbeitenden Gewerbe 8,2% betrugen, bei der Investitionsgütererzeugung 8,4% und beim Maschinenbau sogar 15%, deuten auf eine weiterhin günstige Entwicklung hin.

Eine Rolle bei der Entwicklung der Exporte in wichtige westliche Industrieländer spielt auch der Verlauf der Währungsparitäten innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS), das am 13.3.1979 formell in Kraft getreten ist. Das erste Jahr seines Bestehens brachte, in Anbetracht der weiterhin auseinanderklaffenden Inflationsraten der Partnerländer, preisbereinigt eine reale Abwertung der DM, und dies trotz der (allerdings geringfügigen) Aufwertung der DM am 23.9.1979. So unerwünscht diese Tendenz stabilitätspolitisch ist, wird sie doch zwangsläufig die Wettbewerbsposition der heimischen Exportwirtschaft innerhalb der EWS-Partnerländer stärken.

Bei der politischen Lage, wie sie im Frühjahr herrscht, ist auch eine Intensivierung des Warenaustausches mit den Staatshandelsländern schwerlich denkbar.

Auch wenn sich die erhöhten Deviseneinnahmen der OPEC-Länder und eine Reihe anderer rohstoff-exportierender Entwicklungsländer in vermehrten Bestellungen niederschlagen sollten, ist von der zu erwartenden Größenordnung her keine Entlastung für die Exportnachfrage in Sicht. Dies gilt zumindest für 1980, da zur Zeit keine supranationale, auf Solidarität mit der Dritten Welt basierende Kanalisierung der Ölmilliarden realisierbar scheint. Wenn

keine dramatische Zuspitzung der Rahmenbedingungen für den Welthandel erfolgt, kann Baden-Württemberg durch seinen hohen Anteil der intensiven Sparten wie Maschinen, Kraftfahrzeuge und elektrotechnische Güter überproportional am Nachfragepotential der Dritten Welt partizipieren.

Berücksichtigt man die geschilderten Bestimmungsfaktoren für die Exportentwicklung, so dürfte Baden-Württemberg den im Frühjahrsgutachten genannten bundesdurchschnittlichen Zuwachs von 5% mindestens erreichen.

Privater Verbrauch

Vom privaten Verbrauch ging bereits im abgelaufenen Jahr kaum noch eine stimulierende Wirkung aus. So stiegen die Einzelhandelsumsätze 1979 real um 1,9% (im Vorjahr: 3,8%). In der zweiten Jahreshälfte kühlte sich das Konsumklima zudem ab, was schließlich zu einem unbefriedigten Weihnachtsgeschäft des Einzelhandels führte: Im Zweimonatsvergleich November/Dezember trat ein Rückgang der realen Umsätze von gut 2% zum Vorjahr ein. Nach einer vorübergehenden Erholung im Januar brachte der März bereits wieder einen realen Umsatzrückgang, so daß der Einzelhandel im ersten Quartal 1980 insgesamt preisbereinigt nur 1% mehr umsetzte als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Folgende Komponenten steckten den Rahmen ab für die privaten Konsumausgaben des abgelaufenen Jahres: eine leicht erhöhte Sparquote, die offenbar durch die Möglichkeit zu gut verzinslicher

Anlage ausgelöst wurde – eine im Vergleich zur Steigerung der realen Produktion nur bescheidene Erhöhung der Beschäftigung sowie insbesondere die Schmälerung der realen Kaufkraft durch zunehmend starke Preiserhöhungen. Diese wurden auch durch die Ölverteuerungen ausgelöst, so daß der Kaufkrafttransfer in die OPEC-Länder hier seinen sichtbaren Niederschlag fand. Die realen Einkommensverbesserungen werden mäßig sein.

Die Preissteigerungen werden 1980 die 5%-Marke überschreiten, die Nachfrageumlenkung also auch in diesem Jahr voll wirksam werden mit der Konsequenz eines entsprechenden Ausfalls auf dem heimischen Markt. Von der Beschäftigung dürfte in diesem Jahr weder eine expansive noch eine kontraktive Wirkung ausgehen. Auch von den Masseneinkommen ist in diesem Jahr keine stimulierende Wirkung zu erwarten. Die durch die Tarifbeschlüsse von knapp 7% in der Metallindustrie vorgezeichnete Erhöhung der Bruttolöhne- und Gehälter wird dieses Jahr, anders als 1979, wieder voll von der Progressionswirkung des Steuersystems getroffen. Zudem haben sich die Versicherungspflichtgrenzen erhöht. Mit 4% fallen auch die Rentenerhöhungen dieses Jahr geringer aus als im Vorjahr (+4,5%).

So dürfte unter Berücksichtigung der zu erwartenden Preissteigerungen eine Erhöhung des realen privaten Verbrauchs um mehr als 2% kaum eintreten. Dabei ist keine Erhöhung der Sparquote unterstellt. In Zeiten mit unsicheren politischen und wirtschaftlichen Erwartungen steigt jedoch erfahrungsgemäß die Sparquote und die Neigung, zeitlich disponible Anschaffungen zu tätigen, nimmt ab. Wieweit diese Lage eintreten kann, läßt sich nicht kalkulieren.

Öffentliche Finanzen

Der Staatshaushaltsplan 1980 geht von einer bereinigten Steigerung des Haushaltsvolumens gegenüber 1979 von 6,1% aus. Damit liegt der Etat bei 30,8 Mrd. DM und überschreitet so erstmals die 30-Milliarden-Grenze.

Auf der Einnahmenseite sind für 1980 Steuereinnahmen in Höhe von 20,7 Mrd. DM veranschlagt. Verglichen mit dem Haushaltsansatz 1979 bedeutet dies eine Zuwachsrate von 6,0%, bezogen auf das Ist-Ergebnis 1979 eine erwartete Einnahmesteigerung um 7,5%. Unter Einbeziehung der übrigen Einnahmen von rd. 6,7 Mrd. DM verbleibt gegenüber der Ausgabenseite des Haushalts eine Finanzierungslücke, die mit Krediten geschlossen werden muß. Die Nettokreditaufnahme wird 2,2 Mrd. DM betragen und liegt damit um 800 Mill. unter der in der früheren mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Höhe.

Die Ausgabenseite konzentriert sich, was die Manövriermasse betrifft – die noch auf 4 bis 5% des Etatvolumens veranschlagt werden kann – vor allem auf folgende Schwerpunktbereiche: Eine familien- und kinderfreundliche Sozialpolitik, den Ausbau der gewerblichen Infrastruktur und die Verbesserung der Wohnverhältnisse der Bevölkerung.

Im Personalbereich, dessen Ausgaben sich um 6,7% erhöhen, werden im neuen Etat rd. 3000 weitere Stellen ausgebracht. Der Schwerpunkt dieser Stellen liegt bei Polizei, Lehrern, Strafvollzug und Steuerverwaltung.

Perspektiven für den Arbeitsmarkt

Mit einem Jahresdurchschnitt von 2,1% (Bundesgebiet: 3,8%) war die Arbeitslosenquote 1979 auf dem niedrigsten Stand seit fünf Jahren. Auch noch in der zweiten Jahreshälfte war die monatliche Arbeitslosenquote im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahresmonaten erheblich gesunken, ein Trend, der auch über die Jahreswende hinaus anhielt, sicherlich zum Teil auch begünstigt durch die milde Witterung. In Ballungsgebieten und in speziellen Berufssparten und Wirtschaftsbereichen ergab sich bereits eine Übernachfrage vor allem nach qualifiziertem Personal.

Allerdings besteht aufgrund von Unterschieden zwischen den Anforderungsprofilen der Arbeitslosen und der angebotenen Stellen immer noch Arbeitslosigkeit, die noch verstärkt wird durch regionale und sektorale Ungleichgewichte. Diese Faktoren dürften auch zukünftig den Abbau der Rest-Arbeitslosigkeit erschweren. Ein weiterer Faktor, der sich auch 1980 ungünstig auswirken wird, sind die eingetretenen Verhärtungen bei Problemgruppen. Zu diesem Personenkreis gehören gesundheitlich beeinträchtigte, behinderte und ältere Arbeitnehmer sowie Personen, die eine Teilzeitbeschäftigung suchen.

Entscheidend wird jedoch sein, ob das wirtschaftliche Wachstum ausreicht, die gute Beschäftigungslage beizubehalten. Die Verteuerung des Produktionsfaktors Energie kann über eine vermehrte Substitution des Faktors Arbeit hierzu beitragen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Energieverteuerung über eine Verschlechterung der Terms of Trade auch zu einem Ausfall der inländischen privaten Nachfrage und damit zu einem Wachstumsverlust führt, der voraussichtlich nicht durch vermehrte Exporte in einem genügend großen Ausmaß ausgeglichen werden kann.

Gerade für Baden-Württemberg wird dabei entscheidend sein, ob im Inland die gestiegene Investitionsneigung anhält, wofür die Anzeichen

zur Zeit sprechen. Aufgrund der vielseitigen Angebotspalette der oft mittelständisch geprägten Unternehmen unseres Landes ist die Ausgangslage sicherlich noch günstiger als im Bundesgebiet.

Zumindest bisher ist am Arbeitsmarkt keine Trendwende zu erkennen: die vom Landesarbeitsamt berechneten saisonbereinigten monatlichen Arbeitslosenzahlen weisen bisher noch nicht nach oben. Für die zweite Jahreshälfte ist jedoch bei dem erwarteten Wirtschaftswachstum eine leichte Zunahme der Arbeitslosenzahlen nicht auszuschließen. Denn neben der Zuwanderung von Erwerbspersonen ist in Rechnung zu stellen, daß aufgrund von Verschiebungen in der Altersstruktur 1980 etwa 40 000 bis 50 000 Personen mehr am Arbeitsprozeß teilnehmen werden als daraus ausscheiden. Faßt man diese Gesichtspunkte zusammen, so dürfte die Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg auch bei ungünstiger Einschätzung im Jahresdurchschnitt unter 2,5% liegen.

Vor allem die nachrückenden jüngeren Altersjahrgänge werden auch in diesem Jahr im Mittelpunkt des Interesses stehen: Entsprechend der insgesamt steigenden Zahl der Entlaßschüler wird es in diesem Jahr wieder mehr Lehrstellenbewerber geben. Ihre Zahl wird um knapp 1% auf etwa 95 000 ansteigen. Den gemeinsamen Anstrengungen von Wirtschaft, Kammern, Arbeitsverwaltung und Landesregierung dürfte es auch 1980 gelingen, die Bewerber mit einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen zu versorgen. Dabei kann jedoch wenig darüber ausgesagt werden, ob die Struktur der angebotenen Ausbildungsplätze in jedem Fall den Neigungen der Bewerber entspricht und geeignet ist, einer größtmöglichen Zahl von Jugendlichen zu einem zukunftssicheren Beruf zu verhelfen. Die Landesregierung will zur Fortsetzung ihres Sonderprogramms zur Sicherung von Ausbildungsplätzen in diesem Jahr 60 Mill. DM bereitstellen; schwerpunktmäßig für die Unterbringung ausländischer Jungendlicher, zur Förderung von Ausbildungsplätzen für Mädchen in gewerblich-technischen Berufen und für überbetriebliche Ausbildungsstätten.

Die Spitze der Nachfrage nach Lehrstellen wird bereits 1981 erwartet, danach wird – entsprechend den zahlenmäßig wieder schwächer werdenden Altersjahrgängen – ein stetiger Rückgang eintreten.

Zusammenfassung

Die Zahl der Geburten der deutschen Bevölkerung wird, wenn die wieder aufwärts gerichtete Entwicklung des letzten Jahres anhält, auf 80 000

steigen. Die Geburten der ausländischen Bevölkerung werden bei 16 000 konstant bleiben. Bei der Bevölkerung insgesamt dürfte so ein Überschuß der Geburten über die Sterbefälle in Höhe von 2000 eintreten. Zusammen mit einem Wanderungsgewinn von 18 000 bei den Deutschen und 50 000 bei den Ausländern wird eine Zunahme der Bevölkerung auf 9,26 Mill. erwartet.

Entsprechend dem Hineinwachsen der geburten-schwachen Jahrgänge in die Schulpflicht wird die Zahl der Grundschüler abnehmen. Die Zuwachsraten bei den Realschulen und Gymnasien werden abflachen, ebenso die an den beruflichen Schulen, da aus den Hauptschulen bereits weniger Entlaßschüler als im Vorjahr erwartet werden.

Bei einer Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung stehen den pessimistischeren Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute eine im Frühjahr positive Entwicklung sowie eine allgemein optimistische Lagebeurteilung des Deutschen Industrie- und Handelstags gegenüber, die vor allem für Baden-Württemberg einen weiterhin günstigen Konjunkturverlauf voraussagt.

Während aufgrund der guten Auftragsbestände und einer ungebrochenen Bestelltätigkeit aus dem In- und Ausland das Anhalten der guten Konjunkturlage für die nächsten Monate gesichert ist, ist die Entwicklung im weiteren Verlauf der zweiten Jahreshälfte 1980 unsicherer, was die Bestimmungsfaktoren des Wachstums: Investitionen, Export und private Nachfrage, anbelangt.

Bei den Ausrüstungsinvestitionen dürften Umstellungs- und Anpassungsinvestitionen weiter in den Vordergrund rücken. Bei den Bauinvestitionen reichen bereits die hohen Auftragspolster zu Jahresbeginn noch weit in das Jahr hinein. Bremsend auf die weitere Investitionsneigung werden jedoch die stark gestiegenen Kreditzinsen wirken. Zusammen mit hohen Bau- und Baulandpreisen haben sie beim Wohnungsbau bereits zu einer Stagnation der realen Nachfrage geführt.

Die Zuwachsrate des Exports könnte sich im zweiten Halbjahr abflachen, da sich bei den wichtigsten Abnahmeländern eine Konjunkturabschwächung abzeichnet. Allerdings bedeutet der anhaltende Abstand zu den Inflationsraten wichtiger Außenhandelspartner eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Exportwirtschaft. Außerdem dürften die Exporte Baden-Württembergs bei dem weltweit bestehenden mittelfristig orientierten Investitionsdruck auch von dem hohen Anteil investiver Sparten profitieren.

Der durch die Ölverteuerungen ausgelöste Kaufkrafttransfer in die OPEC-Länder findet seinen Niederschlag in den durch Preiserhöhungen

geshmälerten Realeinkommen. Die Verbraucherpreise werden 1980 voraussichtlich um mehr als 5 Prozent steigen, so daß bei der durch die bisherigen Tarifabschlüsse vorgezeichnete Entwicklung der Masseneinkommen der private Verbrauch real nur um etwa 2 Prozent steigen dürfte.

Für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist maßgeblich, daß die Zahl der Erwerbspersonen um

rund 50 000 zunehmen wird. Aufgrund der guten Ausgangslage, die sogar von partiellen Engpässen begleitet ist, und der Tatsache, daß die Beschäftigung Baden-Württembergs von einer anhaltenden Investitionsgüterkonjunktur besonders profitieren wird, ist auch bei ungünstiger Einschätzung zu erwarten, daß die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt unter 2,5 Prozent bleiben wird.

Teil II

Entwicklungsperspektiven der Wirtschaft in den achtziger Jahren

Die Entwicklungsperspektiven in den achtziger Jahren werden voraussichtlich mehr noch als bisher vor dem Hintergrund weltpolitischer und gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen zu sehen sein. So haben im Laufe der siebziger Jahre sowohl die Probleme der Energie- und Rohstoffbereitstellung als auch die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in verschiedenen Ländern gezeigt, welche Bedeutung sozialer Frieden und unbelastete Beziehungen zwischen den Staaten für Wachstum und Wohlstand haben. Wegen der Unsicherheit dieser allgemeinen Rahmenbedingungen muß eine Prognose wirtschaftlicher Entwicklungen noch mehr als früher auf entsprechende Annahmen hinweisen. Wie die meisten Vorausschätzungen so gehen auch die nachfolgenden unausgesprochen davon aus, daß sich das Verhältnis der Staaten zueinander nicht wesentlich ändert. Dies schließt keineswegs aus, daß sich möglicherweise die Probleme der Energie- und Rohstoffbereitstellung verschärfen, der Welthandel durch partielle Tendenzen zum Protektionismus erschwert wird sowie national und international die Austauschbeziehungen durch die Inflation beeinträchtigt werden.

Trotz der schwierigen Situation sind Vorausschätzungen als Orientierungslinien über mögliche zukünftige Entwicklungen beziehungsweise zur Abschätzung und Einordnung unerwarteter Verläufe unerlässlich. Prognosen im sozialwissenschaftlichen Bereich sind grundsätzlich Modellrechnungen oder Status-quo-Prognosen. Sie zeigen also auf, welche Entwicklungsverläufe und Größenordnungen in Zukunft unter ganz bestimmten, heute plausiblen Prämissen der Tendenz nach möglich

sind. Entsprechend sind die verschiedenen Prognosen, die die demographische und wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs zum Gegenstand haben und die nachfolgend zur Darstellung möglicher Entwicklungsperspektiven dieses Landes herangezogen werden, Modellrechnungen im Sinne von Status-quo-Prognosen¹. Dabei handelt es sich um Prognosen der Institute Battelle und Prognos sowie des Statistischen Landesamtes.

Ein Vergleich der drei angesprochenen Prognosen und ihrer Prämissen ist im einzelnen schwierig, da sie mit unterschiedlichen Ansätzen und Schwerpunkten arbeiten. Generell betonen Prognos und das Statistische Landesamt den Zusammenhang zwischen Nachfrage- und Produktionsentwicklung, während Battelle den Schwerpunkt auf den Bereich Technologie und Arbeitsmarkt legt. Weitere spezielle Abweichungen in den Annahmen und Ergebnissen werden im folgenden bei den betreffenden Punkten berücksichtigt.

Allerdings wird durch die allgemeine Unterschiedlichkeit der Ansätze auch die Informationsbasis für entsprechende zukunftsorientierte Untersuchungen erweitert. Zur weiteren Abrundung der Entwicklungsperspektiven sowie zur Durchleuchtung einzelner, wesentlicher Entwicklungsfaktoren werden außerdem zusätzliche Untersuchungen herangezogen, die sich allerdings vornehmlich mit der Vergangenheitsanalyse befassen².

Unter Berücksichtigung der verschiedenen Untersuchungen kristallisieren sich folgende sechs Kom-

¹ Chr. Bergmann, K. Eckerle, D. Franzen, H. E. Grundmann, K. Masuhr: Die Bundesrepublik Deutschland 1985, 1990, 1995 – Die Entwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung in der Bundesrepublik und den Bundesländern 1966–1995, prognos report nr. 9, Basel 1979; im folgenden zitiert als „prognos 1“.

A. Blüm, U. Frenzel, E. Kaiser, L. Böckels, K. H. Buttstädt, E. Herwig, S. Hübner, B. Kahl: Der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg – Analyse der Gesamtentwicklung bis zum Jahr 1995, Schlußbericht des Battelle-Instituts für den Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Baden-Württemberg, Frankfurt 1979; im folgenden zitiert als „Battelle“.

H. Kaeser: Langfristige Vorausschätzung demographischer Eckdaten, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6/1979; im folgenden zitiert als „Stala 1“.

W. Münzenmaier, G. Maag, I. Fügél-Waverijn: Langfristige Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Situation am Arbeitsmarkt, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/1979; im folgenden zitiert als „Stala 2“.

² K. Breithaupt, E.-J. Horn, H. Klodt, K.-P. Kriegsmann, A. D. Neu, K.-D. Schmidt: Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft; Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kiel 1979; im folgenden zitiert als „IWW“.

A. J. Halbach: Deutsche Direktinvestitionen: Entwicklungsländer bleiben interessant, in: ifo schnellendienst, nr. 4, 8. Februar 1980; im folgenden zitiert als „ifo 2“.

J. Lesourne, W. Michalski, M. Sakamoto, D. Norse, D. Malkin, C. Corneliu: Facing the Future – A Report by Interfutures, in: the OECD Observer, No. 100/ September 1979; im folgenden zitiert als „OECD“.

U. Nockemann, R. Rau, R. Rettig: Strukturwandel im Privaten Verbrauch bis 1990, in: Mitteilungen (RWI) Nr. 3/1979; im folgenden zitiert als „RWI 1“.

Strukturberichterstattung, Zwischenbericht 1979, erstellt vom ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, im folgenden zitiert als „ifo 1“.

Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft – Strukturberichterstattung, Zwischenbericht 1979, erstellt vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung; im folgenden zitiert als „RWI 2“.

ponenten als wichtigste Bestimmungsfaktoren der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung heraus:

- Entwicklung der Bevölkerung nach Zahl und Struktur, was wichtig ist für die Entwicklung der inländischen Nachfrage und des Erwerbspersonenangebots,
- Entwicklung von Energie- und Rohstoffbereitstellung und ihren Preisen,
- Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung im Hinblick auf Exportaussichten und Importdruck
- Entwicklung des binnenwirtschaftlichen Nachfragepotentials (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Investitionen)
- Entwicklung des Angebotspotentials, vor allem unter dem Aspekt der Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft.
- Entwicklung der Technologie vor allem unter Gesichtspunkten des Arbeitsmarktes und der Produktivität.

Bevölkerungsentwicklung

Für die achtziger Jahre ist global mit einer gegenüber heute nur leicht niedrigeren Bevölkerungszahl zu rechnen. Prognos erwartet für 1990 gegenüber 1980 eine Abnahme um 4,9% auf 8,739 Mill., das Statistische Landesamt eine Abnahme um 1,4% auf 9,060 Mill. Personen (*Tabelle 1 und 2*). Prognos und das Statistische Landesamt gehen für die natürliche Bevölkerungsentwicklung von altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern aus, die gegenüber dem Basisjahr der Prognose (1976 bzw. 1977) weitgehend unverändert bleiben. Die Plausibilität der Annahme nicht weiter absinkender Fruchtbarkeitsziffern wird durch die Geburtenentwicklung des Jahres 1979 bestätigt (vgl. Teile I,) es ist

Tabelle 1

Entwicklung der Bevölkerung bis 1990

Jahr 1)	Prognos ²⁾	Statistisches Landesamt
	1000	
	Insgesamt	
1.1.1980 ³⁾	9 190	
1985	8 845	9 093
1990	8 739	9 060
	Darunter Deutsche	
1.1.1980 ³⁾	8 317	
1985	8 110	8 169
1990	8 015	8 083

- 1) Die Prognosewerte beziehen sich bei "Prognos" jeweils auf das Ende, beim Statistischen Landesamt auf den Anfang des Jahres. –
 2) Mit Binnenwanderung. – 3) Ist - Ergebnis.

Tabelle 2

Umfang und Struktur der Bevölkerung 1980 und 1990

Bevölkerung	Stand am 1.1.1980	Prognose 1990
	1000	
Insgesamt	9 190	9 060
	%	
davon im Alter von... bis unter... Jahren		
unter 5	5,0	5,6
5 – 10	6,0	5,3
10 – 15	8,3	5,1
15 – 20	8,7	6,0
20 – 25	7,7	8,2
25 – 30	7,2	8,5
30 – 35	6,4	7,5
35 – 40	7,5	7,1
40 – 45	7,9	6,4
45 – 50	6,2	7,4
50 – 55	5,9	7,7
55 – 60	5,5	5,9
60 – 65	3,4	5,4
65 – 70	5,0	4,8
70 – 75	4,2	2,6
75 und mehr	5,2	6,6

danach sogar nicht ganz auszuschließen, daß sich wieder ein leichter Anstieg der Fruchtbarkeitsziffern abzeichnet, wie er von Prognos für die zweite Hälfte der achtziger Jahre angenommen wird (*Prognos 1, S.122 ff.*). Aber selbst ein leicht geändertes generatives Verhalten wird sich in den achtziger Jahren noch kaum auf Umfang und Struktur der Gesamtbevölkerung auswirken. Die Abweichungen in den Bevölkerungsprognosen sind deshalb fast ausschließlich auf die von Prognos unterstellte Abwanderung von Ausländern zurückzuführen, die aus heutiger Sicht jedoch nicht unbedingt realistisch erscheint (vgl. Teil I). Das Statistische Landesamt bezog darum Wanderungsströme nicht in seine Prognose ein (*Tabelle 1*).

Kennzeichnend für die Bevölkerungsentwicklung der achtziger Jahre sind – nach beiden Prognosen – Strukturverschiebungen in den Altersjahrgängen. Sie gehen für die Prognose des Statistischen Landesamtes im einzelnen aus *Tabelle 2* hervor und beziehen sich vor allem auf folgende Gruppen:

- starke Abnahme des Anteils der unter 20-jährigen von 29% auf etwa 22%,
- noch kaum spürbare Zunahme der über 65-jährigen,

Tabelle 3

Voraussichtliche Entwicklung der Erwerbspersonen bis 1990

Jahr 1)	Prognos	Statistisches Landesamt	Battelle
	1000		
1979 2)	—	4 197,4	—
1985	4 281	4 468	4 422
1990	4 211	4 517	4 416

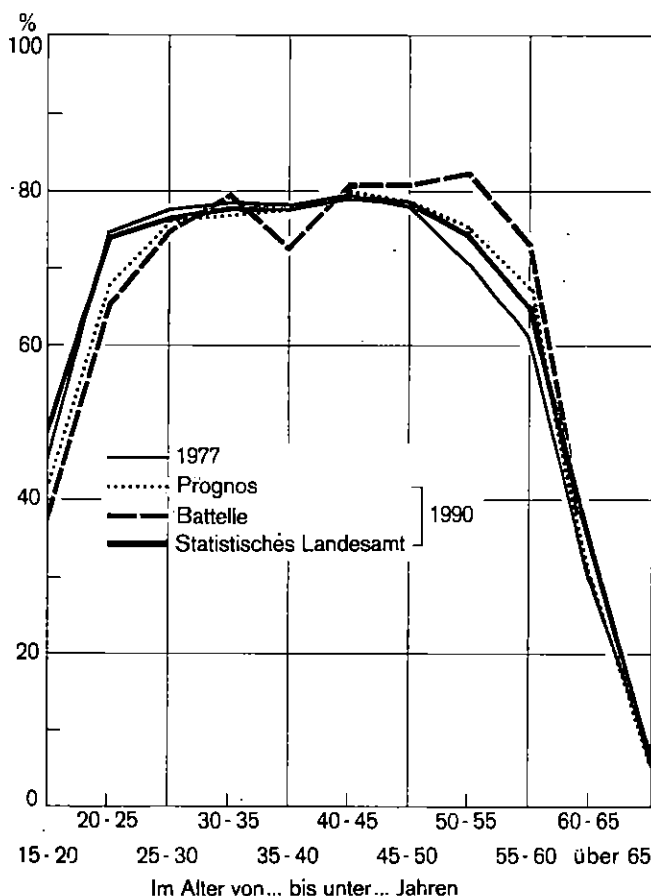
1) Die Prognosewerte beziehen sich bei "Prognos" jeweils auf das Ende, beim Statistischen Landesamt und bei "Battelle" auf den Anfang des Jahres. — 2) Ist - Ergebnis.

- starke Zunahme der 20- bis 65-jährigen von 57% auf 64%, und dabei der 20- bis 35-jährigen von 21% auf 24%.

Die anteilmäßige Verschiebung zugunsten der Altersgruppe der 20- bis 35-jährigen ist in zweierlei Hinsicht ein für die wirtschaftliche Entwicklung bedeutsames Ergebnis: Es ist Ursache für die bis Ende der achtziger Jahre noch zunehmende Zahl von Erwerbspersonen einerseits und von Haushalten andererseits, die von diesen Altersjahrgängen in den achtziger Jahren gegründet werden.

Schaubild 1

Altersspezifische Erwerbsquote 1977 und 1990



Im einzelnen prognostiziert das Statistische Landesamt eine Zunahme von Erwerbspersonen zwischen 1979 und 1985 um 300 000 Personen auf 4,47 Millionen und zwischen 1985 und 1990 um weitere 50 000 auf 4,52 Millionen Personen. Prognos und Battelle sehen den Höhepunkt der Erwerbspersonenentwicklung um das Jahr 1985 erreicht, wobei für dieses Jahr die Prognosewerte von Battelle leicht, diejenigen von Prognos beachtlich unter denen des Statistischen Landesamtes liegen (Tabelle 3). Die Unterschiede zwischen den Prognosen des Statistischen Landesamtes und Battelle sind auf unterschiedliche Annahmen hinsichtlich des Erwerbsverhaltens zurückzuführen, da beide von derselben Bevölkerungsprognose ausgehen. Während Battelle für 1990 eine Erwerbsquote von 48,7% errechnet, liegt diese beim Statistischen Landesamt bei 49,9%. Die Unterschiede ergeben sich ausschließlich im Bereich der 15- bis 30-jährigen, was mit abweichenden Annahmen hinsichtlich des Bildungsverhaltens zu erklären ist (Schaubild 1). Bei den höheren Altersjahrgängen liegen dagegen die Erwerbsquoten von Battelle sogar höher, im Bereich der 50- bis 55-jährigen mit 82% sogar am höchsten. Die Unterschiede zwischen den Erwerbspersonenprognosen von Prognos und dem Statistischen Landesamt resultieren ebenfalls in der abweichenden Einschätzung des Erwerbsverhaltens – bei Prognos ergibt sich für 1990 eine globale Erwerbsquote von 48,2% – sowie zusätzlich aus den erwähnten unterschiedlichen Annahmen hinsichtlich der Abwanderung von Ausländern. Dies ist auch Ursache für Differenzen in der Prognose der Zahl der Haushalte, die bei jeweils leicht abnehmender Zahl von Personen je Haushalt für 1990 von Prognos in Höhe von 3,45 Mill., vom Statistischen Landesamt in Höhe von 3,86 Mill. erwartet wird (Tabelle 4).

Tabelle 4

Voraussichtliche Entwicklung der privaten Haushalte bis 1990

Jahr 1)	Einheit	Prognos	Statistisches Landesamt
1979 2)	Haushalte (1000)	— 3 581,3 —	—
	Personen pro Haushalt	— 2,55 —	—
1985	Haushalte (1000)	3 471	3 718
	Personen pro Haushalt	2,5	2,5
1990	Haushalte (1000)	3 447	3 857
	Personen pro Haushalt	2,5	2,4

1) Die Prognosewerte beziehen sich bei "Prognos" jeweils auf das Ende, beim Statistischen Landesamt auf den Anfang des Jahres. — 2) Ist - Ergebnis.

Zum Zusammenhang von Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung

Vor dem Hintergrund dieser demographischen Tendenzen muß sich die Wirtschaft des Landes im kommenden Jahrzehnt auf folgende Entwicklungen einstellen: Das Erwerbspersonenangebot wird mindestens bis Mitte der achtziger Jahre noch in erheblichem Umfang steigen, was entsprechende Konsequenzen für den Arbeitsmarkt hat. Ein zunehmendes Arbeitsmarktungleichgewicht ist nicht auszuschließen, wenn nicht durch stärkeres Wirtschaftswachstum, durch eine Änderung des Erwerbsverhaltens oder der Arbeitszeit eine Entlastung erfolgt³.

Für die Auswirkung auf die Nachfrageseite der Wirtschaft, insbesondere den Privaten Verbrauch, sind verschiedene Komponenten gegeneinander abzuwägen: Die Stagnation der Bevölkerung einerseits und das Hineinwachsen geburtenstarker Jahrgänge in das konsumintensive Alter sowie die Zunahme der Zahl der Haushalte andererseits. Die konsumsteigernden Effekte aus der altersstrukturellen Verschiebung dürften die mäßigenden Tendenzen aus der Stagnation der Bevölkerungszahl durchaus kompensieren können. Außerdem ist ganz allgemein zu berücksichtigen, daß in technisch hochentwickelten Volkswirtschaften mit hohem Einkommens- und Konsumniveau der Zwang zur Produktivitätssteigerung, der erreichte Grad internationaler Arbeitsteilung und das Streben nach Erhaltung bzw. Steigerung des individuellen Einkommens einen so dominanten Einfluß auf das Wirtschaftswachstum haben, daß die Tatsache einer nicht mehr wachsenden Bevölkerung nur noch eine untergeordnete Rolle spielen dürfte. Was die Höhe dieses Wachstums anbelangt, so sprechen verschiedene, von der Bevölkerungsentwicklung durchaus unabhängige Faktoren für künf-

tig niedrigere Wachstumsraten, worauf noch einzugehen sein wird. Dennoch kann sich auch bei Bevölkerungsstagnation trotz gemäßigterem Wachstum durchaus noch eine Verbesserung der Versorgungslage und damit noch eine Stabilisierungs- oder Antriebskomponente ergeben. Dieser Zusammenhang ergibt sich aus folgender Modellrechnung (Zahlen des Statistischen Landesamtes): Aus der noch darzustellenden Vorausschätzung des Bruttoinlandsprodukts einerseits sowie der Bevölkerungsvorausschätzung andererseits läßt sich die Größe „Bruttoinlandsprodukt je Einwohner“ ermitteln, die als ein grober Anhaltspunkt für die durchschnittliche Einkommens- und Wohlstandssituation angesehen werden kann (Tabelle 5). Diese Rechnung ergibt, daß das „Bruttoinlandsprodukt je Einwohner“ im Durchschnitt des Vorausschätzungszeitraums mit jährlich etwa 3% fast genauso stark steigen dürfte wie zwischen 1960 und 1975.

Während die globalen Auswirkungen der voraussichtlichen Bevölkerungsstagnation bis gegen Ende des kommenden Jahrzehnts begrenzt sein dürften, zeichnen sich über die damit verbundenen altersstrukturellen Veränderungen deutlichere wirtschaftsstrukturelle Verschiebungen ab⁴ (Übersicht). So sind von der sich verringernden Zahl jüngerer Menschen vor allem solche Branchen betroffen, die sich auf einen entsprechenden altersstrukturellen Bedarf eingestellt haben. Weiterhin wird bei zunächst noch wechselnder Besetzung der verschiedenen Einrichtungen durch zunächst starke und dann schwache Geburtsjahrgänge der gesamte Bildungsbereich (Personal, Infrastruktur) tangiert. In einer Wohlstandsgesellschaft dürfte sich die Bedarfsabnahme allerdings unterproportional entwickeln. Außerdem zeichnet sich ein

³Vgl. Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1977/78, S. 67 ff.

⁴Vgl. I. Fögel-Waverijn: Überlegungen zum Zusammenhang zwischen der künftigen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 9/1979.

Tabelle 5

Zurückliegende und voraussichtliche Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung je Einwohner In Preisen von 1970

Bezeichnung	1960	1965	1970	1975	1980 ¹⁾	1985	1990
BWS ²⁾ je Einw. in DM	8 084	10 000	11 935	12 986	15 675	18 365	21 181
Durchschn. jährliche Zuwachsrate in %	4,3	3,6	1,7	3,8	3,2	2,9	

1) 1980 bis 1990 prognostizierte Werte. — 2) Bruttowertschöpfung in Preisen von 1970, mittlere Wohnbevölkerung gemäß Bevölkerungsfortschreibung.

Übersicht

Mögliche wirtschaftsstrukturelle Konsequenzen bei stagnierender Bevölkerung, altersstrukturellen Verschiebungen und gemäßigttem Wirtschaftswachstum

Bevölkerungsentwicklung (1978 bis 1990 bzw. 2000)	Nachfrageseite der Wirtschaft (ohne Außenhandel)				Sparen
	Konsum		Investitionen		
	privat	öffentlich (Personalausgaben)	öffentlich (Infrastruktur)	privat	
globale Konsequenzen der Bevölkerungsstagnation	höherwertige Konsumgüter; mehr Dienstleistungen	gleiche, evtl. mehr wohlstandsspezifische Dienstleistungen	gleiche, evtl. mehr Infrastruktur	höher	höher
strukturelle Konsequenzen durch Verschiebungen der Altersstruktur					
weniger Kinder	geringer	geringer	geringer	geringer	höher
mehr Jugendliche (noch bis 1985)	höher	höher	höher	höher	geringer
mehr Personen im erwerbsfähigen Alter	höherer und hochwertiger Konsum; mehr Dienstleistungen	höher (z.B. Unter- haltung, Gesundheit, Weiterbildung, Umschulung)	gleiche, evtl. mehr Infrastruktur	höher	höher
mehr ältere Personen	mehr Dienstleistungen	höher	höher	höher	geringer

zunehmender Bedarf an Umschulung und Weiterbildung ab: Generell wegen der Divergenzen zwischen dem Qualifikationsprofil der Arbeitskräfte und dem Anforderungsprofil der Arbeitsplätze, sodann wegen des Überangebots an Arbeitskräften und in weiterer Zukunft auch zum Ausgleich des fehlenden Zustroms jüngerer Arbeitskräfte.

Am oberen Ende des Altersbaums ist mit einer Zunahme von Zahl und Anteil älterer Personen zu rechnen. Dies kann zu einer verstärkten Inanspruchnahme von Dienstleistungen sowohl privater wie öffentlicher Art tendieren, insbesondere auch auf sozialem und medizinischem Gebiet. Hieraus erwächst die Notwendigkeit einer längerfristigen Umschichtung in den öffentlichen Haushalten sowie einer Umorientierung der Privatwirtschaft. Dies ist teilweise durchaus schon gelungen, wie es das Beispiel der ursprünglich nahezu ausschließlich auf Kinder ausgerichteten Spielwarenindustrie zeigt. Zusammenfassend geht man davon aus, daß im betrachteten Zeitraum der durch die geringere Kinderzahl bedingte Nachfrageausfall durch die starken konsumintensiven Altersjahrgänge, den höheren Konsumbedarf einer größeren Zahl älterer Menschen sowie ganz allgemein infolge des steigenden Einkommensniveaus durchaus kompensiert werden kann.

Aus den über die Jahrhundertwende weitergeführten Bevölkerungsprognosen ergibt sich, daß unter den zugrunde gelegten Prämissen die Bevölkerung

dann sehr schnell und stark zurückgehen wird⁵. Bei einem schnellen Übergang von einer größeren zu einer kleineren Bevölkerungszahl sind erhebliche Rückwirkungen auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Organisations- und Wirkungsgefüge nicht mehr auszuschließen⁶.

Globales Wirtschaftswachstum und seine Bedingungskomponenten

Die oben skizzierte Erwerbspersonenentwicklung zeigt, daß bis Mitte der achtziger Jahre hinsichtlich der Bereitstellung von Produktionsfaktoren von der demographischen Seite kaum Wachstumsbeschränkungen zu erwarten sind. So sind in globaler Hinsicht ausreichend Erwerbspersonen vorhanden, es ist sogar mit einem bis Mitte der achtziger Jahre weiter ansteigenden Erwerbspersonenüberschuß zu rechnen. Voraussetzung für ein ungestörtes Wachstum ist jedoch auch, daß die Nachfrage der Wirtschaft nach Arbeitskräften in berufsspezifischer und regionaler Hinsicht mit dem Erwerbspersonenangebot in Einklang steht. Entsprechende Probleme offenbart zum Beispiel der trotz globa-

⁵Vgl. „Stala 1“ und Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1978/79, S. 35 ff.

⁶Vgl. I. Fögel-Waverijn: Überlegungen zum Zusammenhang zwischen der künftigen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 9/1979.

lem, landesweitem Erwerbspersonenüberschuß bestehende Facharbeitermangel in einigen Regionen und Branchen. Dies wiederum zeigt, daß als eine wichtige Komponente für die wirtschaftliche Entwicklung auf der demographischen Seite räumliche Mobilität und berufliche Flexibilität zu fordern ist.

Auf der Angebotsseite des Wirtschaftskreislaufes dürfte demgegenüber auch in globaler Hinsicht mit Problemen einer mengenmäßig ausreichenden und kostenmäßig vertretbaren Energiebereitstellung zu rechnen sein. Deshalb wird hierauf anschließend näher einzugehen sein.

Wesentliche Komponenten für die Entwicklung von Umfang und Struktur der Wirtschaft sind aber in

Zukunft vermutlich vor allem auch von der Nachfrageseite zu erwarten, wobei den Außenhandelsbeziehungen ein besonderes Gewicht zukommt. Außenhandelsbeziehungen wirken sich sowohl als Nachfrage des Auslandes nach heimischen Produkten (Export) wie als Konkurrenten zu heimischen Anbietern (Import) auf die inländische Wirtschaft aus. Eine steigende Nachfrage in der Bundesrepublik beispielsweise nach dauerhaften Verbrauchs- oder hochtechnisierten Investitionsgütern bedeutet bei zunehmendem Importdruck von Konkurrenzländern demzufolge nicht unbedingt, daß auch die inländische Produktionstätigkeit entsprechende Impulse erfährt. Gleichwohl kann ein Aufzeigen möglicher Entwicklungslinien der Nachfragekomponenten im Inland – womit hier die Bundesrepublik insgesamt gemeint ist – offenlegen,

Tabelle 6

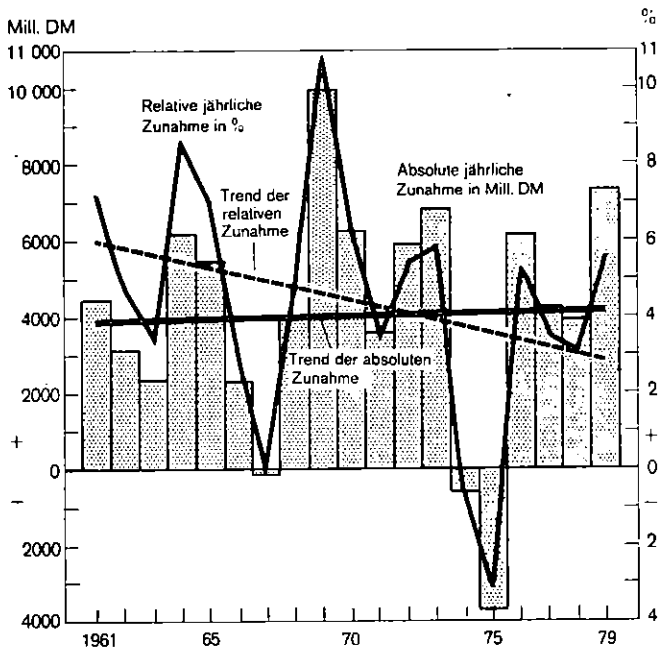
Gegenüberstellung von Prognosen für die Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung ¹⁾
Baden-Württembergs

In Preisen von 1970

Jahr	Baden-Württemberg				Bundesgebiet
Ist - Ergebnisse in Mrd. DM					
1960	62,5				431,9
1965	84,3				549,3
1970	106,9				683,3
1975	118,9				753,2
1979	141,4				879,7
Prognose - Ergebnisse in Mrd. DM					
	Battelle Langer Trend	Battelle Kurzer Trend	Statistisches Landesamt	Prognos	
1985	177,0	165,0	167,0	163,7	1001,1
1990	213,7	192,4	191,9	184,7	1118,6
Jahresdurchschnittliche Zuwachsraten in %					
Ist - Ergebnisse					
1960	6,2				4,9
1965	4,9				4,5
1970	2,2				2,0
1975	4,4				4,0
1979					
Prognose - Ergebnisse					
	Battelle Langer Trend	Battelle Kurzer Trend	Statistisches Landesamt	Prognos	
1985 ²⁾	4,0	3,1	3,2	3,0	2,6
1990	3,8	3,1	2,8	2,4	2,2

1) Die Daten entsprechen jeweils der unbereinigten Bruttowertschöpfung (Summe der Bereiche). – 2) Die jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten bis 1985 beziehen sich auf die jeweils zugrundegelegten Basisjahre der Prognosen, so bei "Battelle" und "Prognos" auf den Zeitraum 1976 bis 1985, beim Statistischen Landesamt auf den Zeitraum 1977 bis 1985.

Absolute und relative Zunahme der realen Bruttowertschöpfung seit 1960



wo sich für die baden-württembergische Wirtschaft globale Wachstumstendenzen und strukturelle Verschiebungen ergeben könnten.

In einer marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaft stehen Erwerbspersonenangebot, Technologie, Energiebereitstellung, Außenhandelsbeziehungen und Nachfrageentwicklung in einem interdependenten Verhältnis zur Produktionstätigkeit bzw. zur globalen Wirtschaftsentwicklung. Im nachfolgenden Überblick über verschiedene Prognosen für Baden-Württemberg soll zunächst dargelegt werden, wie sich das Wirtschaftswachstum global entwickeln könnte. In den entsprechenden Prognosen sind die oben genannten Komponenten jeweils berücksichtigt, wenn auch aus unterschiedlichem Blickwinkel und mit unterschiedlichem Gewicht. Bei allen Vorausschätzungen handelt es sich um Status-quo-Prognosen, aus denen sich die unter bestimmten Bedingungen zu erwartenden Entwicklungstrends ablesen lassen. Sie sind jeweils ohne wachstumsfördernde staatliche Einflußnahmen zu verstehen; so zeigen die Unterschiede der einzelnen Prognosen, wie insbesondere auch die verschiedenen Varianten der Prognosen von Battelle, durchaus noch einen gewissen Handlungsspielraum.

Im einzelnen reichen die Prognoseerwartungen (vgl. Tabelle 6) für die gesamtwirtschaftliche Leistung (unbereinigte Bruttowertschöpfung) des Jahres 1990 von 185 Mrd. DM (Prognos) bis 214 Mrd. DM (Battelle, langer Trend) oder, in Zuwachsraten zwischen 1979 und 1990 ausgedrückt, von jährlich

im Durchschnitt +2,5 bis +3,8%. Eine ähnliche Entwicklung wie Prognos erwarten auch das Statistische Landesamt sowie Battelle in seiner Prognose mit kurzem Trend. In unabhängig voneinander durchgeführten Vorausschätzungen wurde für 1990 in allen drei Prognosen jeweils eine Bruttowertschöpfung in Höhe von 192 Mrd. DM prognostiziert, was gegenüber 1979 einer jährlichen Steigerung um 2,8% entspricht.

Zuwachsraten um jährlich unter 3% liegen zwar niedriger als solche für den Vergangenheitszeitraum (vgl. Tabelle 6), wegen des erreichten hohen Niveaus ist hiermit aber dennoch ein steigendes absolutes Wachstum verbunden. So liegt der Jahresdurchschnittliche absolute Zuwachs der Bruttowertschöpfung für den Zeitraum 1978 bis 1990 bei allen drei hier aufgeführten Prognosen über dem zwischen 1960 und 1978 realisierten Zuwachs von 3,5 Mrd. DM; er beträgt im einzelnen bei Prognos 4,6 Mrd. DM, bei Battelle (kurzer Trend) und dem Statistischen Landesamt 5,2 Mrd. DM und bei Battelle (langer Trend) sogar 7,0 Mrd. DM.

Die entsprechenden Zusammenhänge zwischen relativem und absolutem Wachstum gehen für den Vergangenheitszeitraum auch aus *Schaubild 2* hervor. Trotz tendenziell stark sinkenden relativen Zuwachsraten wächst die absolute Bruttowertschöpfung von Jahr zu Jahr noch mit leicht steigenden Zunahmen an. Ausgangspunkt der folgenden Ausführungen ist jeweils eine Wachstumsannahme von knapp 3% jährlich.

Energiebereitstellung – die Aufgabe der achtziger Jahre

Wachstumshemmende Einflüsse können auf der Angebotsseite des Wirtschaftskreislaufs durch die Energie- und Rohstoffbereitstellung auftreten. Unsicherheiten ergeben sich vor allem durch das Verhalten der Erdölanbieter, das auch in Zukunft nur schwer zu kalkulieren sein wird. Baden-Württemberg als ausgesprochen energie- und rohstoffarmes Land wäre hiervon in besonderem Maße betroffen⁷. Generell dürften eine langsame mengenmäßige Verknappung sowie erhebliche Steigerungen des Rohölpreises in Rechnung zu stellen sein – so geht Prognos von einer Verzehnfachung der Einfuhrpreise für Bergbauerzeugnisse zwischen 1970 und 1995 aus. Die Energieversorgung bildet somit künftig ein zentrales Problem.

Dies gilt dabei nicht nur für die Industrie, bei der die Abhängigkeit der Wertschöpfung vom Energieverbrauch besonders einsichtig ist und die 1978

⁷Vgl. dazu auch den Abschnitt: „Die Energieversorgung“

mit 27,6% am Endenergieverbrauch partizipiert hat. Es hat gleichermaßen Bedeutung für die Verbrauchergruppen Verkehr und Haushalte (einschließlich sonstiger Verbraucher⁸). Beide Bereiche sind mit Verbrauchsanteilen von 24,3% bzw. 48,1% ebenso groß bzw. bedeutend größer und haben zudem ihren Endenergieverbrauch seit 1970 mit Zuwachsraten von 68,6% bzw. (Tabelle 7) 49,7% weitaus stärker ausgeweitet als die Industrie (+6,4%). Die Industrie hat dabei ihren Verbrauch an Mineralölprodukten und Strom gesenkt, jedoch an Gas erhöht, während sowohl der Verkehr wie auch die Haushalte einschließlich der sonstigen Verbraucher ihre Mineralölabhängigkeit erheblich ausgeweitet haben. Eine schnelle Energieeinschränkung bei jeder dieser Verbrauchergruppen würde wegen der Interdependenz der Bereiche das Fundament geordneter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verhältnisse gefährden.

Aber auch eine erhebliche Preiserhöhung des Erdöls würde die Gesamtwirtschaft belasten: Zum einen über den damit verbundenen Realeinkommenstransfer in die Öllieferländer, wodurch im Inland ein geringeres Bruttoinlandsprodukt zur Verfügung steht, und zum anderen über die entsprechenden Inflationsschübe⁹, die ihrerseits eine Verunsicherung von Investoren und Konsumenten nach sich ziehen mit allen unerwünschten Konsequenzen insbesondere auch für den Arbeitsmarkt. Die Abhängigkeit vom Mineralöl muß darum so rasch und so weit wie möglich verringert werden, auch in Anbetracht der Tatsache, daß in den achtziger Jahren die vor der Industrialisierung stehenden Entwicklungsländer sowie die Ostblockländer auf diese Energiequelle verstärkt zugehen werden.

Mit dieser Herausforderung sind aber nicht nur Probleme, sondern auch ganz neue und erhebliche Innovationschancen und Investitionsnotwendigkeiten verbunden, die in weiten Bereichen die mittelständische Struktur des Landes begünstigen werden (z. B. Bau- und Ausbaugewerbe, neue Wärmetechnologien). Anreize hierzu gehen aus von der Erfindung und marktmäßigen Durchsetzung von Verfahren zur Energieeinsparung, zum Abbau der Energieverschwendung, zur besseren Energieausnutzung, zur Anwendung anderer (Kernenergie) oder alternativer Energien (Sonnen-, Wasser-, Windenergie, Erdwärme) sowie zur verstärkten Nutzung heimischer Energien (Kohle). Insgesamt sollte eine einseitige Abhängigkeit von Importen vermieden werden.

⁸ Sonstige Verbraucher: Landwirtschaft, Kleinverbraucher in Industrie und Handwerk, öffentliche und private Dienstleistungsbereiche, Militär.

⁹ Vgl. W. Münzenmaier, Rohölvertierung und Preisentwicklung in den siebziger Jahren, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1980.

Tabelle 7

Endenergieverbrauch nach Verbrauchergruppen

Verbrauchergruppen	1970		1978	
	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%
Industrie	9 260	33,6	9 345	27,8
Verkehr	6 194	22,5	8 200	24,4
Haushalte und sonstige Verbraucher	12 077	43,9	16 108	47,8
Insgesamt	27 531	100	33 653	100

Nicht alle Aspekte des Energieproblems sind jedoch technischer Natur. Ein Großteil ist über ein energiebewußteres Verhalten (z. B. Heizung, Individualverkehr) bzw. eine andere Organisation (z. B. Verlagerung weiter Bereiche des Güterfernverkehrs auf die Bahn) zu beeinflussen.

Jede der drei großen Verbrauchergruppen hat dabei Schwerpunkte zur Bewältigung der Energieverknappung. Im industriellen Bereich dürfte es in erster Linie die weitere Produktivitätssteigerung sein, die in Zukunft verstärkt nicht nur auf die Einsparung an Arbeitskraft sondern auch an Energie und speziell an schwerem Heizöl gerichtet ist, mit der Konsequenz erheblicher Investitionsanforderungen und -chancen. Was Verkehr und Haushalte betrifft, so dürfte der auf verschiedenen Wegen zu erreichende Einspareffekt hoch zu veranschlagen sein, wobei voraussichtlich die Haushalte besser auf alternative Energieformen ausweichen können als der Verkehr. Trotz aller Maßnahmen dürfte durch das wenn auch gemäßigte Wirtschaftswachstum, durch weitere Wohlstandssteigerungen und durch die Tatsache, daß eine Vielzahl der Spar- und Ersatzmaßnahmen ihrerseits Energie benötigen, mit einer Zunahme des Energiebedarfs zu rechnen sein.

Die Energiebereitstellung wird somit eine entscheidende wachstumsbestimmende Komponente der achtziger Jahre sein, und dies primär aufgrund der damit verbundenen Problematik, aber auch der möglichen Chancen. Was die Belastung der Rohölvertierung im Verhältnis zu anderen Volkswirtschaften anbelangt, so sind – bis auf die OPEC-Staaten – hiervon alle Volkswirtschaften betroffen. Es ist durchaus möglich, daß sich aus diesem Grund eine Intensivierung der Außenhandelsbeziehungen entwickelt, um über eine verstärkte internationale Arbeitsteilung die Auswirkungen zu mildern.

Außenhandelsbeziehungen

Die Beurteilung der künftigen Außenhandelsbeziehungen ist für die Bundesrepublik und für Baden-Württemberg von sehr großer Bedeutung. 1978 erlangte der Export der Bundesrepublik, in der knapp 1,5% der Weltbevölkerung leben, mit einem Anteil von 11,1% an der Welteinfuhr (einschl. Ostblock) inzwischen ein Gewicht, das demjenigen der USA als der führenden Welthandelsmacht (11,2%) praktisch entspricht. Auch für den Export Baden-Württembergs errechnet sich – bei einem Anteil an der Weltbevölkerung von 0,2% – mit 1,9% ein stattlicher Anteil an der Welteinfuhr. Die besondere Stellung der Exportwirtschaft Baden-Württembergs wird dadurch unterstrichen, daß der Wert der Ausfuhr 1978 mit 5226 DM je Kopf der Bevölkerung (Bundesdurchschnitt: 4647) eine Größenordnung erreichte, die nur von Bremen und dem Saarland übertroffen wurde. Unter Einschluß aller Zulieferer an die Exportwirtschaft (direkte und indirekte Effekte) ist in Baden-Württemberg etwa jeder dritte Arbeitsplatz des Verarbeitenden Gewerbes und etwa jeder sechste Arbeitsplatz insgesamt vom Export abhängig¹⁰.

Die besondere Struktur des Exportgeschäfts Baden-Württembergs läßt sich global aus dem Anteil der Fertigwaren am Export ablesen; er liegt bei einem Bundesdurchschnitt von 85,2% in Baden-Württemberg mit 93,5% unter allen

¹⁰Vgl. hierzu eine Untersuchung über die Exportabhängigkeit in Heft 7/1980 der Schriftenreihe Baden-Württemberg in Wort und Zahl.

Tabelle 8

Exporte nach Produktgruppen

Produktgruppe ¹⁾	1972	1978	1972	1978
	Mill. DM		%	
Maschinenbauerzeugnisse	7 384	12 151	27,6	25,3
Fahrzeuge und Kfz-Zubehör	4 988	10 054	18,7	20,9
Elektrotechnische Erzeugnisse etc.	4 109	7 378	15,4	15,4
Chemische Erzeugnisse	1 353	2 887	5,1	6,0
EBM-, Schmuck- und Spielwaren etc.	1 562	2 857	5,8	6,0
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	1 210	2 031	4,5	4,2
Textilien	1 481	2 006	5,5	4,2
Kunststofferzeugnisse, Gummi- und Asbestwaren.	736	1 307	2,8	2,7
Sonstige	3 898	7 325	14,6	15,3
Insgesamt	26 721	47 996	100,0	100,0

1) Abgrenzung der Produktgruppen entsprechend der Input-Output-Rechnung Baden-Württemberg und für das Bundesgebiet.

Bundesländern am höchsten. Differenzierte Aussagen bietet *Tabelle 8*; danach konzentriert sich das Exportgeschäft Baden-Württembergs zum einen auf die Investitionsgüterbranchen Maschinenbau, Fahrzeugbau, Elektrotechnik, EBM-Waren etc. sowie Feinmechanik, Optik und Uhren mit ausgesprochen hohen Anteilen am Export des Bundesgebiets, zum anderen auch auf chemische Erzeugnisse, Kunststofferzeugnisse mit Gummi- und Asbestwaren sowie Textilien.

Nachfolgend sollen verschiedene Faktoren zur Erklärung der globalen und sektoralen Entwicklung der Exporte in der Vergangenheit untersucht werden, aus denen sich mögliche Entwicklungslinien für die Zukunft ablesen lassen.

Wechselkursentwicklung

Nach der Aufhebung fixer Wechselkurse (1972) hat sich der Außenwert der DM gegenüber den 23 wichtigsten Handelspartnern der Bundesrepublik bis Ende 1979 um etwa 52% erhöht. Dieser beachtliche Aufwertungseffekt hat nun aber keineswegs zu einem Rückgang der Exporte geführt, im Gegenteil: Die Exporte sind zwischen 1972 und 1978 in der Bundesrepublik nominal um 91%, in Baden-Württemberg um 80% gestiegen (Bruttoinlandsprodukt: +54 bzw. 53%). Im gleichen Zeitraum haben die Importe in die Bundesrepublik mit +89% etwa gleich stark zugenommen. Nach dieser Betrachtung der Zahlen des Außenhandels besteht also kein Anlaß zu der Behauptung, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft habe durch die Wechselkursveränderungen einen durchschneidenden Einbruch erlebt.

Erklärungen hierfür sind nicht leicht zu finden. Immerhin läßt sich zunächst relativieren, daß die Wechselkurse insbesondere nach ihrer weitgehenden Freigabe auch die Unterschiede in den Preis- und Kostenentwicklungen zwischen den Handelspartnern ausgleichen. Für die Beurteilung der internationalen Preiswettbewerbsfähigkeit sind deshalb neben den offiziellen (nominalen) auch sogenannte reale Wechselkurse heranzuziehen. Danach ergibt sich eine reale Aufwertung der DM dann, wenn sie stärker aufgewertet wird als es dem Abstand zwischen den Inflationsraten im Inland und im Ausland entspricht. Die Bundesbank schätzt den realen Aufwertungseffekt der DM gegenüber den Währungen der 13 wichtigsten Industrieländer zwischen 1972 und 1979 auf knapp 10%.

Daß trotz dieser noch beachtlichen relativen Verteuerung deutscher Produkte im Ausland die Exporte sich so günstig entwickeln konnten, wird zumeist mit den qualitativen, exportrelevanten Standortfaktoren erklärt.

Zu diesen anderen, nichtkosten-orientierten Standortfaktoren der Exportwirtschaft zählen vor allem das Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte, die Kapitalintensität der Produktionsweise und die Innovationsaktivität der Wirtschaft. Es scheint so zu sein, daß diese „Trümpfe“ der deutschen Wirtschaft nach der Neubewertung der Wechselkurse verstärkt zum Zuge kamen und zu einer raschen Neuorientierung der Exportwirtschaft führten, die in den sechziger Jahren wegen der künstlichen Preisvorteile verhindert wurde. Dabei hat sich die Produktionsstruktur der Exporte trotz der stark geänderten internationalen Rahmenbedingungen nur geringfügig verschoben, wobei vor allem das Gewicht der typischen Exportbranchen Baden-Württembergs und ihre Relationen untereinander sich nicht wesentlich verändert haben (vgl. *Tabelle 8*). Vielmehr dürften sich innerhalb dieser exportorientierten Branchen beträchtliche Verschiebungen hin zu Produkten höheren Qualitätsstandards vollzogen haben. Ein Beispiel hierfür ist sicherlich auch die Textilindustrie Baden-Württembergs, für die wegen der Wechselkursverschiebungen oft schlechte Aussichten prognostiziert wurden, die aber ihre Exporte zwischen 1972 und 1978 um beachtliche 35% ausweiten konnte (vgl. *Tabelle 8*).

Welthandel und Veränderung der Wettbewerbsposition

Ein weiterer Impuls für das Exportwachstum der Bundesrepublik war die Ausdehnung des Welthandels: Die Welteinfuhr insgesamt hat sich, berechnet auf DM-Basis, zwischen 1972 und 1978 fast verdoppelt (+95%). Innerhalb dieses globalen Nachfrageeffektes hat sich die Wettbewerbsposition einzelner Branchen, gemessen an den Lieferanteilen des deutschen Exports am entsprechenden Weltimport, teilweise verbessert (z. B. Maschinenbau, Chemie), teilweise verschlechtert (z. B. Fahrzeugbau, Elektrotechnik).

Positionsverluste zwischen 1963 und 1977 traten nach einer Untersuchung des Ifo-Instituts (Ifo 1, S. 144 ff) auf (a) bei verstärktem Konkurrenzdruck aus Schwellenländern, der sich vor allem bei Feinmechanik und Optik, Feinkeramik, aber auch Elektrotechnik und Lederverarbeitung bemerkbar machte, sowie

(b) bei Konkurrenzdruck aus anderen Industrieländern mit niedrigerem Kostenniveau, insbesondere auch bei verstärktem Auftreten Japans. Hiervon waren Fahrzeugbau, Schiffsbau, Zieherei und Kaltwalzwerke, aber auch Büromaschinen und Musikinstrumente betroffen.

Positionsgewinne ergaben sich dann, wenn

(a) die Konkurrenz vor allem mit Ländern des europäischen Raums bestand, wo sich die deutsche Wirtschaft gut behaupten konnte; profitiert haben hiervon die Grundstoffindustrien wie Chemie, Steine und Erden, NE-Metallverarbeitung, Holzverarbeitung sowie Zellstoff- und Papiererzeugung, aber auch Verbrauchsgüter wie Holzwaren oder Druckereierzeugnisse. Vorteile ergaben sich weiterhin dann, wenn

(b) das Vorpreschen von Japan und verschiedenen Schwellenländern auf dem Weltmarkt sich auf Absatzregionen und Produkte bezog, die nicht in starker Konkurrenz mit deutschen Exporten standen; dadurch konnten Maschinenbau, Kunststoffverarbeitung, Papierverarbeitung, Textil- und Bekleidungsindustrie ihre Anteile am Welthandel noch verbessern, wenn sich auch nach 1973 schon gewisse Probleme für einen weiteren Ausbau oder eine Konstanz der Lieferanteile im Weltmaßstab abzeichneten. Für die Zukunft der Exportentwicklung legt diese Übersicht nahe, daß ein weiterer Ausbau der Exporte in Relation zu den Exporten anderer Länder, also eine Steigerung des Anteils am Welthandel, nicht wahrscheinlich erscheint. Als Ursache der Konkurrenzverschärfung ist sowohl der Wandel in der Exportorientierung Japans anzusehen, dem allgemein (Ifo 1, IfoW, OECD) große Bedeutung beigemessen wird, wie auch das sich abzeichnende verstärkte Auftreten von sogenannten Schwellenländern als potentielle Konkurrenten, wobei möglicherweise auch deren relativ bessere Nähe zu Rohstoffen (einschließlich Erdöl) sich nachteilig für einzelne deutsche Branchen (z. B. Mineralölverarbeitung und verschiedene Grundstoffindustrien) auswirken könnte.

Die in der Zukunft möglichen Auswirkungen vom Wandel im Welthandel können nicht nach den groben Kategorien von Branchen abgeleitet werden. Deshalb ist es auch für die typischen Exportbranchen Baden-Württembergs kaum möglich, global von generell günstigen oder generell ungünstigen Chancen zu sprechen. Vielmehr dürfte wie in der Vergangenheit viel davon abhängen, wie die Exportwirtschaft des Landes durch bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Produktsortiment sowie hochtechnisierte Produktionsweise die internationale Wettbewerbsfähigkeit halten kann.

Regionale Exportchancen

Wichtig für die Exportchancen ist auch die Absorptionsfähigkeit der einzelnen Regionen. Die Außenhandelsbeziehungen dürften sich allgemein weiter intensivieren, falls zunehmende Neigungen zu Protektionismus dem nicht entgegenstehen. Allerdings könnte im Austausch mit den wichtigsten Handels-

partnern (westliche Industrieländer und Japan) eine Art Sättigung in den Zuwachsraten bevorstehen. Die Verflechtung vor allem innerhalb Europas hat einen so hohen Grad erreicht, daß weitere Steigerungen der Zuwachsraten (nicht des absoluten Niveaus) in der innereuropäischen Spezialisierung und Arbeitsteilung kaum möglich erscheinen (Prognos 2, S. 116). Es ist die Frage, ob dies durch höhere Zuwachsraten bei anderen Regionen voll aufgefangen werden kann: die Comeconländer werden Importzunahmen nur in Höhe eigener Exportsteigerungen zulassen, und die nichtindustriellen Länder sind, soweit sie nicht zu den erdöl-gewinnenden Ländern zählen, aufgrund ihrer hohen Verschuldung hierzu kaum in der Lage. Bleiben die OPEC-Staaten, die zwischen 1970 und 1978 ihren Anteil an den deutschen Exporten von 2,9% auf 8,2% steigern konnten. In Baden-Württemberg nahm der Anteil der Exporte in diese Staatengruppe sogar von 2,7% auf 9,7% zu. Die politische Unsicherheit und die besondere Strategie dieser Rohstoffländer verbieten es aber, auf einen allzu großen Ausbau entsprechender Zuwachsraten zu hoffen. (Zur Entwicklung der regionalen Ausrichtung der Exporte Baden-Württembergs vgl. auch *Schaubild 3*).

Faßt man alle Überlegungen zusammen, so kristallisiert sich folgendes Bild für die Zukunft heraus:

- Aufgrund des Systems weitgehend flexibler Wechselkurse kann man nicht von starken (realen) Preisvor- oder Preisnachteilen für die deutsche Wirtschaft ausgehen.
- Die internationale Arbeitsteilung könnte sich weiter intensivieren mit der Folge überdurchschnittlicher Export- und Importsteigerungen für die Bundesrepublik und Baden-Württemberg. Dabei wird in der Ausdehnung des Welthandels der entscheidende Impuls für die Exportsteigerungen zu suchen sein, gleichzeitig aber auch die

Ursache für höheren Importdruck auf verschiedenen Ebenen.

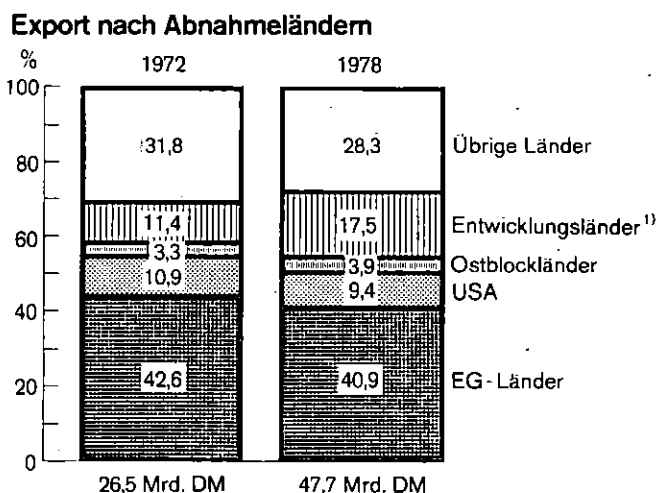
- Der Konkurrenzdruck dürfte – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – in allen Branchen zu spüren sein, er rührt sowohl von Industrienationen (insbesondere Japan) wie von Entwicklungsländern her, hier vor allem von Schwellenländern.
- Entscheidend wird sein, wie trotz aller Hemmnisse neue Märkte erschlossen werden können, und zwar umsomehr, als im innereuropäischen Rahmen die Verflechtung schon sehr weit vorangeschritten ist. Wichtig könnte dabei werden, in welchem Umfang die baden-württembergische Exportwirtschaft durch verstärkte Anstrengungen in Forschung und Entwicklung ihre Trümpfe, nämlich hohes Qualifikations- und Technologie-niveau, ausspielen kann. Wachstumszunahmen von jährlich knapp 3%, wie sie oben angenommen wurden, widersprechen diesen Überlegungen nicht.

Inländische Nachfrageentwicklung

Im folgenden wird anhand von Prognosen für die inländischen Nachfragekomponenten (Bundesrepublik) untersucht, inwieweit sich auf der Basis der globalen Wirtschaftsentwicklung Strukturverschiebungen zwischen den inländischen Nachfragekomponenten (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen) und vor allem *innerhalb* der einzelnen Komponenten in der Zukunft abzeichnen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß in einer Volkswirtschaft mit stark ausgeprägten Außenhandelsbeziehungen die inländische Nachfrage auch durch ausländische Produkte befriedigt werden kann, so daß die Nachfrageentwicklungen nicht unbedingt im gesamten Ausmaß als Impuls auf die inländische Produktionstätigkeit wirken wird.

Unter der Annahme eines weitgehenden Außenhandelsgleichgewichts dürfte sich die inländische Nachfrageentwicklung ungefähr in Höhe des oben diskutierten gesamtwirtschaftlichen Wachstums bewegen. Dabei dürfte aus Gründen, die noch abzuleiten sind, der Private Verbrauch und die Aus-rüstungsinvestition in der Bundesrepublik leicht über-, die Bauinvestition dagegen unterdurchschnittlich zunehmen, für den Staatsverbrauch kann von einer durchschnittlichen Entwicklung ausgegangen werden (*Schaubild 4*). Diese anteilmäßige Stagnation des staatlichen Sektors ist vor allem mit einer voraussichtlich zurückhaltenderen Personalpolitik in den Bereichen Verwaltung, Bildung und Gesundheit zu erklären, die eventuell durch leichte Zunahmen in den Bereichen Sicherheit und Forschung sowie den Sachausgaben der Sozialversicherung ausgeglichen wird (*Prognos 1*, S. 51 ff, StaLa 2, S. 229).

Schaubild 3



Privater Verbrauch

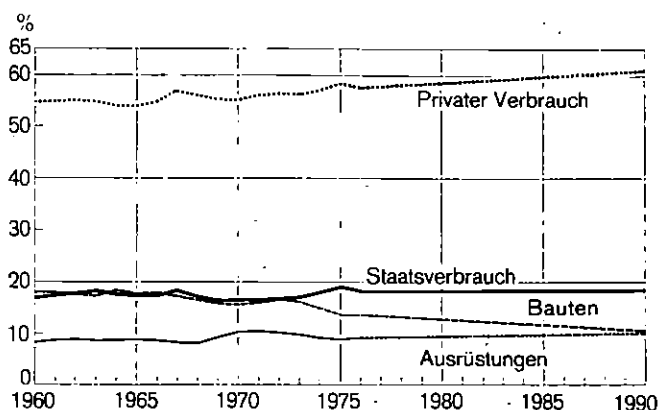
Mit einem Anteil von 56% am realen Bruttosozialprodukt (Bundesrepublik 1976) ist der Private Verbrauch das größte Nachfrageaggregat. Die Entwicklung von Bevölkerungszahl und -struktur und insbesondere auch der Haushalte läßt nicht darauf schließen, daß der Private Verbrauch in den achtziger Jahren unterdurchschnittliche Zuwachsraten erfährt. Hiergegen spricht auch die weitere Verbesserung des Einkommensniveaus. So erwartet Prognos für die Bundesrepublik mit Zuwächsen von etwa 2,7% für den Privaten Verbrauch (gegenüber 2,5% beim Bruttosozialprodukt insgesamt) ein überdurchschnittliches Wachstum und für 1990 einen Anteil des Privaten Verbrauchs am Bruttosozialprodukt von fast 60% (Prognos 1). In einer für den Privaten Verbrauch isoliert vorgenommenen Studie geht das Rheinisch-westfälische Institut (RWI) von Zunahmen zwischen 1976 und 1990 von real jährlich 3,5% aus. In Verbindung mit diesen Wachstumseffekten ist eine weitere Verlagerung der Nachfrage von Gütern und Diensten des Grundbedarfs hin zu wohlstandsspezifischen Diensten und Gütern zu erwarten.

Entsprechende Tendenzen finden sich in allen Strukturprognosen für den Privaten Verbrauch wieder. Im einzelnen prognostiziert das RWI für den Zeitraum 1976-1990 für den sogenannten „Standardbedarf“ (das sind beim RWI Nahrungs- und Genußmittel, Bekleidung und Schuhe, Dienstleistungen der Haushaltsführung, Inanspruchnahme öffentlicher Verkehrsmittel, Gesundheits- und Körperpflege, Bücher und Zeitschriften, Kultur und Sport) einen Rückgang des Anteils von 54,7% auf 44,7%. Dagegen werden für die Ausgabengruppen „Hochwertige dauerhafte Güter“ (Kraftfahrzeuge, Möbel, Haushaltsmaschinen, Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte, Campingausrüstungen, Fotoapparate und persönliche Ausstattungen) ebenso Zunahmen (von 17,5% auf 21,6%) prognostiziert wie für die „Hochwertigen Dienstleistungen“, also Mietausgaben, Kfz-Reparaturen, Nachrichtenübermittlung, Beherbergungsgewerbe sowie sonstige Dienstleistungen (von 22,2% auf 26,8%) oder die Ausgaben für „Energie“ (von 5,6% auf 6,9%).

Ähnliche Entwicklungslinien zeichnet Prognos. Soweit überschaubar – die Kategorien sind dort weniger stark und teilweise auch anders untergliedert als beim RWI – wird von Prognos der anteilmäßige Rückgang des Standardbedarfs zugunsten hochwertiger Güter und Dienste (-4 Prozentpunkte) weniger spektakulär eingeschätzt. Prognos mißt dabei dem teilweise schon recht hohen Ausstattungsgrad bei hochwertigen Gütern und Diensten größere Bedeutung bei als das RWI, nach dessen Ansicht latente Bedürfnisse bei den Konsumenten so geweckt werden können, daß Sättigungser-

Schaubild 4

Struktur der inländischen Verwendungsaggregate bis 1990 im Bundesgebiet in Preisen von 1970



225 80

scheinungen bei den einen Gütern durch starke Expansion der Nachfrage bei anderen Gütern kompensiert werden¹¹. Die unterschiedlichen Ansichten betreffen vor allem Haushaltsmaschinen, Ausstattungseinrichtungen (Möbel), Unterhaltungselektronik und Freizeitausrüstungen, aber auch den Absatz von Kraftfahrzeugen. Aufgrund besseren Komforts, leistungsstärkerer und verbrauchsärmerer Motoren haben Personenkraftwagen nach Ansicht des RWI noch einen großen Markt, wogegen Prognos mehr die Sättigungstendenzen betont und entsprechend auch einen merklich geringeren Anstieg des realen Kraftstoffverbrauchs mit der Folge ungefähr stagnierender realer Ausgaben für Energie erwartet. Diese knappe Auflistung möglicher Unterschiede zeigt deutlich die Unsicherheiten einer Prognose für die Höhe wie für die branchenweise Aufteilung des Privaten Verbrauchs. In *Tabelle 9* wird trotzdem versucht, auf dem Hintergrund der oben gezeichneten Entwicklungslinien für Ausgabearten durch entsprechendes Umsetzen die Struktur des Privaten Verbrauchs nach Branchen zu prognostizieren. Hierfür wurden vor allem Umsteigetabellen des RWI und eigene Schätzungen aufgrund von Unterlagen der Input-Output-Rechnung Baden-Württemberg herangezogen.

In einer zurückhaltenden Variante I wurde angenommen, daß sich die Strukturverschiebungen des Privaten Verbrauchs entsprechend vollziehen. Dies läßt sich vereinbaren mit der vorgenannten Wachstumsannahme um 3%. In einer konsumfreudigeren Variante II wird dagegen unterstellt, daß die Motorisierungswelle noch nicht abgeebbt ist und vor allem eine bevorstehende Wohn- und Freizeitwelle zu einem starken Motor der Nachfrageentwicklung

¹¹Vgl. RWI 1, S. 205.

Tabelle 9

Entwicklung und Vorausschätzung der Struktur des realen privaten Verbrauchs in der Bundesrepublik bis 1990

In Preisen von 1970

Produktgruppen	1960	1968	1976	1990	
				Variante	
				I	II
	%				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,8	4,6	3,5	3	2
Energie, Wasser, Bergbau	2,4	2,7	3,0	4	4
Mineralölerzeugnisse	1,1	2,7	3,0	2	3
Chemische und Kunststoff- erzeugnisse, Gummi etc.	3,3	3,5	4,1	5	6
Steine, Erden, Feinkeramik, Glas etc.	0,9	1,0	1,0	1	1
Fahrzeuge, Maschinenbau- erzeugnisse etc.	3,4	4,2	6,8	6	7
Elektrotechnik, Feinmech., Optik etc.	5,0	5,8	7,0	8	10
Holz, Papier, Druck	4,7	4,8	5,3	6	7
Leder, Textil, Bekleidung	13,6	13,5	12,6	12	10
Nahrungs- und Genußmittel	25,3	24,7	22,1	20	18
Verkehr, Nachrichten	3,1	3,2	3,6	5	4
Bankdienstleistungen, Versicherungen	1,4	1,6	2,0	2	3
Vermietung	14,2	13,7	13,5	14	13
Gaststätten und Beher- bergung	5,9	4,6	4,0	4	3
Übrige Dienstleistungen	10,9	8,6	8,4	8	9
Insgesamt	100	100	100	100	100

wird. Die in Variante II implizierten Verschiebungen zu dauerhaften Gütern der Freizeitgestaltung dürften aber nur bei einer starken Ausdehnung des Privatkonsums zu verwirklichen sein, also beispielsweise bei den vom RWI angenommenen realen Zuwachsraten von jährlich 3,5%.

Investitionen

In den sechziger und Anfang der siebziger Jahre entwickelten sich die Anlageinvestitionen in der Bundesrepublik – bei ausgeprägten Schwankungen – ziemlich gleichlaufend mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Wachstum. Erst 1974/75 erfolgte ein Einbruch, der bisher noch nicht ganz aufgeholt wurde. Dieses Zurückbleiben der Investitionen ist hauptsächlich durch die Entwicklung der Bauinvestitionen – vor allem gewerbliche und Wohnbauten – zu erklären (*Schaubild 5*). Demgegenüber haben die Ausrüstungsinvestitionen einen Verlauf

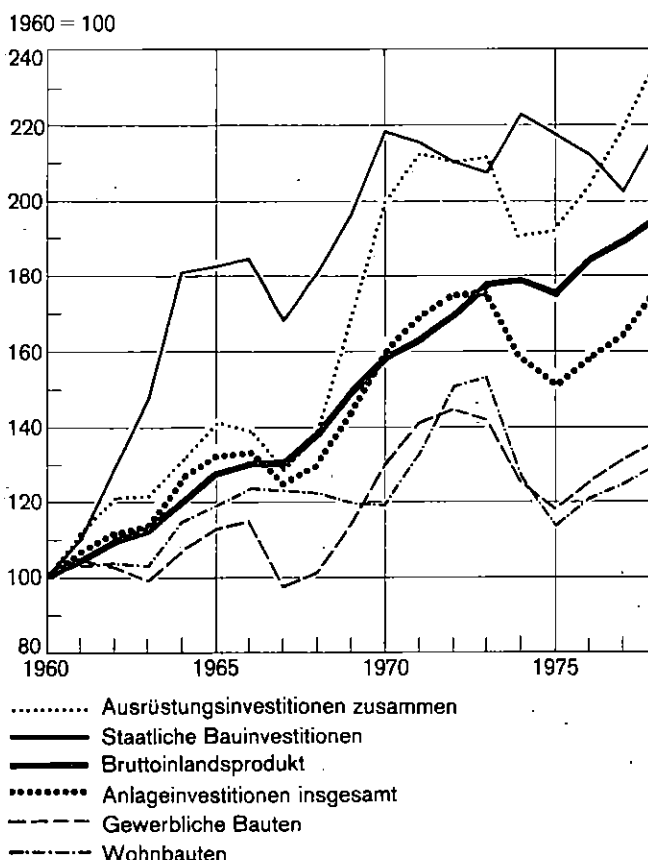
genommen, der nach überdurchschnittlichen Zunahmen Ende der sechziger Jahre in der ersten Hälfte der siebziger Jahre einen realen Rückgang zeigte (zwischen 1971 und 1975), dann ein überdurchschnittliches Wachstum, so daß sie sich insgesamt in diesem Jahrzehnt noch fast in Höhe der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung bewegten.

Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen dürften auch weiterhin tendenziell leicht überdurchschnittlich wachsen. Die Intensivierung der Außenhandelsbeziehung mit der Folge zunehmender Exportanstrengungen wird eine verstärkte Realisierung des technischen Fortschritts und eine ständige Erneuerung des Kapitalstocks erfordern, worauf unter Arbeitsmarktgesichtspunkten noch einzugehen sein wird. Nur bei Ausnützung technologischer Neuerungen kann auf den Weltmärkten der Nachteil relativ höherer Produktionskosten überwunden bzw. der Vorteil qualitativ hochwertiger Produkte zum Zuge kommen. Gleichzeitig werden der Abbau der Mineralölabhängigkeit sowie das Erfordernis umweltschonender Produktionsprozesse spezifische Investitionssteigerungen hervorrufen.

Schaubild 5

Bruttoinlandsprodukt und Investitionen in Preisen von 1970 im Bundesgebiet



Hinsichtlich möglicher Auswirkungen der Investitionstätigkeit auf die Produktion von Investitionsgütern sind zwei Aspekte zu beachten:

- Der Anteil importierter Investitionsgüter an den Anlageinvestitionen der Bundesrepublik hat zwischen 1960 und 1976 von 2,4% auf 9,1% beachtlich zugenommen. Hierbei dürfte vor allem der oben angesprochene Importdruck von Industrieländern (vor allem Japan) eine große Rolle spielen. Dies bedeutet, daß die an sich günstigen Nachfrageeffekte für die baden-württembergische Investitionsgüterindustrie nur in Konkurrenz mit anderen Volkswirtschaften wirksam werden, also nicht automatisch ein künftig weiterhin überdurchschnittliches Wachstum garantieren.
- Innerhalb der Ausrüstungsgüter haben die elektrotechnischen Erzeugnisse (einschl. Büromaschinen und ADV) die Maschinenbauerzeugnisse inzwischen als wichtigste Gütergruppe abgelöst. So nahm der Anteil der Maschinenbauerzeugnisse an den Ausrüstungsinvestitionen zwischen 1960 und 1976 von 49 auf 32% ab, während derjenige der Elektrotechnik etc. von 20 auf 36% stieg (*Tabelle 10*).

Das RWI vermutet entsprechende Substitutionsbeziehungen und insbesondere eine Bevorzugung von technisch hochwertigen Investitionsgütern, durch die große Produktivitätsfortschritte im Produktions- und Verwaltungsbereich ermöglicht werden (*RWI 2, S. 89*). Nach Prognos werden sich diese Substitutionstendenzen weiter fortsetzen. (*Prognos 1, S. 81*).

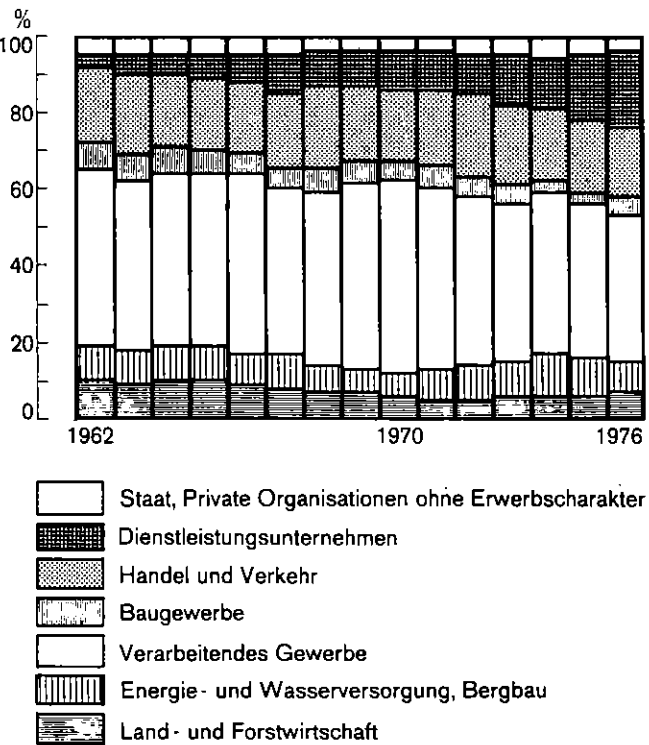
Tabelle 10

Entwicklung und Vorausschätzung der Struktur der realen Ausrüstungsinvestitionen in der Bundesrepublik bis 1990
In Preisen von 1970

Produktgruppen	1960	1968	1976	1985	1990
	%				
Fahrzeuge	18,3	19,2	20,2	19	19
Maschinenbauerzeugnisse	49,4	40,2	32,0	28	25
Elektrotechnische Erzeugnisse, Büromaschinen, ADV-Geräte, feinmechanische und optische Erzeugnisse	19,8	27,2	35,5	41	44
Sonstige investierte Güter	12,5	13,4	12,3	12	12
Insgesamt	100	100	100	100	100

Schaubild 6

Ausrüstungsinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen in Preisen von 1970 im Bundesgebiet



216 80

Außerdem ist für die Vergangenheit eine überdurchschnittlich starke Investitionstätigkeit der Dienstleistungsunternehmen zu beachten (*Schaubild 6*), hinter der sich vor allem starke Rationalisierungen im Büro- und Verwaltungsbereich verbergen dürften. Das Schwergewicht entsprechender Investitionen liegt eindeutig bei elektrotechnischen Einrichtungen einschl. ADV-Anlagen und Büromaschinen.

Für die Zukunft kann ebenfalls von einer Fortsetzung dieses Trends zur Rationalisierung im Dienstleistungsbereich (*vgl. auch Battelle, S. 132 ff*) ausgegangen werden. Auch die OECD erwartet für Investitionsgüter aus dem Bereich Elektrotechnik besonders starke Impulse, die über die Nachfrage nach elektrotechnischen Verbrauchsgütern hinausgehen (*OECD, S. 30*). Bei Investitionen von Fahrzeugen ist nach Ansicht der OECD in den entwickelten Ländern von einer geringeren Zunahme als in der Vergangenheit auszugehen (*OECD, S. 31*). Allerdings spricht nichts dafür, daß sich bei normalem wirtschaftlichem Wachstum der Bedarf an gewerblich genutzten Fahrzeugen unterdurchschnittlich entwickeln wird. So erwartet auch Prognos, daß – „angesichts der zu erwartenden Stagnation auf dem PKW-Sektor“ – innerhalb des Fahr-

zeugbaus der Anteil von Nutzfahrzeugen für die inländische Produktion zunehmen wird (*Prognos 1*, S. 82 f). Damit könnte sich – bei wie erwähnt überdurchschnittlich steigenden Ausrüstungsinvestitionen – in den achtziger Jahren die Zusammensetzung der Ausrüstungsinvestitionen weiterhin zu Lasten der Maschinenbauerzeugnisse und zu Gunsten der Elektrotechnik verschieben, wenn auch wegen des teilweise schon erreichten hohen Ausstattungsgrades in den Dienstleistungen (vgl. *Battelle*, S. 132) nicht mehr im selben Maße wie in der Vergangenheit. Eine mögliche Entwicklung zeigen die Daten in *Tabelle 10*.

Bauinvestitionen

Die Entwicklung der Bauinvestitionen dürfte – wie schon in den siebziger Jahren – hinter dem allgemeinen wirtschaftlichen Wachstum zurückbleiben:

Im Bereich der öffentlichen Bauinvestitionen sind – entsprechend der Vergangenheitsentwicklung und in Abhängigkeit von politischen Entscheidungen – vermutlich geringere Zuwachsraten zu erwarten. Unabhängig von der Finanzierungsfrage bzw. Gesichtspunkten des ökologischen Gleichgewichts sprechen hierfür ein relativ hoher Versorgungsgrad an infrastrukturellen Einrichtungen (Krankenhäuser, Schulen, Sportstätten) sowie an Verkehrseinrichtungen für künftig ohnehin langsamer ansteigende Kfz-Bestände. Neben Großprojekten dürfte deshalb vor allem die Unterhaltung und die Verbesserung des Wegenetzes von Bedeutung sein. Impulse sind über die qualitative Verbesserung der Umweltverhältnisse, (zum Beispiel Lärmschutzeinrichtung, Stadt- und Dorferneuerung), den nicht unerheblichen Sanierungsbedarf bei bestehenden Infrastruktureinrichtungen sowie den Ausbau der öffentlichen Verkehrseinrichtungen zu erwarten. Bei den gewerblichen Bauten dürften die industriellen Bauten keine hohen Zuwachsraten erfahren, da mit keiner starken Ausweitung von Erweiterungsinvestitionen zu rechnen ist und vor allem die verstärkten Ausrüstungsinvestitionen nicht unbedingt mit zusätzlichem Raumbedarf verbunden sind. Prognos sieht neben Energiesektoren und Dienstleistungseinrichtungen vor allem die Bundespost (Breitbandkommunikation) als Wachstumsträger von Bauinvestitionen an. Allerdings bleibt abzuwarten, ob durch solche Wachstumsimpulse eine Zunahme der realen Bauinvestitionen von jährlich 3% erzielt werden kann, wie sie von Prognos erwartet wird.

Bei den Wohnbauinvestitionen geht Prognos für die Bundesrepublik bis 1990 von einer jährlichen Zunahme an neu zu erbauenden Wohnungen (Ersatz- und Neubedarf) in Höhe von knapp 300 000 aus; entsprechend wäre für Baden-

Württemberg mit jährlich etwa 40 000 bis 50 000 neuen Wohnungen zu rechnen (1978: 56 500 Wohnungen). Auch die sich abzeichnende Entwicklung von Grundstücks- und Baupreisen und der enger werdende Raum sprechen gegen höhere Zunahmen. In dieser Berechnung ist außerdem schon berücksichtigt, daß der Versorgungsgrad mit Wohnungen je Haushalt aufgrund einer steigenden Nachfrage nach Zweit- und Freizeitwohnungen zunehmen wird. Die vorn genannte Größenordnung entspricht durchaus den Ergebnissen einer Prognose des Statistischen Landesamtes, das 1974 für den Zeitraum 1975 bis 1990 einen jährlichen Bedarf von 40 000 Wohnungen prognostizierte.

Dennoch sind leicht steigende Wohnungsbauinvestitionen zu erwarten, da die geringere Zahl neuer Wohnungen durch entsprechend größeren Raum und qualitativ bessere Ausstattung kompensiert werden könnte, was mit höheren Realeinkommen auch finanzierbar wäre.

Die bessere Ausstattung betrifft nicht nur die Neubauten einschließlich des ungebrochenen Trends zum Einfamilienhaus, sondern auch Maßnahmen zur Modernisierung oder rationelleren Energienutzung bestehender Wohnungen. Die privaten Vorstellungen werden durch die sich abzeichnende Änderung in der Wohnungsbau- und Stadtentwicklungspolitik nachhaltig gefördert, die – auch im Interesse einer Eindämmung des Landverbrauchs – eine Hinwendung zur Stadterhaltung und Erneuerung bestehender Wohnungen und Wohngebiete zum Gegenstand hat.

Mögliche Auswirkungen auf die Produktionstätigkeit

Die bisherigen Ausführungen zur Abschätzung möglicher Entwicklungstendenzen in den Nachfragebeziehungen (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Investitionen, Außenhandel) ermöglichen gewisse Aussagen über zu erwartende Verschiebungen in den Produktionsstrukturen, die nachfolgend unter Einarbeitung eines Vergleichs mit den Prognosen der drei Institutionen dargelegt werden sollen.

Wie *Tabelle 11* zeigt, erwarten alle drei Institutionen ein unterdurchschnittliches Wachstum, also Anteilsverluste, für die Land- und Forstwirtschaft, wobei Battelle von besonders starken Anteilsverlusten ausgeht und ein leicht überdurchschnittliches Wachstum (Anteilsgewinne) für das produzierende Gewerbe. Hinsichtlich der Dienstleistungen gehen Prognos und Battelle im kurzen Trend von einer Stagnation, das Statistische Landesamt und Battelle im langen Trend von einer leichten

Tabelle 11

Entwicklung und Vorausschätzung der Beiträge der Produktionsbereiche zur Bruttowertschöpfung

Produktionsbereich	1970	1976	1990			
			Battelle		Prognos	Statistisches Landesamt
			Kurzer Trend	Langer Trend		
	%					
Land- und Forstwirtschaft	3,2	2,6	1,9	1,8	2,1	2,2
Produzierendes Gewerbe	59,0	57,6	57,9	60,9	62,0	59,8
davon						
Energie und Bergbau	2,2	2,8	3,7	3,2	4,2	.
Verarbeitendes Gewerbe	47,6	46,4	46,7	49,7	49,7	.
Baugewerbe	9,1	8,3	7,5	8,0	8,1	.
Dienstleistungen	37,8	39,8	40,1	37,2	40,1	38,0
davon						
Handel und Verkehr	13,4	12,6	10,9	12,2	13,5	.
Sonstige Dienstleistungsunternehmen	15,5	17,6	20,4	16,6	17,2	.
Staat, Private Organisationen	8,9	9,7	8,8	8,4	9,4	.
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Abnahme der Anteilswerte aus. Die leichten Anteilsverluste der Dienstleistungen werden von allen drei Instituten in einem künftig nur unterdurchschnittlichen Wachstum des Staatsverbrauchs gesehen. Für die privaten Dienstleistungen ergibt sich eine gewisse Unsicherheit der Einschätzung höherwertiger Dienstleistungen im Privaten Verbrauch, wogegen der Bedarf der Wirtschaft im Hinblick auf Forschung, Entwicklung und Beratung sicherlich stärker zunehmen dürfte.

Innerhalb des Produzierenden Gewerbes erwarten alle drei Institutionen Anteilsverschiebungen zugunsten von Energie und Bergbau sowie dem

Verarbeitenden Gewerbe, die zu Lasten des Baugewerbes gehen. Diese Tendenzen entsprechen durchaus den obigen Ausführungen, insbesondere zur wachsenden Bedeutung heimischer Energiegewinnung und zur abnehmenden Bedeutung der Bauinvestitionen.

Von besonderem Interesse sind schließlich mögliche Strukturverschiebungen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes, die in den Prognosen von Battelle jeweils explizit vorausgeschätzt wurden (Tabelle 12) bzw. für die in dieser Untersuchung verschiedene Bedingungskomponenten aufgezeigt wurden.

Tabelle 12

Entwicklung und Vorausschätzung der Branchenstruktur des Verarbeitenden Gewerbes

Branchen	1970	1976	Battelle			
			Kurzer Trend		Langer Trend	
			1985	1990	1985	1990
			%			
Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung	11,0	11,9	13,3	13,8	15,1	15,9
Steine, Erden, Feinkeramik, Glas	3,7	3,9	3,5	3,3	4,1	4,2
Eisen- und Ne-Metallerzeugnisse	5,6	4,8	4,1	3,8	5,5	5,6
Stahl-, Maschinen-, Fahrzeugbau	29,0	28,9	27,5	27,2	27,8	27,7
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, EBM	22,6	24,6	28,1	29,7	25,7	26,5
Holz, Papier, Druck	9,0	8,9	8,6	8,4	8,5	8,3
Textil, Leder, Bekleidung	10,0	8,6	6,5	5,7	6,4	5,5
Nahrungs- und Genußmittel	8,9	8,6	8,3	8,1	6,9	6,3
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Battelle.

Die Ergebnisse von Battelle sind, obwohl nach völlig anderen Gesichtspunkten erarbeitet, größtenteils durchaus mit den Tendenzaussagen in Einklang zu bringen, die – bei aller Unsicherheit, vor allem hinsichtlich der Außenhandelsbeziehungen – aus den obigen Aussagen herauszulesen sind. Insbesondere finden sich dort zahlreiche Anhaltspunkte für die von Battelle erwartete überdurchschnittliche Ausweitung des Bereichs Elektrotechnik, Feinmechanik, EBM-Waren etc. bestätigt. Auch die Unsicherheit von Battelle hinsichtlich der Entwicklungsaussichten des Bereichs „Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau“ (kurzer Trend: Anteilsabnahme, langer Trend: Stagnation) entspricht einer differenzierten Erwartungshaltung. Sie resultiert vor allem aus der starken Exportabhängigkeit des Maschinenbaus, einem zu vermutenden zunehmenden Importdruck bei den Fahrzeugen und gewissen Unsicherheiten über die Einschätzung der künftigen Motorisierung im Inland. Anteilsverluste bei den Bereichen Nahrungs- und Genußmittel sowie Leder, Textil, Bekleidung, widersprechen schließlich nicht den zu erwartenden Verschiebungen innerhalb des Privaten Verbrauchs im Inland.

Technologie und Arbeitsmarkt

Die zukünftige Entwicklung der Technologie ist für ein so hochindustrialisiertes Land wie Baden-Württemberg von zentraler Bedeutung für Produktionstätigkeit, Produktionsstruktur und Arbeitsplätze, da nur durch ein konsequentes Realisieren des technischen Fortschritts die Stellung des Landes im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung gehalten werden kann.

Beim technischen Fortschritt sind theoretisch zwei Komponenten zu unterscheiden: die Bereitstellung neuer Produkte (Innovation) und der Einsatz neuer Produktionsverfahren (prozeßtechnischer Fortschritt) – vgl. *Stala 2*, S. 22). Die Zusammenhänge zwischen Produktionstätigkeit, Nachfragestruktur und technischem Fortschritt wurden oben teilweise schon angesprochen, sie sollen aber hier nochmals im Zusammenhang aufgegriffen werden.

Hinsichtlich des innovatorischen Fortschritts ist vor allem das Kreieren neuer oder qualitativ besserer Produkte für den Privaten Verbrauch (z. B. Unterhaltselektronik, verbrauchsärmere PKWs) oder die Ausrüstungsinvestitionen (zum Beispiel elektrotechnische Investitionsgüter) zu nennen, durch die entweder neue Bedürfnisse geweckt und befriedigt, eine beschleunigte Realisierung des prozeßtechnischen Fortschritts ermöglicht oder dem Wunsch nach Energieeinsparung bzw. geringerer Umweltbelastung entsprochen werden kann. Man kann in diesem Bereich bzw. den damit verbundenen Branchen durchaus ein Wachstumsfeld für die achtziger Jahre sehen.

Wichtiger dürfte aber der prozeßtechnische Fortschritt werden, dem sich bevorzugt das Battelle-Gutachten widmete. Eine Schlüsselfunktion kommt dabei der Mikroelektronik zu, deren Bedeutung „von der Substitution bisher mechanischer Produktionstechnologien über die Möglichkeit der Entwicklung zahlloser neuer Produkte bis hin zur Änderung von Organisationsstrukturen und Managementfunktionen in Wirtschaft und Verwaltung reicht“ (*Battelle*, S. 3).

In Anbetracht der oben geschilderten möglichen Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen, insbesondere eines hohen Importdrucks aus industrialisierten und Schwellenländern, dürften es sich die Bundesrepublik bzw. Baden-Württemberg kaum leisten können, eine Realisierung der technologischen Neuerungen *nicht* durchzusetzen, zumal teilweise schon von einem Hinterherhinken im Bereich von Forschung und Entwicklung gesprochen wird (*Prognos 1* S. 64 f). Zum einen kann nur die Produktivitätssteigerung und die damit verbundene Minderung des Kostendrucks garantieren, daß die deutschen Produkte im In- und Ausland konkurrenzfähig bleiben, zum anderen wäre es kaum zu verantworten, wenn neue und bessere Produkte allein vom Ausland angeboten werden. Durch die Rohstoffarmut und die Abhängigkeit von ausländischen Energieträgern wird die Bedeutung der Technologie hinsichtlich Exportstärke und Energieeinsparung noch unterstrichen.

Während also einerseits die Aufrechterhaltung der Produktion und damit die Erhaltung der Arbeitsplätze technologische Neuerungen geradezu erzwingen, darf andererseits nicht vergessen werden, daß unter bestimmten Bedingungen damit Arbeitsplätze eingespart werden können. Eine Produktivitätszunahme, die über die Produktionszunahme hinausgeht, führt bei konstanter Arbeitszeit zu rückläufigen Arbeitsplatzzahlen. Der Vergleich von Produktion und Produktivität in *Schaubild 7* zeigt, daß dies in der Vergangenheit durchgehend bei der Land- und Forstwirtschaft der Fall war. Beim Produzierenden Gewerbe ist seit Mitte der siebziger Jahre eine Identität zwischen Produktions- und Produktivitätsentwicklung, mithin eine Stagnation der Arbeitsplatzentwicklung zu beobachten. Eine Abschätzung dieser Relation für die Zukunft ist besonders schwierig. Das Statistische Landesamt geht davon aus, daß der technische Fortschritt sich sukzessive und in etwa im Gleichklang mit der Produktion durchsetzt (*Stala 2*, S. 226 ff). Auch das Gutachten von Battelle kommt zu dem Ergebnis, daß vor allem im Verarbeitenden Gewerbe der Einsparungseffekt durch den Erhaltungseffekt der Technologie kompensiert wird (*Battelle*, S. 96 ff und Tabellenteil).

Die Produktivität im Dienstleistungsbereich stieg bisher weniger stark als die Produktion (*Schaubild 7*), ein Trend, der sich für serviceintensive Dienstleistungsbereiche auch in Zukunft fortsetzen dürfte. Andererseits dürfte die Übernahme von Funktionen durch die automatische Datenverarbeitung im Bereich Verwaltung sowie der Routinearbeit in allen anderen Sparten auch hier zu Einsparungen führen.

Betrachtet man die Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität für die drei Institute in *Tabelle 13*, so zeigen sich für einzelne Wirtschaftsbereiche teilweise recht ähnliche Produktivitätsannahmen. Dies gilt insbesondere auch für das Produzierende Gewerbe. Größere Unterschiede zeigen sich bei der Einschätzung der Produktivitätsentwicklung in den Dienstleistungen.

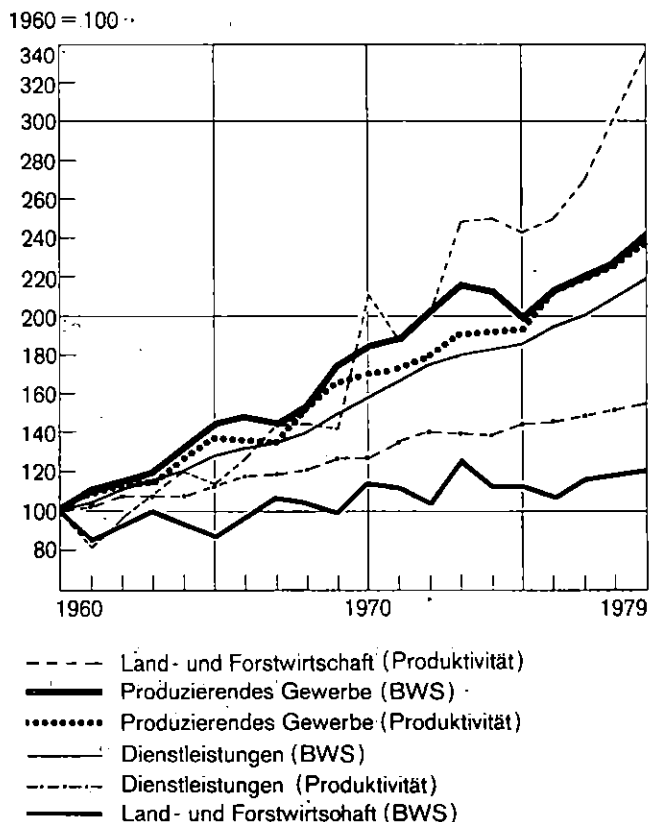
Bei den unterschiedlichen Annahmen ist jedoch zu berücksichtigen, daß Produktions- und Produktivitätsentwicklung nicht unabhängig voneinander gesehen werden dürfen. Vor allem kann, wie mehrmals angedeutet, starkes wirtschaftliches Wachstum nur durch den verstärkten Einsatz von technischem Fortschritt erreicht werden, der seinerseits eine höhere Produktivität nach sich zieht.

Entsprechend liegen die Produktivitätsfortschritte in der Prognose von Battelle (langer Trend), die von hohen Wachstumserwartungen ausgeht, in allen drei Wirtschaftsbereichen und insgesamt besonders hoch.

Recht nahe beieinander liegen vor allem für das Produzierende Gewerbe und die Wirtschaft insgesamt, die von Battelle (kurzer Trend) und dem *Statistischen Landesamt* erwarteten Produktivitätssteigerungen. Dies ist recht bemerkenswert, da beide Prognosen unabhängig voneinander und mit unterschiedlichen Schwerpunkten in der Untersuchung

Schaubild 7

Entwicklung von Produktivität und Bruttowertschöpfung (real) nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen



210 80

durchgeführt werden. Die etwas höheren Produktivitätsannahmen von Battelle (kurzer Trend) bei den Dienstleistungen korrespondieren mit entsprechend höheren Wachstumsannahmen.

Tabelle 13

Gegenüberstellung der durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität bis 1990

Jahr	Insgesamt				Land- und Forstwirtschaft				Produzierendes Gewerbe				Dienstleistungen			
	%															
1960-1970	4,9				7,9				5,5				2,5			
1970-1979	3,3				5,3				3,7				2,3			
	Battelle		Prognos	Stat. Landesamt	Battelle		Prognos	Stat. Landesamt	Battelle		Prognos	Stat. Landesamt	Battelle		Prognos	Stat. Landesamt
	kurz	lang			kurz	lang			kurz	lang			kurz	lang		
1979-1985	2,4	3,1	2,8	2,3	2,4	4,3	4,6	1,1	3,3	4,3	3,3	3,3	1,2	1,3	1,6	1,0
1985-1990	2,6	2,9	2,8	2,4	4,7	5,4	5,1	3,0	3,1	3,5	2,9	3,1	1,8	1,9	2,3	1,5

Auch Prognos erwartet für das Produzierende Gewerbe Produktivitätsfortschritte, die den Annahmen von Battelle (kurzer Trend) und dem Statistischen Landesamt ziemlich genau entsprechen. Dagegen wird die Bedeutung arbeitssparender technischer Fortschritte in verschiedenen Sparten des Dienstleistungsgewerbes höher eingeschätzt. Diese höhere sektorale Produktivität wirkt sich auch in einer entsprechend höheren Gesamtproduktivität aus.

Da Prognos von allen Institutionen ohnehin die niedrigsten Zuwachsraten für die Bruttowertschöpfung erwartet (s. o.) ergeben sich nach der Modellrechnung dieses Instituts die geringsten Arbeitsplatzziffern (*Tabelle 14*). Der für 1990 vorausgeschätzte Wert von 3,98 Mill. Erwerbstätigen liegt um 130 000 niedriger als die Erwerbstätigenzahl des Jahres 1979 (4,11 Mill.). Die anderen Institutionen rechnen dagegen mit Arbeitsplatzzunahmen – so Battelle im kurzen Trend um 160 000 auf 4,28 Mill. und das Statistische Landesamt um etwas mehr (220 000) auf 4,33 Mill. Im langen Trend erwartet Battelle sogar eine Steigerung um fast 360 000 auf 4,47 Mill.

Die Ursache für die Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten zwischen den drei Prognosen ergeben sich aus einer Betrachtung nach Wirtschaftsbereichen. Im einen ist die Begründung für die besonders hohen Arbeitsplatzwerte von Battelle im langen Trend vor allem im Produzierenden Gewerbe zu suchen (+80 000). Demgegenüber erwarten das Statistische Landesamt für diesen Bereich in etwa eine Stagnation (+20 000) bzw. Battelle (kurzer Trend) und Prognos Abnahmen um 80 bzw. 100 000 Arbeitsplätze.

Zum anderen ist der von Prognos angenommene Rückgang der Arbeitsplätze insgesamt darin zu suchen, daß im Dienstleistungsbereich nur leichte Zunahmen (+50 000) erwartet werden, die die Arbeitsplatzverluste in der Land- und Forstwirtschaft (-80 000) und im Produzierenden Gewerbe nicht kompensieren können. Die Ursache für den leichten Zuwachs an Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich ist zum einen in der von Prognos unterstellten Bevölkerungsabnahme zu sehen, die Rückwirkungen gerade auf die Nachfrage nach Dienstleistungen hat, zum anderen in der von Prognos betonten Bedeutung des arbeitssparenden technischen Fortschritts beim Dienstleistungsgewerbe.

Battelle erwartet für die Dienstleistungen besonders starke Arbeitsplatzausweitungen in allen Sparten dieses Bereichs, und zwar im kurzen Trend um 310 000, im langen Trend sogar um 350 000 Erwerbstätige. Das Statistische Landesamt schätzt die Zunahme auf etwa 250 000 Erwerbstätige.

Die Zusammenführung der Erwerbspersonenprognose mit der Arbeitsplatzprognose erfolgt in einer Bilanz, die Anhaltspunkte über die mögliche zukünftige Situation auf dem Arbeitsmarkt gibt. Bei dem abgeleiteten Überangebot von Erwerbspersonen handelt es sich jedoch nicht um eine Vorausschätzung von Arbeitslosen, sondern um Ergebnisse von Modellrechnungen, die auf der Grundlage von Prämissen erfolgten.

Auch hier zeigen sich zwischen Battelle und dem Statistischen Landesamt einerseits sowie Prognos andererseits unterschiedliche Einschätzungen hinsichtlich möglicher künftiger Arbeitsmarktungleichgewichte (*Tabelle 15*).

Tabelle 14

Gegenüberstellung der Erwerbstätigenprognosen bis 1990

Jahr 1)	Insgesamt				Land- und Forstwirtschaft				Produzierendes Gewerbe				Dienstleistungen			
	Stat. Landesamt	Battelle		Prognos	Stat. Landesamt	Battelle		Prognos	Stat. Landesamt	Battelle		Prognos	Stat. Landesamt	Battelle		Prognos
		kurz	lang			kurz	lang			kurz	lang			kurz	lang	
1000																
1979 2)	4111,8				221,3				2128,5				1762,0			
1985	4248	4162	4272	4041	222	189	174	168	2116	2039	2151	2081	1910	1935	1947	1792
1990	4329	4275	4468	3982	206	156	143	138	2110	2051	2213	2034	2014	2068	2112	1810
%																
1979 2)	100				5,3				51,7				42,8			
1985	100	100	100	100	5,2	4,5	4,1	4,2	49,8	49,0	50,3	51,5	45,0	46,5	45,6	44,3
1990	100	100	100	100	4,8	3,6	3,2	3,5	48,7	48,0	49,5	51,1	46,5	48,4	47,3	45,4

1) Die Prognosewerte beziehen sich bei "Prognos" jeweils auf das Ende, beim Statistischen Landesamt und bei "Battelle" auf den Anfang des Jahres. – 2) Ist - Ergebnis.

Tabelle 15

Gegenüberstellung der Arbeitsmarktbilanzen bis 1990

Jahr 1)	Erwerbspersonen				Erwerbstätige				Erwerbspersonenüberschuß			
	Stat. Landesamt	Battelle		Prognos	Stat. Landesamt	Battelle		Prognos	Stat. Landesamt	Battelle		Prognos
		kurz	lang			kurz	lang			kurz	lang	
1000												
1979 2)	4 197,4				4 111,8				85,6			
1985	4 468	4 422	4 422	4 281	4 248	4 162	4 272	4 041	220	250	150	240
1990	4 517	4 416	4 416	4 211	4 329	4 275	4 469	3 982	188	141	-53	229

1) Die Prognosewerte beziehen sich bei "Prognos" jeweils auf das Ende, beim Statistischen Landesamt und bei "Battelle" auf den Anfang des Jahres. — 2) Ist - Ergebnis.

Für 1985 liegen die Prognosewerte für das Überangebot an Erwerbspersonen mit 220 000 (*Stala*), 240 000 (*Prognos*) bzw. 260 000 (*Battelle*) noch recht nahe beieinander. Im langen Trend erwartet Battelle eine Differenz um noch 150 000. Für die Folgezeit bis 1990 geht Prognos von einer nur leichten (230 000 Personen), das Statistische Landesamt und Battelle dagegen von einer beachtlichen Entlastung aus, die vor allem demographisch bedingte Ursachen hat (s. o.). Im einzelnen erwarten das Statistische Landesamt einen Rückgang im rechnerisch ermittelten Überangebot auf 190 000, Battelle im kurzen Trend auf 140 000. Im langen Trend rechnet Battelle sogar mit einer Umkehrung der Differenz, nämlich einem rechnerischen Fehlbetrag von über 50 000 Erwerbspersonen. Alternativrechnungen zum Ausgleich der Differenzen in den achtziger Jahren wurden im Statistischen und Prognostischen Jahresbericht 1977/78 dargestellt.

Zusammenfassung

Nach einer Gegenüberstellung verschiedener Prognosen und analytischer Untersuchungen zeichnen sich für die achtziger Jahre folgende Entwicklungsperspektiven bis zum Ende der achtziger Jahre ab:

Bevölkerung

Hinsichtlich der inländischen Nachfrageentwicklung dürften von der Bevölkerungsstagnation noch keine global wachstumshemmenden Effekte ausgehen, allerdings könnten sich schon gewisse strukturelle Verschiebungen abzeichnen. Die Zunahme der Erwerbspersonen vor allem bis Mitte der achtziger Jahre bringt eine nicht unerhebliche Belastung für den Arbeitsmarkt mit sich. Auch gegen Ende der achtziger Jahre dürften die Probleme noch nicht ganz gelöst sein.

Energie

Es besteht eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich einer ausreichenden und kostenmäßig vertretbaren Energiebereitstellung, von der im ungünstigen Fall wachstumsbegrenzende Wirkungen ausgehen können. Die sich langfristig abzeichnenden Probleme

me könnten aber auch Impulse für entsprechende Forschungs-, Entwicklungs- und Investitionstätigkeiten geben.

Außenhandelsbeziehungen

Zu erwarten ist verstärkter Importdruck aus anderen Industrieländern sowie Schwellenländern für alle Branchen. Chancen ergeben sich für eine Exportausweitung durch den zunehmenden Weltmarkt und die Intensivierung der Außenhandelsbeziehungen bei Nutzung des technischen Fortschritts.

Privater Verbrauch

Entsprechend der demographischen Entwicklung (anteilmäßige Zunahme der Personen im konsumintensiven und haushaltsgründenden Alter) und in Verbindung mit einem generellen Einkommenssteigerungseffekt ist voraussichtlich eine überdurchschnittliche Zunahme zu erwarten. Der Trend zu wohlstandsspezifischen Dienstleistungen und höherwertigen Gütern wird anhalten und dem Wachstum zusätzliche Impulse geben.

Investitionen

Zu erwarten sind unterdurchschnittliche Zuwachsraten bei den Bauinvestitionen, und zwar vor allem im Bereich der gewerblichen und der öffentlichen Bauten. Möglicherweise könnten sich aber überdurchschnittliche Zuwachsraten bei den Ausrüstungsinvestitionen ergeben, wobei in Verbindung mit technologischen Neuerungen die Gewichtsverlagerung zugunsten elektrotechnischer Investitionsgüter anhalten dürfte.

Technologie

Der Technologie kommt eine Schlüsselrolle für das künftige Wachstum zu, da über die hiermit verbundenen Produktivitätssteigerungen der Kostendruck aufgefangen und die Konkurrenzfähigkeit mit anderen Volkswirtschaften garantiert werden kann. Arbeitskräftefreisetzungen durch Produktivitätssteigerungen dürften für die Wirtschaft insgesamt nicht anfallen. Eine Verschärfung des Arbeitsmarktungleichgewichts ist wegen der bevorstehenden starken Zunahme des Erwerbspersonenangebots zu erwarten.

Teil III

Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen

1. Wirtschaftsstrukturen mittlerer Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe

In den mittelgroßen Unternehmen (20-499 Beschäftigte) des Verarbeitenden Gewerbes sind 36% aller Beschäftigten dieses Bereichs tätig und werden 34% aller Umsätze abgewickelt (1978). Diese Größenordnungen zeigen die Bedeutung dieses Unternehmensbereichs für die wirtschaftliche Entwicklung und den Arbeitsmarkt Baden-Württembergs. Zugleich weisen sie in ihrer Relation auf einige Besonderheiten dieses Firmenkreises hin. Beide Aspekte legen es nahe, die wirtschaftlichen Strukturen der mittleren Größenklasse näher zu durchleuchten¹, wobei zu berücksichtigen ist, daß angesichts der verhältnismäßig großen Spannweite der Größenklasse durchaus heterogene Unternehmensstrukturen zusammengefaßt betrachtet werden.

Die mittelgroßen Unternehmen bilden zusammen mit den Kleinunternehmen (1-19 Beschäftigte) den Mittelstand im Verarbeitenden Gewerbe, das seinerseits die Industrie und das Verarbeitende Handwerk umfaßt. Zum Mittelstand nach dem Mittelstandsprogramm des Landes von 1976 sowie den Mittelstandsberichten von 1977 und 1979 gehören außerdem das Baugewerbe, der Handel sowie das sonstige Dienstleistungsgewerbe (Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Freie Berufe). Nach einem Gesamtüberblick über den Mittelstand anhand globaler Indikatoren steht nachfolgend der Ausschnitt der mittleren Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes im Mittelpunkt der Betrachtung. Dieser Teilbereich ist der mit Abstand größte des Mittelstandes. Zudem ist die verfügbare Datenbasis für die meisten anderen Wirtschaftsbereiche gegenwärtig vergleichsweise schwach und wird sich erst nach Vorliegen der Ergebnisse der Arbeitstättenzählung 1981 verbessern.

Größenklassenbezogene Strukturuntersuchungen werden häufig für Betriebe durchgeführt. Sofern nicht die Beschäftigten- oder Entwicklungssituation des Landes oder seiner Teilregionen

betrachtet werden soll, sondern die einer bestimmten Firmengruppe, führt dieser Ansatzpunkt zu verzerrenden Ergebnissen. Denn bei dieser Betrachtung werden insbesondere auch solche Betriebe herangezogen, die zu Unternehmen, zum Teil zu Großunternehmen, mit Sitz außerhalb Baden-Württembergs gehören. Die Wirtschaftsstrukturen eines Firmenkreises in einem Bundesland lassen sich vielmehr nur über Unternehmensdaten ermitteln. Nicht zuletzt kann auch in der Regel nur das Unternehmen im Land als selbständig wirtschaftende und bilanzierende Einheit der Ansprechpartner für landesbezogene wirtschaftspolitische Aktionen sein. Der Nachweis von Strukturen und Entwicklungen nach Betrieben oder Unternehmen führt jedoch zu unterschiedlichen Ergebnissen und damit zu unterschiedlichen Schlußfolgerungen. Deshalb ist nochmals zu betonen, daß sich die folgende Untersuchung auf mittlere Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg bezieht.

Die schematische Abgrenzung des mittleren Firmenkreises auf Unternehmen mit 20 bis 499 Beschäftigten ist bei branchenmäßiger Differenzierung nicht unproblematisch. Trotzdem liefert dieser erste Ansatz bemerkenswerte Informationen über die Bedeutung und die Strukturbesonderheiten dieser Unternehmenskategorie.

Gesamtwirtschaftliche Leistung

Das Verarbeitende Gewerbe trug 1978 mit 91,5 Milliarden DM über 44% zu der gesamten Bruttowertschöpfung Baden-Württembergs (206 Mrd. DM) bei und vereinigte mit 1,76 Mill. Beschäftigten einen knapp ebenso hohen Erwerbstätigenanteil auf sich. Es stellt damit den mit Abstand größten Wirtschaftsbereich vor den Sonstigen Dienstleistungen (u. a. Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe), dem Staat und dem Baugewerbe dar. In keinem anderen Flächenland dominiert das Verarbeitende Gewerbe so stark. Auch an der Leistung dieses Bereichs im gesamten Bundesgebiet ist Baden-Württemberg mit knapp einem Fünftel überdurchschnittlich beteiligt. Außer dem stark mittelständisch geprägten Baugewerbe (18%) liefern alle anderen Bereiche nur unterdurch-

¹ Der dafür auch aufschlußreiche Zeitvergleich kann wegen der Reform der Statistiken im Prod. Gewerbe von 1977 nicht durchgeführt werden.

schnittliche Beiträge zum Bundesergebnis². Aufgrund seiner Größe spielt die Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes für den Wohlstand und das Wachstum im Lande eine ganz entscheidende Rolle.

Die mittelständischen Unternehmen dürften 1978 schätzungsweise etwa 40% zur Bruttowertschöpfung des gesamten Verarbeitenden Gewerbes beigetragen haben. Damit ist der Mittelstand im Verarbeitenden Gewerbe immerhin mit etwa 18% an der Leistung der gesamten Wirtschaft beteiligt. Dieser Beitrag übertrifft deutlich die jeweiligen Leistungsanteile aller anderen zehn vollständigen Wirtschaftsbereiche.

Zählt man zum Mittelstand auch die Sonstigen Dienstleistungen, den Handel und Verkehr und das Baugewerbe, dann trägt die mittelständische Wirtschaft mit 101 Milliarden DM knapp zur Hälfte zur gesamten Bruttowertschöpfung bei.

Das Handwerk für sich allein genommen, das in allen genannten mittelständischen Wirtschaftsbereichen enthalten ist, vereinigt dagegen etwa 13% der gesamten Wertschöpfung auf sich, also erheblich weniger als der rein mittelständische Anteil des Verarbeitenden Gewerbes (18%). Auch innerhalb der gesamten mittelständischen Wirtschaft nimmt der verarbeitende Mittelstand mit einem Anteil von 37% eine überragende Stellung ein. Zusammen mit dem Baugewerbe entfällt über die Hälfte der mittelständischen Bruttowertschöpfung auf die Warenproduktion.

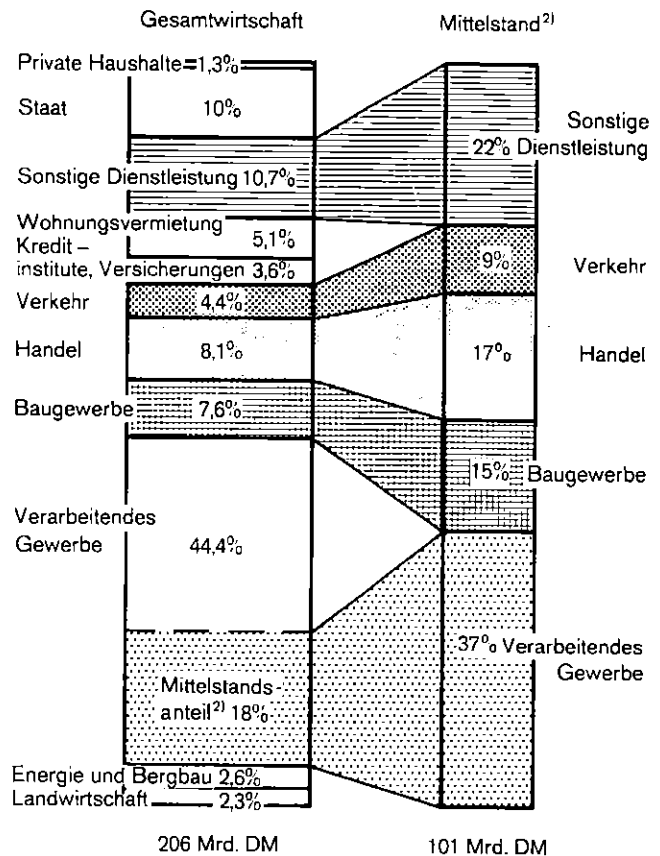
Verarbeitender Mittelstand im Überblick

Zum mittelständischen Firmenkreis des Verarbeitenden Gewerbes gehören zunächst die Kleinunternehmen bis zu 19 Beschäftigten. Da hierfür weitgehend nur geschätzte Daten vorliegen³, werden hier nur Eckgrößen aufgeführt.

Weitergehende Betrachtungen müssen sich demgegenüber beziehen auf mittlere Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes von 20 bis 499 Beschäftigten. Für diesen Firmenkreis liegen laufend in sich

Schaubild 1

Beitrag des Mittelstandes zur gesamtwirtschaftlichen Leistung¹⁾ 1978



1) Bruttowertschöpfung insgesamt (unbereinigt). -2) Geschätzt.

abgestimmte und überschneidungsfreie Ergebnisse für eine breitere Merkmalspalette in sektoraler und teilweise auch regionaler Gliederung vor⁴.

Von den schätzungsweise insgesamt 59 200 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes gehören danach rund 99% dem Mittelstand an. Die weit überwiegende Zahl dieser 58 730 mittelständischen Unternehmen entfällt auf kleine Firmen (50 600), die als Einbetriebsunternehmen praktisch ausschließlich im Lande tätig sind. Unter den restlichen 8130 mittleren Unternehmen befinden sich neben 7065 Einbetriebsunternehmen noch 833 Mehrbetriebsunternehmen, die nur Zweigbetriebe innerhalb Baden-Württembergs führen, wie auch

² Anteil der Bruttowertschöpfung insgesamt Baden-Württembergs an der des Bundesgebietes 1978: knapp 16%.

³ Kleinunternehmen des Verarbeitenden Gewerbes bis zu 19 Beschäftigten. Die statistischen Nachweise über diesen Firmenkreis stammen zum einen aus der jährlichen Erhebung über industrielle Kleinbetriebe, die in der Praxis fast durchweg mit kleinen Einbetriebsunternehmen identisch sind. Zum anderen mußte für den Bereich der in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen auf Daten der letzten Handwerkszählung 1976 zurückgegriffen werden. Zur Gewinnung und Abrundung eines aktuelleren Gesamtbildes des Mittelstandes im Verarbeitenden Gewerbe wurden diese behelfsmäßig in das Jahr 1978 fortgeschrieben, so daß wenigstens für das Land geschätzte Eckdaten über die Zahl der Unternehmen, die Beschäftigten und Umsätze vorliegen. Für weitergehende Betrachtungen auf regionaler und sektoraler Ebene ist eine derartige Schätzung jedoch nicht mehr vertretbar.

⁴ An dieser Stelle muß schließlich auch darauf hingewiesen werden, daß die nachfolgenden Betrachtungen sich auf eine Schilderung des Zustands im Jahr 1978 beschränken müssen. Auf langfristige Entwicklungsvergleiche könnte nicht oder nur punktuell und unter sehr starken Einschränkungen eingegangen werden, weil sich die Konzeption der wichtigsten Basisstatistiken ab 1977 grundlegend geändert hat. (Vergleiche hierzu H. H. Steiger, Das Verarbeitende Gewerbe – eine Bestandsaufnahme nach der Neuordnung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe – in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/78). Aus diesem Grunde konnten auch Konzentrationsuntersuchungen, die besonders im Zeitablauf weitere Aufschlüsse über die Situation des Mittelstandes erbringen könnten, nicht durchgeführt werden.

Tabelle 1

Unternehmen, Beschäftigte und Umsätze nach Unternehmensarten im Verarbeitenden Gewerbe 1978

Unternehmensarten ¹⁾		Unternehmen	Beschäftigte		Umsätze in Mill. DM
			insgesamt	darunter in aus- wärtigen Betrieben ²⁾	
Kleinunternehmen (1 – 19 Beschäftigte)	Zusammen ³⁾	50 600	225 000	–	18 000
	darunter Handwerk ³⁾	43 100	178 000	–	14 600
Mittlere Unternehmen (20 – 499 Beschäftigte)	EBU	7 065	469 892	–	49 245
	MBU	833	119 612	–	12 141
	MLU	232	45 003	8 410	6 535
	Zusammen	8 130	634 507	8 410	67 921
Mittelständische Unternehmen (1 – 499 Beschäftigte)	EBU ³⁾	57 665	694 890	–	67 250
	MBU	833	119 612	–	12 141
	MLU	232	45 003	8 410	6 535
	Zusammen ³⁾	58 730	859 510	8 410	85 920
Großunternehmen (500 und mehr Beschäftigte)	EBU	151	128 890	–	16 045
	MBU	132	145 359	–	15 470
	MLU	178	631 814	185 970	83 716
	Zusammen	461	906 063	186 970	115 231
Unternehmen	EBU ³⁾	57 820	823 780	–	83 290
	MBU	965	264 971	–	27 611
	MLU	410	676 817	195 380	90 251
	Insgesamt ³⁾	59 200	1 765 570	195 380	201 150

1) EBU = Einbetriebsunternehmen, – MBU = Mehrbetriebsunternehmen mit Zweigbetrieben ausschließlich in Baden-Württemberg, – MLU = Mehrländerunternehmen mit Zweigbetrieben auch im übrigen Bundesgebiet, – 2) Beschäftigte in Betrieben von baden-württembergischen Unternehmen im übrigen Bundesgebiet, – 3) Geschätzt.

232 Mehrländerunternehmen, die auch Zweigbetriebe in anderen Bundesländern unterhalten. Ein, wenn auch nur geringer Teil (*Tabelle 1*) der nachfolgenden Angaben zum mittleren Unternehmensbereich bezieht sich also wegen der Mehrländerunternehmen auch auf Tätigkeiten außerhalb Baden-Württembergs.

Mit annähernd 860 000 Erwerbstätigen ist fast die Hälfte aller Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes in mittelständischen Firmen tätig, von denen wiederum knapp drei Viertel auf mittlere Unternehmen entfallen. Ungefähr 8400 Personen und damit etwa ein Fünftel der in mittelständischen Mehrländerunternehmen beschäftigten 44 000 Erwerbstätigen gehen der Arbeit in Zweigbetrieben außerhalb Baden-Württembergs nach. Bezogen auf die Gesamtbeschäftigtenzahl des Verarbeitenden Mittelstandes fallen diese auswärtigen Arbeitsplätze mit etwa einem Prozent kaum ins Gewicht. Die mittelständischen Firmen produzieren somit vorwiegend innerhalb der Landesgrenzen und schaffen hier Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten. Dagegen könnten bei einer Betrachtung des *gesamten* Unternehmensbereichs die 187 000 gebietsfremden Arbeitsplätze der *großen* baden-württembergischen Mehrländerunternehmen nicht

mehr vernachlässigt werden. Zusammen mit dem auswärtigen Anteil der mittelständischen Firmen arbeiten damit fast 11 Prozent der Gesamtbeschäftigtenzahl aller hier ansässigen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes im übrigen Bundesgebiet.

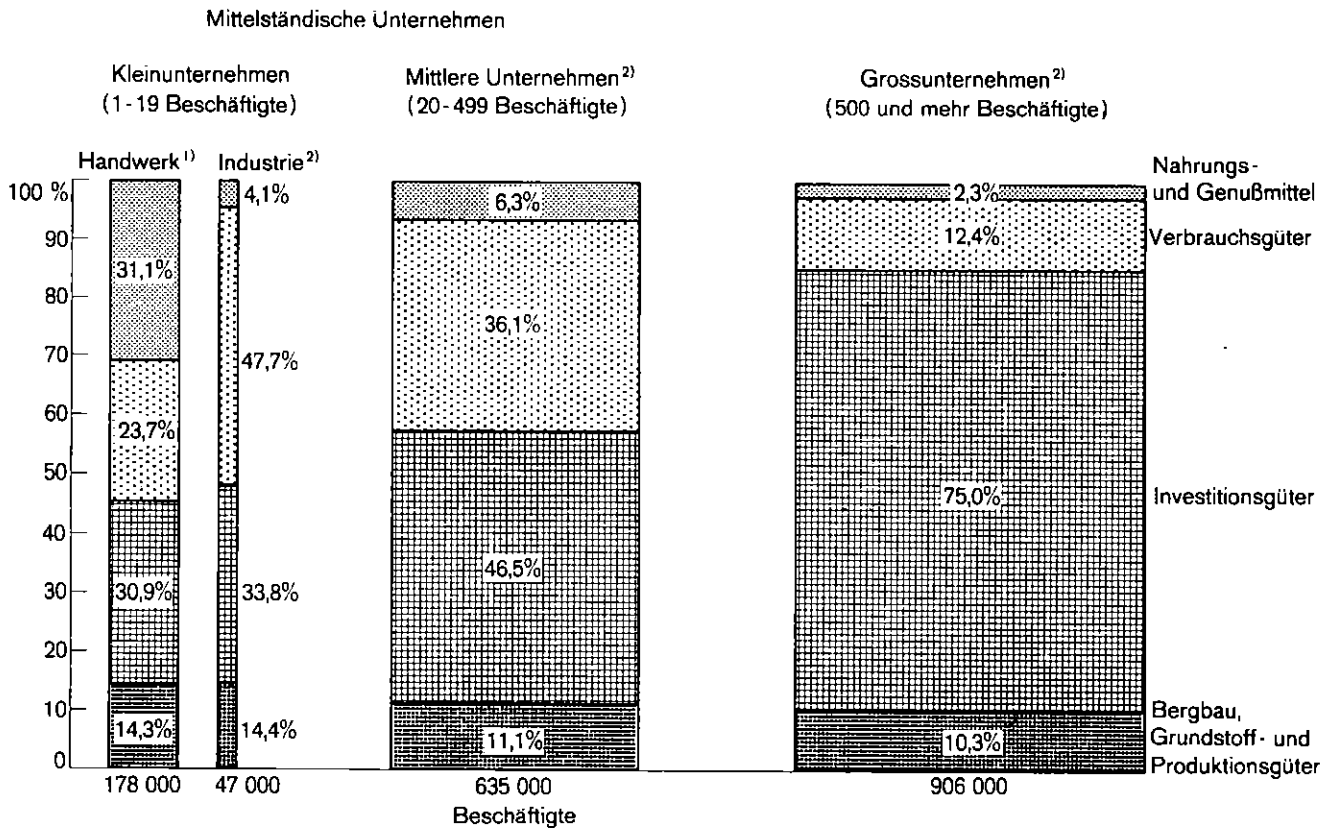
Die mittelständischen Unternehmen haben 1978 einen Umsatz von 86 Milliarden DM erwirtschaftet, der sich im Verhältnis eins zu vier auf kleine und mittlere Unternehmen verteilt. Sie haben damit 43% des Gesamtumsatzes des Verarbeitenden Gewerbes abgewickelt.

Beschäftigtenstruktur der mittleren Unternehmen⁵⁾

Im Strukturbild der mittleren Unternehmen (20–499 Beschäftigte) dominiert der Maschinenbau (17,4%) gefolgt vom Textilgewerbe (9,3%), der Elektrotechnik (7,6%) und dem Ernährungsgewerbe (6,3%). Diese vier Wirtschaftsgruppen vereinen damit gut 40% der 635 000 Beschäftigten der mittleren Unternehmen auf sich. Obwohl das Investitionsgüter produzierende Gewerbe in der mittleren Unternehmensgrößenklasse die größte

⁵⁾ Tabellen 1 bis 4 im Anhang.

Beschäftigtenstrukturen im Verarbeitenden Gewerbe



Beschäftigtenzahl aufweist (46%), überwiegen innerhalb dieses Bereichs doch die Großfirmen, die sieben von zehn Beschäftigten stellen. Im Straßenfahrzeugbau, der Elektrotechnik und der ADV-Herstellung entfällt nicht einmal ein Fünftel der Erwerbstätigen auf den mittleren Firmenkreis. Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (43%) entspricht in etwa dem Durchschnitt (41%). Das Verbrauchsgüter produzierende wie auch das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, wo zwei von drei Beschäftigten in mittelgroßen Firmen tätig sind, erscheinen dagegen vergleichsweise ausgesprochen mittelständisch geprägt, wobei die Branchenschwerpunkte hier mit wenigstens drei Viertel der Beschäftigten im Bekleidungsgewerbe, bei den Druckereien, bei der Kunststoffverarbeitung, der Musikgeräte- und Spielwarenherstellung liegen.

Offensichtlich hängen die Ursachen und Voraussetzungen dafür, ob ein Wirtschaftszweig mehr mittelständisch geprägt ist oder ob in einer Branche Großunternehmen vorherrschen, in sehr hohem Maße von den typischen Produktionsprozessen ab. Die Branchen mit Massen- und Serien-

fertigung erfordern und ermöglichen eher die Bildung von Großfirmen als Wirtschaftszweige mit geringen Stückzahlen und/oder häufigerem Modell- oder Typenwechsel. In der ersten Gruppe kommt hinzu, daß hier der vom schnellen technischen Fortschritt ausgehende Anpassungsdruck laufend hohe Entwicklungs- und Investitionskosten verursacht, deren Finanzierung und das damit verbundene Kapitalrisiko aber wiederum die Konzentration auf große Kapitalgesellschaften begünstigt. Dagegen sind in Branchen mit kleiner und oft wechselnden Produktpalette und mit z. T. ausgesprochen handwerklichen Herstellungsprozessen, die zudem den erprobten technischen Fortschritt ohne hohen Eigenentwicklungsaufwand häufig von anderen Wirtschaftszweigen über den Material- und Halbfertigteileinsatz sowie die Ausrüstungsinvestitionen erwerben können, die kleinen und mittelgroßen Unternehmen eher wettbewerbsfähig. Wenn also Zusammenhänge zwischen der Unternehmensgröße und bestimmten ökonomischen Tatbeständen und Entwicklungen angesprochen werden, so sollte der Anfang der Kausalkette, die speziellen Branchengegebenheiten, nicht übersehen werden, d. h. der Einfluß der Wirtschaftsstruktur dürfte im allgemeinen dominieren.

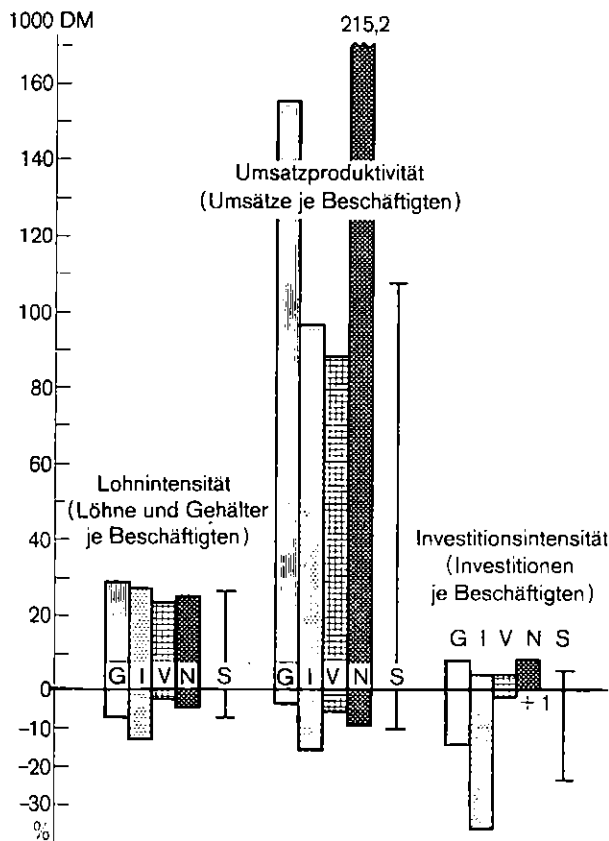
Produktivitätsvorsprung bei großen Investitionsgüterherstellern

Der Anteil der mittleren an allen Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten liegt sowohl bei den Umsätzen (37%), wie bei den Löhnen und Gehältern (36%) deutlich niedriger als bei den Beschäftigten (41%). Diese Abweichungen weisen über die rein sektoralen Unterschiede hinaus darauf hin, daß größenspezifische Differenzen auch hinsichtlich des Lohngefüges, der Kostenstruktur sowie der Kapital- und Lohnintensität bestehen.

Diese Unterschiede sind charakteristisch sowohl für die angebotenen Produkte und ihren Erstellungsprozeß, wie auch für die Organisationsstruktur und das wirtschaftliche Leistungsvermögen der verarbeitenden mittleren Unternehmen auf der einen Seite und der Großindustrie auf der anderen

Schaubild 3

Lohnintensität, Umsatzproduktivität und Investitionsintensität in den mittleren Unternehmen sowie deren Abweichung gegenüber dem Durchschnitt aller Unternehmen



G = Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (einschl. Bergbau)
 I = Investitionsgüter produzierendes Gewerbe
 V = Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe
 N = Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
 S = Insgesamt

Seite. Sie werden besonders deutlich bei der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen je Erwerbstätigen (Produktivität), die im mittelgroßen Bereich um etwa ein Fünftel hinter der Produktivität des gesamten Verarbeitenden Gewerbes zurückbleibt.

Der Umsatz je Beschäftigten, über den sich die Produktivitätsunterschiede in den einzelnen Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes behelfsmäßig darstellen lassen, weicht beim mittleren Firmenkreis gegenüber dem Durchschnitt (119 000 DM) noch um ein Zehntel ab. Am größten ist der Produktivitätsrückstand im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe (-18,7%), was in erster Linie auf die sehr hohen Umsätze je Beschäftigten bei den großen EDV-Geräte-Herstellern zurückzuführen ist. Auch im Straßenfahrzeugbau (-9,7%) und in der Elektrotechnik (-11,5%) fallen die Abstände verhältnismäßig hoch aus. Die Unterschiede weisen auf die mit der Unternehmensgröße steigenden Vorteile der Serienfertigung, die Vorzüge großbetrieblicher Organisations- und Vertriebsformen sowie die Auswirkungen der größeren Kapitalintensität hin. Im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe (-5,4%) sind die Produktivitätsvorteile der Großfirmen besonders im Textil- (-19,8%) und im Bekleidungsgewerbe (-7,5%) noch beträchtlich. Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe müssen hier wegen der verzerrenden Einflüsse der Verbrauchssteuerbelastungen außer Betracht bleiben.

Niedrigere Verdienstabstände in mittelgroß strukturierten Branchen

Die Löhne und Gehälter je Beschäftigten bleiben im mittleren Firmenbereich gegenüber dem Durchschnitt aller Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes um 12,7% zurück. Diese Verdienstspanne ist im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe (-13,1%) am größten und flacht über das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (-7,6%) und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (-5,2%) ab und wird im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe (-2,5%) fast bedeutungslos. Allgemein besteht ein ziemlich enger Zusammenhang zwischen der Höhe des Beschäftigungsanteils mittelgroßer Unternehmen und der Differenz in der Lohnintensität: Die in mittleren Unternehmen je Beschäftigten gezahlten Löhne und Gehälter (Lohnintensität) bleiben umso stärker hinter dem Durchschnittsverdienst aller Unternehmen zurück, je niedriger in der betreffenden Branche der Anteil mittelgroßer Firmen ist. Dies ist einmal mit dem allgemein geringeren Organisations- und Verwaltungsaufwand mittlerer Firmen zu erklären, die dadurch einen entsprechend höheren Arbeiteranteil aufweisen. Zum anderen hängt es auch mit

dem höheren Frauenanteil, vor allem in den vorwiegend mittelständisch geprägten Verbrauchsgüter- und Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, zusammen. Die Entgelte für beide Gruppen – Arbeiter und Frauen – liegen aber im allgemeinen unter dem Durchschnitt der Verdienstska. Im einzelnen zeigen sich diese Tendenzen ganz deutlich etwa bei der Elektrotechnik und beim Straßenfahrzeugbau mit Verdienstspannen zwischen 15 und 30% einerseits und bei insbesondere der Musikergeräte- und Spielwarenherstellung, der Kunststoffverarbeitung, den Druckereien oder im Bekleidungsgewerbe andererseits, wo die Unterschiede sich in der Größenordnung von nur 2% bewegen.

Innerhalb des sektoralen Lohngefüges der mittleren Unternehmen nehmen unter den größeren Branchen das Gewerbe der Steine und Erden, der Maschinenbau, die Druckereien, die Chemische Industrie und der Stahlbau, wo die Verdienste mehr als 10% über dem Durchschnitt der verarbeitenden mittleren Unternehmen liegen, führende Positionen ein. Auch bei den Ziehereien und Kaltwalzwerken sowie der EBM-Warenherstellung wurden noch überdurchschnittliche Einkommen erzielt. Am Ende der Skala rangieren das Textil- und Bekleidungsgewerbe, wo etwa ein Viertel bzw. ein Drittel weniger verdient wurde.

Die Verdienstmöglichkeiten liegen somit im mittelgroßen Unternehmensbereich unter dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. Die Lohnquote liegt demgegenüber mit 242 DM je Tausend DM Umsatz in den mittelgroßen Firmen nur etwas (-5%) niedriger als bei den Großunternehmen, da fast die Hälfte der Branchen im mittleren Bereich höhere Lohnquoten als diese aufweisen. Darunter befinden sich die Ziehereien und Walzwerke, die EBM-Warenherstellung, die Druckereien und die Gummiverarbeitung, wo mindestens 30% des Umsatzes auf Löhne und Gehälter entfallen. Auch bei der Kunststoffverarbeitung und dem Textil- und Bekleidungsgewerbe treten bei den mittleren Unternehmen höhere Lohnkostenanteile auf. In den meisten Fällen wird dies auf die vergleichsweise arbeitsintensive Produktionsweise verbunden mit entsprechend geringeren Produktivitätsbedingungen in den Firmen mittlerer Größenklassen zurückzuführen sein.

Geringere Investitionsneigung

Die bereits verschiedentlich erwähnte geringere Kapitalintensität des mittleren Unternehmensbereichs kommt ziemlich deutlich bei den Investitio-

nen zum Ausdruck. Die mittelgroßen Firmen gaben 1978 weniger als ein Drittel (31,4%) der Gesamtinvestitionen aus. Der Anteil dieser Größenklasse ist demnach hier weit geringer als bei den Beschäftigten (41,2%) den Umsätzen (37,1%) und den Löhnen und Gehältern (36%). Entsprechend fällt auch der Abstand der Investitionsintensität (Investitionen je Beschäftigten) gegenüber dem Durchschnitt aller Unternehmen mit fast 24% deutlicher als bei der Lohnintensität aus, wobei der Durchschnitt allerdings durch die besonders hohen Investitionen je Beschäftigten bei den Firmen mit mehr als 2500 Beschäftigten geprägt wird. Die in mittelgroßen Firmen je Beschäftigten getätigten Investitionen weichen auf den ersten Blick umso weniger vom Durchschnitt (5830 DM) ab, je höher in einem Wirtschaftsbereich der Beschäftigtenanteil der mittleren Unternehmen ist.

In dem am wenigsten mittelständisch besetzten Wirtschaftsbereich, dem Investitionsgüter produzierenden Gewerbe, tritt das Übergewicht der Großindustrie, die – vorwiegend in der Rechtsform der Kapitalgesellschaft organisiert – über entsprechende Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung und der Risikostreuung verfügt, besonders deutlich in Erscheinung. Die durchschnittliche Investitionsintensität wird hier im mittleren Firmenkreis um über ein Drittel unterschritten. Dagegen sind im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe, dem am stärksten mittelständisch geprägten Bereich, die Unterschiede mit -2,3% gering. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (+1,0%) wird die Durchschnittsintensität sogar übertroffen.

Im einzelnen streuen die Abweichungen allerdings auch *innerhalb* der Wirtschaftsbereiche sowohl in der Höhe wie auch in der Richtung relativ stark. So sind die absoluten Intensitätsabweichungen geringer als 5% bei den mittelständischen Schwerpunktbranchen Steine und Erden, Ziehereien und Walzwerke, Musikinstrumente und Spielwarenherstellung, Holzbe- und -verarbeitung, Kunststoffverarbeitung und Ernährungsgewerbe – im übrigen aber auch bei der Chemischen Industrie. Beträchtliche Unterschiede in der Investitionsneigung treten dagegen bei den großen Investitionsgüterbranchen Maschinenbau (-11,8%), Fahrzeugbau (-54,8%) und Elektrotechnik (-18,7%) sowie den Druckereien (-13,1%) auf, während bei den EBM-Waren (+9,2%) und dem Stahlbau (+14,3%) die Intensität bei den mittleren Unternehmen deutlich stärker ausfällt. Ein entsprechend enger Zusammenhang zwischen der Investitionsintensität und dem Anteil mittelgroßer Firmen wie bei den Löhnen und Gehältern kann somit nicht beobachtet werden.

Diese Beobachtungen lassen durchaus den Schluß zu, daß der Kreis mittelgroßer Firmen aufgrund ökonomischer Besonderheiten eine eigene Unter-

nehmenskategorie bildet. Insbesondere die hinter den verhältnismäßig hohen Unterschieden der Lohn- und Investitionsintensitäten stehenden auslösenden Faktoren – die Beschäftigungsstruktur und die geringere Investitionsneigung – zeigen, daß die Produktionsstrukturen in den mittleren Unternehmen durch einen relativ stärkeren Arbeits-einsatz gekennzeichnet sind und die Unternehmer mittlerer Firmen zum Teil weniger in der Lage sind, durch überdurchschnittliche Investitionsanstrengungen das Faktoreinsatzverhältnis in Richtung einer höheren Kapitalintensität zu verbessern. Eine wesentliche Verringerung der arbeitsbezogenen Produktivitätsnachteile wird daher nur zu erreichen sein, wenn es gelingt, das Kapitalrisiko, das in diesem Bereich nicht zuletzt auch wegen der zahlreich vertretenen Eigentümerunternehmer höher veranschlagt werden muß, entscheidend zu senken.

Allerdings muß hier dahingestellt bleiben, inwieweit die Abstände bei den verschiedenen statistischen Kenngrößen mit tatsächlichen Entwicklungsrückständen gegenüber der Großindustrie gleichzusetzen sind. Die geringere Unternehmensgröße sowie der sparsame Kapitaleinsatz können durchaus auch Vorteile mit sich bringen. Denn die Kapitalgebundenheit und der hohe Organisationsgrad großer Unternehmen kann bei sich rasch ändernden Marktgegebenheiten oder schnellem Strukturwandel die notwendige Flexibilität der Anpassungsreaktionen beeinträchtigen oder sogar hemmen. Ebenso kommt den verarbeitenden mittleren Unternehmen auch bei der Befriedigung mehr individueller Bedürfnisse, wo die variantenreiche Produktionsweise stärker gefragt ist, eine außerordentliche wichtige Funktion im gesamten Wirtschaftsgefüge zu. Auf der anderen Seite sind die Großfirmen eher in der Lage, durch eigene Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und über die höhere Investitionsneigung den technischen Fortschritt selbst voranzutreiben und damit auch die sich wandelnden Gegebenheiten zu antizipieren.

Regionale Schwerpunkte

Die regionale Verteilung der kleinen und mittleren Unternehmen ist neben der Lagebeurteilung dieses Firmenbereiches auch von Bedeutung für die regionale Strukturbeobachtung. Neben dem allgemeinen Zahlenbild der regionalen Wirtschaftsstruktur, das sich aus „gebietsscharfen“ Daten kleiner, mittlerer und großer Betriebe zusammensetzt, kann eine an Unternehmensdaten orientierte Regionalstruktur zusätzliche Hinweise darüber geben, wo sich einerseits die mittleren Unternehmen hauptsächlich im Lande niedergelassen haben

und wie andererseits dieser Firmenkreis des Verarbeitenden Gewerbes im Vergleich zum Landesdurchschnitt in den einzelnen Gebieten abschneidet. Genauere und aktuellere Untersuchungen sind gegenwärtig nur für den Bereich der mittleren Unternehmen durchführbar, doch soll zur Vermittlung der wichtigsten Größenordnungen auch die regionale Verteilung der kleinen Unternehmen gestreift werden. Die meisten handwerklichen Kleinunternehmen wurden 1976 anlässlich der letzten Handwerkszählung in der Landeshauptstadt sowie in den Landkreisen Esslingen, Rhein-Neckar, Rems-Murr, Ortenau und Ludwigsburg gezählt. Auf diese Gebiete mit jeweils 1700 bis 2200 Unternehmen entfiel damals allein ein Viertel aller Unternehmen (43 150) des handwerklich organisierten Verarbeitenden Kleingewerbes. Die Beschäftigungsschwerpunkte lagen mit jeweils 7200 bis 9400 Beschäftigten in denselben Kreisen, die ebenfalls über ein Viertel der Gesamtbeschäftigtenzahl (178 000) auf sich vereinigten. Während in diesem handwerklichen Bereich die Regionalstruktur weitgehend der des gesamten Verarbeitenden Gewerbes ähnlich ist, lagen die Beschäftigungsschwerpunkte der industriellen Kleinunternehmen 1978 im Landkreis Zollernalb und dem Stadtkreis Pforzheim mit zusammen über 12% der Beschäftigten, gefolgt von den Landkreisen Esslingen, Reutlingen und Enz, die alle zusammen ein Viertel der Landessumme ausmachten. Die kleinindustriellen Ballungsgebiete sind in erster Linie wegen der regionalen Konzentration stark kleinbetrieblich organisierter Branchen, wie z. B. dem Textilgewerbe (Zollernalb) oder der Schmuckwarenherstellung (Pforzheim) räumlich anders gelagert.

Die meisten mittelgroßen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes befinden sich in den Landkreisen Esslingen, Ortenau, Ludwigsburg und der Landeshauptstadt, gefolgt von den Landkreisen Zollernalb und Rems-Murr. Diese Gebiete stellen zusammen mehr als ein Viertel aller mittleren Unternehmen. Nach der Beschäftigtenzahl liegen die Schwerpunkte in denselben Kreisen, wo zusammen mit den Landkreisen Reutlingen, Schwarzwald-Baar und Rhein-Neckar die mittleren Unternehmen ansässig sind, die fast zwei Fünfteln aller Erwerbstätigen der mittleren Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes Beschäftigung bieten.⁶

⁶Da aus den eingangs genannten Gründen in dieser Betrachtung streng das Unternehmenskonzept beachtet wird, soll an dieser Stelle nochmals betont werden, daß es sich bei den verschiedenen Tatbestands-ergebnissen um Angaben handelt, die zwar von den in dem betreffenden Gebiet ansässigen mittelständischen Unternehmen ausgehen, die aber unter regionalökonomischen Gesichtspunkten in völlig anderen Gebieten innerhalb des Landes (zum geringen Teil auch im übrigen Bundesgebiet) wirksam geworden sind. Dieser Sachverhalt ist in besonderem Maße bei der Interpretation der regionalen Mittelstandsanteile zu beachten. Sie besagen, in welchem Verhältnis die mittleren Firmen zum Durchschnitt aller Unternehmen des jeweiligen Verwaltungsbezirks stehen. Sie geben aber keine Auskunft darüber, in welchem Maße die gesamte Wirtschaftskraft z. B. eines Kreises durch den mittelständischen Bereich bestimmt ist.

Der Beschäftigtenanteil mittlerer Unternehmen in den großen industriellen Ballungszentren, wo sich auch die Verwaltungssitze der großen baden-württembergischen Unternehmen konzentrieren, ist besonders niedrig. So lag der Anteil der Beschäftigten mittelgroßer Firmen in den Regionen Mittlerer Neckar (26,6%) und Unterer Neckar (34,2%) am weitesten unter dem entsprechenden Landesdurchschnitt (41,2%).

In den Städten Stuttgart (7,7%), Mannheim (17,6%), Ulm (25,4%) und Heidelberg (29,6%) sowie in den Landkreisen Bodensee (15,8%) und Heilbronn (32,1%) ist der Anteil mittlerer Firmen am geringsten. Dagegen sind in den ländlichen Gebieten, wie insbesondere der gesamten Region Nord-schwarzwald, den Landkreisen Schwäbisch Hall, Neckar-Odenwald und Alb-Donau ebenso wie in den Stadtkreisen Baden-Baden und Pforzheim mindestens drei von vier Beschäftigten in mittleren Unternehmen tätig.

Es könnte die Annahme nahe liegen, daß die Höhe des Beschäftigtenanteils mittelgroßer Firmen in erster Linie mit Besonderheiten der sektoralen Struktur des mittleren Unternehmensbereichs in den Kreisen zusammenhängt. Danach wäre zu erwarten, daß die Gebiete, in denen das Investitions- und Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe – die im Landesdurchschnitt zusammen mehr als vier Fünftel der in mittleren Unternehmen Beschäftigten auf sich vereinen – besonders stark vertreten ist, auch einen hohen Anteil mittelgroßer Firmen ausweisen. Diese Vermutung läßt sich jedoch kaum allgemein belegen. Von größerer Bedeutung ist vielmehr der jeweilige Beschäftigtenanteil in mittleren Unternehmen je Wirtschaftsbereich.

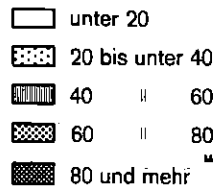
Demnach sind die Kreise umso stärker durch mittlere Unternehmen geprägt, je größer die sektoralen Beschäftigtenanteile der mittelgroßen Firmen im Investitions- und/oder Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe sind. Dabei wirkt sich bei den Investitionsgütern trotz des niedrigsten Beschäftigtenanteils mittlerer Unternehmen (Land: 30,3%) die Strukturkomponente (Land: 46,5%) stärker auf das allgemeine Beschäftigungsniveau aus, während bei den Verbrauchsgütern der höchste Beschäftigtenanteil (Land: 67%) von entscheidender Bedeutung ist.

So liegen in den oben genannten Kreisen, die stark durch mittlere Unternehmen geprägt sind, die sektoralen Beschäftigtenanteile mittlerer Firmen im Verbrauchsgüterbereich über und im Investitionsgüterbereich sogar mindestens doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt. Demgegenüber erreicht in den Gebieten mit relativ wenig Beschäftigten in mittelgroßen Firmen der sektorale Beschäftigtenanteil mittlerer Firmen im Investi-

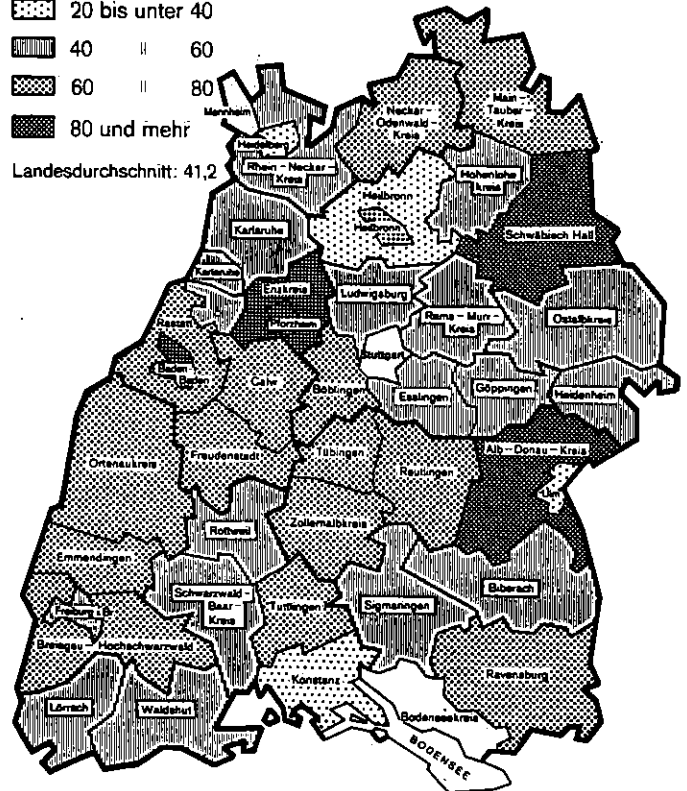
Schaubild 4

Beschäftigte in mittleren Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes 1978

Anteil an den Beschäftigten aller Unternehmen in %



Landesdurchschnitt: 41,2



tionsgüter produzierenden Gewerbe in keinem der erwähnten Kreise zwei Drittel des ohnehin schon geringsten Durchschnittsanteils. Der Einfluß dieser schwachen sektoralen Quote überkompensiert in diesen Fällen eindeutig die günstigen Strukturvoraussetzungen.

Die höchsten Löhne und Gehälter je Beschäftigten treten im mittleren Unternehmenskreis in den Landkreisen Stuttgart, Mannheim und Heilbronn sowie in den Landkreisen Esslingen, Böblingen, Rems-Murr, Ludwigsburg und Freudenstadt auf. In den meisten dieser Gebiete schlägt sich hierbei der überdurchschnittlich hohe Anteil des Grundstoffs- und Produktionsgütergewerbes nieder, das im mittelgroßen Bereich die höchste Lohnintensität im Landesdurchschnitt aufweist. Besonders niedrig liegen die Lohnintensitäten mittlerer Firmen dagegen in den Landkreisen Main-Tauber, Neckar-Odenwald, Tübingen, Zollernalb, Alb-Donau und Sigmaringen, wo das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe mit den niedrigsten Verdiensten je Beschäftigten dominiert oder zumindest überdurchschnittlich stark vertreten ist.

Hinsichtlich des Abstandes der regionalen Lohnintensitäten zwischen den mittleren Unternehmen und dem gesamten Verarbeitenden Gewerbe zei-

gen sich ähnlich charakteristische Zusammenhänge, wie schon bei der Betrachtung der sektoralen Wirtschaftsstruktur. Auch hier sind die Verdienstspannen dort am höchsten, wo die regionalen Beschäftigtenanteile mittlerer Firmen unter oder nur wenig über dem Landesdurchschnitt liegen. Selbstverständlich sind aber die regional unterschiedlichen Abstände ähnlich wie die Differenzen der Beschäftigtenanteile vorwiegend auf die sektoralen Strukturen in den Kreisen zurückzuführen. Die Verdienstspannen klaffen daher in den Gebieten mit niedrigen sektoralen Anteilen für das Investitionsgüter produzierende Gewerbe mehr auseinander, weil dieser Bereich, der im Landesdurchschnitt die höchsten Abstände aufweist, in diesen Kreisen die Großfirmen überproportional begünstigt.

Bei den Kreisen mit besonders kleinen Verdienstspannen kommen neben den bereits erwähnten Kreisen mit den höchsten Beschäftigtenanteilen in mittleren Unternehmen auch noch die Landkreise Esslingen, Ludwigsburg und Hohenlohe hinzu, wo das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit besonders hohen sektoralen Beschäftigtenanteilen auftritt und gleichzeitig der Beschäftigtenanteil im Investitionsgüterbereich in etwa durchschnittlich ausfällt. Hier kumulieren die Auswirkungen der beiden Wirtschaftsbereiche, bei denen im Durchschnitt sowohl die absoluten Lohnintensitäten wie auch die Differenzen zwischen mittleren und großen Unternehmen am höchsten ausfallen, zu Gunsten der mittleren Unternehmensklasse. Die regionalen Beschäftigtenanteile der mittleren Firmen wie die Verdienstspannen hängen somit der Höhe nach und auch hinsichtlich ihres gegenseitigen Zusammenhangs in erster Linie von den sektoralen Beschäftigtenanteilen mittelgroßer Unternehmen ab.

Während bei der Lohnintensität in fast allen Gebieten die mittleren Firmen hinter dem gesamten Verarbeitenden Gewerbe zurückbleiben, übertrifft die Investitionsneigung je Beschäftigten der mittleren Unternehmen in 20 Kreisen die regionale Durchschnittsintensität. Der positive Abstand beträgt in immerhin 13 Kreisen zwischen 10 und 20 Prozent. Dabei handelt es sich durchweg um Gebiete mit hohen sektoralen Beschäftigtenanteilen im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und/oder im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, die im Land überdurchschnittliche Investitionsintensitäten aufweisen. Auch in den Gebieten, wo die Investitionsneigung mittlerer Unternehmen um bis zu höchstens 5% unter dem regionalen Durchschnittswert liegt, sind ähnliche Gründe maßgebend. Besonders hohe negative Abweichungen von einem Fünftel und mehr sind vorwiegend in Kreisen zu beobachten, die wenig Beschäftigte in der mittleren Unternehmensklasse aufweisen. Allgemein läßt sich aber, wie bereits bei Betrachtung der Branchen-

struktur, kein enger Zusammenhang mit dem Beschäftigtenanteil mittlerer Firmen ableiten, weil die verhältnismäßig starke sektorale Streuung der Intensitäten bei zusätzlich regionaler Disaggregation noch stärker zum Tragen kommt.

Innerhalb des Bereichs mittelgroßer Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes wird die durchschnittliche Investitionsneigung um mindestens etwa ein Viertel in den Kreisen Waldshut, Freudenstadt, Bodensee, Breisgau-Hochschwarzwald, Rastatt und Ostalb am meisten übertroffen. Dagegen wurde in den Landkreisen Tübingen, Zollernalb und dem Stadtkreis Pforzheim um mindestens ein Viertel und in weiteren 8 Kreisen, darunter der Landeshauptstadt, um mindestens ein Zehntel weniger als im Landesdurchschnitt je Beschäftigten investiert.

Rück- und Ausblick?

Die Untersuchung hat gezeigt, daß sich die mittleren Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes auf bestimmte Branchen konzentrieren und ihre regionalen Schwerpunkte in den Gebieten liegen, wo sie durch die Verteilung der sektoralen Beschäftigtenquoten begünstigt werden. Da die Konjunkturentwicklung und das Wachstum in diesem Lande am stärksten von dem Investitionsgüter produzierenden Gewerbe bestimmt werden, das einerseits den höchsten Strukturanteil mittlerer Firmen aufweist, aber andererseits gemessen an der Beschäftigung relativ am wenigsten durch mittelgroße Firmen geprägt ist, hängt das wirtschaftliche Geschehen auch in sehr hohem Maße von der Entwicklung dieses Wirtschaftsbereiches ab. Daneben ist auch die Entwicklung des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes, wo der größte Beschäftigtenanteil mit einem verhältnismäßig hohen Strukturanteil gepaart ist, mit entscheidend. In dem abgelaufenen Jahrzehnt war die Produktion im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe mit einem Viertel deutlich schneller als im Durchschnitt (+21,5%) gewachsen. Aufgrund des hohen Anteils betrug sein Beitrag zum Wachstum des gesamten Verarbeitenden Gewerbes über 13%. Die Entwicklung ist vorwiegend auf hohe Zuwächse im Fahrzeugbau (+43%) und in der Elektrotechnik (+35%) zurückzuführen, während die durch hohe Beschäftigtenanteile in mittleren Firmen geprägte EBM-Warenerstellung (+12%) weniger stark expandierte. Der Maschinenbau (5%), der von den großen Branchen noch den höchsten Beschäftigtenanteil mittlerer Firmen aufweist, konnte die Produktionsverluste in der Mitte der 70er Jahre erst wieder gegen Ende des Jahrzehnts wettmachen.

⁷Tabellenteil im Anhang.

Das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe (+12%) blieb von allen großen Wirtschaftsbereichen am meisten hinter dem durchschnittlichen Wachstum zurück, was in erster Linie auf die Produktionsrückgänge im Textil- und Bekleidungsgewerbe (-5%) zurückzuführen ist. Überdurchschnittliche Zuwächse verzeichneten dagegen die Holzverarbeitung (+35%) und die Kunststoffverarbeitung (+70%). Auch die Beschäftigtenentwicklung (-11,5%) wird im wesentlichen vom Investitionsgüter produzierenden Gewerbe (-3,6%) begünstigt. Trotz des höheren Beschäftigtenanteils war dieser Bereich sogar an der absoluten Arbeitsplatzeinbuße weniger stark beteiligt als das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe, wo vor allem das Textil- und Bekleidungsgewerbe betroffen waren.

Auch die zukünftige Entwicklung hängt sehr stark von den Aussichten der Investitionsgüterbranchen ab. Selbst wenn das Gewicht der Automobilindustrie etwas geringer werden sollte, so werden die Lücken von der Elektrotechnik und der Elektronik zusammen mit einem hochentwickelten Maschinenbau geschlossen werden müssen, wenn die Prosperität des Landes nicht verloren gehen soll. Im Verbrauchsgüterbereich ist zu hoffen, daß der Strukturwandel im Textil- und Bekleidungsgewerbe allmählich in eine Konsolidierung einmünden wird. Die Gebiete der Groß- und Spezialtechnologie werden allerdings den mittleren Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes wahrscheinlich auch weiterhin nur eingeschränkt zugänglich sein. Auf der anderen Seite ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß er in zahlreichen Branchen auch zukünftig ein unverzichtbares Fundament des gesamten Verarbeitenden Gewerbes bilden wird und in einzelnen Fällen, wo es weniger auf die kapitalintensive Entwicklung als mehr auf die verwendungsreife Fertigung ankommt, werden gerade bei anhaltender Energieverteuerung und -verknappung dem Mittelstand neue Aufgabenbereiche zuwachsen können.

Zusammenfassung

Der Mittelstand im Verarbeitenden Gewerbe umfaßt die Unternehmen des Verarbeitenden Handwerks und der Industrie (einschl. Bergbau) mit weniger als 500 Beschäftigten.

Der Mittelstand im Verarbeitenden Gewerbe war 1978 zu etwa 40% an der Bruttowertschöpfung dieses Wirtschaftsbereichs und zu etwa 18% an der Leistung der gesamten Wirtschaft beteiligt. Von den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes

sind 99% oder 58 730 mittelständisch, davon haben etwa 50 600 Unternehmen weniger als 20 Beschäftigte.

Jeweils knapp die Hälfte der Beschäftigtenzahl und 43% des Umsatzes des Verarbeitenden Gewerbes entfällt auf mittelständische Firmen, innerhalb des Verarbeitenden Mittelstandes entfällt ein Viertel der Beschäftigten und ein Fünftel des Umsatzes auf Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigte.

Überproportional mittelständisch geprägt sind – gemessen an der Beschäftigtenzahl – das Verbrauchsgüter produzierende und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, weit unterdurchschnittlich das Investitionsgüter produzierende Gewerbe. Die Branchen mit Massen- und Serienfertigung erfordern und ermöglichen eher die Bildung von Großfirmen als Wirtschaftszweige mit geringen Stückzahlen und/oder häufigerem Modell- oder Typenwechsel.

Der vom schnellen technischen Fortschritt verursachte Anpassungsdruck begünstigt – vor allem in Branchen mit Massen- und Serienfertigung – die Konzentration auf große Firmen. Dagegen sind in Branchen mit kleiner und oft wechselnder Produktionspalette die mittelständischen Firmen eher wettbewerbsfähig, die zudem den technischen Fortschritt ohne hohen Eigenentwicklungsaufwand häufig über den Material- und Halbfertigteileinsatz sowie die Ausrüstungsinvestitionen beziehen können.

Die Ursachen und Voraussetzungen dafür, wie stark ein Wirtschaftszweig mittelständisch geprägt ist, hängt so in hohem Maße von den typischen Produktionsprozessen und anderen Brancheneigenheiten ab.

Der mittelständische Bereich weist eine geringere Kapitalintensität, Investitionsneigung und – gemessen an der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen – eine geringere Produktivität aus als das gesamte Verarbeitende Gewerbe. Eine wesentliche Verringerung der arbeitsbezogenen Produktivitätsnachteile wird nur möglich sein, wenn es gelingt, das Kapitalrisiko, das im Mittelstand nicht zuletzt auch wegen der zahlreich vertretenen Eigentümer-Unternehmer höher veranschlagt werden muß, entscheidend zu senken.

Der mittelständische Beschäftigtenanteil ist in den Ballungsgebieten, wo sich auch die Verwaltungssitze der großen baden-Württembergischen Unternehmen befinden, besonders niedrig, in den ländlichen Gebieten dagegen besonders hoch.

2. Die Energieversorgung

Der Mangel an eigenen fossilen Energiequellen war für Entwicklung und Struktur der baden-württembergischen Energieversorgung von erheblichem Einfluß. Zwar verfügt das Land im oberschwäbischen Alpenvorland und im Oberrheingraben über mehrere Erdöl- und Erdgasfelder, sie konnten jedoch 1978 lediglich 0,5% zur Deckung des Primärenergieverbrauchs beitragen. Bereits seit etwa 1972/73 geht die Erdöl- und Erdgasförderung zurück; aufgrund zunehmender Erschöpfung der Lager ist die Tendenz weiter fallend. Relativ günstig ausgestattet ist das Land dagegen mit Wasserkraften, die bereits weitgehend für die Stromerzeugung erschlossen sind. Immerhin stammten 1978 über 28% des in bundesdeutschen Wasserkraftwerken gewonnenen Stromes aus Baden-Württemberg. Das war zwar nicht einmal die Hälfte des bayerischen Anteils (59%), aber weit mehr als der Beitrag jeden anderen Bundeslandes. Gleichwohl ist selbst diese wichtigste heimische Energiequelle gemessen am Primärenergieverbrauch des Landes mit 3,2% ziemlich unbedeutend. Durch die systematische Prospektion konnten im Schwarzwald 5000 Tonnen Uran sicher nachgewiesen werden. Wenngleich diese Mengen für die baden-württembergischen Kernkraftwerke von Bedeutung werden können, fallen sie im Weltmaßstab allerdings kaum ins Gewicht und sollen zudem als Sicherheitsreserve vorläufig unangetastet bleiben. Eine weitere Energiereserve für Notzeiten besitzt Baden-Württemberg in seinen Wäldern, die, nach Bayern, die zweitgrößte Fläche im Bundesgebiet bedecken. Obwohl Baden-Württemberg insbesondere beim Brennholzeinschlag 1978 sogar führend war, ergab dies nicht einmal 0,5% seines Primärenergieverbrauches.

Der Eigenbeitrag zur Energieversorgung des Landes (unter 5%) ist also vergleichsweise bedeutungslos. Die einst wichtigsten eigenen Energielieferanten Brennholz und Wasser wurden mit fortschreitender Industrialisierung von der Kohle abgelöst, die dann bis über 1950 hinaus an erster Stelle beim Energieverbrauch stand. Erst danach verdrängte das Mineralöl sie zusehends. Sein Anteil am Primärenergieverbrauch – und damit verbunden die Auslandsabhängigkeit unserer Energieversorgung – stieg rapide, bis er schließlich 1972 bei fast 71% den wohl historischen Höchststand überschritt (*Tabelle 1*). 1978 lag er immer noch bei 63%.

Bedeutung der Raffinerien für die Energieversorgung

Allein in den drei Raffinerien des Landes wurden 1978 mit 13,5 Mill. Tonnen Rohöl 45% des Primärenergieverbrauches eingesetzt (*Schaubild 1*). Ange-

liefert wurde es im wesentlichen über Pipelines von Marseille (7,9 Mill. t) und Triest (5,5 Mill. t). Obwohl ihre Rohölverarbeitungskapazität von 20,6 Mill. Jahrestonnen damit nur zu 65% ausgelastet war, wurden netto 18% des Primärenergieverbrauches zusätzlich als Mineralölprodukte über die Landesgrenze bezogen. Drei Viertel davon entfielen auf leichtes Heizöl. Da einerseits die Raffinerien vor allem nach den Absatzmöglichkeiten des schweren Heizöls gefahren wurden, dessen Einsatz auf Industrie und Kraftwerke beschränkt ist, andererseits die Nachfragestruktur sich immer mehr zu leichteren Produkten hin verschob, stiegen die Produktbezüge seit etwa 1970 ständig, allein von 1977 auf 1978 um ein Viertel. Gegen Ende 1978 erfolgte durch die Inbetriebnahme von Nachverarbeitungsanlagen eine Anpassung an die strukturellen Veränderungen des Mineralölmarktes.

In den 50er Jahren waren die Raffinerien in erster Linie auf die Herstellung von Kraftstoffen ausgerichtet (1950 entfielen drei Viertel des bundesdeutschen Verbrauchs an Mineralölprodukten auf den Verkehr). Die übrigen Erzeugnisse hatten eher den Charakter von Nebenprodukten. Die neueren Bestrebungen der Mineralölwirtschaft gehen dagegen dahin, eine breitere Produktpalette anzubieten, die auch dem wachsenden Bedarf an Mineralölprodukten für nichtenergetische Zwecke Rechnung trägt.

Dennoch bleibt es die Hauptaufgabe der Raffinerien, die für den energetischen Letztverbrauch in Industrie, Verkehr, Haushalten und sonstigen Verbrauchern¹ benötigten Mineralölprodukte bereitzustellen (*Schaubild 1*). Allerdings sind die wichtigsten Abnehmer nicht mehr wie früher die Kraftfahrer, sondern die Haushalte und sonstigen Verbraucher. Deren Mineralölbedarf, 1978 machte er zwei Drittel des Endenergieverbrauchs dieser Gruppe aus, beschränkt sich fast ausschließlich auf leichtes Heizöl für Raumheizung und Warmwasserbereitung. Zweitgrößter Mineralölverbraucher ist der Verkehr; er beansprucht einen ganz überwiegenden Teil des Benzin- und Dieselmotorkraftstoffausstoßes für sich. Gleichzeitig ist er mit rund 98% am stärksten vom Mineralöl abhängig.

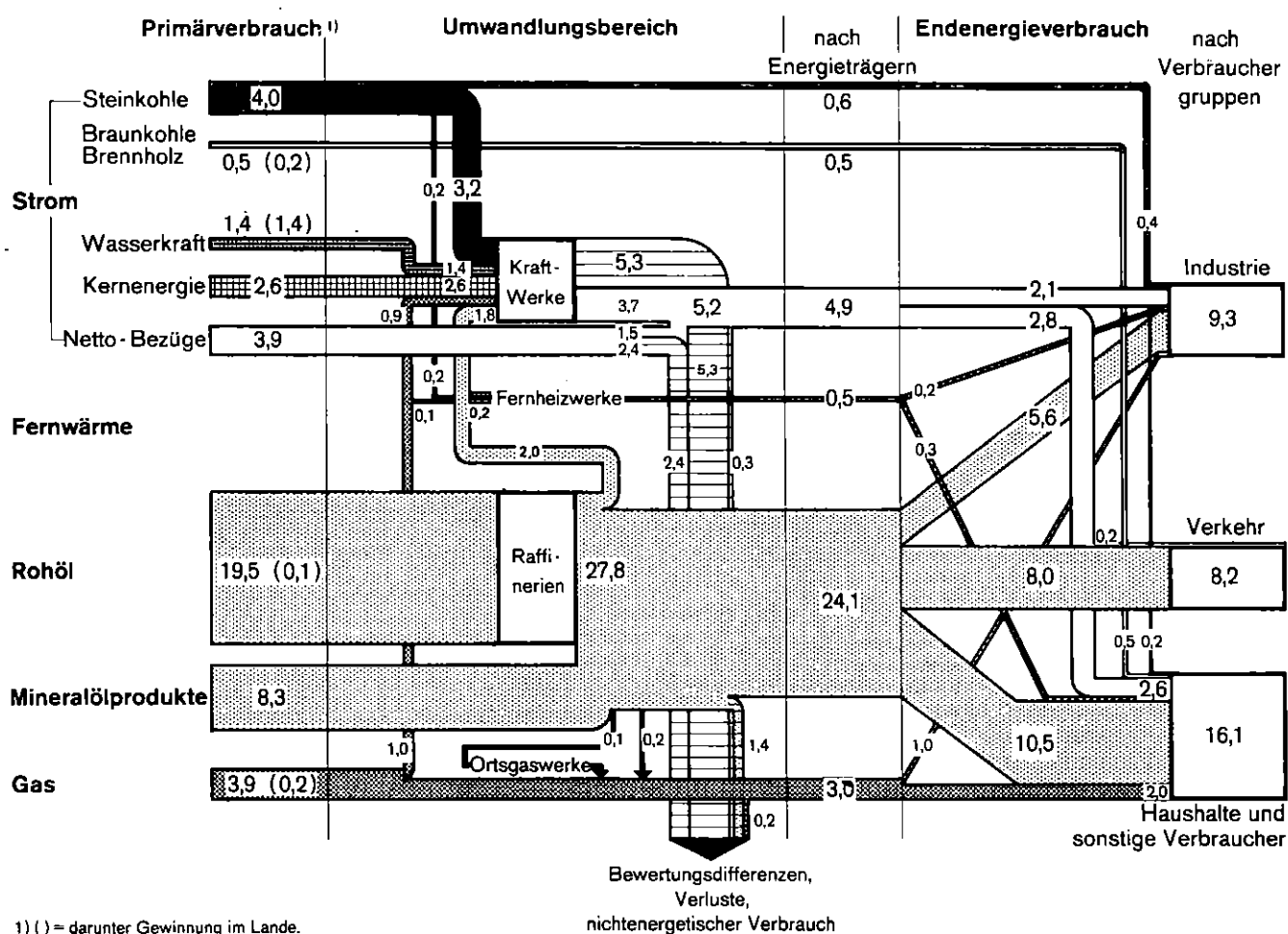
Wichtigster Energieträger in der Industrie ist dagegen das schwere Heizöl. Seine Verwendung ist wegen des damit verbundenen technischen Aufwandes für Verbrennung und Luftreinhaltung praktisch nur dort und in Kernkraftwerken möglich.

¹ Sonstige Verbraucher: Landwirtschaft, Kleinverbraucher in Industrie und Handwerk, öffentliche und private Dienstleistungsbereiche, Militär.

Schaubild 1

Energieflußbild 1978

Mill. t SKE

**Struktur des Primärenergieverbrauchs durch Kraftwerke stark beeinflusst**

Der größte Teil (86%) des primär eingesetzten Mineralöls gelangt nach Umwandlung in den Raffinerien oder als Produktbezüge direkt in den Endverbrauch. Von allen in *Schaubild 1* dargestellten Energieträgergruppen wird damit beim Mineralöl der relativ geringste Anteil weiter veredelt. Eine gewisse Bedeutung kommt lediglich dem Einsatz von schwerem Heizöl in öffentlichen und industriellen Kraftwerken zu.

Auf den Primärverbrauch bei den übrigen Energieträgergruppen ist jedoch der Umwandlungsbereich und hier speziell die Kraftwirtschaft, von erheblichem Einfluß. Zwar wird die Veränderung der primär verbrauchten Menge an Energieträgern letztlich durch die Entwicklung des Endenergieverbrauchs bestimmt. Und davon entfielen auch noch 1978 nur 14,3% auf Strom. Die Strombereitstellung

für die Verbrauchergruppen jedoch erforderte über 30%²⁾ des Primärenergieverbrauchs (*Schaubild 1*). Dabei kann sich die Struktur des Einsatzes zur Stromerzeugung von Jahr zu Jahr erheblich ändern. Die Wasserkraft wird durch das Wasserdargebot beeinflusst und ist damit teilweise großen natürlichen Schwankungen unterworfen. So folgten zum Beispiel dem wasserarmen Jahr 1976 zwei sehr wasserreiche Jahre, was auch beim Primärenergieverbrauch (*Tabelle 1*) zum Ausdruck kommt. Die Strombezüge richten sich in erster Linie nach günstigen Einkaufspreisen und sind über die Bezüge von Strom aus den Alpenländern ebenfalls zu gewissen Teilen an die jeweiligen Wasserver-

²⁾ Darin sind auch Energieträger enthalten, die wie Wasserkraft und Kernenergie sich nur zur Stromerzeugung eignen, aber aus Vergleichbarkeitsgründen statt mit dem Wärmeäquivalent des Stromes (0,123 kg SKE/kWh) mit 0,328 kg SKE pro erzeugter kWh in Rechnung gestellt wurden. Dies entspricht der Wärmemenge, die in bundesdeutschen konventionellen Wärmekraftwerken durchschnittlich zur Erzeugung einer Kilowattstunde erforderlich ist. Gleiche Behandlung erfuhren die Netto-Strombezüge, die 1978 fast 30% zur Deckung des Stromverbrauchs beitrugen.

Tabelle 1

Die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs

Energieträger	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
1000 t SKE										
Feste Brennstoffe	7 310	6 192	6 397	5 249	5 027	4 915	4 015	4 765	3 914	4 481
Mineralöl	21 944	25 820	25 535	27 667	28 417	25 233	24 848	26 994	26 333	27 799
Gase	262	404	831	1 786	2 916	3 298	3 534	3 834	3 923	3 885
Wasserkraft	1 396	1 306	913	958	1 095	1 222	1 236	987	1 349	1 427
Kernenergie	744	1 028	881	967	919	999	1 017	1 485	2 576	2 636
Nettostrombezüge	1 740	2 088	2 093	2 377	2 956	3 579	3 941	3 075	3 591	3 869
Primärenergieverbrauch	33 396	36 838	36 650	39 004	41 330	39 246	38 591	41 140	41 686	44 097
%										
Feste Brennstoffe	21,9	16,8	17,5	13,5	12,2	12,5	10,4	11,6	9,4	10,2
Mineralöl	65,7	70,1	69,7	70,9	68,7	64,3	64,4	65,5	63,2	63,0
Gase	0,8	1,1	2,2	4,5	7,1	8,4	9,2	9,4	9,4	8,8
Wasserkraft	4,2	3,5	2,5	2,5	2,6	3,1	3,2	2,4	3,2	3,2
Kernenergie	2,2	2,8	2,4	2,5	2,2	2,6	2,6	3,6	6,2	6,0
Nettostrombezüge	5,2	5,7	5,7	6,1	7,2	9,1	10,2	7,5	8,6	8,8
Primärenergieverbrauch	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

hältnisse gebunden. Der Kernbrennstoffverbrauch (*Tabelle 1*) zeigt nur dann eine deutliche Bewegung, wenn wie etwa 1976 ein neues Kernkraftwerk seinen Betrieb aufnimmt.

So bleiben als variable Einsatzstoffe im wesentlichen Kohle, Heizöl, Erdgas. Mit einem Anteil von 6% ist der Einfluß der Kraftwerke auf den gesamten Mineralölverbrauch und damit die Mineralölabhängigkeit nicht sonderlich groß. Im Gegensatz dazu gestalten sie den Gesamtverbrauch an Erdgas (ein Viertel) und insbesondere an Steinkohle (fast 90%) entscheidend mit, was auch aus dem Energieflußbild deutlich wird. Durch den ständigen Rückzug der Kohle aus den Endverbrauchsbereichen haben die Kraftwerke für sie eine überragende Bedeutung gewonnen. Zu einem weiteren Rückgang des Steinkohleverbrauchs (*Tabelle 1*) dürfte es allerdings nicht kommen, eher ist wieder mit Zunahmen zu rechnen, zumal die mit dem Bergbau vereinbarten Mindestabnahmemengen für Stromerzeugung erst kürzlich erhöht wurden.

Erheblicher Aufschwung bei Gas

Der Gasverbrauch in Baden-Württemberg hat mit der Einführung des Erdgases und einem entsprechenden Ausbau des Erdgasnetzes seit 1968 einen gewaltigen Aufschwung genommen. Er steht in engem Zusammenhang mit einem Unternehmen,

das einen überwiegenden Teil des in Baden-Württemberg verbrauchten Erdgases über die überregionalen Verteilerunternehmen vor allem aus deutschen und niederländischen Quellen bezieht und im wesentlichen an die lokalen Gasversorger weiterleitet.

In etwa gleichem Maße wie der Letztverbrauch an Erdgas stieg bis 1976 auch seine Verwendung zur Stromerzeugung (*Schaubild 2*). Wenn der Primärverbrauch an Gasen seit 1976 nahezu konstant blieb, so lag dies ausschließlich an dem bis 1978 drastisch reduzierten Erdgaseinsatz in den öffentlichen Kraftwerken (-36%), dem der in diesem Zeitraum keineswegs niedrige Zuwachs im Endverbrauch (+25%) gerade eben die Waage hielt.

Anders als bei der Kohle, dürfte aber beim Erdgas die Bedeutung der Kraftwerke für den Gesamtverbrauch auf längere Sicht stark zurückgehen. Die weitere Erdgasverstromung wird durch die restriktiv gehandhabte Genehmigungspflicht (3. Verstromungsgesetz) für den Zubau von Erdgaskraftwerken eingeschränkt. Erdgas sollte als umweltfreundliche und unmittelbar einsetzbare Energieart nicht in die Kraftwerke gehen, damit dürfte der Gesamtverbrauch zunehmend durch den Endverbrauch bestimmt werden. Zum Spitzenausgleich sind deshalb Untertagespeicher erforderlich. Mit dem geplanten Ausbau der Erdgasfernleitungen ist ein wachsender Beitrag des Erdgases zur Deckung des Energieverbrauchs in Baden-Württemberg beabsichtigt.

Ohne Zweifel hat das Erdgas schon dazu beigetragen, die Mineralölabhängigkeit von ihrem Höchststand 1972 herabzusetzen. So hat sich der Anteil des Erdgases am Endenergieverbrauch seither mehr als verdoppelt (von 3,2 auf 7,8%), da es sich gerade in den Endverbrauchs Bereichen als Alternative zum leichten Heizöl, dem derzeit noch wichtigsten Energieträger, anbietet. Dabei kam ihm sicherlich die relativ günstige Preisentwicklung zugute, zeigt das Gas doch bisher die geringste Teuerung der im Preisindex für die Lebenshaltung erfaßten Energieträger (*Schaubild 3*). Sogar absolut lag der Heizwertpreis zeitweise unter dem für Heizöl, was sich aber voraussichtlich wieder ändern wird.

Entwicklung der Energieträger seit 1950

Obwohl auch der Preisauftrieb bei Kohle niedriger ausfiel als beim Heizöl, dürfte sie auf absehbare Zeit kaum preislich mit ihm konkurrieren können, ganz abgesehen von ihren Handhabungsnachteilen. So betrachtet, bringt die in zwei Schüben (1973/74 und seit 1979) erfolgte Preisexplosion beim leichten Heizöl eigentlich weniger zum Ausdruck, wie teuer es geworden ist, sondern eher, wie billig es bis 1972 war. Noch bis 1958 etwa konnte die Kohle mit dem Mineralöl konkurrieren. Bis 1972 verdoppelte sich dann der Verbraucherpreis für Braunkohlebriketts, wurde die Anthrazit-Steinkohle um zwei Drittel teurer. Währenddessen blieb der Preis für leichtes Heizöl mit kleinen Schwankungen stabil bei ungefähr 0,18 DM pro Liter. Auch der Benzinpreis pendelte nur geringfügig um 0,60 DM je Liter.

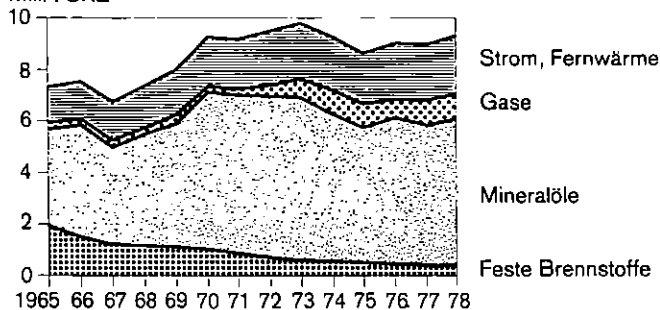
War in den 50er Jahren der Heizölmarkt noch recht eng, schon weil die vorhandenen Heizanlagen nicht auf Öl eingerichtet waren, so haben sich mit seiner ständigen relativen Verbilligung in den Folgejahren die Bauherren fast nur noch auf Heizöl eingestellt. Der starke Aufschwung des leichten Heizöls war ohnegleichen: 1972 wurde bundesweit fünfzehnmal soviel abgesetzt wie 1958. Die Ausweitung des Verbrauchs an Motorenbenzin auf das Viereinhalbfache nahm sich demgegenüber fast bescheiden aus. Dennoch hat sich auch im Verkehrsbereich eine gewaltige Umstrukturierung vollzogen. Machte 1950 der Steinkohlebedarf der Bahnen (Dampflok) allein 68% der im Verkehr insgesamt verbrauchten Energieträger aus (auch der Rest war größtenteils durch gewerbliche Transportleistungen bedingt), so dürfte heutzutage etwa der gleiche Prozentsatz auf den Mineralölverbrauch im Individualverkehr entfallen.

Unter dem Eindruck des Ölpreisschocks ging der Energieverbrauch 1974 in allen Bereichen zurück. Zudem sahen nach Kraftstoffverteuerung, Geschwindigkeitsbeschränkung und Sonntagsfahr-

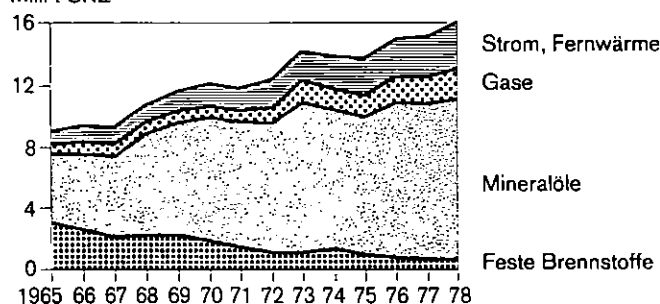
Schaubild 2

Energieverbrauch 1965 bis 1978

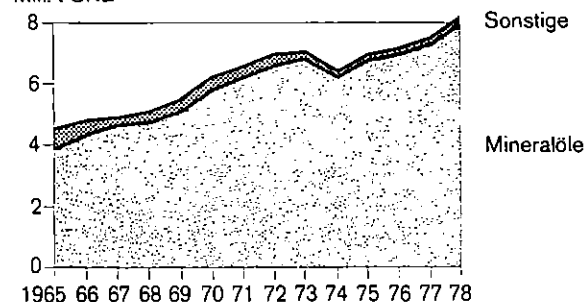
Industrie
Mill. t SKE



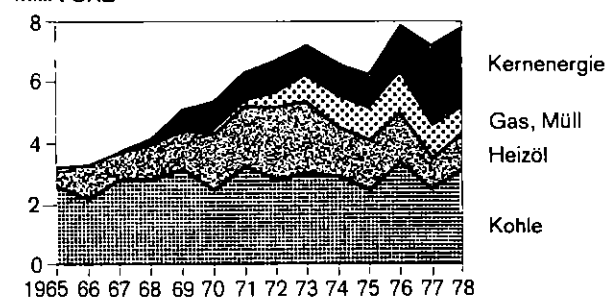
Haushalte und sonstige Verbraucher
Mill. t SKE



Verkehr
Mill. t SKE



Öffentliche Wärmekraftwerke
Mill. t SKE



Primärenergieverbrauch nach Energieträgergruppen
Mill. t SKE

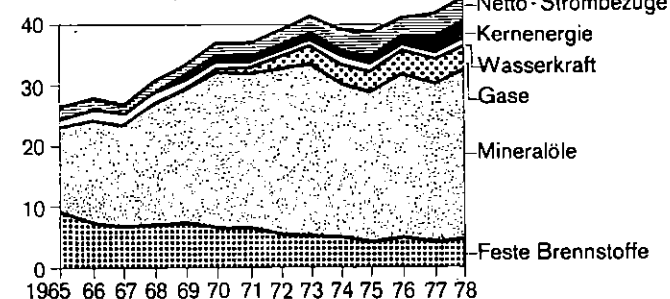
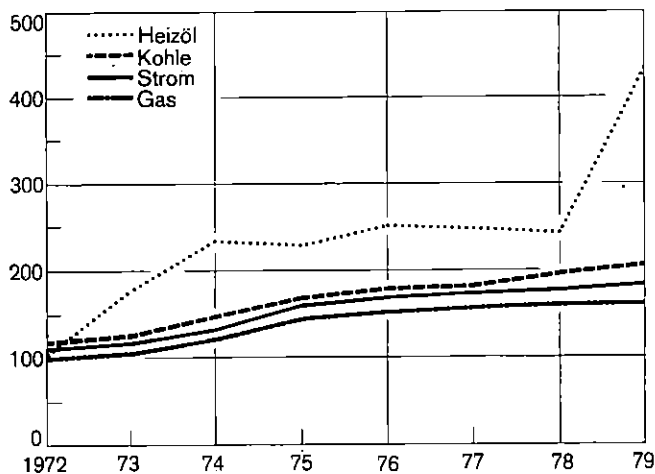


Schaubild 3

Preisindex für ausgewählte Energiearten

Jahresdurchschnitt 1970 = 100



verbot die Autofirmen ihre Marktchancen schwinden. Die Absatzkrise war jedoch nicht von Dauer. Vielmehr brachten die Jahre nach 1975 jeweils neue Rekord-Neuzulassungen, wobei nicht zu vergessen ist, daß die Kraftstoffpreise 1974 bis 1978, wie vor 1972, stabil blieben. 1978 wurde im Verkehr 28% mehr Energie verbraucht als 1974. Das ist mit Abstand der höchste prozentuale Zuwachs aller Verbrauchergruppen. Die Haushalte und sonstigen Verbraucher weisen einen Zuwachs von +19% aus.

Die Industrie erreichte trotz eines um 3,5% höheren Energieverbrauchs die 9,8 Millionen Tonnen SKE von 1973 nicht wieder, was im wesentlichen auf die weltweite Rezession von 1974/75 zurückzuführen ist. Überhaupt scheint der industrielle Energieverbrauch eher zu stagnieren (*Schaubild 2*):

Die Entwicklung nach Verbrauchergruppen 1978

Bei einer genaueren Betrachtung der Verbrauchergruppen (Industrie, Verkehr, Haushalte und sonstige Verbraucher) zeigt sich bei der Industrie ein zunächst erstaunlicher Sachverhalt: So war 1978 der Mehreinsatz an Energie gegenüber 1977 (+3,4%) keineswegs auf eine allgemein günstigere Konjunktur zurückzuführen. Vielmehr hatte die industrielle Nettoproduktion von 1977 nach 1978 lediglich ein bescheidenes Plus von 1,7% aufzuweisen. Dagegen wurde 1977 um 4,1% mehr produziert, ohne daß hierfür ein höherer Energieaufwand erforderlich gewesen wäre als 1976. Die Erklärung ergibt sich bei einer Differenzierung des Konjunkturverlaufs nach einzelnen Branchen.

Für den industriellen Energieverbrauch 1978 war vor allem die starke Belebung der Bautätigkeit verantwortlich, da mit ihr eine wachsende Produktion

von Zement (+6%) einhergeht, die ihrerseits mit einem entsprechend höheren Brennstoffeinsatz verbunden ist. Diese Beziehung erklärt umgekehrt auch die Stagnation des gesamtindustriellen Energieverbrauchs 1976/77, wo bei einem allgemein kräftigen Produktionszuwachs gleichzeitig der Zementausstoß um 6,6% zurückgegangen war. Die Branche „Steine und Erden“, darunter in erster Linie die Zementherstellung, gehört in Baden-Württemberg zu den Wirtschaftszweigen, die den industriellen Energieverbrauch wesentlich bestimmen. Hierzu rechnen auch die Papier- und Pappeherzeugung und die Chemie. Auf diese drei Industriegruppen entfallen etwa 10% der Nettowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe, aber etwa 40% des industriellen Energiebedarfs. Nach einzelnen Energieträgern sind es beim schweren Heizöl (einschließlich für Stromeigenerzeugung, ohne Eigenverbrauch der Raffinerien) sogar 60%, beim Strom dagegen, der hier darüber hinaus zu einem nicht geringen Teil selbst erzeugt wird, „nur“ etwa 30%. Die Verteilung des Stromverbrauchs auf die Branchen ist also erheblich gleichmäßiger und wird es noch mehr, wenn man nur den Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz betrachtet.

1978 erfolgte der vermehrte Energieeinsatz in der Industrie hauptsächlich auf der Basis von Mineralölprodukten. Hiervon war, wohl witterungsbedingt, vor allem das leichte Heizöl betroffen (+5,8%). Der Stromverbrauchszuwachs blieb mit +3% dahinter deutlich zurück. Der Gaseinsatz stagnierte. Durch den insgesamt unterdurchschnittlichen Anstieg bedingt, setzte sich die bereits seit Jahren anhaltende rückläufige Tendenz des Industrieanteils am Endenergieverbrauch fort (1965: 35,1; 1978: 27,8%).

Wie bereits im Vorjahr, hatte auch 1978 der Verkehr den höchsten Zuwachs (+9,2%) aufzuweisen. Sein Anteil am Endenergieverbrauch stieg auf über 24%. Eine Ursache hierfür war sicherlich der im Vergleich zum Bundesgebiet ausgeprägtere PKW-Boom (zugelassene PKW) in Baden-Württemberg.

Trotz des kalten Winters betrug der Mehrverbrauch der Haushalte und sonstigen Verbraucher an leichtem Heizöl nur +4%. Dabei hat offensichtlich die Verlagerung auf andere Energieträger (Gas und Strom) in der Raumheizung und Brauchwasserbereitung eine gewisse Rolle gespielt. So betrugen die Zuwachsraten beim Gas +14% und beim Strom +8%, während der Verbrauch aller Energieträger zusammengenommen in diesem Bereich nur um 5,3% stieg. Der Anteil der Haushalte und sonstigen Verbraucher am Endenergieverbrauch blieb damit praktisch unverändert bei 48%. Anders als bei Industrie und Verkehr, wo sich die Entwicklung 1978 noch vorwiegend auf Mineralölprodukte

stützte, zeigt sich hier also eine tendenzielle Verschiebung vom Öl zu Gas und Strom. Die Bedeutung der Haushalte und sonstigen Verbraucher für den Gasabsatz dürfte weiter steigen, nachdem ihr Anteil daran bis 1975 zunächst zurückgegangen war (Tabelle 2).

So waren es 1978 ausschließlich die Haushalte und sonstigen Verbraucher, die einen Anstieg des Endverbrauchs an Erdgas um 9% bewirkten. Die ohnehin schon geringe Bedeutung des Stadtgases, das in Baden-Württemberg vollständig aus Flüssiggas erzeugt wird, dürfte 1979 weiter zurückgegangen sein, da ab Ende 1978 weitere sieben Gemeinden auf Erdgas umgestellt wurden. Damit hat gleichzeitig der Erdgasabsatz zusätzlichen Auftrieb erhalten.

Obwohl das Erdgas unter den bedeutenden Energieträgern beim Endverbrauch 1978 wiederholt den höchsten prozentualen Zuwachs zu verzeichnen hatte, ergaben sich beim Primärverbrauch nur geringe anteilmäßige Änderungen (Tabelle 1). Ursächlich dafür waren die Kraftwerke, die weniger Erdgas, dafür aber mehr Steinkohle einsetzten.

1979: Schwerpunkt bei Gas und Kernkraft

Ziemlich genau zehn Jahre nach dem ersten, ausschließlich für die Stromerzeugung bestimmten Kernkraftwerk (Obrigheim, 328 MW) trat im März 1979 das dritte (Philippsburg I, 850 MW) in den Dienst der öffentlichen Stromversorgung. Ein starker Anstieg des Kernkraftanteils am Primärenergieverbrauch, wie es 1976/77 nach der Inbetriebnahme von Neckarwestheim I (650 MW Drehstrom + 160 MW Einphasen-Bahnstrom) der Fall gewesen war (Tabelle 1), ergab sich 1979 aller-

dings nicht, da Neckarwestheim während der zweiten Jahreshälfte abgeschaltet blieb (Revision, Nachrüstarbeiten).

Gleichwohl hat die Stromerzeugung aus Kernenergie mit +6,5% gegenüber 1978 einen hohen Zuwachs erfahren, der nur noch vom Primärverbrauch an Gas (+18%) übertroffen wird. Insbesondere wurde die Gasverstromung gesteigert (+55%), die zuvor 2 Jahre lang stark reduziert worden war. Aber auch in der Industrie wurde mehr Erdgas (+8%) eingesetzt, bei den Haushalten und sonstigen Verbrauchern dürfte der Zuwachs ebenfalls erheblich sein. Insgesamt könnte das Gas erstmals einen 10%-Anteil am Primärenergieverbrauch erreicht haben.

Der Verbrauch an festen Brennstoffen ist dagegen geringfügig zurückgegangen, vor allem infolge leicht herabgesetzter Steinkohleverstromung. Der Verbrauch an Mineralöl ist unterdurchschnittlich gestiegen, sein Anteil am Primärenergieverbrauch 1979 wahrscheinlich auf unter 62% gefallen. Für den Primärenergieverbrauch dürfte sich eine Zunahme ergeben, die unter der von der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen für die Bundesrepublik mit +5,9% geschätzten liegt. Bei allem Vorbehalt dürfte der Unterschied mit auf die Industrie zurückzuführen sein. Während bundesweit die Eisen- und Stahlerzeugung (Roheisen: +16,6%; Rohstahl: + 11,1%) einen Aufschwung erfahren hat, entfällt ihr Einfluß in Baden-Württemberg. Dagegen hat sich hier beim industriellen Energieverbrauch (+2,9%) die abermals verstärkte Baukonjunktur niedergeschlagen, was auch bei der Branche „Steine und Erden“ in einem höheren Energieverbrauch (+7%) zum Ausdruck kommt.

Tabelle 2

Verbraucherstruktur ausgewählter Energieträger

Jahr	Mineralölprodukte				Erd- und Stadtgas			Strom			
	End- verbrauch insgesamt	Aufteilung auf Verbrauchergruppen			End- verbrauch insgesamt	Aufteilung auf Verbrauchergruppen		End- verbrauch insgesamt	Aufteilung auf Verbrauchergruppen		
		Industrie	Verkehr	Haushalte und sonstige Verbraucher		Industrie	Haushalte und sonstige Verbraucher		Industrie	Verkehr	Haushalte und sonstige Verbraucher
	1000 t SKE	%			1000 t SKE	%		1000 t SKE	%		
1965	12 070	31	32	37	598	24	76	2 237	57	6	37
1970	20 038	30	29	41	832	24	76	3 138	56	4	40
1971	20 621	30	30	40	904	25	75	3 306	55	4	41
1972	21 465	29	31	40	1 344	34	66	3 660	51	4	45
1973	23 059	28	30	42	1 775	32	68	3 889	51	4	45
1974	20 984	27	29	44	2 034	34	66	3 986	48	4	48
1975	21 251	25	32	43	2 103	36	64	4 014	44	4	52
1976	22 860	25	31	44	2 185	31	69	4 350	45	3	52
1977	22 880	24	32	44	2 506	34	66	4 554	45	3	52
1978	24 178	23	33	44	2 731	31	69	4 819	43	3	54

Allgemein war das Jahr 1979 deutlich von dem mit der Iran-Krise verbundenen Preisschub beim Mineralöl geprägt, dessen Verbrauchszuwachs entsprechend gebremst wurde. Andererseits hat das Erdgas davon in all den Verbrauchsbereichen profitiert, wo es das Mineralöl ersetzen kann. Der witterungsbedingte erhebliche Mehrverbrauch an Heizenergie im ersten Vierteljahr dürfte durch das ausgesprochen milde vierte Quartal großteils kompensiert worden sein. Beispielsweise betrug das Plus beim Stromabsatz aus dem öffentlichen

Netz im ersten Halbjahr noch 8%, auf das ganze Jahr gerechnet waren es hingegen unter 5%.

Die Perspektiven der Energieversorgung erlangen in Zeiten einer Unsicherheit hinsichtlich ausreichender, kostengünstiger und umweltfreundlicher Energiebereitstellung großes Gewicht für die Entwicklungsperspektiven der ganzen Wirtschaft³. Mit der Zukunft der baden-württembergischen Energieversorgung haben sich bereits seit 1968 Energieprognosen beschäftigt. Die letzten stammen aus den Jahren 1974 und 1979⁴. Ihnen lagen vor allem die Energiebilanzen Baden-Württembergs von 1965 bis 1972 bzw. 1976 zugrunde. Die Prognoseergebnisse fanden Einklang in das Energieprogramm der Landesregierung von 1975 und dessen erster Fortschreibung vom Januar 1980. Mit der neueren Prognose von 1979 und der ersten Fortschreibung des Energieprogrammes wurden vor allem die Konsequenzen aus der weltweit veränderten energiewirtschaftlichen Situation gezogen.

³Vgl. hierzu den Abschnitt „Entwicklungsperspektiven der Wirtschaft in den achtziger Jahren“.

⁴Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.); Die Entwicklung des Energieverbrauches in Baden-Württemberg und seinen 12 Regionalverbänden bis zum Jahre 1990; Berlin 1974. Derselbe; Die künftigen Entwicklungstendenzen der Energiewirtschaft in Baden-Württemberg bis zum Jahre 1990; Berlin 1979.

3. Wohnungen und Wohnverhältnisse

Die quantitative Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum stand in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg für viele Jahre absolut im Vordergrund. Die zu lösende wohnungswirtschaftliche Aufgabe war es, zunächst die akute Wohnungsnot abzubauen, um dann schließlich einen Ausgleich zwischen Bedarf und Angebot der Wohnungen zu erreichen.

Von 1962 bis 1978 wuchs der Wohnungsbestand in Baden-Württemberg um fast 50% auf 3,56 Mill. Wohnungen, von denen 1978 immerhin 73,3% über 4 und mehr Räume verfügten. Mit 1,71 Wohnräumen je Einwohner (1962: 1,20) liegt die Versorgung in Baden-Württemberg über dem Bundesdurchschnitt (1,69).

Heute betrifft der Wohnungsbau nicht mehr nur ein rein quantitatives Versorgungsproblem. Einerseits sind im Zuge steigenden Wohlstandes die Ansprüche an Größe, Ausstattung und Lage einer Wohnung gewachsen. Andererseits haben sich aus umweltpolitischen und raumordnerischen Gründen die Schwerpunkte der Städte- und Wohnungsbaupolitik auf die Verbesserung der Wohnumwelt sowie auf die Sanierung und Modernisierung verlagert. Der gesellschaftspolitischen Komponente der wirtschaftlichen Sicherheit und persönlichen Unabhängigkeit wird heute durch eine Eigentumsförderung Rechnung getragen, die zunehmend auch familienpolitische Aspekte einbezieht.

Fluktuationsreserve von Wohnungen

Der Mobilitätsprozeß führt dazu, daß immer ein Teil der Wohnungen unbenutzt bleibt. So gab es auch in Zeiten akuter Wohnungsnot immer einen Sockelbestand an Wohnungen, die aus Gründen der Fluktuation aber auch der individuellen Reservehaltung leerstehen. Aus dieser Tatsache konnte jedoch bisher keineswegs der Schluß gezogen werden, daß die Bedürfnisse der Bevölkerung, bezüglich einer angemessenen Versorgung mit Wohnraum, befriedigt seien.

So standen im Jahr 1950, als mit dem Wiederaufbau der Städte und Dörfer erst begonnen wurde, bereits 5000 Wohnungen leer. Bis zum Jahr 1956 erhöhte sich diese Zahl auf 14 000. Zwischen 1968 (54 000) und 1974 (130 000) trat dann, aufgrund des damaligen Baubooms, der zu unverkäuflichen Wohnungshalden geführt hatte, mehr als eine Verdoppelung des Bestandes an leerstehendem Wohnraum ein. In den Folgejahren erhöhte sich die Zahl leerstehender Wohnungen weiter, insbesondere, weil die Bautätigkeit zu einer Erhöhung des Bestandes an Gebäuden und Wohnungen führte.

Im Frühjahr 1978, als die Zahl der leerstehenden Wohnungen mit 165 000 den bisherigen Höchststand erreichte, war dann nicht nur der rechnerische Ausgleich zwischen der Zahl der Haushalte und derjenigen der Wohnungen gegeben, sondern es wurde außerdem auch unbenutzter Wohnraum in einem Umfang vorgehalten, der als Fluktuationsreserve das Funktionieren des Wohnungsmarktes rein rechnerisch ermöglichen müßte.

Wohnungsversorgung nach Gemeindegrößen unterschiedlich

Aktuelle raumbezogene Daten zur Wohnraumversorgung können zur Zeit nur nach Gemeindegrößenklassen gegliedert aus der 1%-Wohnungstichprobe 1978 entnommen werden. Diese Untergliederung gibt gewisse raumbezogene Anhaltspunkte. Allerdings können Gemeinden im ländlichen Raum gegenüber gleich großen Gemeinden im Verdichtungsraum oder in dessen Randzonen erhebliche Unterschiede aufweisen. Für die größeren Städte dürfte die Auswertung der 1%-Wohnungstichprobe 1978 jedoch verlässliche Anhaltspunkte über den aktuellen Stand der Wohnungsversorgung geben. Eine regionalisierte Auswertung durch das Städtebauliche Institut der Universität Stuttgart ist in Vorbereitung.

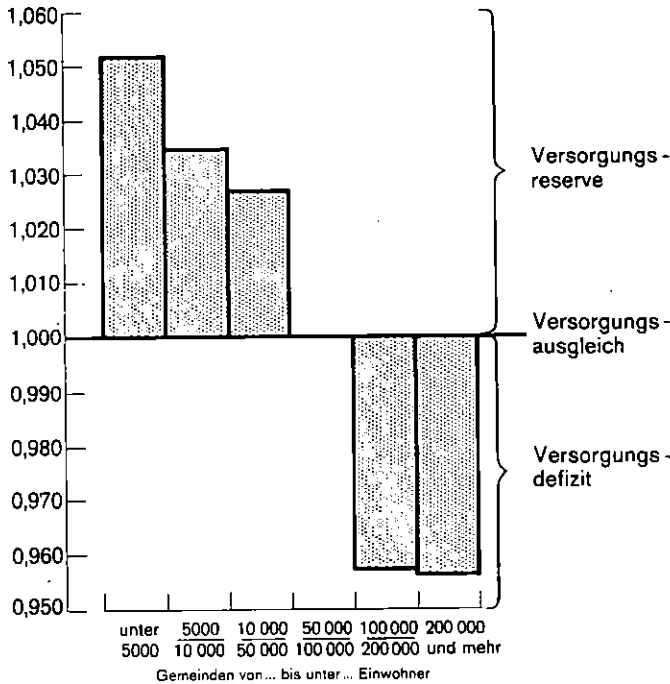
Da eine bloße Differenzbildung der absoluten Zahl der Wohnungen auf der einen und der Haushaltungen auf der anderen Seite für eine Darstellung der interregionalen Unterschiede in der Wohnungsversorgung wenig geeignet sind, soll dieser Sachverhalt dadurch veranschaulicht werden, daß dem Vergleich eine geeignete Kennziffer zugrunde gelegt wird. Dazu ist zunächst die Zahl der Haushalte um 2 Faktoren zu korrigieren: einerseits dürfen die Untermieter nicht als Wohnungsinhaberhaushalte in die Rechnung eingehen, andererseits muß die für das Funktionieren des Wohnungsmarktes angemessene Fluktuationsreserve an Wohnraum in Höhe von 4% der Haushalte hinzugerechnet werden. Dividiert man die gemessene Zahl an Wohnungen durch die so errechnete Haushaltszahl, dann ergibt sich der Wohnungsversorgungsfaktor.

Sein Wert ist dann größer als eins, wenn in der betrachteten regionalen Einheit mehr Wohnungen als Haushalte vorhanden sind, er wird kleiner als eins, wenn die Zahl der Wohnungen kleiner ist als die der Haushalte, also ein Mangel an Wohnraum zu beobachten ist.

Der Wohnungsversorgungskoeffizient für das gesamte Land beträgt 1,014. Damit entfallen – rein rechnerisch – auf einen Haushalt 1,014 Wohnungen. Allerdings ist die Streuung des Versorgungs-

Wohnungsversorgungsfaktor nach Gemeindegrößenklassen 1978

Wohnungsversorgungsfaktor



Ergebnisse der 1% - Wohnungsstichprobe.

172 80

grades, wenn die sogenannten Nebenfaktoren berücksichtigt werden – er bewegt sich zwischen den Marken 1,052 und 0,956 – sehr groß. Der günstigste Versorgungswert (1,052) errechnet sich für Gemeinden, die, nach derzeitigem Gebietsstand, weniger als 5000 Einwohner haben, also für die überwiegend ländlichen Gemeinden. Der Versorgungsfaktor fällt dann, mit zunehmender Gemeindegrößenklasse, kontinuierlich ab. In Gemeinden mit zwischen 50 000 und 100 000 zur Wohnbevölkerung zählenden Personen beträgt er genau 1,000. Die Zahl der Haushalte ist also genauso groß wie diejenige der Wohnungen, der Wohnungsmarkt damit – rechnerisch – gerade ausgeglichen. In der Größenklasse 100 000 bis unter 200 000 Einwohner sinkt der Wohnraumversorgungsfaktor auf 0,957 und erreicht bei den Städten mit 200 000 und mehr Einwohnern 0,956 Punkte.

Auf das ganze Land bezogen kann also durchaus von einem rechnerischen Ausgleich von Angebot und Nachfrage gesprochen werden. Allerdings ist in regionaler Hinsicht die quantitative Versorgung mit Wohnungen umso ungünstiger, je größer die Wohngemeinden sind. Insbesondere herrscht in den größeren Städten ein Fehlbestand an Wohnungen, der auch als Ursache für die anhaltende Stadtflucht gesehen werden muß.

Die meisten Wohnungen nach 1948 erstellt

Die Wohnbautätigkeit in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten hat dazu geführt, daß sich die Altersstruktur der Gebäude ständig verjüngt hat. Während noch 1968 rund 30% aller Gebäude mit Wohnraum aus dem 19. Jahrhundert stammten und 1972 noch 27%, waren es 1978 nur noch 22%. Der Anteil der nach der Währungsreform errichteten Gebäude mit Wohnraum erhöhte sich entsprechend auf 57%. Da sich die Bauweise in den einzelnen Perioden stark verändert hat – so wurde z. B. aufgrund der modernen Produktionsmethoden und wegen des hohen Nachkriegsbedarfs verstärkt der mehrgeschossigen Bauweise der Vorzug gegeben – liegen sogar 62% aller Wohnungen in Gebäuden, die nach 1948 errichtet wurden.

Die meisten Wohnungen (93%) befanden sich in typischen Wohngebäuden, 4% der Wohnungen lagen in gemischtgenutzten Gebäuden, in denen die Nutzung für Nichtwohnzwecke überwog und 3% befanden sich in landwirtschaftlichen Wohngebäuden.

81% aller nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäude sind Ein- und Zweifamilienhäuser, 9% umfassen drei, 10% vier und mehr Wohnungen.

Der Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern hat im letzten Jahrzehnt in etwa gleicher Größenordnung angehalten. Der Bau von Mehrfamilienhäusern ging dagegen drastisch zurück. Dadurch erhöhte sich der Anteil der pro Jahr neu gebauten Ein- und Zweifamilienhäuser von 41% im Jahre 1972 auf 73% im Jahre 1978. Ursache für diesen Rückgang des Baus von Mehrfamilienhäusern ist in erster Linie die Erhöhung der Gestehungskosten, der keine ausreichende Ertragslage gegenübersteht. Während die Baupreise (konventionelle Bauart) zwischen 1970 und 1979 im Landesdurchschnitt um 54,3% anstiegen, erhöhten sich die Baulandpreise sogar um rd. 100%. Diese Zunahmen sind nicht nur höher als die allgemeinen Verbrauchspreissteigerungen (+55,2%), sondern vor allem auch weit höher als die durchschnittliche Zunahme der Mieten (+46,4%). Die Mietbelastung betrug 1978 bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 80 qm und einer durchschnittlichen Miete von 281 DM je Wohnung im Schnitt monatlich 3,50 DM pro Quadratmeter. Dies entspricht Gestehungskosten von rd. 500 DM je Quadratmeter Wohnraum, einschließlich aller Nebenleistungen und Grundstückskosten. Die entsprechenden tatsächlichen Gestehungskosten lagen aber 1978 zwischen 1500 und 3000 DM je Quadratmeter Wohnfläche. Sie betrugen damit das

Drei- bis Sechsfache der von den durchschnittlich erzielten Mieten abgedeckten Gestehungskosten. Diese Diskrepanz erklärt den drastischen Rückgang des frei finanzierten Mietwohnungsbaus. Diese ungünstige Situation wird noch verschärft durch investitionshemmende Rahmenbedingungen, insbesondere des Mietrechts.

31m² Wohnfläche je Person

Die Wohnungsversorgung der Bevölkerung hat sich nicht nur im Hinblick darauf verbessert, daß zunehmend ein zahlenmäßiger Ausgleich zwischen Haushalten und Wohnungen erreicht wurde. Parallel zu dieser Entwicklung verminderte sich außerdem auch die Zahl der Personen, die durchschnittlich zusammen in einer Wohnung leben. So betrug noch im Jahr 1968, bei einer Wohnbevölkerung von damals 8,68 Mill. Personen, die Zahl der bewohnten Wohnungen 2,67 Mill. Im Mittel war also jede Wohnung mit 3,3 Personen belegt. Das Verhältnis Wohnbevölkerung zu Wohnungen änderte sich bis zum Jahr 1972 auf 3,0 und 1978 lebten durchschnittlich nur noch 2,7 Personen in einer Wohnung.

Diese Entwicklung spiegelt einerseits wider, daß im letzten Jahrzehnt die Haushalte im Durchschnitt immer kleiner wurden, weil immer seltener mehrere Generationen im Haushaltsverband zusammenleben, und der Geburtenrückgang zu einer Abnahme der Familien mit mehreren Kindern geführt hat. Andererseits kommt in der verkleinerten Belegungsdichte noch nicht zum Ausdruck, daß sich parallel dazu auch die Ansprüche an den Wohnflächenkonsum vergrößert haben. Während nämlich noch 1972 jedem Haushalt durchschnittlich 71 m² und jedem Haushaltsmitglied 26 m² Wohnfläche zur Verfügung standen, konnte 1978 jeder Haushalt 80 m² bzw. jedes Haushaltsmitglied 31 m² Wohnfläche benutzen.

Selbstverständlich handelt es sich bei diesen Durchschnittswerten um rechnerische Größen, so daß sich die Wohnflächenversorgung im Einzelfall durchaus anders gestalten kann. Einen Hinweis auf mögliche Ungleichgewichte in der Unterbringung der einzelnen Haushalte kann in einer ersten Annäherung dadurch gewonnen werden, daß die Größenordnungsstruktur der Haushalte und der Wohnungen nebeneinandergestellt und miteinander verglichen werden.

Dabei fällt unmittelbar auf, daß der Wohnungsbestand schwerpunktmäßig aus Wohnungen mit vier bzw. fünf Räumen besteht. Über die Hälfte aller Wohnungen (54%) fällt in diese Kategorie. Wohnungen mit sechs und mehr Räumen machen 22% des gesamten Bestandes aus, 21% der Wohnungen hatten zwei oder drei Räume und 2%

waren Ein-Raum-Wohnungen. Bei den Haushalten liegt der Schwerpunkt bei Zwei- bzw. Drei-Personen Haushalten (44%), wobei es sich überwiegend um Ehepaare ohne bzw. mit einem Kind handelt. 27% der Haushalte bestehen aus vier und mehr Personen und 29% sind Ein-Personen-Haushalte. Einem großen Anteil an Kleinhaushalten steht somit ein relativ kleiner Anteil an entsprechend zugeschnittenen Wohnungen gegenüber. Auch wenn man berücksichtigt, daß ein Teil der Ein-Personen-Haushalte nicht Wohnungsinhaber sondern Untermieter sind, zeigt sich doch, daß die raummäßige Ausstattung des Wohnungsbestandes für die Haushalte ein breites Spektrum an Wahlmöglichkeiten offenläßt. Diese Feststellung wird noch dadurch untermauert, daß jede zweite Wohnung eine Wohnfläche von 60 bis 100 m² hat. Jede vierte Wohnung verfügt über 100 m² und mehr, jede sechste Wohnung hat zwischen 40 und 60 m² und nur jede 14. weniger als 40 m² Wohnfläche.

Mehr Wohnkomfort

Nachdem der Anschluß der Wohnungen an das Wasser- und Stromnetz bereits 1972 in nahezu allen Wohnungen vorhanden war, konzentrierte sich das Interesse bei der 1978 durchgeführten Wohnungsstichprobe auf die übrigen qualitativen Grundstandards. So erhöhte sich der Anteil der Wohnungen mit Küche – noch 1972 fehlte diese Grundausrüstung in knapp 2% aller Wohnungen – auf nunmehr 99%.

Auch die Ausstattung mit sanitären Einrichtungen hat sich weiter verbessert. Der Anteil der Wohnungen, die über eine Toilette mit Wasserspülung innerhalb der Wohnung verfügen können, hat sich seit 1972 um 10 Prozentpunkte auf 92% erhöht. Entsprechend ging der Anteil der Wohnungen, deren WC außerhalb des Wohnungsabschlusses

Tabelle 1
Wohnungen in Gebäuden nach der Fläche 1978

Wohnungen mit einer Fläche von ... bis unter ... m²	Wohnungen insgesamt ¹⁾		Bewohnte Wohnungen ¹⁾		Leerstehende Wohnungen	
	1000	%	1000	%	1000	%
unter 40	242,9	7	225,9	7	17,0	10
40 – 60	570,3	16	542,1	16	28,2	17
60 – 80	936,4	27	890,2	27	46,2	28
80 – 100	796,8	23	760,7	23	36,1	22
100 – 120	430,1	12	411,5	12	18,6	11
120 und mehr	527,7	15	508,6	15	19,1	12
Insgesamt	3 504,2	100	3 339,0	100	165,2	100

1) Ohne Freizeitwohnungen.

liegt, zurück. 87% der Wohnungen hatten, gegenüber 77% im Jahr 1972, ein Bad eingerichtet. Insgesamt kann also festgestellt werden, daß sich die Ausstattung des Wohnungsbestandes erheblich verbessert hat. Programme der Landesregierung zur Modernisierung und Renovierung dürften hierzu einen erheblichen Beitrag geleistet haben.

Sammelheizsysteme haben sich durchgesetzt

Die Aufgliederung der Wohnungen nach der Art der Beheizung und der des Brennstoffes ist sowohl im Hinblick auf die Probleme der Energieversorgung als auch die durch Hausbrand verursachte Umweltbelastung von starkem Interesse. Hinzu kommt, daß auch die Bequemlichkeit der Beheizung und die Lagerungserfordernisse der Heizenergieträger den Wohnkomfort beeinflussen.

Während noch 1972 die überwiegende Mehrzahl der Wohnungen (62%) mit einer Ofenheizung ausgestattet war, ging der Anteil der mit Einzel- oder Mehrraumöfen beheizten Wohnungen bis zum Jahr 1978 auf 39% zurück. Die bequem zu bedienende Sammelheizung, die einen hohen Komfort bietet, hat sich also in den letzten Jahren vollends durchgesetzt. Der Anteil der mit Sammelheizsystemen ausgestatteten Wohnungen erhöhte sich um 23 Prozentpunkte auf 61%, wobei der Zentral- bzw. Etagenheizung (93%) eine weitaus größere Bedeutung zukommt als der Fern- oder Blockheizung, die lediglich in 7% der mit Sammelheizung ausgestatteten Wohnungen vorhanden war.

Die Fern- und Blockheizanlagen sind sowohl unter dem Aspekt des Umweltschutzes – teilweise kann hier Abwärme von Industrieunternehmungen als Wärmelieferant zum Einsatz kommen – als auch unter dem Gesichtspunkt des Brennstoffnachschubs – bei krisenbedingtem Ausfall eines Energieträgers können die Heizwerke teilweise so umgerüstet werden, daß andere Brennstoffe zum Einsatz kommen können – von Interesse. Deshalb muß darauf hingewiesen werden, daß sowohl die Zahl der an Fernwärme angeschlossenen Wohnungen zugenommen hat, als auch der Strukturanteil. Die im Zusammenhang mit der Sicherheit der Energieversorgung geführte Diskussion dürfte ebenso wie die durch die Ölpreissteigerungen der letzten Jahre veränderte Kostensituation die Nutzung von Abwärme für Zwecke der Wohnungsbeheizung noch attraktiver machen.

Überwiegend Ölheizung

Als Energieträger dient bei Zentral- und Etagenheizungen – wie schon 1972 (87%) – ganz überwiegend das Öl (77%). Allerdings hat sich der Anteil

der mit Gas beheizten Wohnungen verdoppelt und beträgt jetzt bereits 12%. Die Bemühungen um die Verwendung von heimischer Kohle bzw. Koks zur Beschickung der Zentral- und Blockheizungen hat dazu geführt, daß sich die Zahl der mit diesem Primärenergieträger versorgten Wohnungen wieder leicht erhöht hat (vgl. *Tabelle 2*), jedoch konnte der Strukturanteil der zentral unter Verwendung fester Brennstoffe beheizten Wohnungen nicht gehalten werden. Er sank um 2 Prozentpunkte auf 5%. Genauso wie Kohle und Koks spielt auch der Strom als Heizenergie bei mit Etagen- oder Zentralheizungen ausgestatteten Wohnungen immer noch eine untergeordnete Rolle. Auch bei den Wohnungen, die ihre Wärme von Einzel- oder Mehrraumöfen beziehen, hat – soweit nur eine Energieart Verwendung findet – das Öl seinen Platz nicht nur behauptet. Zwar nahm die absolute Zahl der mit Ölöfen beheizten Wohnungen seit 1972 ab (vgl. *Tabelle 2*), da jedoch die Bedeutung der Ofenheizung insgesamt noch stärker zurückging, erhöhte sich der Strukturanteil von 40 auf 45%. Gas- und Stromöfen nahmen demgegenüber sowohl der Zahl als auch dem Anteil nach zu, gewannen also eine wachsende Bedeutung. Die Zahl der mit Kohleöfen ausgestatteten Wohnungen – Kohle war noch

Tabelle 2

Bewohnte Wohnungen in Gebäuden nach der Heizungs- und Energieart

Beheizungs- /Energieart	1972		1978 ¹⁾	
	1000	%	1000	%
Fern- oder Blockheizung	84,5	3	139,0	4
Zentral- oder Etagenheizung	1 032,7	35	1 889,3	57
davon beheizt mit Kohle, Koks, etc.	69,0	7	101,3	5
Öl	895,2	87	1 453,2	77
Gas	58,6	6	220,6	12
Strom	(9,9)	(1)	34,5	2
ohne Angabe	—	—	79,7	4
Ofenheizung	1 839,2	62	1 310,7	39
mit 1 Energieart	1 590,2	86	1 083,4	83
davon Kohle, Koks, etc.	703,9	44	305,5	28
Öl	632,5	40	482,5	45
Gas	153,1	10	167,9	15
Strom	100,7	6	127,5	12
mit 2 Energiearten	228,1	12	131,7	10
davon Kohle und Öl	116,5	51	68,9	52
Kohle und Strom	40,5	18	16,9	13
Sonstige	71,1	31	45,9	35
mit 3 oder mehr Energiearten	20,9	1	(5,2)	(0)
ohne Angabe	—	—	90,4	7
Bewohnte Wohnungen in Gebäuden insgesamt	2 956,4	100	3 339,0	100

1) Ohne 12 700 Freizeitwohnungen.

1972 der wichtigste Energieträger für die Wohnungen mit Ofenheizung – hat sich mehr als halbiert. Bei Wohnungen mit Einzel- und Mehrraumöfen als Heizung, die zwei Energiearten benutzen – dies sind 10% der ofenbeheizten Wohnungen – dominiert der kombinierte Einsatz von Kohle und Öl.

Zusammenfassend ist also festzuhalten, daß sich die Abhängigkeit der Privathaushalte vom Energieträger Öl nicht vermindert hat. So wurde 1972 bereits bei 57% aller Wohnungen Öl als Heizenergie genannt. Dieser Anteil hat sich – trotz vielfältiger Umschichtungsprozesse – bis 1978 um 3 Prozentpunkte erhöht. Von einem Trend hin zur sicheren heimischen Kohle kann also, wie es gelegentlich geschieht, keineswegs gesprochen werden. Allerdings dürfte der Energieverbrauch z. B. durch die inzwischen in vielen Wohnungen (69%) eingebauten energiesparenden Doppel-, Verbund- und Isolierglasfenster günstig beeinflusst werden.

Rund die Hälfte der Haushalte haben Wohnungseigentum

42% der Haushalte leben in ihren eigenen vier Wänden. Darüber hinaus gibt es aber noch eine größere Zahl von privaten Haus- oder Wohnungseigentümern, die anderweitig zur Miete wohnen.

Der Anteil der Eigentümerhaushalte insgesamt und innerhalb der einzelnen sozialen Gruppen der Bevölkerung ist aus verschiedenen Gründen von Bedeutung. So ist zum Beispiel der Eigentümer bereit, größere finanzielle Belastungen für seine Wohnung in Kauf zu nehmen, als der Mieter. Außerdem erhöht Wohnungseigentum in aller Regel die Lebensqualität und den Lebensstandard. Aus diesen und anderen Gründen, namentlich wegen der Mobilisierung privaten Kapitals, wird der Erwerb von Wohnungseigentum durch die privaten Haushalte im Rahmen der staatlichen Wohnungsbau- und Vermögensbildungspolitik gefördert. Entsprechend hoch ist auch der Anteil der Wohngebäude, die sich im Eigentum natürlicher Personen befinden (94%), gegenüber 6% im Eigentum juristischer Personen.

Von den Gebäuden im Eigentum von Privatpersonen gehören 90% Einzelpersonen bzw. Ehepaaren, 8% Erben- oder ähnlichen Personengemeinschaften und 2% Gemeinschaften von Wohnungseigentümern. Die Gebäude im Eigentum juristischer Personen befinden sich überwiegend im Besitz von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen oder Heimstätten (45%) bzw. dem Bund, dem Land Baden-Württemberg oder kommunalen Gebietskörperschaften (25%). Der Anteil der Gebäude im

Eigentum von Privatfirmen, Immobilienfonds bzw. Organisationen ohne Erwerbscharakter und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts beträgt 30%.

Die Zahl der Haushalte, die in der eigenen Wohnung bzw. im eigenen Haus wohnen, hat sich seit 1972 um 235 000 erhöht und erreicht 1,5 Millionen. Damit leben 42% der 3,5 Mill. Haushalte in den eigenen vier Wänden, ein Anteil, in dem sich die in Baden-Württemberg weitverbreitete Vorliebe fürs Wohneigentum manifestiert. Der Bundesdurchschnitt beträgt demgegenüber 36%.

Das Eigentum an dem im Besitz von Einzelpersonen oder Ehepaaren befindlichen Wohneigentum ist breit gestreut. So sind jeweils 38% der Arbeiterhaushalte, der Angestelltenhaushalte und der Beamtenhaushalte Eigentümer des Hauses bzw. der Wohnung, in der sie leben. Bei den Haushalten mit einem Haushaltsvorstand, der nicht berufstätig ist, sind 42% und bei den Selbständigen, wozu insbesondere auch die Landwirte zählen, 70% Wohnungseigentümer.

Hierbei hat sich der Anteil der Familien mit einem oder mehreren Kindern, die häufig spezifische und intensive Anforderungen an den Wohnraum stellen, günstig entwickelt. Während 1972 noch 36% der Familien mit einem Kind, 40% der Familien mit zwei Kindern, 45% der Familien mit drei Kindern und 49% der Familien mit vier und mehr Kindern in Wohneigentum lebten, waren diese Strukturanteile 1978 höher. So waren jetzt 45% der Familien mit einem Kind, 48% der Familien mit zwei Kindern, 54% der Familien mit drei Kindern und 56% der Großfamilien mit vier und mehr Kindern im Haushalt Eigentümer der von ihnen benutzten Wohnungen. Familien mit mehreren Kindern haben also häufiger Wohnungseigentum als kleinere Familien. Dies beweist unter anderem die Wirksamkeit der staatlichen Wohnungsbauförderung.

Neben den kinderreichen Familien, wo der Eigentumserwerb durch vielfältige staatliche Fördermaßnahmen unterstützt wird, können sich offensichtlich häufig auch junge Familien den Wunsch nach Wohnungseigentum erfüllen. So haben 85% der rund 2 Mill. Ehepaare vor 1972 und 15% 1972 und später geheiratet. Von den „Altehepaaren“ sind über die Hälfte (53%) Eigentümer ihrer Wohnung. Aber auch von den „jungen Familien“, die 1972 und später geheiratet haben, leben bereits 21% in den „eigenen vier Wänden“.

Durchschnittlich 14% des Nettoeinkommens für die Miete

Über die Hälfte der 3,5 Mill. Haushalte sind Inhaber von Mietwohnungen. 89% dieser Hauptmieterhaushalte müssen Mietzins entrichten. 7% der

Hauptmieterhaushalte leben in vom Eigentümer kostenlos überlassenen Wohnungen bzw. zahlen deshalb eine ermäßigte Miete, weil sie finanzielle Vorleistungen erbracht haben. Der Zahlung der Miete kommt also – je nach Höhe des Nettoeinkommens – als laufender Ausgabeposten im Budget der Inhaber von Mietwohnungen eine erhebliche Bedeutung zu.

Von den 3,5 Mill. Haushalten konnten 10% über netto bis zu 800,- DM im Monat verfügen. 21% haben Nettoeinnahmen zwischen 800,- DM und 1400,- DM, 38% von 1400,- DM bis 2500,- DM, 17% zwischen 2500,- DM bis 3500,- DM, 10% über 3500,- DM und für 5% der Haushalte lagen zur Höhe des monatlichen Nettoeinkommens keine Angaben vor.

Das rechnerische Durchschnittseinkommen aller Haushalte mit Einkommensangabe liegt bei 2060,- DM im Monat. Die durchschnittliche Miethöhe in den Mietwohnungen beträgt 281,- DM, wobei in diesen Mietpreis Beträge für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenhausbeleuchtung sowie die Kosten für den Schornsteinfeger usw. einbezogen sind. Nicht im Mietpreis von 281,- DM enthalten sind demgegenüber Umlagen für Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Garagenkosten sowie Zuschläge für Möblierung usw. Bezieht man nun die durchschnittliche, von Hauptmieterhaushalten zu zahlende Miete auf das durchschnittliche Nettoeinkommen der Haushalte, dann ergibt sich, daß im rechnerischen Durchschnitt 14% des Haushaltsnettoeinkommens für die Miete ausgegeben werden, ein Prozentsatz, der sich gegenüber 1972 nicht verändert hat.

Die relativ meisten Mieterhaushalte (26%) mußten eine Quadratmetermiete von drei bis unter vier DM bezahlen, 23% vier bis unter fünf DM und 18% zwischen zwei und drei DM. Mit wachsender m²-Miete geht der Anteil der Mieter dann schnell zurück, 2% zahlen einen Mietzins von DM 10,- und mehr. Da die Streuung der Mieten sehr hoch ist, wird durch das Wohngeld dort eine Entlastung gewährt, wo die Relation von Mietpreis und Einkommen sich nicht mehr innerhalb vorgegebener Normen bewegen. So erhielten 5% der Inhaber von Mietwohnungen Wohngeld, was gegenüber 1972 nur eine relativ geringfügige Zunahme bedeutet.

Die beträchtliche Streuung der Mietpreise nach Art der Wohnungsausstattung geht aus der Verbraucherpreisstatistik für Wohnungen aus dem öffentlich geförderten Wohnungsbau hervor. Danach schwankte die Miete für eine Zweizimmerwohnung im Juni 1978 zwischen 152,- DM (Altbau ohne Bad aus der Zeit vor 1924) und 287,- DM (Neubau mit Bad und Zentralheizung aus der Zeit nach 1948).

Tabelle 3

Ehepaare mit und ohne Kinder nach Wohnverhältnis und Eheschließungsjahr 1978

Wohnverhältnis	Ehepaare insgesamt	Davon			
		Eheschließung vor 1972		Eheschließung 1972 und später	
		1000	%	1000	%
Eigentümer	1 008,8	942,5	93	66,3	7
davon ohne Kinder	487,8	459,2	94	28,6	6
mit Kindern	521,0	483,3	93	37,7	7
Hauptmieter	1 053,5	813,2	77	240,3	23
davon ohne Kinder	478,3	389,2	77	109,1	23
mit Kindern	575,2	444,0	77	131,2	23
Untermieter	19,5	13,7	70	(5,8)	(30)
davon ohne Kinder	10,5	(7,4)	(70)	(.)	(.)
mit Kindern	(9,0)	(6,3)	(70)	(.)	(.)
Ehepaare insgesamt	2 081,8	1 769,4	85	312,4	15
davon ohne Kinder	976,6	835,8	86	140,8	14
mit Kindern	1 105,2	933,6	84	171,6	16

Bei freifinanzierten Wohnungen betrug die Durchschnittsmiete im Land für eine Dreizimmerwohnung in einem Mehrfamilienhaus in guter Wohnlage und mit Zentralheizung, Kachelbad sowie Balkon, erbaut nach 1948 rund 390,- DM. Entsprechend der Wohnfläche von 75 bis 85 qm würde sich danach ein Mietpreis je qm von 4,60 bis 5,20 DM ergeben. Diese Durchschnittsmieten entsprechen nach dem neuesten Mietpiegel durchaus den Werten für Stuttgart, die dort für vergleichbare Wohnungen mit der Bauzeit 1948 bis 1960 angegeben werden. Allerdings liegen die Werte für eine Bauzeit von 1976 bis 1978 bei 6,20 bis 7,40 DM/qm, was auch als Indiz für regionale Unterschiede der Mietpreise angesehen werden darf.

Zusammenfassung

Die Versorgung des Landes Baden-Württemberg mit Wohnungen, gemessen an der Größe „Wohnung je Haushalt“, kann zwar insgesamt als ausgeglichen angesehen werden, doch treten nicht unerhebliche Engpässe in den größeren Städten auf. Der Versorgungsfaktor für Agglomerationszentren liegt unter Berücksichtigung der Fluktuationsreserve bei 0,956 Wohnungen je Haushalt.

Neben dieser quantitativen Komponente zeigt sich die globale Verbesserung der Wohnungsver-sorgung aber auch in qualitativer Hinsicht – so in der gestiegenen Wohnfläche je Person, in der verbesserten Altersstruktur der Gebäude, in neueren

Heizungssystemen und in einer weiteren Zunahme des allgemeinen Wohnkomforts, nicht zuletzt infolge der intensiven Modernisierungsförderung.

Auch die gestiegene Zahl der Haushalte, die in den eigenen vier Wänden lebt, kann als Indiz für eine Steigerung der subjektiven Lebensqualität angesehen werden. Insbesondere ist auch die Zahl der Familien mit Kindern gestiegen, die in eigenen Wohnungen leben.

Die Wertchätzung des eigenen Heims zeigt sich auch darin, daß trotz einer überdurchschnittlichen Steigerung der Baupreise und Baulandpreise bisher kein wesentlicher Rückgang des Baus von Ein- und Zweifamilienhäusern eingetreten ist.

Notwendig ist aber auch, daß der freifinanzierte Wohnungsbau wieder einen Stand erreicht, der in nennenswertem Umfang zur Beseitigung der Wohnungsengpässe beiträgt.

4. Die älteren Menschen

Durch die steigende Lebenserwartung und durch den seit Mitte der 60er Jahre anhaltenden Geburtenrückgang vollzieht sich eine Umstrukturierung im Altersaufbau der Bevölkerung: der Anteil der Kinder und Jugendlichen schrumpft, der der alten Menschen steigt ständig. Im Gegensatz zum Kindesalter, dessen Entwicklungsphasen leicht zu definieren sind, ist die Frage, wann ein Mensch als älter oder gar alt bezeichnet werden sollte, schwerer zu beantworten. Es gibt, wie Alltag und Geschichte zeigen, beachtliche Spannen, innerhalb derer sich die Verminderung der Leistungsfähigkeit oder der Bedarf an Fürsorge und Unterstützung – Erscheinungen, die gemeinhin mit dem Alter verbunden werden – vollziehen. Der Schwellenwert muß deshalb per Konvention festgelegt werden. In dieser Untersuchung soll, soweit die Datenbasis dies zuläßt, die Altersgruppe der Menschen, die 65 Jahre alt oder älter sind, als „ältere Menschen“ bezeichnet werden.

Überproportionale Zunahme der älteren Menschen

Die gegenwärtige Altersstruktur ist durch zwei Besonderheiten gekennzeichnet: Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren beträgt nur ein Fünftel der Gesamtbevölkerung (19,3%) und war noch nie so klein wie heute. Auf der anderen Seite macht die Quote der älteren Menschen mit 65 und mehr Jahren ein Siebentel der Gesamtbevölkerung (14,4%) aus und war noch nie so groß wie zur Zeit (*Tabelle 1*). Allein seit 1950 hat sich die Zahl der älteren Menschen mehr als verdoppelt. Am Anfang des Jahres 1980 standen von den 9,190 Mill. Einwohnern des Landes Baden-Württemberg 1,323 Mill. im Alter von 65 und mehr Jahren. Davon waren 1,306 Mill. Deutsche, die Quote liegt beim deutschen Bevölkerungsanteil sogar bei 15,7%.

Die Altersaufstockung zeigt sich auch darin, daß das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt, und zwar neuerdings in besonderem Maße, obwohl es durch die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte mit ihren Familienangehörigen und ihre hier stattfindenden Geburten sicher erheblich nach der anderen Seite hin beeinflusst worden ist. So lag das Durchschnittsalter der Bevölkerung Baden-Württembergs 1950 bei 34,3, 1961 bei 34,9 und 1979 bei 36,8 Jahren.

Tabelle 1

Ältere Menschen¹⁾ und Gesamtbevölkerung 1871 bis 1979

Bezeichnung	Einheit	1871	1900	1925	1950	1970	1979
Gesamtbevölkerung	in 1000	3 346	4 104	4 964	6 430	8 895	9 190
	1871 = 100	100	123	148	192	266	275
darunter							
Ältere Menschen ¹⁾	in 1000	173	215	284	606	1 038	1 323
	1871 = 100	100	124	164	350	600	765
Anteil der Altersgruppen							
unter 15 Jahre	in %	33,1	33,2	26,7	23,9	24,3	19,3
15 bis unter 65 Jahre	in %	61,7	61,6	67,6	66,7	63,9	66,3
65 und mehr Jahre	in %	5,2	5,2	5,7	9,4	11,8	14,4

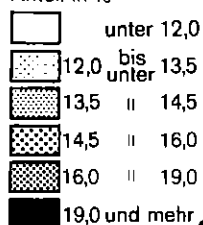
1) Im Alter von 65 und mehr Jahren.

Über ein Drittel der älteren Menschen steht im Alter zwischen 65 und 70 Jahren, fast drei Zehntel sind 70 bis 75 Jahre und ein Fünftel sind 75 bis 80 Jahre alt. Fast 208 000 Personen oder mehr als ein Siebtel aller älteren Menschen sind über 80 Jahre alt.

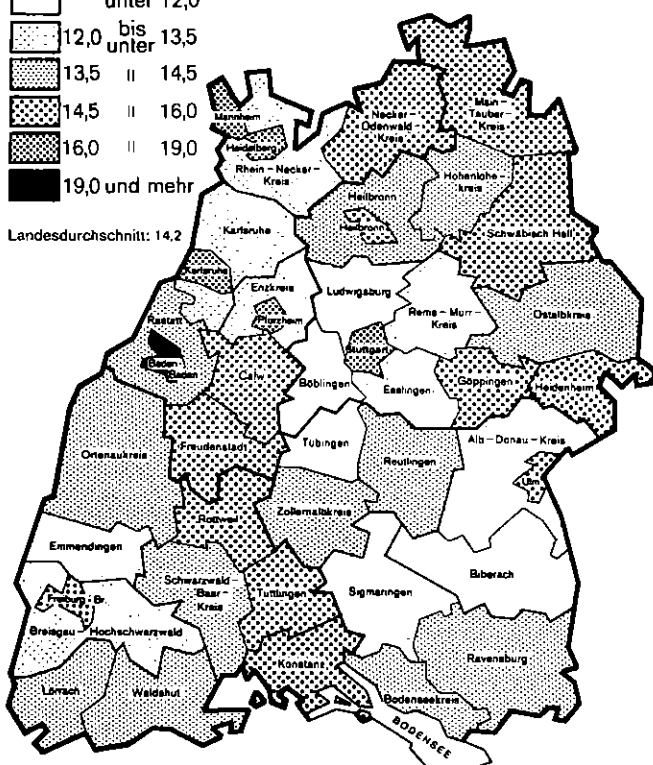
Schaubild 1

Anteil der älteren Menschen¹⁾ an der Gesamtbevölkerung in den Stadt- und Landkreisen am Jahresanfang 1979

Anteil in %



Landesdurchschnitt: 14,2



1) Im Alter von 65 und mehr Jahren.

178 80

Die gegenwärtige Situation hat ihre Ursachen in verschiedenen Entwicklungen:

- Die jährliche Geburtenhäufigkeit ging in den letzten 100 Jahren von 43,2 auf 9,8 je 1000 Einwohner zurück.
- In demselben Zeitraum ging die Zahl der Sterbefälle von 30,8 auf 10,3 je 1000 Einwohner zurück. Außerordentlich hoch war der Rückgang der Sterblichkeit von Kindern im ersten Lebensjahr: sie sank während der letzten 100 Jahre von 309 auf weniger als 11 je 1000 Lebendgeborene.
- Der Sterblichkeitsrückgang bedeutete eine allgemeine Verlängerung der Lebensdauer, die sich besonders stark im höheren Lebensalter auswirkt. Die durchschnittliche Lebenserwartung hat sich seit 1852/63 bei einem 65jährigen Mann von 9 auf 12 Jahre und bei einer 65jährigen Frau von knapp 9 auf etwas über 15 Jahre erhöht. Die Besonderheit dieser Entwicklung wird deutlich, wenn berücksichtigt wird, daß von 100 000 lebendgeborenen Knaben bzw. Mädchen vor 100 Jahren nur rund 19 000 Männer bzw. 20 000 Frauen den 65. Geburtstag erlebten, heute jedoch fast 71 000 Männer bzw. über 83 000 Frauen.

Der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung unterscheidet sich in den einzelnen Stadt- und Landkreisen recht beträchtlich (*Schaubild 1*). Bei niedrigen Anteilen handelt es sich im allgemeinen um Kreise, die viele und vor allem jüngere im Erwerbsleben sowie in Ausbildung stehende Zuwanderer, insbesondere auch ausländische Arbeitskräfte, aufgenommen haben. Ist der Anteil hoch, sind es in der Regel Kreise, aus denen viele junge Leute im erwerbsfähigen Alter abwandern oder die besondere Voraussetzungen für den Zuzug

älterer Menschen aufweisen. Zu letzteren zählt in erster Linie Baden-Baden mit einem Anteil der älteren Menschen von über einem Fünftel der Bevölkerung (22,0%). Verhältnismäßig hoch ist der Prozentsatz (16% und mehr) auch in den Stadtkreisen Stuttgart, Karlsruhe, Pforzheim, Mannheim und Heidelberg (vgl. *Tabelle 5, Anhang*).

Frauen weit in der Mehrzahl – hoher Anteil Alleinlebender

Von den 1,323 Mill. älterer Menschen in Baden-Württemberg sind 486 000 (37%) Männer und 837 000 (63%) Frauen, das heißt es kommen 1700 Frauen auf 1000 Männer. Einmal liegen die Ursachen der bestehenden Geschlechterrelation in der Übersterblichkeit der Männer, die in der im Vergleich zum weiblichen Geschlecht höheren Sterblichkeit im Säuglingsalter und in den folgenden Altersstufen (Spielalter, Schulalter, Erwerbsalter) sowie in geschlechtsspezifischen Verhaltensweisen (u. a. Straßenverkehr) begründet ist. Zum anderen kommt bei der jetzigen Generation der älteren Menschen noch hinzu, daß bei ihr die Männerseite durch die in beiden Weltkriegen erlittenen Verluste dezimiert worden ist (*Tabelle 2*).

Diese Situation wirkt sich aus auf das Zusammenleben älterer Menschen in Haushalten. Von den knapp 3,6 Mill. Privathaushalten hatte 1979 gut jeder vierte einen Haushaltsvorstand von 65 und mehr Jahren, 1970 war es noch jeder fünfte. In 320 000 Zweipersonenhaushalten war 1979 der Haushaltsvorstand ein älterer Mann, nur in 46 000 eine ältere Frau. Dagegen lebten 72 000 ältere Männer und 404 000 ältere Frauen allein. Der Anteil der älteren Menschen, die allein leben, hat sich damit von 27% im Jahr 1970 auf 37% im Jahr 1979 erhöht. 1979 waren von den älteren Menschen, die alleine einen Haushalt führen, 85% Frauen.

Tabelle 3

Ältere Menschen¹⁾ nach dem Familienstand am Jahresanfang 1980

Alter von ... bis unter ... Jahren	Männer				Frauen			
	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden	ledig	verheiratet	verwitwet	ge- schieden
	%							
65 – 70	3,7	87,0	7,2	2,1	9,8	45,5	40,9	3,8
70 – 75	4,0	81,0	13,2	1,8	11,3	34,4	51,2	3,1
75 – 80	4,2	71,6	22,9	1,4	12,8	22,8	61,9	2,5
80 und älter	4,9	52,1	42,4	0,6	13,7	11,3	74,1	0,9
Ältere Menschen ¹⁾ zusammen	4,1	77,5	16,7	1,7	11,5	31,8	53,9	2,9
Dagegen Gesamtbevölkerung	45,8	50,0	2,3	1,9	38,3	46,2	12,8	2,7

1) 65 Jahre und älter.

Tabelle 2

Das Geschlechtsverhältnis der Bevölkerung nach dem Alter

Alter von...bis unter ...Jahre	Auf 1000 männliche Personen kommen ... weibliche gleichen Alters					
	1900	1925	1939	1950	1961	1979
unter 1	991	968	965	965	958	965
1 – 5	1 006	976	965	949	954	954
5 – 10	1 015	979	968	967	958	965
10 – 15	1 008	991	978	970	952	953
15 – 20	991	986	1 003	975	948	946
20 – 25	1 001	1 003	960	1 036	941	950
25 – 30	1 013	1 188	994	1 369	891	987
30 – 35	1 024	1 317	1 009	1 411	928	931
35 – 40	1 038	1 221	1 033	1 347	1 251	930
40 – 45	1 066	1 120	1 253	1 244	1 386	928
45 – 50	1 096	1 073	1 326	1 133	1 356	926
50 – 55	1 142	1 047	1 225	1 238	1 281	1 068
55 – 60	1 143	1 062	1 143	1 394	1 201	1 453
60 – 65	1 148	1 111	1 097	1 338	1 283	1 529
65 – 70	1 176	1 184	1 101	1 254	1 554	1 575
70 – 75	1 197	1 247	1 154	1 225	1 562	1 635
75 – 80	1 225	1 331	1 232	1 235	1 509	1 747
80 – 85	1 190	1 343	1 357	1 339	1 512	2 215
85 – 90	1 211	1 493	1 565	1 566	1 586	2 547
90 und mehr	1 427	1 726	1 964	1 846	1 822	2 226
Zusammen	1 041	1 074	1 058	1 158	1 108	1 078

Diese Entwicklung erscheint insofern bemerkenswert, als das Leben in einem Einpersonenhaushalt ein Kriterium für die Vereinsamung dieser Bevölkerungsgruppe sein kann, wenn auch dieses Empfinden vor allem von der persönlichen Einstellung des Menschen zu seiner Umwelt abhängt. Auch wenn man davon ausgeht, daß nur ein Teil der in Einzelhaushalten lebenden älteren Menschen ohne nennenswerte Außenkontakte lebt, so zeigt sich hier eine gesellschaftspolitische Aufgabe erheblichen Ausmaßes.

Die Tatsache, daß erheblich mehr ältere Frauen alleine leben, steht in engem Zusammenhang mit dem Familienstand (*Tabelle 3*). Denn während noch über drei Viertel aller älteren Männer verheiratet sind, lebt mehr als die Hälfte der älteren Frauen im Witwenstand und nur ein knappes Drittel ist noch verheiratet. Eine höhere Lebenserwartung der Frauen, der hohe Verlust der Männer in den beiden Weltkriegen und die dadurch bedingte vergleichsweise geringere Wiederverheiratungschance der verwitweten Frauen erklären die große Differenz zwischen den Anteilen der Verheirateten und Verwitweten bei beiden Geschlechtern.

Veränderungen der Zahl älterer Menschen

Die Zahl der Menschen, die das 65. Lebensjahr erreichen, beträgt gegenwärtig in jedem Jahr über 95 000, während die Zahl der Sterbefälle älterer Menschen pro Jahr bei etwa 70 000 liegt, so daß die Gesamtheit der älteren Menschen zur Zeit jährlich mindestens um 25 000 größer wird. Bei leicht sinkender Gesamtsterblichkeit während der letzten drei Jahre ist speziell bei den älteren Menschen durchweg ein deutlicher Rückgang der Sterbeziffer festzustellen (*Tabelle 4*). Danach zeichnet sich in diesem Altersbereich sowohl bei Männern als auch bei Frauen eine weitere Steigerung der Lebenserwartung ab.

Die Zahl und die Zusammensetzung der älteren Menschen ändert sich außerdem durch Wanderungen, wenn die ältere Generation daran auch weit schwächer beteiligt ist als es ihrem Bevölkerungs-

anteil entspricht. Im Jahr 1979 zogen immerhin knapp 900 ältere Männer und 1700 ältere Frauen mehr nach Baden-Württemberg zu als gleichzeitig abwanderten. Bei der deutschen Bevölkerung Baden-Württembergs entfiel mit über 2600 Personen fast ein Siebtel des gesamten Wanderungsgewinns des Jahres 1979 (18 700 Personen) auf Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren. Diese Zahlen machen deutlich, daß unser Land weiterhin für die im Ruhestand Lebenden attraktiv ist.

Krankheiten der Kreislaufsysteme sind die weitaus häufigste Todesursache der älteren Männer und Frauen. Bis etwa zum Alter von 80 Jahren stehen die Herzkrankheiten im Vordergrund, sie werden aber in höherem Alter durch Hirngefäßkrankheiten zahlenmäßig übertroffen. Die Sterblichkeit an bösartigen Neubildungen nimmt zwar im höheren Lebensalter zu, aber der Anteil des Krebses an der Gesamtsterblichkeit der älteren Generation sinkt mit zunehmendem Alter (*Tabelle 5*). Was die sogenannten unnatürlichen Todesursachen betrifft, waren die Sterbeziffern bei der älteren Bevölkerung im Vergleich zu den natürlichen Todesursachen auffallend niedrig. Bei Selbstmorden lagen nach einer Untersuchung gerade bei älteren Menschen nicht selten schwere und unheilbare Krankheiten sowie Depressionen vor, die wenigstens teilweise das auslösende Moment gewesen sein dürften.

Die altersbedingte Einschränkung der Reaktionsfähigkeit und die geringere Regenerationsfähigkeit zeigt sich deutlich an der Unfallhäufigkeit. So sind die 65jährigen und älteren zu mehr als 86% an den tödlichen Stürzen im häuslichen Bereich beteiligt, bei den Unfällen im häuslichen Bereich insgesamt zu drei Vierteln. Ältere Menschen sterben auch überproportional oft an den Folgen von Straßenverkehrsunfällen. Bezogen auf 100 000 Personen erlitten 1978 bei den älteren Menschen 36 tödliche Verletzungen, bei der Gesamtbevölkerung demgegenüber 25. Der Anteil der Getöteten an den bei Verkehrsunfällen verunglückten Personen betrug 1978 bei der Bevölkerung insgesamt 3%, bei den älteren Menschen dagegen 10%.

Die relativ hohe Zahl der tödlichen Verletzungen der älteren Menschen dürfte wesentlich von zwei Faktoren bestimmt sein: Zum einen hat der Körper mit wachsendem Alter eine geringere Widerstandsfähigkeit, zum anderen spiegeln die genannten Zahlen die Unterschiede in der Art der Beteiligung am Unfallgeschehen wider. Nur 8% aller an Unfällen mit Personenschäden Beteiligten¹, aber über 30% der unfallbeteiligten älteren Menschen waren 1978 Fußgänger, und Fußgänger sind Unfällen besonders schutzlos ausgesetzt. Generell

Tabelle 4
Sterbefälle der älteren Menschen¹⁾

Bezeichnung	Männer		Frauen	
	1970	1979	1970	1979
Sterbefälle insgesamt	46 328	44 678	46 300	46 835
darunter				
ältere Menschen (Anzahl)	29 714	31 648	35 433	39 118
(in %)	64,1	70,8	76,5	83,5
Sterbeziffer ²⁾ der älteren Menschen zusammen	73,8	68,3	55,8	49,4
Davon im Alter				
65 — 70	41,7	33,1	21,4	16,6
70 — 75	63,6	56,9	38,6	30,7
75 — 80	97,7	91,2	71,5	57,6
80 — 90	171,3	162,1	143,7	128,3
90 und älter	332,7	257,8	326,8	277,7

1) Im Alter von 65 und mehr Jahren, — 2) 1978 auf 1000 der mittleren Bevölkerung (der jeweiligen Altersgruppe).

¹ Hier werden die Mitfahrer (Beifahrer) der unfallbeteiligten Fahrzeuge nicht mitgezählt.

Tabelle 5

Todesursachen der älteren Menschen¹⁾ 1978

Todesursachen ²⁾	Sterbefälle von Menschen im Alter von ... bis unter ... Jahren					
	65 – 75		75 – 85		85 und darüber	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	auf 100 000 der jeweiligen mittleren Bevölkerung					
Natürliche Todesursachen (000 – 796,9)	4 226,1	2 226,5	10 474,8	7 332,4	21 536,4	19 957,1
darunter						
Bösartige Neubildungen (140 – 199)	1 049,9	599,2	2 119,8	1 177,6	2 463,8	1 858,5
darunter						
des Magens (151)	152,1	74,9	348,2	208,8	404,8	402,7
der Atmungsorgane (160 – 163)	309,7	29,7	431,5	52,7	290,5	64,2
Krankheiten des Kreislaufsystems (390 – 458)	2 194,4	1 161,8	5 925,8	4 762,2	13 434,3	13 702,2
darunter						
akuter Herzmuskelinfarkt (410)	805,6	287,0	1 270,7	669,0	1 525,0	997,9
sonstige ischämische Herzkrankheiten (411 – 414)	273,6	149,8	1 024,8	829,9	2 847,7	2 955,9
chronische nicht rheumatische Herzmuskelkrankheiten (425, 428)	172,5	117,4	716,3	673,4	2 494,9	2 697,1
Hirngefäßkrankheiten (430 – 438, 400,2)	591,8	364,2	1 970,2	1 727,2	4 206,6	4 613,1
Krankheiten der Verdauungsorgane (520 – 577)	297,4	117,4	491,0	298,6	705,4	581,9
darunter						
Leberzirrhose (571)	173,8	44,8	193,2	63,9	145,2	50,9
sonstige Krankheiten der Leber, Gallenblase und der Gallengänge (570, 572 – 576)	29,0	23,5	82,5	70,3	119,3	168,2
Altersschwäche ohne Angabe von Psychose (794)	1,8	1,2	26,7	38,7	461,6	570,8
Unatürliche Todesursache (800 – 999)	144,7	72,8	261,2	175,2	503,1	586,3
darunter						
Kraftfahrzeugunfälle (810 – 819)	36,0	21,5	75,6	31,9	67,4	48,7
Unfälle durch Sturz (880 – 887)	31,5	16,8	86,3	105,0	337,2	506,7
Selbstmord und Selbstbeschädigung (E950 – 959)	57,7	26,6	64,9	20,8	67,4	8,9

1) Im Alter von 65 und mehr Jahren, – 2) Positionsnummern der ICD 1968.

verunglückten allerdings ältere Menschen weniger oft bei Verkehrsunfällen als der Durchschnitt der Bevölkerung: Auf 100 000 der entsprechenden Bevölkerung bezogen, verunglückten 1978 rund 360 ältere Menschen gegenüber 840 bei der Gesamtbevölkerung. Diese Zahlen bringen zum Ausdruck, daß ältere Menschen weniger intensiv am Verkehr teilnehmen als jüngere.

Wenig Erwerbstätige – relativ hohe Arbeitslosigkeit der 60 bis 64jährigen

Dank der Möglichkeit, bereits mit 63 Jahren (bei Männern seit 1974) bzw. 60 Jahren (bei Frauen seit 1957) aus dem Arbeitsleben auszusteigen und Rente zu beziehen, hat die Beschäftigung der 60jährigen und älteren Menschen an Bedeutung verloren.

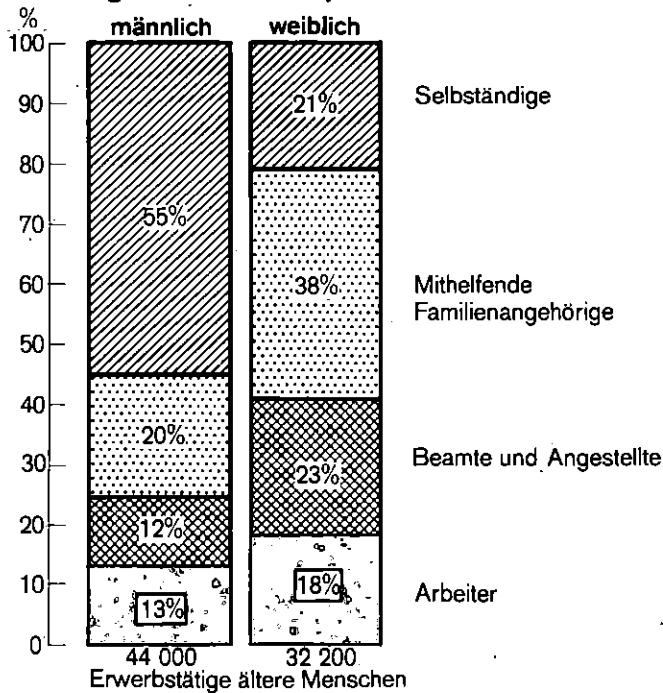
Von den unselbständig beschäftigten Arbeitern und Angestellten waren Ende Juni 1979 bei den Männern 0,7%, bei den Frauen 0,6% 65 Jahre und

älter. Von den Personen, die in diesem Alter ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit beziehen (4,5% der Männer und 2% der Frauen), waren bei den Männern 75% und bei den Frauen knapp 60% Selbständige oder mithelfende Familienangehörige (*Schaubild 2*).

Auf die Altersgruppe der 60-64jährigen entfielen 2,3% der männlichen und 1,6% der weiblichen abhängig Beschäftigten. Entsprechend waren von den 60-64jährigen Männern 1979 bereits knapp 52% keine Erwerbspersonen mehr, bei den Frauen 87% (*Tabelle 6*). Der relativ kleine Teil dieser Altersgruppe, der noch am Erwerbsleben teilnimmt, ist jedoch überproportional stark von Arbeitslosigkeit betroffen. So waren Ende September 1979 in dieser Altersgruppe 1569 Männer und 679 Frauen als arbeitslos registriert. Dies entspricht einer altersspezifischen Arbeitslosenquote von 3,1% zu einem Zeitpunkt, als die allgemeine Arbeitslosenquote 1,9% betrug. Ein Teil dieses Tatbestandes dürfte allerdings darauf zurückzuführen

Schaubild 2

Erwerbstätige ältere Menschen¹⁾ nach der Stellung im Beruf im April 1979



1) Im Alter von 65 und mehr Jahren.

175 80

sein, daß über 60 Jahre alte Arbeitnehmer bei einer Arbeitslosigkeit von wenigstens einem Jahr ein vorgezogenes Altersruhegeld beziehen können.

Zwar hat sich, wie *Tabelle 7* zeigt, die Einkommenssituation der älteren Menschen deutlich gebessert, aber auch heute reichen die Einkünfte

Tabelle 6

Wohnbevölkerung nach überwiegendem Lebensunterhalt und der Beteiligung am Erwerbsleben im April 1979

Bezeichnung	Altersgruppe von...bis unter...Jahren			
	60 – 65	65 und mehr	60 – 65	65 und mehr
	Männer		Frauen	
Wohnbevölkerung	1.000			
	125,6	498,1	189,1	843,2
davon mit überwiegendem Lebensunterhalt durch				
Erwerbstätigkeit	44,7	4,5	10,4	2,1
Rente und dgl. Angehörige	54,1	94,3	54,5	78,5
	(.)	(1,2)	35,1	19,4
davon				
Erwerbspersonen	48,4	8,9	13,1	3,8
Nichterwerbspersonen	51,6	91,1	86,9	96,2

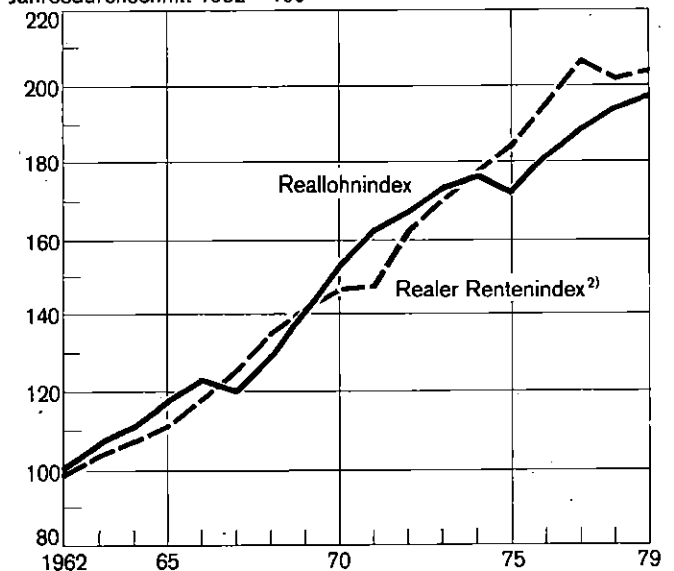
bei einem Teil der älteren Menschen gerade nur aus, die elementaren Bedürfnisse zu befriedigen. 1979 hatte fast jeder zehnte Haushalt (9,4%), dessen Vorstand 65 Jahre und älter ist, ein Nettoeinkommen (Renten und andere Einkünfte) unter 600 DM. Zwischen 600 und 1200 Mark hatten 36,7% dieser Haushalte zur Verfügung. Gering ist das Nettoeinkommen alleinlebender Rentner: Von den Rentnerhaushalten, deren Vorstand verwitwet war, hatten 11,3% weniger als 600 DM, 48,5% zwischen 600 und 1200 Mark, bei den ledigen gar 32,8% unter 600 Mark und weitere 42,9% zwischen 600 und 1200 Mark zur Verfügung.

Ein Teil der Einkommensverbesserungen ist inflationsbedingt. Um hierfür zu einer Größenordnung zu kommen, ist für Renten, als dem wichtigsten Einkommensbestandteil, eine Modellrechnung aufgestellt worden (*Schaubild 3*), die zeigt, wie sich – unter Ausschaltung der Preissteigerungen – die reale Altersrente eines Durchschnittsverdieners seit 1962 im Vergleich zu den realen Bruttolöhnen entwickelt hat. Das Schaubild zeigt, daß sich die realen Renten in knapp 20 Jahren verdoppelt haben.

Schaubild 3

Entwicklung¹⁾ der realen Altersrenten und des Reallohnindex

Jahresdurchschnitt 1962 = 100



1) Jeweils zum 1. Juli des Jahres.

2) Index der Bestandsrenten in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten bei 40 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren und einer persönlichen Bemessungsgrundlage von 100% (Durchschnittsverdienst). Quelle: Sachverständigenrat Jahresgutachten 1979/80.

214 80

Tabelle 7

Nettoeinkommen der Haushalte ¹⁾ von älteren Menschen

Haushaltstyp	Jahr	Mit einem angegebenen monatlichen Nettohaushaltseinkommen von bis unter DM			
		unter 600	600 1 200	1 200 1 800	1 800 und mehr
		% ²⁾			
Haushaltsvorstand 65 Jahre und älter	1972	36,3	40,4	13,4	(9,9)
	1979	(9,4)	36,7	25,8	28,1
Haushaltsvorstand Rentner	1972	36,9	40,0	13,5	(9,6)
	1979	11,0	35,6	24,8	28,5
darunter verwitwet	1972	47,9	34,8	(9,9)	(7,4)
	1979	11,3	48,5	22,8	17,3
ledig	1972	65,0	26,6	(6,6)	(,)
	1979	32,8	42,9	14,5	(9,8)

1) Ohne Anstaltsbevölkerung. — 2) Die Anteilswerte beziehen sich lediglich auf Haushalte, deren Vorstände ein Einkommen angegeben haben.

Die verbesserte Lebensqualität der älteren Menschen läßt sich auch an der Ausstattung mit Gebrauchsgütern messen, die teils schwere körperliche Arbeiten im Haushalt erleichtern, teils zur Kommunikation mit der Außenwelt wichtig sind. So hatten 1978 im Bundesgebiet 65% der Rentnerhaushalte von älteren Menschen Telefon (1973: 44%), knapp 92% ein Fernsehgerät (1973: knapp 82%) und 53% eine automatische Waschmaschine (1973: 36%). Relativ schlechter ist dagegen immer noch die Ausstattung der Haushalte alleinlebender Frauen (vgl. *Tabelle 8*).

Trotz des relativ niederen Einkommens der Haushalte älterer Menschen und der dadurch bedingten geringeren Spar- und Vermögensbildungstätigkeit ist ihre Vermögenslage in der Regel besser, als nach ihrem derzeitigen Einkommen zu vermuten wäre (*Tabelle 6 Anhang*). Während der langen Zeit der Erwerbstätigkeit und des damit verbundenen besseren Verdienstes war es ihnen möglich, Haus- und Grundbesitz oder Kapitalvermögen anzusammeln. Allerdings dürften die hier aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978 aufgezeigten Verhältnisse etwas zu günstig sein, da die Gruppe der Einpersonenhaushalte der Nichterwerbstätigen in den unteren Einkommensklassen vergleichsweise unterrepräsentiert ist. Trotz aller Einschränkungen kann man doch sagen, daß die

Tabelle 8

Ausstattung der Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern ¹⁾

Gebrauchsgüter	Ausstattung der Haushalte 1973			Ausstattung der Haushalte 1978		
	insgesamt	darunter Haushalte mit nichterwerbs- tätigem Haushaltsvorstand von 65 und mehr Jahren		insgesamt	darunter Haushalte mit nichterwerbs- tätigem Haushaltsvorstand von 65 und mehr Jahren	
		zusammen	darunter Haushalte von alleinlebenden Frauen		zusammen	darunter Haushalte von alleinlebenden Frauen
%						
PKW	55,3	17,4	(1,4)	61,8	24,8	4,0
darunter						
fabrikneu gekauft	32,7	11,5	(1,1)	36,8	16,6	3,1
Fernsehgerät	87,2	81,5	73,0	93,2	91,5	87,6
darunter						
Farbfernsehgerät	15,0	13,6	8,6	50,0	45,5	33,5
Geschirrspülmaschine	6,9	1,2	—	15,3	3,6	(0,9)
Waschmaschine (elektrisch, mit eingebauter Schleuder)	58,5	35,9	17,7	69,6	53,0	36,1
Telefon	51,0	43,6	38,2	69,5	65,1	60,8

1) Im Bundesgebiet.
Anmerkung: () = relative Standardfehler zwischen 10 und 20%.

hier interessierenden Haushalte an den verschiedenen Anlageformen ohne große Unterschiede zur Gesamtzahl der Haushalte teilhaben. Am Gesamtvermögen der Haushalte ist der Kreis deutlich unterrepräsentiert, allerdings hat er auch erheblich weniger Schulden (*Tabelle 7, Anhang*).

Sozialleistungen für ältere Menschen

Die Höhe der in einem Jahr für das Alter aufgewendeten Sozialleistungen läßt sich am Sozialbudget ablesen. Für Baden-Württemberg werden zwei Sozialbudgets berechnet, die zusammen die Gesamtheit der Sozialleistungen ausweisen. Sozialbudget I gibt einen Landesauschnitt der bundesgesetzlichen Ausgaben und Arbeitgeberleistungen wieder. Der Hauptanteil entfällt hier auf Ausgaben zur Sozialen Sicherung, vor allem Leistungen der Rentenversicherungsträger, sowie auf Kriegsopferversorgung und Sozialhilfe. Zur Ergänzung ihrer Einkommen erhielten 1978 etwa 51600 Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren Sozialhilfe. Auf 1000 Personen dieser Altersgruppe kamen in Baden-Württemberg allerdings nur 40 Sozialhilfeempfänger gegenüber 67 (1977) im Bundesgebiet.

Der überwiegenden Mehrzahl der Älteren (71,7%) wurde die Sozialhilfe als Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährt. Der Schwerpunkt liegt dabei ganz eindeutig bei der Krankenhilfe und der Hilfe zur Pflege. Bei der letzteren war 1978 mehr als jeder zweite Hilfeempfänger (55%) 65 Jahre und älter. Von denjenigen, die Hilfe zur Pflege erhalten, befindet sich der überwiegende Teil in Anstalten. Bereits 1973 erhielt ein Drittel der Bewohner von Altenheimen und etwas mehr als die Hälfte der

Bewohner von Altenpflegeheimen zur Deckung der Heimkosten einen Zuschuß der Sozialhilfe. Diese Anteile dürften inzwischen weiter gestiegen sein.

Zusätzlich zu den Leistungen nach bundesgesetzlichen Maßnahmen werden auf Landes- und Gemeindeebene Leistungen erbracht, die landesspezifische Tätigkeitsbereiche umfassen. (Sozialbudget II). Der Schwerpunkt liegt hier bei den Investitionen für die soziale Infrastruktur, vor allem Baumaßnahmen und Personalausgaben. Die Ausgaben für das Alter beider Sozialbudgets zusammengenommen schlugen 1978 (nach den Haushaltsansätzen) mit 19,6 Mrd. DM zu Buche, fast das Anderthalbfache gegenüber 1970 (*Tabelle 9*). Pro Kopf der älteren Menschen entfiel 1978 ein Betrag von 15 000 DM, immerhin noch knapp das Doppelte gegenüber 1970. Der Anteil dieser Aufwendungen am Bruttoinlandsprodukt stieg in diesem Zeitraum von 7,5% auf 9,7%.

Rascher Ausbau der Sozialstationen – Weiterer Bedarf an Heimplätzen

Der weitaus größte Teil der älteren Menschen ist in der Lage, auftretende Beschwerden des Alters aus eigener Kraft, bzw. mit Hilfe des Ehepartners, der Kinder oder anderer Angehöriger zu meistern. Tritt jedoch Gebrechlichkeit oder Pflegebedürftigkeit ein, offenbart sich der zunehmende Funktionsverlust der Kleinfamilie, in der die nachfolgenden Generationen zumeist leben. Durch berufliche Mobilität bedingte räumliche Entfernung und das Leben im knappen Wohnraum der Ballungsgebiete bewirken mit, daß organisierte Hilfen der Gemeinschaft in zunehmendem Maße einspringen müssen. In der Denkschrift „Altenhilfe in Baden-Württemberg“ hat die Landesregierung bereits 1973 hierzu ihre Zielvorstellungen entwickelt. Dabei wird dem Ausbau der sogenannten offenen Hilfen, die den hilfsbedürftigen älteren Menschen im vertrauten bisherigen Lebensbereich gewährt werden können, Vorrang eingeräumt. Die von den älteren Menschen gewünschte Selbständigkeit und Unabhängigkeit, aber auch die gewachsenen Kontakte zur Umwelt blieben auf diese Weise so lange wie möglich erhalten.

Eine rasch wachsende Rolle bei der Versorgung gerade der älteren Menschen mit diesen häuslichen und pflegerischen Diensten spielen die Sozialstationen. Etwa drei Viertel der von diesen Einrichtungen betreuten Menschen sind über 65 Jahre alt. Die ersten Sozialstationen wurden 1973 als Modellversuche eingerichtet, 1977 begann die Allgemeinförderung. Ziel ist der Ausbau eines flächendeckenden Netzes von etwa 400

Tabelle 9

Leistungen im Sozialbudget für die Ausgabenart „Alter“

Leistung Kennziffer	Einheit	Jahr	
		1970	1978 ¹⁾
Im Sozialbudget I	Mill. DM	7 829	19 346
Im Sozialbudget II	Mill. DM	109	219
Insgesamt	Mill. DM	7 938	19 565
Anteil am Bruttoinlandsprodukt	%	7,5	9,7
Betrag je Kopf der Bevölkerung von 65 und mehr Jahren	DM	7 650	15 232

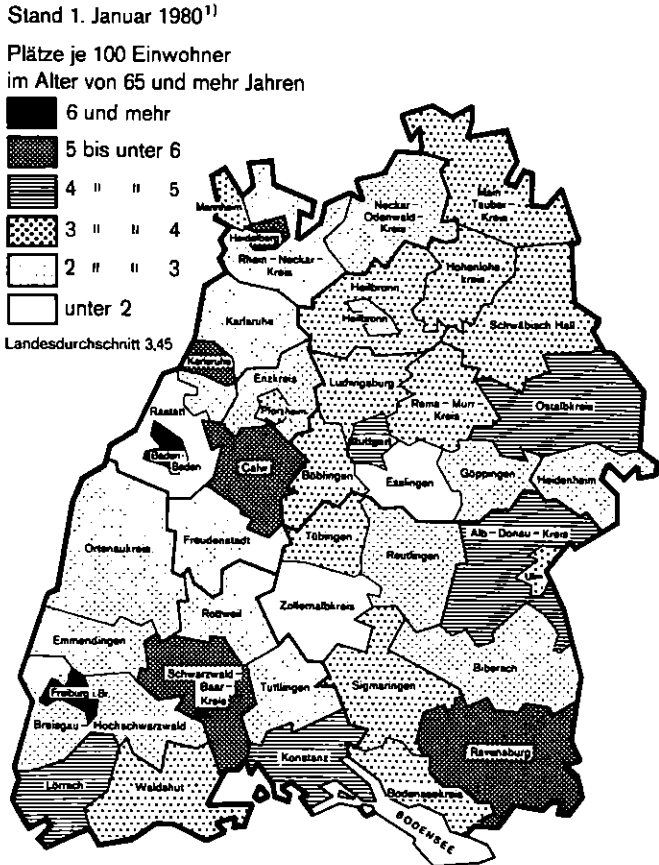
1) Haushaltsansätze.

Sozialstationen in Baden-Württemberg. Im Frühjahr 1980 waren mit knapp 300 rund drei Viertel aller insgesamt geplanten Sozialstationen eingerichtet, deren Einzugsbereich derzeit im Durchschnitt 23 000 Einwohner umfaßt. Die Ausbauphase wird voraussichtlich Mitte der achtziger Jahre abgeschlossen sein. Ausgebaut werden auch die Altenbegegnungsstätten (z. Zt. rund 2350), die Nachbarschaftshilfen und die Erholungsmöglichkeiten für ältere Menschen. Das Land unterstützt die Initiativen der Gemeinden und der freien Träger zum Ausbau der offenen Hilfen.

Für diejenigen älteren Menschen, die einen Heimplatz benötigen, standen bei Jahresbeginn 52 500 Plätze zur Verfügung. Davon waren rund 29 000 Plätze in Altenheimen (mit Versorgung und Betreuung) und 15 800 Plätze in Altenpflegeheimen sowie knapp 7800 Plätze in Altenwohnheimen für Senioren, die sich weitgehend selbst versorgen können. Von dem Zuwachs an Heimplätzen seit 1977 (+2100) entfiel drei Viertel auf den Pflegebereich. Die Zahl der Plätze in Altenpflegeheimen, wo ein besonders großer Nachholbedarf bestand, hat sich seit 1969 verdoppelt. Der Versorgungsgrad an Heimplätzen insgesamt hat sich jedoch seit 1977 nicht verbessert, da auch die Zahl der älteren Menschen entsprechend gestiegen ist (Schaubild 4).

Das Land geht (ohne Altenwohnheime) von einem Bedarf von 5 Alten- und Altenpflegeheimplätzen für je 100 ältere Menschen in Großstädten und 4

Schaubild 4
Versorgung mit Alten- und Altenpflegeheimen



1) Bevölkerung: Stand 1. Januar 1979.
 Quelle: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg.
 217 80

Tabelle 10
Bevölkerungsvorausschätzung für ältere Menschen 1)

Jahres- anfang	Gesamtbevölkerung				Deutsche Bevölkerung			
	Vorausschätzung der Bevölkerung im Alter von . . . bis unter . . . Jahren							
	65 – 70	70 – 75	75 und mehr	65 und mehr	65 – 70	70 – 75	75 und mehr	65 und mehr
	1 000							
1980 ²⁾	457	390	476	1 323	451	386	459	1 305
1985	281	383	555	1 220	273	378	549	1 200
1990	435	238	596	1 269	416	232	588	1 236
1995	445	367	502	1 313	416	352	493	1 261
2000	453	373	533	1 359	409	349	517	1 275
2010	529	475	584	1 588	460	427	542	1 429
2020	497	379	687	1 563	426	308	613	1 348
2030	589	435	647	1 672	552	400	551	1 503
2040	410	472	723	1 605	340	434	662	1 436
2050	358	290	647	1 295	298	234	572	1 105

1) Im Alter von 65 und mehr Jahren, – 2) Ist - Zahlen.

Plätzen in den übrigen Gebieten aus. Daraus errechnet sich ein Bedarf von 54 000 Plätzen, dem zu Beginn des Jahres ein Bestand von rund 45 000 gegenüberstand. Weitere 3000 Plätze waren zu diesem Zeitpunkt im Bau. Die Zunahme der Zahl der älteren Menschen bringt es mit sich, daß auch die Zahl derjenigen steigt, die an psychischen Störungen des höheren Lebensalters leiden. Bisher stehen in gerontopsychiatrischen Pflegeheimen rund 1700 vom Land geförderte Betten zur Verfügung. Das Land beabsichtigt, den weiteren bedarfsgerechten Ausbau dieser Heime zu fördern.

Zahl der älteren Menschen nimmt künftig stark zu

Nach der im Jahr 1978 durchgeführten Modellrechnung² zur langfristigen natürlichen Bevölkerungsentwicklung geht die Zahl der älteren Menschen in den nächsten Jahren, wenn die schwachen Kriegsjahrgänge 1915-1919 nachrücken, leicht zurück (1985: 1,220 Mill.). Von da an beginnt ein zunächst schwacher, dann stärkerer Anstieg, werden doch 10 Jahre nach der Jahrhundertwende schon 1,588 Mill. ältere Menschen gezählt. Damit steigt die Zahl der älteren Menschen in den kommenden 30 Jahren um rund 265 000, eine Zahl, die der Einwohnerzahl von Karlsruhe entspricht.

Nach einem leichten Absinken bleibt ihre Zahl auf etwa 1,550 Mill. konstant bis zum Jahr 2023. Von da an beginnt sich der Geburtenberg von Anfang bis Mitte der 60er Jahre dieses Jahrhunderts auszuwirken, so daß diese Altersgruppe in der Modellrechnung im Jahr 2034 mit 1,726 Mill. Personen den höchsten Stand erreicht (*Tabelle 10*).

Der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung wird sich von zur Zeit 14,4% im Laufe dieses Jahrhunderts nur verhältnismäßig gering auf 15,3% erhöhen. Nach dem Jahr 2000 steigt dieser Anteil jedoch schnell: Im Jahr 2005 liegt er bei 17,4% und übertrifft damit bereits den Anteil der Kinder bis zu 15 Jahren, der zu diesem Zeitpunkt nur noch 15,7% beträgt. In dem Zeitraum zwischen 2030 und 2050 bewegt sich der Anteil der Älteren zwischen 26 und 28% der Gesamtbevölkerung. Mindestens jeder vierte Einwohner Baden-Württembergs gehört dann zu den Älteren.

Zusammenfassung

Der Anteil der älteren Menschen – der Menschen in der Altersgruppe 65 Jahre und älter – an der Bevölkerung war mit einem Siebtel noch nie so groß wie heute. Ursachen hierfür waren vor allem der stetige Rückgang der Sterblichkeit, verbunden mit einer gestiegenen Lebenserwartung und der Rückgang der Geburtenhäufigkeit.

Frauen sind mit 63% bei den älteren Menschen in der Mehrzahl. Rund ein Drittel der älteren Menschen lebt allein in einem Einpersonenhaushalt, 85% hiervon sind Frauen.

Obwohl sich die Einkommenslage der älteren Menschen gebessert hat – so stiegen die realen Renten seit 1962 auf das Doppelte – hat immer noch jeder zehnte Haushalt von älteren Menschen ein Nettoeinkommen unter 600 DM.

Um gebrechlichen Menschen ein Leben in der vertrauten Umgebung zu ermöglichen, wurden die Aktivitäten auf dem Gebiet der offenen Hilfen, vor allem bei Sozialstationen verstärkt. Hier, wie auch bei Heimplätzen, besteht ein weiterer Bedarf.

Auf der Grundlage einer Modellrechnung ergibt sich, daß die Zahl älterer Menschen ab 1985 steigt und ihr Anteil an der Bevölkerung ständig überproportional zunehmen wird, bis ab dem Jahre 2030 jeder vierte Einwohner zu den älteren Menschen gehört.

²Vgl. Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1978/79, S. 35 ff.

5. Die Einkommenssituation der Bevölkerung und gesamtwirtschaftliche Umverteilung

Die Einkommenssituation ist ein zentraler Indikator für die Lebensqualität der Bevölkerung. Einkommen dienen dabei nicht nur der gegenwärtigen Bestreitung des Lebensunterhalts, sondern auch der Absicherung vor Lebensrisiken in der Zukunft, zum Beispiel in Form des Vorsorgesparens. Über die Bedarfsdeckungsmöglichkeit der Haushalte hinaus hat das Einkommen aber auch eine gesellschaftspolitische Dimension, da es Lebensstandard und Lebensstil der Menschen bestimmt. Die Kenntnis von Einkommensniveau und -verteilung gehört somit zu den Grundinformationen sozio-ökonomischer Zusammenhänge¹. Sie ist jedoch darüber hinaus bedeutungsvoll für Fragen zum Beispiel nach der Einkommenssituation bestimmter Bevölkerungsgruppen oder dem Ausmaß und den Auswirkungen der Einkommensumverteilung und dem Zusammenwirken verschiedener Einkommensquellen.

Gruppen, die unterdurchschnittlich an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilgenommen haben, sind zum Teil erst in den letzten 10-15 Jahren aufgetreten. Betroffen sind besonders junge Familien mit Kindern, Familien mit drei und mehr Kindern, unvollständige Familien, also insbesondere alleinstehende Mütter sowie ältere Menschen, vor allem, wenn sie ledig oder geschieden sind. Das Land Baden-Württemberg hat in den vergangenen Jahren versucht, hier gezielt mit familienpolitischen Maßnahmen Akzente zu setzen. Das Familiengeld für nichterwerbstätige Mütter und das Familiendarlehen für junge Ehen seien hier beispielhaft genannt. Darüber hinaus sind steuerliche Entlastungen für Familien und ein dynamischer Familienlastenausgleich gerade auch im Hinblick auf die derzeitige Geburtenentwicklung erwünscht.

Nachfolgend wird versucht, trotz des Fehlens eines in sich geschlossenen Systems von Einkommensstatistiken durch den Zusammenbau verschiedener Datenquellen sowie über Sonderauswertungen einige Aspekte dieses vielschichtigen Themenkreises transparent zu machen². Dabei werden im allgemeinen nur monetäre Einkommen betrachtet. Diese Beschränkung wird dabei von den verwendeten

Statistiken vorgegeben. Daneben soll aber punktuell auch auf nichtmonetäre Einkommensteile (Realtransfers) hingewiesen und ihre Bedeutung für bestimmte Gruppen herausgestellt werden³.

Ein wichtiger Aspekt besteht in der Zahl und Art der Einkommensquellen (zum Beispiel Erwerbs- und Vermögenseinkommen, Renten, Kindergeld und andere Sozialtransfers), aus denen Haushalte Einkommen beziehen. Dies ist im Hinblick auf die zunehmende Umverteilungstätigkeit des Staates von Bedeutung, da sich parallel hierzu auch die Tendenz zu mehreren Einkommensquellen pro Haushalt ergibt. Neben den Primär- oder Markteinkommen sind in diesem Sinne die verschiedenen Transfereinkommen zu unterscheiden, die ohne einen zeitlich entsprechenden Beitrag zum Produktionsprozeß erbracht werden.

Durch die Besteuerung der am Markt erzielten Bruttoeinkommen und ihre Belastung mit Sozialabgaben ergibt sich für die Einkommensbezieher die Unterscheidung zwischen Brutto- und Nettoeinkommen. Das Besteuerungsprinzip nach der Leistungsfähigkeit führt dabei zu einem stark progressiven Steuersystem, das eine divergierende Entwicklung zwischen Brutto- und Nettoeinkommen zur Folge hat. Da das Einkommen unter dem Blickwinkel der Bedarfsdeckungsmöglichkeit untersucht werden soll, wird im folgenden primär auf das Nettoeinkommen abgestellt.

Schließlich vermittelt das nominale Einkommen noch keinen Eindruck von der Entwicklung der Kaufkraft, da Einkommenssteigerungen durch inflationäre Prozesse real an Wert verlieren. Dies führt zu der Unterscheidung zwischen nominalen und realen Einkommensnachweisen, wobei die realen Einkommen durch Deflationierung mit dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um die Inflationsverluste bereinigt werden. In der folgenden Analyse wird, soweit es sich um eine Betrachtung für ein bestimmtes Jahr handelt, auf der Basis von Nominaleinkommen argumentiert. Daneben soll im Rahmen der Entwicklung der Einkommensniveaus aber auch auf die Gegenüberstellung von nominalen und realen Größen eingegangen werden.

Grundsätzlich zu bemerken ist ferner, daß immer das Haushaltseinkommen betrachtet wird. Die Wahl dieser Bezugsgröße Haushalt ergibt sich dabei aus seiner Funktion als eine Einheit in der gemeinsam für die Lebensführung gewirtschaftet wird.

¹ Zapf, W. (Hg.): Lebensbedingungen in der Bundesrepublik – sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung –, SPES Bd. 10, 2. Auflage, Frankfurt, New York 1978, S. 323. –

² Zur Situation der Einkommensstatistik informiert: Krupp, H.J.: Möglichkeiten der Verbesserung der Einkommens- und Vermögensstatistik, – Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel – Göttingen, 1975.

³ Zum Einkommensbegriff und Abgrenzung der Empfängereinheiten: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und der Bundesminister für Wirtschaft (Hg.): Zur Einkommenslage der Rentner – Zwischenbericht der Transfer-Enquête-Kommission, Bonn, 1979, S. 49 ff.

Beschränkungen der Analyse liegen insbesondere im Hinblick auf der Einbeziehung gesellschaftspolitisch relevanter Gruppen. Ausgehend von Monatsdaten des Einkommens mußten weitgehend die Selbständigenhaushalte und die Haushalte von Landwirten außer Betracht bleiben.

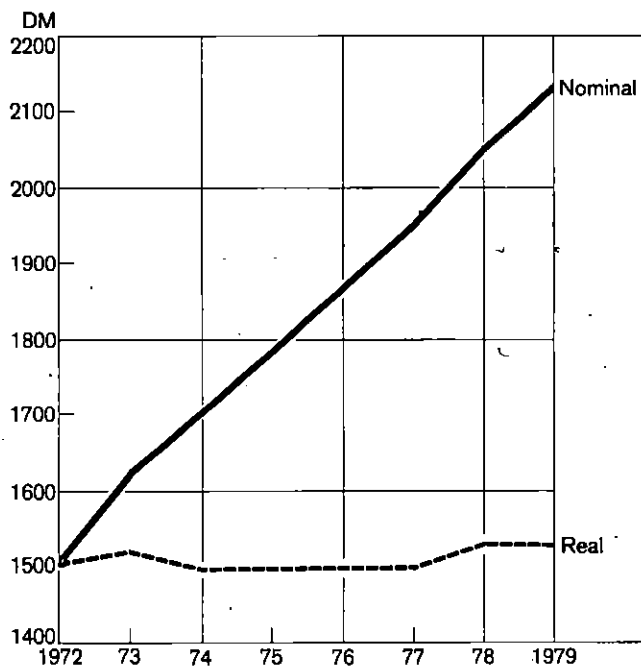
Die nominale und reale Einkommensentwicklung 1972 bis 1979

Nachweise über die zeitliche Entwicklung der Nettohaushaltseinkommen sind aus dem jährlichen Mikrozensus zu entnehmen. Danach kann ganz allgemein festgestellt werden, daß die Haushaltsnettoeinkommen über die betrachteten Jahre hinweg stetig zugenommen haben. So sank der Anteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen zum Teil erheblich. Während noch 1972 um die 13% der Haushalte ein Nettoeinkommen unter 600 DM und 34% ein Einkommen zwischen 600 DM und 1200 DM bezogen, waren es 1979 nur noch 5% bzw. 17%. Auch aus der nächsthöheren Einkommensgruppe zwischen 1200 DM und 1800 DM sind per saldo Haushalte herausgewachsen. Hier betrug der Anteil 1972 noch 28%, im Jahre 1979 nur 22%. Zugenommen hat dagegen der Anteil der Haushalte in den oberen Einkommensgruppen, wobei sich die Hauptmasse in die Klasse über 2500 DM verlagert. (Tabelle 1).

Dieses Bild gibt jedoch nicht den realen finanziellen Spielraum der Haushalte für ihre Bedarfsdeckung wieder, da im betrachteten Zeitraum aufgrund von Preissteigerungen die nominalen Einkommen an Kaufkraft verloren haben. Auskunft über das

Schaubild 1

Entwicklung des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen der Arbeitnehmer- und Nichterwerbstätigen-Haushalte



Ausmaß der inflationären Prozesse gibt der Preisindex für die Lebenshaltung, der für alle privaten Haushalte vom Basiswert 100 (1972) auf 139,5 (1979) gestiegen ist. Deflationiert man die durchschnittliche allgemeine Einkommensentwicklung, so wird der divergierende Verlauf zwischen nominalem und realem Haushaltsnettoeinkommen deutlich. Nominal nahm das durchschnittliche

Tabelle 1

Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen Ergebnisse des Mikrozensus ¹⁾

Jahr	Haushalte insgesamt	Darunter mit Einkommen von ... bis unter ... DM					
		zusammen	unter 600	600 – 1200	1200 – 1800	1800 – 2500	über 2500
	1000	%					
1972	3 269,3	2 995,0	13,5	35,2	25,7	16,4	9,3
1973	3 414,9	3 230,3	10,8	30,3	28,3	18,8	11,8
1974	3 506,0	3 343,1	9,8	27,8	27,5	20,9	14,0
1975	3 441,6	3 151,4	8,5	25,2	26,6	22,2	17,5
1976	3 501,8	3 340,4	7,3	23,3	26,0	22,9	20,5
1977	3 546,7	3 382,3	6,3	21,0	25,6	23,7	23,4
1978	3 536,3	3 370,1	5,4	18,7	24,2	23,7	28,0
1979	3 581,3	3 424,9	5,1	17,0	22,4	23,1	32,4

1) Einschließlich Soldaten.

Haushaltseinkommen von 1506 DM (1972) auf 2137 DM (1979) zu. Real hat sich dagegen mit 1532 DM seit 1972 so gut wie keine Einkommenssteigerung ergeben. Über die einzelnen Jahre hinweg zeigt sich mit Beginn der konjunkturellen und strukturellen Krise im Jahr 1974 sogar ein leicht rückläufiges reales Haushaltsnettoeinkommen, das erst ab 1978 wieder leicht über dem Niveau von 1972 liegt. Trotz jahresdurchschnittlicher Lohn- und Gehaltsverbesserungen im Zeitraum 1972 bis 1979 von 9,7% für Arbeiter und 9,6% für Angestellte, die allerdings in den letzten Jahren rückläufig sind, fließen somit aufgrund von Preissteigerungen, Steuerprogressionen und erhöhten Sozialabgaben den Haushalten heute im Durchschnitt Mittel in gleicher Höhe zur Bedarfsdeckung zu, wie 1972 (*Schaubild 1*).

Uneinheitliche Einkommensentwicklung bei den jungen Haushalten

Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, in welchem Ausmaß sich die nach dem Alter abgegrenzten sozialen Gruppen einkommensmäßig entwickelt haben. Denn die allgemeine Einkommensentwicklung hat sich durchaus nicht für alle Altersjahrgänge gleich schnell und in derselben Richtung vollzogen (*Schaubild 1, Anhang*). Aus Gründen fehlender Datenbasis handelt es sich dabei nicht um eine verlaufsstatistische Darstellung, die die Entwicklung von Lebenseinkommen aufzeigt, sondern um eine komparativ-statische Betrachtungsweise, die bestimmte Altersgruppen jeweils unterschiedlicher Zusammensetzung zu verschiedenen Zeitpunkten analysiert.

Haushaltsvorstände unter 35 Jahren, die bereits 1972 ein Einkommen unter 600 DM bezogen haben, sind auch 1979 noch stark vertreten. Ihr Anteil hat sich bei den unter 25jährigen sogar von 22% auf 25% und bei den 24- bis 35jährigen von 2,3% auf 3,2% erhöht. Hier dürfte es sich in erster Linie um in Ausbildung befindliche Personen (vor allem Studenten) handeln, die in der Regel einen Ein-Personen-Haushalt bilden und ihren Lebensunterhalt von Zuwendungen Angehöriger und von Ausbildungsbeihilfen bestreiten. Diese Haushalte haben in den siebziger Jahren erheblich zugenommen. Für diesen Personenkreis sind allerdings nichtmonetäre Einkommensteile von besonderer Bedeutung. Allein 1980 werden in Baden-Württemberg zur Förderung der Studenten im Hochschulbereich 79 Mill. DM (ohne Investitionsausgaben) aufgebracht, die für den Betrieb von Mensen, Studentenhäusern, Kindertagesstätten, Wohnraumbeschaffung und anderer sozialer Einrichtungen zur Verfügung stehen. Diese nichtmonetären Einkommensteile in Verbindung mit

ermäßigten Nutzungsgebühren einer Reihe von staatlichen Einrichtungen, fallen gerade bei Studentenhaushalten stark ins Gewicht und schlagen sich dort nicht unwesentlich auf die Einkommenslage nieder.

Nichtsdestoweniger dürften in den betrachteten Altersgruppen aber auch besonders einkommensschwache junge Familien enthalten sein, da, wie die Sozialhilfestatistik zeigt, der Anteil junger Haushaltsvorstände an den Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten insgesamt seit 1972 besorgniserregend von 7,9% auf 15,9% (1977) zugenommen hat. Haben 1972 erst 3438 Haushalte mit einem Haushaltsvorstand unter 25 Jahren Sozialhilfe bezogen, so waren es 1977 bereits 10 776. Dies sind 23% der entsprechenden Haushalte, denen 1977 ein Einkommen unter 600 DM zugeflossen ist, oder jeder 20. der jungen Haushalte insgesamt. Bei diesem Vergleich ist jedoch zu beachten, daß der Empfängerkreis durch Gesetz gerade in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet wurde. Die Hauptmasse der Hilfeempfänger (8552) macht eine heterogene Gruppe einzelner Hilfeempfänger aus. Dagegen finden sich lediglich 459 Ehepaare mit und ohne Kinder und 1765 alleinstehende Elternteile mit Kindern unter den Hilfeempfängern, deren Haushaltsvorstand 25 Jahre und jünger ist. Die Ursache der sozialen Notlagen und der daraus resultierenden Einkommensschwäche dieser Haushalte ist in sich gegenseitig bedingenden Faktoren zu suchen wie beispielsweise geringe Ausbildungsqualifikation, Arbeitslosigkeit und gescheiterte Frühehen.

Im Gegensatz dazu haben die Altersjahrgänge unter 25 Jahren bzw. zwischen 25 und 35 Jahren, die 1972 schon auf dem höheren Einkommensniveau zwischen 600 und 1200 DM lagen, von 47,5% (1972) auf 26,2% (1979) bzw. von 35,3% (1972) auf 9,4% (1979) abgenommen. Es sind dies bereits im Erwerbsleben stehende junge Haushaltsvorstände, die ihre Ausbildung hinter sich haben und wie die anderen Erwerbstätigen im Zeitablauf zunehmend in die höheren Einkommensklassen hineingewachsen sind.

Die mittleren Altersgruppen zwischen 35 und 45 Jahren und 45 und 55 Jahren bestimmen von der Zahl her entscheidend die allgemeine Einkommensentwicklung. In beiden Altersklassen betrug der Anteil der Haushalte, denen 1972 ein Einkommen von über 1200 DM zufließt, rund 70%. Aufgrund der Einkommensentwicklung waren es 1979, ohne Berücksichtigung der Preissteigerungen ca. 90%. Lag noch 1972 die Masse dieser Haushalte ziemlich verstreut über den Einkommensklassen, so ergibt sich 1979 eine nicht zu übersehende Konzentration auf die Einkommensgruppe über 2500 DM, in der 45% bzw. 50% der Haushalte liegen.

Eine Ausnahme bilden die Haushalte mit einem Haushaltsvorstand zwischen 55 und 65 Jahren, in denen das Einkommensniveau sichtbar niedriger liegt. Dies hängt mit dem Wegfall bestimmter Einkommensbestandteile zusammen, die sich aus dem Familienzyklus heraus bestimmen und auf die später noch einzugehen ist. Auch hier können jedoch im zeitlichen Verlauf Einkommensverbesserungen durch eine Verlagerung dieser Haushalte in höhere Einkommensgruppen festgestellt werden. Entfielen 1972 auf die oberen Einkommen über 1800 DM nur 26% der Haushalte, so sind es 1979 schon 57%. Insbesondere ist der 1972 noch beachtliche Anteil älterer Haushaltsvorstände mit einem Einkommen unter 600 DM von 15,5% auf 2,8% (1979) gefallen. Somit ergibt sich auch hier eine kleine aber ausgesprochen einkommensschwache Gruppe, deren Haushaltsvorstand vorwiegend arbeitslos ist. Bei dieser gefährdeten Gruppe fällt jedoch weniger die Arbeitslosigkeit an sich ins Gewicht, als vielmehr die mit dem Alter deutlich zunehmende Dauer der Arbeitslosigkeit, die nicht selten länger als zwei Jahre währt. Häufig ist der dadurch verursachte soziale Abstieg noch verbunden mit weiteren belastenden Faktoren wie der Minderung der Erwerbsfähigkeit, die trotz einer zur Zeit relativ positiven Beschäftigungslage zu einer Verhärtung bei diesen älteren Problemgruppen führt.

Einkommensentwicklung speziell für ältere Menschen überproportional

Bei den älteren Menschen ergeben sich ebenfalls eindeutige Tendenzen. Der Anteil der Haushaltsvorstände im Alter von über 65 Jahren nimmt in der untersten Einkommensgruppe seit 1972 rasch ab. Insbesondere hat sich der Anteil der Rentnerhaushalte mit einem Einkommen unter 600 DM drastisch von 36% (1972) auf 9% (1979) reduziert, was teilweise auf die hohen Rentenanpassungen der 70er Jahre zurückzuführen sein dürfte. Dieser Sachverhalt schlägt sich auch in der Sozialhilfestatistik nieder, in der der Anteil der Empfängerhaushalte mit Haushaltsvorstand über 65 Jahren von 42% (1972) auf 27% (1977) gefallen ist. Absolut lagen allerdings 1977 immer noch 18 309 Hilfeempfänger unter der von den Regelsätzen definierten Grenze. Allein 12 069 Hilfeempfänger davon waren alleinstehende weibliche Haushaltsvorstände.

Umgekehrt sind allgemein die Rentnerhaushalte beschleunigt in höhere Einkommensgruppen hineingewachsen. Diese Tendenz findet ihre Entsprechung in der Entwicklung der Sozialleistungen für ältere Menschen, die nach dem Sozialbudget I von 7,8 Mrd. DM (1970) auf 19,3 Mrd. DM (1978) gestiegen sind. Pro Kopf der über 65jährigen bedeutet dies eine Zunahme von

7542 DM auf 15 061 DM jährlich. Von diesen Ausgaben sind über 95% Einkommensleistungen, die sich insbesondere aus Leistungen der Rentenversicherung, 9186 DM pro Kopf der über 65jährigen, dem beamtenrechtlichen System 2836 DM, den Arbeitgebern 648 DM, sowie Entschädigungsleistungen 858 DM zusammensetzen.

Aber nicht alle Rentnerhaushalte haben indes ihre Einkommensposition im gleichen Umfang verbessern können. Untersucht man die Verhältnisse nach dem Familienstand, so zeigt sich, daß größere Gruppen innerhalb der ledigen und geschiedenen Rentnerhaushalte einen unterdurchschnittlichen Einkommenszuwachs aufweisen. So hat sich der Anteil der ledigen und geschiedenen Rentnerhaushaltsvorstände, die ein Einkommen unter 600 DM beziehen, seit 1972 (65,0% bzw. 56,7%) halbiert auf 32,8% bzw. 24,9% (1979). Die Anteile der verwitweten Rentnerhaushaltsvorstände in der untersten Einkommensgruppe sind demgegenüber in der gleichen Zeit auf ein Viertel, die Anteile der verheirateten Rentnerhaushaltsvorstände sogar auf ein Siebtel zurückgegangen.

Die Hauptmasse der 730 000 alleinstehenden Rentnerhaushaltsvorstände, deren Anteil an den Rentnerhaushalten insgesamt 60,5% beträgt, liegt in der Einkommensklasse zwischen 600 und 1200 DM, dabei sind es 43% bei den Ledigen, 45% bei den Geschiedenen und 48,5% bei den Verwitweten. Allerdings sind die Anteile der ledigen und geschiedenen Rentner in der untersten Einkommensklasse unter 600 DM gegenüber den verwitweten Rentnern unterdurchschnittlich hoch, so daß hier noch in relativer Armut lebende und von Sozialhilfe abhängige Bevölkerungsteile vermutet werden müssen. Eine zukünftige Aufgabe wird vor allem darin bestehen müssen, diesen einkommensschwachen Haushalten älterer Menschen mehr Augenmerk zu schenken und sie, wenn möglich, besser als bisher in die soziale Sicherung mit einzu beziehen.

Bei den verheirateten Rentnerhaushaltsvorständen über 65 Jahren, die in der Regel einen Zwei-Personen-Haushalt führen, haben noch 20% ein Einkommen unter 1200 DM, was einem Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied von 600 DM entspricht. 1972 waren es noch 65,6%, so daß auch hier die unteren Einkommensgruppen abgenommen haben. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Kosten der Haushaltsführung für ein Haushaltsmitglied bei zwei Personen relativ gesehen abnehmen – zum Beispiel Mietausgaben – und daher sich die Einkommensverhältnisse faktisch besser darstellen als dies in den Zahlen zum Ausdruck kommt. Dies zeigt sich auch an der Tatsache, daß im beobachteten Zeitabschnitt bei den verheirateten Haushaltsvorständen die Rentnerhaushalte in relativ hohem Umfang in die höchste Einkommensgruppe hineingewachsen sind.

Einkommensschichtungen der Arbeitnehmer und der Nichterwerbstätigen

Auf der Grundlage einer Sonderauswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe konnten für das Jahr 1978 eine Reihe von Einkommensnachweisen in Verbindung mit schichtspezifischen Merkmalen für einen Teil der Bevölkerung erbracht werden, die bisher in dieser Form noch nicht vorlagen. Die Analyse erstreckt sich aus methodischen Gründen, die mit dem Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren zusammenhängen, ausschließlich auf deutsche Haushalte, deren Haushaltsvorstand Arbeitnehmer oder Nichterwerbstätiger ist. Die Einkommensnachweise werden dabei im allgemeinen in Form von Durchschnittseinkommen angegeben.

Im Oktober 1978 gab es 2,761 Mill. deutsche Arbeitnehmer- und Nichterwerbstätigenhaushalte in Baden-Württemberg, die zusammen über ein Haushaltseinkommen von 5,675 Mrd. DM verfügten. Dies bedeutet ein durchschnittliches Einkommen pro Haushalt von 2055 DM. Dieser Durchschnittswert macht allerdings keine Aussage über die Streuung, die hinter dieser Größe steckt und die sich aus der sozialstrukturellen Schichtung der Haushalte ergibt⁴. Faktoren wie die soziale Stellung im Beruf, der Familienstand, Alter, Bildung, Haushaltsgröße, Art und Zahl der Einkommensarten und Einkommensbezieher bestimmen wesentlich das Haushaltseinkommen und die Lebensverhältnisse der Bevölkerung. Schon allein die Gliederung nach der Stellung im Beruf des Haushaltsvorstandes macht die unterschiedlichen Einkommensverhältnisse deutlich. So fließen einem Haushalt, dessen Haushaltsvorstand Beamter ist, durchschnittlich 2956 DM im Monat zu⁵, einem Angestelltenhaushalt 2502 DM und einem Arbeiterhaushalt 2168 DM. Ist der Haushaltsvorstand dagegen nicht erwerbstätig, so kommt der Haushalt lediglich auf ein Nettoeinkommen von 1495 DM.

Das höhere Durchschnittseinkommen der Beamtenhaushalte ist dabei nicht auf vorteilhaftere Verdienstmöglichkeiten im Sinne einer Besserstellung im Vergleich etwa zu den Angestellten zurückzuführen. Vielmehr ergibt es sich bei einem erheblichen Teil der Beamten als Folge von spezifischen Anforderungen, die sich aus einem überproportionalen hohen Anteil qualifizierter Funktionen im Dienstleistungsbereich des Staates ergeben. Dies zieht entsprechende Ausbildungsforderungen nach sich. So haben nur 10% der

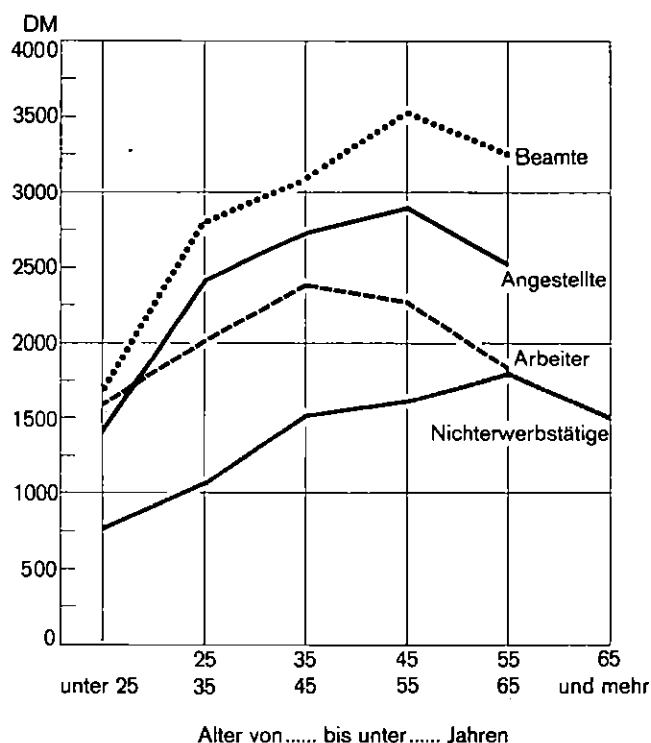
Angestellten einen Hochschul- oder Fachschulabschluß, während es bei den Beamten 35% sind. Hierbei stellen die Lehrkräfte im schulischen und wissenschaftlichen Bereich eine große homogen verdienende Gruppe dar. Sie machen nahezu 60% des beamteten Personals des staatlichen Bereichs aus. Die hohe Akademisierung der Beamten und die Homogenität ihrer Entlohnung, die sich aus den einheitlich anzuwendenden Besoldungsvorschriften ergibt, führen zu geringeren Einkommensdifferenzierungen und entsprechend höherem Durchschnittseinkommen als dies bei den Angestellten der Fall ist.

Daneben dürfte auch der Nachweis von Monatsdaten des Oktober zu einer gewissen Überschätzung der Einkommenssituation der Beamtenhaushalte führen, da einmalige Zahlungen wie Gratifikationen, Weihnachts- und Urlaubsgelder, die in das Jahreseinkommen einfließen, bei Angestellten höher ausfallen dürften als bei Beamten¹. Umgekehrt ist allerdings auf den weitaus geringeren Umfang der Belastung mit Sozialbeiträgen bei den Beamten hinzuweisen, wodurch das Bruttoeinkommen dem Nettoeinkommen stärker als bei anderen Erwerbstätigengruppen angeglichen ist.

Auch diese Durchschnittszahlen gehen noch aus einer erheblichen Streubreite hervor, wenn man weitere sozialstrukturelle Merkmale in die Betrachtung

Schaubild 2

Durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen nach dem Alter des Haushaltsvorstands und seiner sozialen Stellung 1978

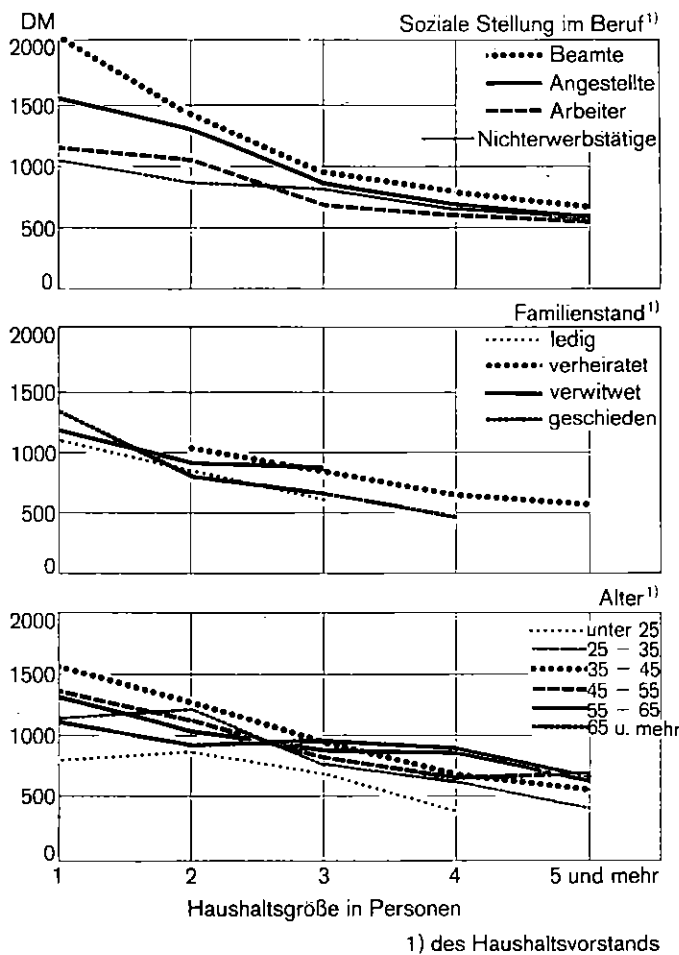


⁴Vergleiche hierzu die Schaubilder 2 bis 7 im Anhang, die für ausgewählte Merkmale die Verteilung der Einkommen gemessen am Durchschnittseinkommen aller Haushalte wiedergeben. -

⁵Ohne Soldaten.

Schaubild 3

Einkommen je Haushaltsmitglied nach der Haushaltsgröße 1978



tung mit einbezieht. Verfolgt man die Einkommensentwicklung der Arbeitnehmerhaushalte über die Altersjahre des Haushaltsvorstands hinweg, so zeigen sich für Beamte, Angestellte und Arbeiter in etwa ähnliche Einkommensverläufe auf allerdings unterschiedlichem Einkommensniveau. Charakteristisch ist bei allen drei Erwerbstätigengruppen die Zunahme des Haushaltseinkommens, bis zu einem Alter des Haushaltsvorstands von 55 Jahren bzw. bei den Arbeiterhaushalten bis zu 45 Jahren und eine daran anschließende Abnahme des Haushaltseinkommens (*Schaubild 2*). Dies hängt entscheidend mit dem Familienzyklus und der Erwerbstätigkeit der Frau zusammen. Nicht nur daß der Haushaltsvorstand mit zunehmendem Alter und Qualifikation mehr verdient, auch die Einkommensanteile wie Kindergeld, Ausbildungsförderung und Steuerermäßigungen erhöhen in der ersten Phase das Nettoeinkommen. Wachsen die Kinder aus dem Ursprungshaushalt heraus, so nehmen die Haushaltseinkommen ab. Häufig ist damit auch die Aufgabe der Erwerbstätigkeit der Frau verbunden,

was das Einkommen weiter schmälert. Dies läßt sich anhand der Tätigkeitsquote der verheirateten Frauen im Alter von 45 bis 50 Jahren verdeutlichen, die von 55% auf 37% mit zunehmendem Alter bis 60 Jahren abnimmt. Dies muß aber nicht zu einer schlechteren Einkommensposition der verbleibenden Haushaltsmitglieder führen, da Kinder den Haushalt verlassen und eine eigene Familie gründen.

Das Einkommensniveau zwischen den Erwerbstätigengruppen ist allerdings unterschiedlich hoch. Während die Haushalte von Beamten und Angestellten bei einem Alter des Haushaltsvorstands zwischen 45 und 54 Jahren ihr höchstes Einkommen von 3516 DM bzw. 2891 DM beziehen, erreichen es die Arbeiterhaushalte bei einem Alter zwischen 35 und 44 Jahren mit 2348 DM. Dabei kommen die Beamtenhaushalte aber bereits im Alter des Haushaltsvorstands zwischen 25 und 34 Jahren mit 2777 DM auf ein etwa gleich großes Einkommen wie die Angestelltenhaushalte, deren Haushaltvorstand rund 10 Jahre älter ist (2731 DM) und auf ein beträchtlich höheres Einkommen als die Arbeiterhaushalte mit zunehmendem Alter des Haushaltsvorstands jemals durchschnittlich erreichen werden. Hierbei ist jedoch wieder zu berücksichtigen, daß die Einkommensunterschiede zwischen Beamten- und Angestelltenhaushalten vor allem auf Unterschiede in der Beschäftigungsstruktur zurückzuführen sind.

Bei der Bevölkerungsgruppe der Nichterwerbstätigen liegen ganz unterschiedliche soziale Tatbestände vor. Bis zum Alter von 30 Jahren sind es im wesentlichen noch in der Ausbildung befindliche Personen, die mehrheitlich einen Ein-Personen-Haushalt führen. Sie kommen auf ein durchschnittliches Einkommen zwischen 500 und 700 DM. Bei den 30- bis 60jährigen Nichterwerbstätigen handelt es sich um Arbeitslose und Frührentner, die mit einem Nettohaushaltseinkommen von rund 1500 DM auskommen müssen. Die Altersgruppen von über 65 Jahren schließlich sind Rentnerhaushalte, die sich mit einem durchschnittlichen Monatseinkommen von ebenfalls 1500 DM mit einem Arbeitslosen gleichstellen.

Mit zunehmender Haushaltsgröße abnehmende Pro-Kopf-Einkommen

Bei den bisherigen Einkommensnachweisen wurde keine Unterscheidung nach der Haushaltsgröße getroffen. Deshalb geben diese Zahlen, insbesondere was die Bedarfsdeckungsmöglichkeit der Haushaltsmitglieder betrifft, keine Anhaltspunkte. Zur Abschätzung des verfügbaren Einkommens pro Haushaltsmitglied müssen die Durchschnittseinkommen nach Haushaltsgröße geglie-

dert und durch die Anzahl der Mitglieder dividiert werden. Dabei ergeben sich deutliche Einkommensunterschiede zwischen dem Beamten-, Angestellten-, Arbeiter- und Nichterwerbstätigenhaushalt (*Schaubild 3*). Beim Ein-Personen-Haushalt sind die Einkommensdisparitäten besonders stark ausgeprägt. Ein Beamter erzielt hier ein Nettoeinkommen von 2005 DM, ein Angestellter von 1597 DM, ein Arbeiter von 1224 DM und ein Nichterwerbstätiger von 1065 DM. Mit zunehmender Haushaltsgröße sinken die Pro-Kopf-Einkommen ab, wobei sich die Einkommen pro Haushaltsmitglied zwischen den verschiedenen sozialen Stellungen deutlich angleichen, so daß bei einem 5-Personen-Haushalt (Ehepaar mit drei Kindern) die Einkommensdifferenz schließlich nur noch weniger als 200 DM pro Kopf zwischen den Beamten- und Arbeiterhaushalten beträgt.

Einkommensunterschiede zwischen vollständigen und unvollständigen Familien

Bezieht man zusätzlich den Einfluß des Lebensalters der Haushaltsvorstände auf die Einkommenshöhe der Haushalte mit ein (*Schaubild 8, Anhang*), so ergeben sich beim 2-Personen-Haushalt – abgesehen von den Einkommenssteigerungen bei den Beamten und Angestellten im Alter zwischen 25 und 35 Jahren – relativ konstante Pro-Kopf-Einkommen, die jedoch in Abhängigkeit der sozialen Stellung auf unterschiedlichem Niveau verlaufen (Beamte: 1457 DM, Angestellte: 1319 DM, Arbeiter: 1023 DM, Nichterwerbstätige: 858 DM).

Nun verbergen sich hinter den 2-Personen-Haushalten soziale Gruppen, die hinsichtlich ihrer Einkommenslage unterschiedlich zu beurteilen sind. Ledige, geschiedene oder verwitwete Haushaltsvorstände von 2-Personen-Haushalten (rund 20%) sind in der Regel alleinstehende Frauen mit einem zu versorgenden Kind. Betrachtet man die Einkommensverhältnisse in Abhängigkeit des Familienstands, so stehen die Ledigen und Geschiedenen mit einem Kind bei einem Nettohaushaltseinkommen von 1658 DM bzw. 1628 DM (rund 820 DM pro Haushaltsmitglied) auf annähernd gleichem Einkommensniveau. Dagegen stellen sich die verwitweten Haushaltsvorstände mit 1813 DM (900 DM pro Haushaltsmitglied) besser. Ehepaare ohne Kinder (2-Personen-Haushalte mit verheiratem Haushaltsvorstand) liegen mit durchschnittlich 2128 DM (1065 pro Haushaltsmitglied) über dem Einkommensniveau der unvollständigen Familien.

Nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes ergeben sich für die unvollständigen Familien noch größere Einkommensdisparitäten. So liegen die ledigen Haushaltsvorstände mit einem Kind im Angestellten- und Arbeiterverhältnis bei einem Einkommen von 1990 DM bzw. 1456 DM um 180 DM bzw. 150 DM über dem entsprechenden Einkommen der geschiedenen Haushaltsvorstände. Dies mag seinen Grund darin finden, daß geschiedene Frauen, die während ihrer Ehe nicht gearbeitet haben, mit größeren Problemen der Integration in ein Arbeitsverhältnis zu tun haben, als ledige Mütter, die ihre Erwerbstätigkeit nicht unterbrochen haben. Die verwitweten Haushaltsvorstände mit einem Kind erhalten als Angestellte 2390 DM und als Arbeiter 2000 DM. Sind sie nicht erwerbstätig, so beziehen sie 1690 DM.

Betrachtet man die Einkommensverhältnisse in den 3-Personen-Haushalten, so lassen sich auch hier relativ konstante Pro-Kopf-Einkommen hinsichtlich des Alters beobachten, die ein unterschiedliches Einkommensniveau nach der sozialen Stellung anzeigen (Beamte: 970 DM, Angestellte: 900 DM, Arbeiter: 720 DM, Nichterwerbstätige: 780 DM). Das Pro-Kopf-Einkommen eines Arbeiterhaushalts hat sich demnach an einen Nichterwerbstätigenhaushalt angeglichen.

Auch hier lassen sich unterschiedliche Gruppen nach dem Familienstand herausarbeiten. Wiederum liegen die ledigen und geschiedenen Haushaltsvorstände (alleinstehende Mütter mit 2 Kindern) mit 1730 DM bzw. 1801 DM in etwa der gleichen Einkommensposition (580 DM bzw. 600 DM pro Haushaltsmitglied). Dagegen haben die verwitweten Haushaltsvorstände mit zwei Kindern, die ein Haushaltseinkommen von 2527 DM erzielen, ein höheres Einkommensniveau aufzuweisen, so daß pro Haushaltsmitglied 840 DM zur Verfügung stehen. Diese Einkommensposition übertrifft sogar diejenige eines Ehepaars mit einem Kind, das durchschnittlich ein Einkommen von 2478 DM (825 DM pro Haushaltsmitglied) bezieht. Dieses Ergebnis kann wiederum insbesondere auf eine Kumulation von Arbeitseinkommen und verschiedener Transferleistungen bei verwitweten Haushaltsvorständen zurückgeführt werden.

Vergleicht man weiter das Einkommen eines Ehepaars mit zwei, drei und mehr Kindern, so fallen die Pro-Kopf-Einkommen weiter auf 660 DM bzw. 580 DM ab. Diese Zahlen lassen auf Wechselwirkungen zwischen Kinderzahl und Einkommen schließen. Insbesondere wird mit zunehmender Kinderzahl die Ehefrau als zweiter Einkommensbezieher ausfallen und eine Tendenz zum Verzicht auf berufliche Tätigkeit gegeben sein, was zu sinkenden Pro-Kopf-Einkommen des Haushalts führt. Aber gerade die Berufstätigkeit der Ehefrau

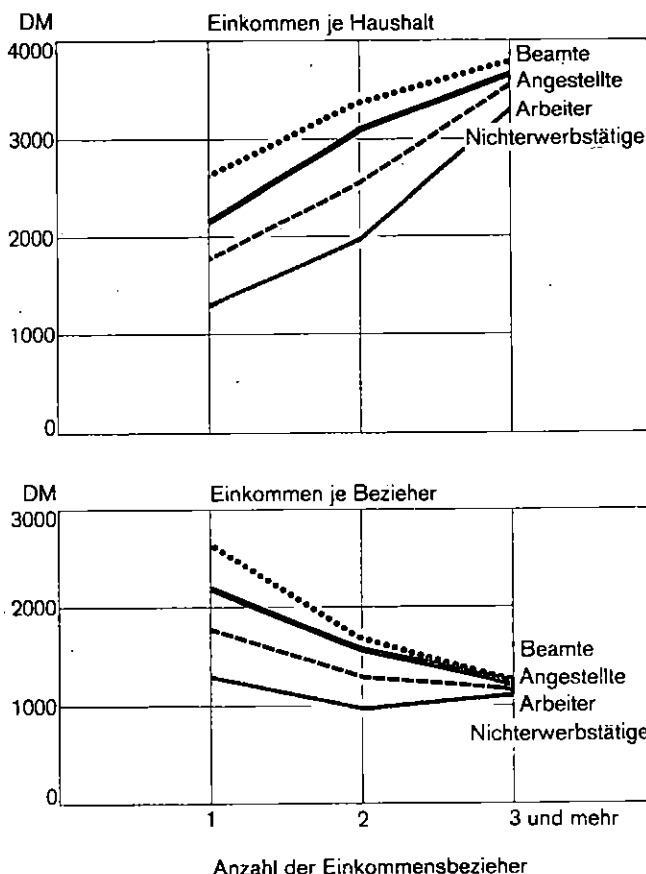
ist Voraussetzung für die Erzielung eines durchschnittlichen oder darüberliegenden Einkommens. Leistungen des Familienlastenausgleichs können demnach die Faktoren, die bei großer Kinderzahl zu Einkommensminderungen führen, offensichtlich nicht aufwiegen. Vor diesem Hintergrund und im Zusammenhang mit dem Geburtenrückgang der 70er Jahre erhält die Familienpolitik eine ganz entscheidende gesellschaftspolitische Bedeutung.

Über ein Drittel der Arbeitnehmerhaushalte mit mindestens zwei Einkommensbeziehern

Mit der Haushaltsgröße stellt sich die Frage, wie viele Haushaltsmitglieder zum Haushaltseinkommen beitragen. Bei einem Einkommensbezieher ist dies in aller Regel der Haushaltsvorstand, der je nach Familienstand auch eine alleinstehende Frau sein kann. Bei zwei Einkommensbeziehern in einem Haushalt liegt im allgemeinen neben der Erwerbstätigkeit des Haushaltsvorstands auch die der Ehefrau vor. Bei über 3 und mehr Einkommensbeziehern.

Schaubild 4

Durchschnittliches Einkommen der Haushalte nach der Zahl der Einkommensbezieher 1978 und der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands



können im Rahmen der vorliegenden Stichprobe nur einschränkende Aussagen gemacht werden, da die Besetzung der Felder zu klein ausfällt. Allgemein kann jedoch gesagt werden, daß in diesem Fall ein Kind oder mehrere Kinder noch nicht aus dem Ursprungshaushalt herausgewachsen sind, obwohl sie schon erwerbstätig sind. Insgesamt beläuft sich der Anteil dieser Haushalte auf weniger als 4,5% aller Haushalte. Dagegen haben 64,2% der Haushalte nur einen und 31,4% zwei Einkommensbezieher. Im Hinblick auf die Arbeitnehmer ergaben sich für Arbeiter, Angestellte und Beamte keine signifikanten Unterschiede in der Struktur der Zahl der Einkommensbezieher. Allerdings sind die einzelnen Haushalte unterschiedlich auf den Verdienst eines zweiten Einkommensbeziehers angewiesen. So erzielen die Beamten- und Angestelltenhaushalte mit einem Einkommensbezieher schon ein überdurchschnittliches Einkommen von 2606 DM bzw. 2177 DM, welches durch den zweiten Einkommensbezieher auf 3356 DM bzw. 3100 DM erhöht wird. Bei den Arbeiterhaushalten dagegen liegt das Einkommen bei einem Einkommensbezieher noch unterhalb des Durchschnittseinkommens (1766 DM), erst der zweite Einkommensbezieher garantiert ein überdurchschnittliches Einkommen von 2544 DM.

Bei den Nichterwerbstätigenhaushalten liegt der Anteil mit einem Einkommensbezieher überdurchschnittlich hoch (73,2%), da hier viele verwitwete Rentnerhaushaltsvorstände anzufinden sind. Das Einkommensniveau der Nichterwerbstätigenhaushalte fällt gegenüber dem der Arbeitnehmergruppen erheblich ab, so daß sich das Einkommen bei einem Einkommensbezieher von 1275 DM durch einen zweiten Einkommensbezieher nur auf das auch noch unterdurchschnittliche Niveau von 1952 DM steigern läßt.

Was die Einkommenslage der Haushalte nach Einkommensbeziehern angeht, so erhöht sich das Haushaltseinkommen mit zunehmender Zahl von Verdienern, die Einkommen je Einkommensbezieher nehmen jedoch ab. Hierfür kommen zwei Gründe in Frage: in der Regel ist der Verdienst der Frau (zweiter Einkommensbezieher) geringer, da Frauen im allgemeinen einer Erwerbstätigkeit aufgrund der Rolle als Hausfrau und Mutter nur in bestimmten Phasen des Familienzyklus nachgehen, um das Haushaltseinkommen zu verbessern, und weitere Einkommensbezieher, wie Kinder, die sich noch in Ausbildung befinden, nur ein kleines Gehalt beziehen. Zum anderen aber wirkt sich bei den „Doppelverdienern“ trotz Ehegattensplitting die stark progressive Lohn- und Einkommenssteuer mindernd auf das Nettohaushaltseinkommen aus, so daß sich mit Ausnahme der Nichterwerbstätigenhaushalte ein abnehmendes Haushaltseinkommen pro Einkommensbezieher ergibt. Dieser Effekt

tritt jedoch hinsichtlich der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes in unterschiedlichem Maße auf. Während bei den Beamten- und Angestelltenhaushalten der Zuwachs des Haushaltseinkommens mit steigender Zahl von Einkommensbezieher abnimmt, sind bei den Arbeiter- und Nichterwerbstätigenhaushalten steigende Einkommenszuwächse zu beobachten (*Schaubild 4*).

Ungeachtet des rückläufigen Einkommens pro Einkommensbezieher und der progressiven Besteuerung ist jedoch noch neben der als selbstverständlich angenommenen Erwerbstätigkeit des Mannes auch die Erwerbstätigkeit der Frau für breite Bevölkerungsschichten heute noch Voraussetzung für die Erzielung eines angemessenen Haushaltseinkommens.

Einkommensquellen und Einkommenskumulationen

Von wesentlichem Einfluß auf die Höhe des Haushaltseinkommens ist die Zahl und Art der Einkommensquellen. Ein knappes Drittel (31,7%) der Haushalte bezieht aus nur einer Quelle Einkommen, nahezu die Hälfte (46,3%) der Haushalte bezieht zwei Einkommensarten und beim Rest (22,0%) setzt sich das Haushaltseinkommen aus mehr als zwei Einkommensquellen zusammen. Grob lassen sich die Einkommensarten einteilen in Arbeits- und Transfereinkommen. Löhne und Gehälter werden als Entlohnung für den Faktor Arbeit gezahlt, die auch Primär- oder Markteinkommen genannt werden. Zu den Primäreinkommen gehören neben den Löhnen und Gehältern auch die Einkommen aus Vermögen und Vermietung, die als Entlohnung für den Produktionsfaktor Kapital angesehen werden, soweit er von Arbeitnehmern in die Produktionstätigkeit eingebracht wird.

Einkommen aus Vermögen und Vermietung, die bei den Arbeitnehmern vorwiegend aus Miet- und Pachteinnahmen aufgrund von Haus- und Grundbesitz bestehen, beziehen 18% der Arbeitnehmerhaushalte. Auf die Erwerbstätigengruppen aufgeteilt, ergeben sich 15% bei den Beamtenhaushalten, 18% bei den Angestelltenhaushalten, 13,5% bei den Arbeiterhaushalten und 22% bei den Haushalten, deren Haushaltsvorstand Nichterwerbstätiger ist. Der relativ hohe Anteil der Nichterwerbstätigen erklärt sich aus dem Alter dieser Gruppe, die zum großen Teil Rentner sind, die während ihres zurückliegenden Lebens Vermögenswerte – insbesondere Haus- und Grundbesitz – angespart haben und nun teilweise ihren Lebensunterhalt davon bestreiten. Dies schlägt sich auch in der durchschnittlichen Höhe dieses Einkommensbestandteils nieder. Insgesamt beziehen alle Haushalte durchschnittlich 487 DM aus Vermögen und Vermietung monatlich. Die Nichterwerbstätigenhaushalte

liegen mit durchschnittlich 579 DM an der Spitze (rund 39% des gesamten Nettoeinkommens), vor den Beamten mit 478 DM (rund 16%), den Angestellten mit 442 DM (rund 17%) und den Arbeitern mit 332 DM (rund 15%). Diese Rangfolge dürfte, wenn man die Nichterwerbstätigenhaushalte ausnimmt, auch ein Anhaltspunkt für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer in Abhängigkeit vom Einkommen geben.

Haupteinkommensquelle der Arbeitnehmerhaushalte sind die Löhne und Gehälter. Nur jeder siebte Haushalt bezieht Einkommen nur aus Löhnen und Gehältern. Diese Haushalte kommen auf ein Durchschnittseinkommen von 2086 DM. Die 23,5% Haushalte, die zusätzlich Kindergeld erhalten, kommen auf 2147 DM, die 3,5% der Haushalte, die zum Arbeitseinkommen noch eine Rente beziehen, erreichen ein Durchschnittseinkommen von 2273 DM und die 2,4% der Haushalte, die neben Arbeitseinkommen auch Einkommen aus Vermögen und Vermietung bekommen, empfangen durchschnittlich 2579 DM.

Auch ein Haushalt mit nichterwerbstätigem Haushaltsvorstand kann Löhne und Gehälter beziehen, falls weitere Haushaltsmitglieder (zum Beispiel die Ehefrau) in einem Arbeitsverhältnis stehen. Dies ist bei 3,6% der Haushalte mit insgesamt oder bei 9% der Haushalte mit nichterwerbstätigem Haushaltsvorstand der Fall. Auffallend ist, daß bei dieser Gruppe das Einkommen aus Löhnen und Gehältern mit durchschnittlich 1115 DM weit geringer ausfällt als in den Haushalten, in denen der Haushaltsvorstand ebenfalls erwerbstätig ist. Hier liegen die Lohn- und Gehaltseinkommen bei einem Einkommensbezieher für Beamte bei 2318 DM, für Angestellte 1904 DM und für Arbeiter bei 1537 DM.

Im Gegensatz zu den Primäreinkommen stehen Transfereinkommen, denen keine zeitlich entsprechende ökonomische Gegenleistung zugrundeliegt. Transferleistungen setzen dabei an verschiedenen sozialen Tatbeständen an. Altersspezifische Sozialleistungen sind vor allem Renten und Pensionen. Während Pensionen nur für Nichterwerbstätige relevant sind, können auch Erwerbstätige Rente beziehen. Dies gilt insbesondere für Unfallrenten, Hinterbliebenenrente, aber auch für die Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten. So bekommen knappe 6% der Beamten, 11% der Angestellten und 10% der Arbeiter zusätzlich zu ihrem Lohn und Gehalt eine Rentenzahlung, die im Durchschnitt für die Beamten 435 DM, für die Angestellten 589 DM und für die Arbeiter 444 DM beträgt.

Rente und Pension sind jedoch Haupteinkommen der Rentnerhaushalte, die nahezu 80% der Nichterwerbstätigenhaushalte stellen. Insgesamt beziehen 898 000 Nichterwerbstätigenhaushalte

eine Rente und 109 000 eine öffentliche Pension. Die durchschnittliche Rente nimmt eine Höhe von 1117 DM, die durchschnittliche Pension eine Höhe von 1774 DM je Haushalt an, wobei zu berücksichtigen ist, daß gut die Hälfte der Rentnerhaushalte nur eine Person umfassen. Damit ergibt sich von der Altersversorgung her für die Beamten ein durchschnittlich besseres Einkommensniveau am Lebensabend als für die Arbeiter und Angestellten. Das höhere Niveau der Pensionen dürfte neben einer allgemein besseren Altersversorgung der Beamten auch in der schon erwähnten spezifischen Beschäftigungs- und Qualifikationsstruktur der Beamten liegen. Auch bei den Rentnerhaushalten wird das Einkommensniveau vom Bezug weiterer Einkommensarten wesentlich mitbestimmt. So erreichen zum Beispiel Rentnerhaushalte, die neben ihrer Rente noch Sozialtransfers erhalten, nur ein Durchschnittseinkommen von 997 DM, während im Falle einer zweiten Einkommensquelle aus Vermögen und Vermietung ein Durchschnittseinkommen von 2250 DM bezogen wird. Zahl und Art von Einkommensquellen tragen somit besonders im Falle von Rentnerhaushalten zu Einkommensdisparitäten bei.

Von den Haushalten, die eine Rente oder Pension erhalten, haben über 70% nur einen Einkommensbezieher, der allerdings noch aus anderen Einkommensquellen Transferleistungen (Wohngeld, Sozialhilfe etc.) beziehen kann.

Weitere Transferleistungen des Staates sind das Kindergeld und die sonstigen Sozialtransfers wie Sozialhilfe, Arbeitslosengelder, Kurzarbeitergeld, Wohngeld u. ä. Kindergeld erhalten rund 40% aller Haushalte, davon rund 65% aller Arbeiter- und Beamtenhaushalte, aber nur 58% der Angestelltenhaushalte. Von den Nichterwerbstätigenhaushalten bekommen nur 6,5% Kindergeld. Hier sind in erster Linie Haushalte betroffen, in denen der Haushaltsvorstand arbeitslos oder aus sonstigen Gründen vorübergehend nicht berufstätig ist (Ausbildung). Einkommen in Form von sonstigen Sozialtransfers sind je nach dem Einkommensniveau der Erwerbstätigen gestaffelt. So erhalten lediglich 5% der Beamten, 7% der Angestellten, 8% der Arbeiter aber 20% der Nichterwerbstätigen Sozialtransfers in Form von Sozialhilfe, Wohngeld, Arbeitslosengeld etc. Die Durchschnittsbeträge, die bei den Beamten noch mit 167 DM gering ausfallen, steigen bei Arbeitern auf 258 DM, bei Nichterwerbstätigen auf 289 DM und bei Angestellten auf 314 DM an. Betrachtet man die Sozialtransfers in Abhängigkeit des Haushaltsnettoeinkommens, so liegt die Masse der Bezieher von Sozialhilfe, Wohngeld, Arbeitslosengelder etc. (42,2%) in der Einkommensklasse zwischen 600 und 1200 DM. In der untersten Einkommensgruppe unter 600 DM sind es dagegen nur 5%.

Tabelle 2

Kennziffern staatlicher Aktivität auf der Einnahmeseite Ergebnisse der VGR der Länder

Jahr	Staatliche Gesamteinnahmequote ¹⁾		Steuerquote ²⁾	
	Baden-Württemberg	Bund	Baden-Württemberg	Bund
	%			
1960	32,8	35,2	22,6	24,0
1965	32,7	35,8	22,5	24,4
1970	34,4	37,8	22,5	24,5
1975	39,2	41,3	23,6	24,6
1976	40,4	42,9	24,3	25,2
1977	.	44,1	25,4	26,2
1978	.	43,7	...	25,7

1) Laufende Einnahmen (direkte und indirekte Steuern, Sozialbeiträge, Erwerbseinkünfte des Staates, empfangene Vermögensübertragungen des Staates und sonstige laufende Übertragungen) in Prozent des Bruttosozialprodukts. – 2) Direkte und indirekte Steuern in Prozent des Bruttosozialprodukts.

Steuerquote erreicht 25% des Sozialprodukts, Gesamtbelastung der Arbeitnehmerhaushalte nahe bei 30%

Bisher wurde bei der Untersuchung von den Nettohaushaltseinkommen ausgegangen, die für die Bedarfsdeckung der privaten Haushalte zur Verfügung stehen. Daneben ist jedoch auch eine Gegenüberstellung von Brutto- und Nettoeinkommen von Bedeutung, um die Steuer- und Abgabenbelastung der privaten Haushalte aufzuzeigen.

Die Abgabenbelastung aller nichtstaatlicher Sektoren durch Steuern, Sozialbeiträge und sonstige öffentliche Abgaben (Abgrenzung nach VGR: siehe Fußnote *Tabelle 8, Anhang⁶⁾*), die sich in der staatlichen Gesamteinnahmenquote (in Prozent des Bruttosozialprodukts) widerspiegelt⁷, lag 1976 im Bund bei 42,9% und im Land bei 40,4% (*Tabelle 2*).

Die Gesamteinnahmenposition des Staates läßt sich weiter in der Weise differenzieren, wenn man das gesamte Steueraufkommen (1977: 48,1 Mrd. DM) ohne die Sozial- und sonstigen öffentlichen Abgaben auf das Bruttosozialprodukt bezieht. Man erhält so eine Steuerquote, die seit 1960 im Land von 22,6% und 25,4% im Bund auf 25,4% bzw.

⁶ Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (Heft 9) – Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland – Hrsg. v. Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 1979. –

⁷ Zur Bildung von Staatsquoten: Littmann, K.: Definition und Entwicklung der Staatsquote – Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel – Göttingen, 1975. –

26,2% 1977 gestiegen ist. Bei der Entwicklung der Steuerquote lassen sich die Konjunkturzyklen der sechziger und siebziger Jahre ebenso nachweisen wie bedeutende steuerrechtliche Vorgänge, zum Beispiel die Einkommensteuerreform 1975, die vorübergehend eine gewisse Entlastung der Einkommensbezieher brachte. Der ansteigende Trend der Steuerquote ist vor allem auf eine anhaltende, immer aggressiver werdende Progressionswirkung der Lohn- und Einkommensteuer zurückzuführen, während der Anteil der Produktionssteuern am Bruttosozialprodukt eher rückläufig war.

Die bisher dargestellten Quoten beziehen sich auf die staatlichen Abschöpfungen, durch die alle Sektoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung belastet sind. Will man die direkte gesamtwirtschaftliche Abgabenbelastung speziell der privaten Haushalte⁸ ermitteln, so sind nur die von den privaten Haushalten geleisteten laufenden Übertragungen, die sich aus den direkten Steuern (insbesondere Lohn- und Einkommensteuer) und den Sozialabgaben der Haushalte zusammensetzen, in die Betrachtung einzubeziehen. Bezieht man für 1977 die geleisteten Übertragungen der privaten Haushalten in Höhe von 61,4 Mrd. DM auf das ihnen aufgrund der Primärverteilung zufließende Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen, so kommt man auf eine Übertragungsquote, die über 40% liegt (Tabelle 3). Diese Übertragungsquote lag 1960 noch bei 26% und entwickelte sich auf Bundes- und Landesebene ziemlich gleichmäßig.

⁸Einschließlich der Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Betrachtet man die Abgabenbelastung nach direkten Steuern und Sozialabgaben in ihrem zeitlichen Verlauf, so ergibt sich während der letzten 18 Jahre kein gleichmäßiger Anstieg. Während zwischen 1960 und 1968 die Sozialabgaben um 1,1 Prozentpunkte zugenommen haben, sind sie in den folgenden neun Jahren um 6,0 Prozentpunkte gestiegen. Entsprechend haben die direkten Steuern im ersten Teilzeitraum um 1,9 Prozentpunkte zugenommen, von 1968 an jedoch – trotz des leichten Rückgangs 1975 aufgrund der Einkommensteuerreform – um 4,1 Prozentpunkte.

Wie sind nun diese gesamtwirtschaftlichen Aspekte für die Arbeitnehmerinkommen in haushaltsbezogener Sicht zu beurteilen? Im Rahmen der EVS-Sondererhebung wurde die Belastung der Haushalte durch Lohnsteuer sowie einzelne Sozialabgaben aufgezeigt. Bezieht man die Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge aller Arbeitnehmerinkommen auf die Bruttoarbeitseinkommen, so ergibt sich eine Belastung von 28,3% (Tabelle 4). Davon entfallen auf Lohn- und Kirchensteuer 14,8% und auf die Sozialbeiträge 13,5%. Für die Beamten-, Angestellten- und Arbeiterhaushalte gestalten sich die Abzüge unterschiedlich in Höhe und Struktur. Eine Besonderheit ergibt sich vor allem im Vergleich zwischen den Angestellten- und Arbeiterhaushalten. Während die Arbeiter zu 100% in der Krankenversicherung pflichtversichert sind und eine Belastung von 5,3% des Bruttoarbeitseinkommens aufweisen, teilt sich die Belastung bei den Angestelltenhaushalten auf Pflichtbeiträge

Tabelle 3

Transferquoten zwischen Staat und privaten Haushalten

Ergebnisse der VGR der Länder

Jahr	Empfangene laufende Übertragungen ¹⁾				Geleistete laufende Übertragungen ²⁾					
	insgesamt		darunter soziale Leistungen		insgesamt		darunter			
							direkte Steuern		Sozialbeiträge	
	Baden-Württemberg	Bund	Baden-Württemberg	Bund	Baden-Württemberg	Bund	Baden-Württemberg	Bund	Baden-Württemberg	Bund
	%									
1960	16,1	19,2	12,7	15,7	26,2	26,3	9,2	8,9	12,9	13,6
1965	16,7	20,0	12,9	16,0	29,0	29,1	10,7	10,4	12,9	13,8
1970	16,3	19,9	12,2	15,6	33,4	33,3	11,8	11,7	15,2	15,8
1975	22,0	25,8	17,5	21,0	40,2	40,0	14,0	14,0	19,5	19,7
1976	21,4	25,6	16,8	20,7	41,4	41,4	14,6	14,7	20,2	20,3
1977	21,5	25,4	16,9	20,6	41,6	41,4	15,2	15,3	20,0	20,1
1978										

1) Empfangene laufende Übertragungen des Staates an die privaten Haushalte in Prozent des Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommens. –

2) Geleistete laufende Übertragungen der privaten Haushalte an den Staat in Prozent des Bruttoerwerbseinkommens.

Tabelle 4

Durchschnittliche monatliche Belastung der Bruttoarbeitseinkommen mit Steuern und Sozialausgaben nach Stellung im Beruf des Haushaltsvorstands 1978

Ergebnisse der EVS

Stellung im Beruf	Bruttoarbeits-einkommen	Abzüge zusammen	Darunter						Nettoarbeits-einkommen
			Lohn-	Kirchen -	Pflichtbeiträge zur gesetzlichen			Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Kranken-versicherung	
					Kranken-	Renten-	Arbeitslosen-		
				steuer		versicherung			
	DM	%							
Insgesamt	2 953	28,3	14,0	0,8	3,6	7,7	1,3	0,9	71,7
Beamte ¹⁾	3 187	17,8	14,7	0,9	0,6	1,0	0,2	0,4	82,2
Angestellte	3 273	30,9	15,4	0,9	2,9	8,4	1,4	1,8	69,1
Arbeiter	2 617	28,4	12,1	0,7	5,3	8,7	1,5	0,0	71,6

1) Ohne Soldaten.

(2,9%) und freiwillige Beiträge (1,8%) auf. Die Gesamtbelastung der Angestelltenhaushalte von 4,7% liegt demnach unter der von Arbeiterhaushalten, was mit den höheren Einkommen der Angestellten und einer degressiven Belastung ab einer gewissen Einkommenshöhe erklärt werden kann. Zahlen die Angestelltenhaushalte tendenziell geringere Sozialabgaben gegenüber den Arbeiterhaushalten, so stellt sich bei der stark progressiv wirkenden Lohnsteuer die Situation gegensätzlich dar. Hier liegt die Steuerbelastung der im Mittel besser verdienenden Angestellten mit 30,9% deutlich über der der Arbeiterhaushalte mit 28,4%. Hieran läßt sich die gegenüber den Sozialabgaben „umverteilungsfreudigere“ Wirkung der Lohnsteuer ablesen. Anzumerken ist, daß insbesondere die Lohnsteuerbelastung aufgrund der zunehmend progressiven Besteuerung als immer drückender empfunden wird. Bei einer solch divergierenden Entwicklung von Brutto- und Nettoeinkommen sind Rückwirkungen in Form verminderter Leistungsbereitschaft und fehlenden Engagements, die die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft als ganzes beeinträchtigen, nicht mehr auszuschließen. Diese Tendenz wird durch inflationäre Prozesse und das Hineinwachsen in immer höhere Progressionszonen beschleunigt, so daß der Staat immer größere Teile des Sozialprodukts für sich in Anspruch nimmt.

Allgemeine Staatsquote geringer als im Bund

Als Gegenleistung für Steuern- und Sozialabgabenbelastung erbringt der Staat öffentliche Güter und Dienstleistungen, die der Befriedigung von Bedürfnissen der Bevölkerung dienen. Es handelt sich hierbei um Aufgabenfelder wie: allgemeine und

berufliche Bildung, soziale Sicherheit, Verteidigung, Gesundheit, Öffentliche Ordnung und Sicherheit usw., bei denen die Produktion von Gütern und Diensten in der Regel nicht den Marktmechanismen unterliegt.

Die höchste Quote staatlicher Ausgabenaktivität ergibt sich, wenn man die Übertragungen des Staates, den Staatsverbrauch und die staatlichen Bruttoanlageinvestitionen zusammen auf das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen bezieht. Diese Allgemeine Staatsquote veranschaulicht jene Ausgabenströme, die über den Sektor Staat insgesamt laufen. Die Tatsache beeindruckt, daß heute im Land über 40% und auf Bundesebene über 46% des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen, das heißt fast jede zweite Mark des erwirtschafteten Sozialprodukts, über den staatlichen Sektor fließt (Tabelle 5). Im Jahr 1960 betrug die Quote im Bund erst 32,5%, im Land 28,1%. Absolut betrugen die so abgegrenzten Ausgabenströme des Staates in Baden-Württemberg 1976 65,9 Mrd. DM.

Derart umfassende Staatseinflüsse in ökonomische Strukturen und Abläufe können dazu führen, daß die privatwirtschaftliche Aktivität in ihrer Risikobereitschaft, Innovationstätigkeit und ihrem Leistungswillen beeinträchtigt wird.

Zwischen Bund und Baden-Württemberg ergibt sich ein Unterschied der Allgemeinen Staatsquote, wobei der Landeswert um 6 Prozentpunkte unter dem Bundeswert liegt. Der an der Bevölkerung gemessene überdurchschnittliche Anteil des Landes am gesamten Bruttosozialprodukt des Bundes wirkt hier tendenziell im Vergleich zum Bundeswert auf eine niedrigere Quote des Landes hin. Bei einer Differenzierung der Allgemeinen Staatsquote in Teilaggregate ergeben sich zusätzliche Gesichtspunkte.

Entwicklung der Realtransfers:

Klammert man von den Gesamtausgaben des Staates die ausschließlich monetären Übertragungen an andere Sektoren aus, so erhält man durch den Bezug zum Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die Staatsquote im engeren Sinne. Da sie nur die Konsum- und Investitionsausgaben des Staates (1977: 38,4 Mrd. DM) enthält, stellt sie den vom Staat für sich selbst in Anspruch genommenen Anteil am Sozialprodukt dar. Somit ist diese Quote ein Indikator für die Produktion von öffentlichen Gütern und Diensten, die einzelnen staatlichen Aufgabenbereichen (Funktionen) zufließen. Seit dem Jahr 1960 ist diese spezielle Staatsquote von 14,8% (Land), 16,7% (Bund) auf 20,7% (Land), 23,5% (Bund) angestiegen. Sie erreicht somit im Bund nahezu ein Viertel des Sozialprodukts. Bei der Beurteilung einer steigenden Staatsquote ist darauf hinzuweisen, daß öffentliche Güter immer aufwendiger und zu höheren Preisen erstellt werden müssen und somit ihre Produktion in den letzten Jahren immer stärker in den Zielkonflikt mit einer gesunden Struktur der öffentlichen Haushalte und der öffentlichen Verschuldung geraten ist.

Aus der Staatsquote im engeren Sinne lassen sich schließlich zwei weitere Quoten ableiten: die Staatsverbrauchsquote und die Investitionsquote. Diese beiden Größen geben das Verhältnis von staatlichem Konsum (Land 1977: 32,1 Mrd. DM) und Investitionen (Land 1977: 6,3 Mrd. DM) wieder. Verfolgt man den Verlauf dieser beiden

Quoten in Land und Bund seit 1960, so zeigt sich eine relative Konstanz der Investitionsquote, die sowohl bei Bund und Land nur zeitweise über 4% lag, während sich der Staatsverbrauch von 11,5% (Land) 13,4% (Bund) auf 16,9% (Land) 19,9% (Bund) erhöht hat. Beim Staatskonsum dürften sich nicht zuletzt die steigenden Gehälter einer zunehmenden Zahl von Beschäftigten im öffentlichen Dienst während der letzten 18 Jahre niederschlagen.

Entwicklung der monetären Transfers:

Das Umverteilungsvolumen der staatlichen Übertragungen an die übrigen Sektoren, die sich aus Sozialleistungen, Subventionen und anderen Übertragungen zusammensetzen, erreichten 1976 im Land mit 29,3 Mrd. DM einen Anteil von 20,4% und im Bund von 23,2% am Sozialprodukt. Diese Differenz von 3 Prozentpunkten erklärt sich vorwiegend durch den geringeren Aufwand an Sozialleistungen, der in Baden-Württemberg aufgrund einer günstigeren Altersstruktur aber auch der weit besseren Beschäftigungssituation als im übrigen Bundesgebiet erforderlich war.

Den Hauptteil der empfangenen laufenden Übertragungen, die den privaten Haushalten vom Staat zufließen, stellen die sozialen Leistungen dar, die in Baden-Württemberg mit einem Anteil von 16,9% am Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen um 4 Prozentpunkte unter der Bundesquote liegen. Sozialleistungen werden von einer Vielzahl von Institutionen für eine Reihe von sozialen Tatbeständen erbracht. Hierbei sind insbesondere die Ein-

Tabelle 5

Kennziffern staatlicher Aktivitäten auf der Ausgabenseite

Ergebnisse der VGR der Länder

Jahr	Allgemeine Staatsquote ¹⁾		Staatsquote ²⁾		Laufende Ausgabenquote ³⁾		Übertragungsquote ⁴⁾		Staatsverbrauchsquote ⁵⁾		Investitionsquote ⁶⁾	
	Baden-Württemberg	Bund	Baden-Württemberg	Bund	Baden-Württemberg	Bund	Baden-Württemberg	Bund	Baden-Württemberg	Bund	Baden-Württemberg	Bund
	%											
1960	28,1	32,5	14,8	16,7	24,8	29,3	13,2	15,8	11,5	13,4	3,3	3,2
1965	32,2	36,8	17,7	19,9	27,2	32,2	14,5	16,9	12,7	15,3	5,0	4,6
1970	32,1	38,0	17,8	20,5	27,4	33,4	14,3	17,5	13,1	15,9	4,7	4,5
1975	42,0	47,7	21,7	24,8	38,1	43,7	20,3	22,9	17,8	20,8	3,9	4,0
1976	41,1	47,0	20,7	23,8	37,7	43,4	20,4	23,2	17,2	20,2	3,4	3,6
1977	.	47,2	.	23,4	.	43,9	.	23,8	16,9	20,0	3,3	3,4
1978	.	47,0	.	23,5	.	43,5	.	23,5	16,9	19,9	.	3,6

- 1) Laufende Ausgaben und Bruttoanlageinvestitionen einschließlich geleisteter Vermögensübertragungen und Zinsen für öffentliche Schulden in Prozent des Bruttosozialprodukts.— 2) Staatsverbrauch und staatliche Bruttoanlageinvestitionen in Prozent des Bruttosozialprodukts.— 3) Laufende Ausgaben einschließlich geleisteter Vermögensübertragungen und Zinsen für öffentliche Schulden sowie Staatsverbrauch in Prozent des Bruttosozialprodukts.— 4) Laufende Ausgaben einschließlich geleisteter Vermögensübertragungen und Zinsen für öffentliche Schulden in Prozent des Bruttosozialprodukts.— 5) Staatsverbrauch in Prozent des Bruttosozialprodukts.— 6) Staatliche Bruttoanlageinvestitionen in Prozent des Bruttosozialprodukts.

Tabelle 6

Funktionale Staatsquoten im sozialen Bereich

Ergebnisse der Sozialbudgetberechnung

Hauptfunktionen	1970	1972	1974	1976	1978
	%				
Sozialleistungsquote (Budget I)	22,6	23,7	26,3	28,2	27,4
Sozialleistungsquote (Budget II)	6,6	7,7	8,7	8,2	7,6
Sozialleistungsquote (Budget I und II)	29,2	31,4	35,0	36,4	35,0
Davon nach Funktionen					
Familie	4,9	4,6	4,7	4,7	4,8
Sparförderung	0,9	2,0	1,6	1,6	1,4
Wohnen und Wohnumfeld	1,0	0,4	0,9	0,8	0,8
Allgemeine Bildung	1,7	2,1	2,1	2,0	1,9
Beschäftigung	1,5	2,0	2,5	2,8	2,4
Gesundheit	8,8	9,7	11,3	11,7	11,0
Alter und Hinterbliebene	8,0	8,2	9,3	10,3	10,2
Sonstige Lebenshilfen	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8
Umwelt 1)	0,9	0,9	1,1	1,1	1,0
Öffentliche Sicherheit	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7

1) Nur der Aufwand für Umwelt, der als unmittelbar sozialrelevant angesehen werden kann.

richtungen des sozialen Schutzes wie die Renten-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung zu nennen, aber auch das Kindergeld, die beamtenrechtlichen Systeme, Entschädigungsleistungen sowie die sozialen Hilfen und Dienste. Deutlich ist im Zeitablauf ein sprunghafter Anstieg dieser Quote im Jahr 1975 von 13,9% auf 17,5% zu beobachten, der von der einsetzenden wirtschaftlichen Rezession ausgelöst wurde. Dies läßt erkennen, daß gerade in wirtschaftlich schwierigen Situationen Transferleistungen besondere Bedeutung zukommt (Tabelle 3).

Funktionale Staatsquoten nach dem Sozialbudget: Einen funktionalen Nachweis der Sozialleistungen erbringt das baden-württembergische Sozialbudget, welches allerdings außer Einkommensleistungen auch Sachleistungen, allgemeine Dienste (Teile des staatlichen Konsums) sowie Investitionen umfaßt. Aus ihm lassen sich für den sozialen Bereich funktionale Staatsquoten ableiten, die speziell Anhaltspunkte zur Messung der Aufgabenerfüllung abgeben (Tabelle 6). Bei der Beurteilung dieser Quoten ist zu beachten, daß das baden-württembergische Sozialbudget über die Abgrenzung der Sozialleistungen nach dem Bundesbudget hinaus auch die gesetzlich auf Landesebene erbrachten Sozialleistungen umfaßt. Hierzu gehören insbesondere die klassischen Bereiche der Landespolitik wie: allgemeine Bildung, Familie, Gesundheit, Umwelt und Öffentliche Sicherheit.

Schlußbemerkung

Trotz der bisher lückenhaften einkommensstatistischen Basis lassen sich einige grundlegende Tendenzen ableiten, die im folgenden thesenartig zusammengefaßt werden:

Das durchschnittliche monatliche Haushaltseinkommen hat sich in den 70er Jahren nominal von 1506 DM (1972) auf 2137 DM (1979) erhöht. Dabei war die Einkommensentwicklung stärker als im vorangegangenen Jahrzehnt durch inflationäre Einkommenssteigerungen gekennzeichnet, so daß sich real im betrachteten Zeitraum von 1972 bis 1979 keine nennenswerte Zunahme ergab. Im Jahre 1974 erfolgte sogar aufgrund der konjunkturellen und strukturellen Krise vorübergehend ein Rückgang der durchschnittlichen realen Haushaltsnettoeinkommen.

In den 70er Jahren haben einzelne soziale Gruppen an der allgemeinen Einkommensentwicklung unterschiedlich partizipiert. Insbesondere bei den jungen Haushalten ergeben sich monetäre Einkommensdisparitäten in der Entwicklung, je nachdem, ob sie sich noch in Ausbildung befinden oder schon erwerbstätig sind. Die Haushalte der mittleren Altersgruppen haben sich im Vergleich dazu relativ homogen entwickelt, so daß sich hier eine Konzentration von ca. 50% der Haushalte auf die Einkommensgruppe von über 2500 DM ergibt.

Obwohl die Einkommensentwicklung der Rentnerhaushalte im allgemeinen überproportional verlief, sind hier noch einkommensschwache Gruppen vertreten. Diese bestehen vorwiegend aus allein-stehenden Frauen, die meist ledig oder geschieden sind.

Unter den Arbeitnehmern haben die Beamten aufgrund struktureller Faktoren durchschnittlich ein höheres Einkommensniveau aufzuweisen als die Angestellten und die Arbeiter. Die sehr heterogene Gruppe der Nichterwerbstätigen steht im Durchschnitt am unteren Ende der Einkommensskala.

Für Pensionsbezieher ergibt sich eine durchschnittlich bessere Versorgung am Lebensabend, als für Angestellte und Arbeiter.

Das Pro-Kopf-Einkommen eines Haushaltsmitglieds nimmt mit zunehmender Haushaltsgröße ab. Dies läßt auf eine Wechselbeziehung zwischen Kinderzahl und Einkommen schließen, da insbesondere bei mehreren Kindern die Ehefrau als zweiter Einkommensbezieher ausfällt. Für breitere Bevölkerungsschichten ist heute aber neben der Erwerbstätigkeit des Mannes auch diejenige der Frau Voraussetzung für die Erzielung eines durchschnittlichen oder über dem Durchschnitt liegenden Haushaltsnettoeinkommen.

Den Transferleistungen kommt neben den Arbeits-einkommen für den Haushalt immer größere Bedeutung zu. Nur noch 32% der Haushalte beziehen aus einer Quelle ein Einkommen, bei den Mehrpersonenhaushalten sind es nur noch 22%.

Der Empfängerkreis von Sozialtransfers hat sich infolge der wirtschaftlichen Lage als auch aufgrund von Anpassungen an das allgemeine Einkommensniveau und an die Preissteigerungen ständig erweitert, so daß heute 20% der Nichterwerbstätigen-, 8% der Arbeiter-, 7% der Angestellten-, und 5% der Beamtenhaushalte Sozialhilfe, Wohngeld, Arbeitslosengeld etc. beziehen.

Einkommensschwache Gruppen verlaufen heute mitten durch die herkömmlichen sozialen Schichtungen. Sie treten insbesondere beim Aufeinandertreffen bestimmter, ungünstiger sozialer Tatbestände auf und können nicht homogen und eindeutig abgegrenzt werden. Dieses Phänomen, das neuerdings mit der „neuen sozialen Frage“ umschrieben wird, hat sich zum Teil erst in den 10 Jahren aufgrund von Strukturverschiebungen herausgebildet, die mit Veränderungen am Netz der sozialen Sicherung einerseits und der sich wandelnden Erscheinungsform von Armut andererseits zusammenhängen.

Die durchschnittliche Belastung eines Arbeitnehmerhaushaltes mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen liegt bei nahezu 30% des Bruttoeinkommens. Dabei werden im Durchschnitt die Angestelltenhaushalte stärker belastet als die Arbeiterhaushalte.

Ein Überblick über die gesamtwirtschaftliche Umverteilungsaktivität des Staates ergibt schließlich, daß sich die gesamte Umverteilungsmasse des Staates auf der Ausgabenseite auf 47% im Bund (1978) und 41% im Land (1976) des Sozialprodukts beläuft. Auf der Einnahmenseite ergibt sich eine Steuerquote von über 25%, unter Einbeziehung der Sozialabgaben kommt man zu einer Gesamteinnahmenquote von über 40% im Bund und rund 40% im Land.

6. Die Entwicklung der Kriminalität seit 1970

Suchtkriminalität mit hohen Steigerungsraten

Das Bild der Kriminalität ist in letzter Zeit vor allem durch die Entwicklung der Jugendkriminalität und in zunehmendem Maße der Rauschgiftkriminalität geprägt. Im folgenden werden deshalb die wichtigsten Daten zu diesem Bereich kurz dargestellt.

Die Zahl der bekanntgewordenen Straftaten¹ seit 1970 hat stets zugenommen und zwar um fast 49 Prozentpunkte (Tabelle 1). Die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen insgesamt übertrifft dagegen erst wieder im Jahre 1975 die des Jahres 1970, steigt seither aber stetig, dies gilt auch für die zur Zeit der Tat 21 Jahre und älteren. Bei den von den Gerichten des Landes rechtskräftig verurteilten Personen², ist seit 1972 sogar eine weitgehende Konstanz der

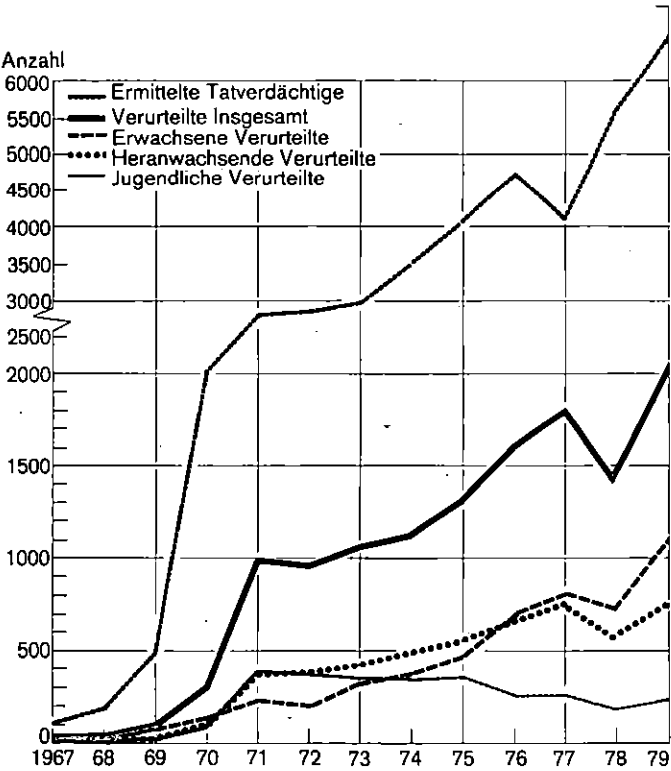
¹ Polizeiliche Kriminalstatistik, herausgegeben vom Landeskriminalamt.
² Strafverfolgungsstatistik, herausgegeben vom Statistischen Landesamt.

Tabelle 1
Kriminalitätsentwicklung

Jahr	Erfasste ¹⁾ Fälle	Ermittelte ¹⁾ Tat- verdächtige	Verurteilte ²⁾		
			insgesamt	und zwar	
				im Alter unter 21 Jahren	wegen Rausch- giftver- gehen
1967	240 576	137 293	39 021	10 040	31
1968	252 353	139 161	46 636	10 927	44
1969	263 492	140 585	49 230	12 913	83
1970	292 939	150 936	50 082	13 578	311
1971	300 953	141 026	52 607	15 039	990
1972	305 484	142 777	56 633	16 299	951
1973	309 651	136 663	54 761	15 463	1 060
1974	343 015	149 529	56 152	15 751	1 188
1975	359 138	154 672	55 028	16 308	1 334
1976	372 313	163 765	54 694	16 390	1 635
1977	394 489	168 825	56 915	17 489	1 818
1978	408 930	170 176	55 977	17 486	1 465
1979	435 231	178 100	57 178	17 774	2 082

1) Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, Straftaten ohne Staatsschutz und Verkehrsdelikte. – 2) Strafverfolgungsstatistik aus Gründen der Vergleichbarkeit ohne Verurteilte wegen Verkehrsdelikten.

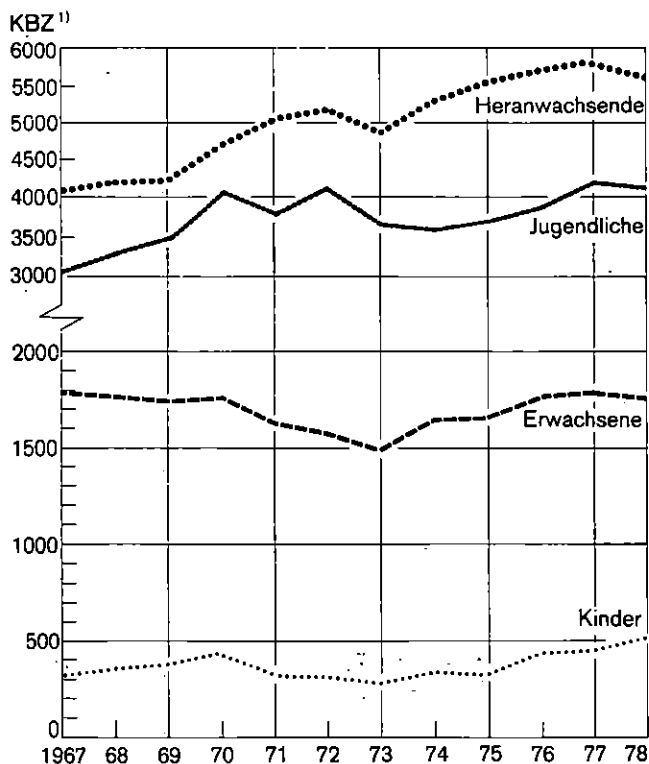
Schaubild 1
Tatverdächtige und Verurteilte
wegen Rauschgiftvergehen



nachgewiesenen erwachsenen und insgesamt Verurteilten festzustellen, sofern man die Straßenverkehrsdelinquenz aus Gründen der Vergleichbarkeit³ außer Ansatz läßt (Tabelle 1). Nach den Ergebnissen beider Statistiken ist dagegen bei den heranwachsenden⁴ Tatverdächtigen und Verurteilten eine insgesamt steigende Tendenz festzustellen. Die Zahl der jugendlichen⁴ Tatverdächtigen und Verurteilten steigt im gesamten Berichtszeitraum eindeutig und zwar um 47 bzw. 42 Prozentpunkte (Schaubild 1). Bei den schuldunfähigen Kindern⁴ wurde die im Jahre 1970 ausgewiesene Zahl der Tatverdächtigen erst wieder im Jahre 1978 überschritten; im Jahre 1979 war sie wieder rückläufig (Tabelle 11, Anhang).

Berücksichtigt man die Bevölkerungsveränderungen in diesem Zeitraum, so stellt man fest, daß diese eben aufgezeigte Entwicklung der Kriminalität anhand der Rechtspflegestatistiken zu einem erheblichen Teil auf die sich ändernde Bevölkerungsstruktur und erst seit etwa 1977 auch auf eine stärkere Kriminalitätsbelastung zurückzuführen ist.

³ Die polizeiliche Kriminalstatistik erfaßt im Gegensatz zur Strafverfolgungsstatistik keine Staatsschutz- und keine Verkehrsdelikte.
⁴ Kinder sind bis unter 14 Jahre, Jugendliche 14 bis unter 18 Jahre und Heranwachsende 18 bis unter 21 Jahre alt, Erwachsene sind 21 Jahre und älter.

Kriminalitätsbelastungsziffern¹⁾**nach Personengruppen**

1) Kriminalitätsbelastungsziffer = Ermittelte Tatverdächtige auf 100 000 der entsprechenden Personengruppe.

Die kriminelle Belastung der Altersgruppen⁵ der Erwachsenen und Jugendlichen weist nämlich erst seit 1977 höhere Werte als in den Jahren seit 1970 aus, während bei den Heranwachsenden schon seit 1974 eine steigende Tendenz festzustellen ist (Schaubilder 2 und 3; Tabelle 11, Anhang). Bei den entsprechenden Verurteilungsziffern wird dagegen die im Jahre 1972 erreichte kriminelle Belastung noch nicht wieder erreicht (Tabelle 12, Anhang). Berücksichtigt man, daß zwischen Ermittlung eines Tatverdächtigen und dessen rechtskräftiger Verurteilung im Durchschnitt ein bis zwei Jahre vergehen, so wird deutlich, daß die sich in der polizeilichen Kriminalstatistik abzeichnende höhere Kriminalitätsbelastung erst ab 1979 auch in der Strafverfolgungsstatistik ihren Niederschlag findet.

Der starke Einfluß der sich ändernden Bevölkerungsstruktur auf die absolute Zahl der ausgewiesenen Straftäter ist in den kommenden Jahren von besonderer Bedeutung. Die geburtenstarken Jahrgänge haben von den generell gefährdeten Alters-

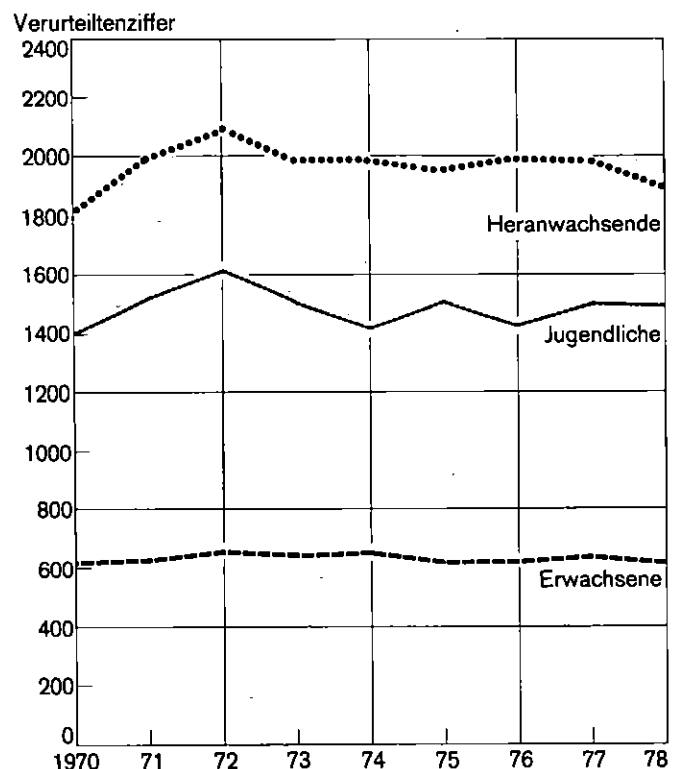
⁵ Häufigkeitszahl ist die auf 100 000 Einwohner entfallende Zahl der Straftaten. Kriminalbelastungszahl und Verurteilungsziffer sind die entsprechenden Zahlen für die ermittelten Tatverdächtigen und die Verurteilten. –

gruppen die der Jugendlichen schon erreicht und werden die der Heranwachsenden im Jahre 1985 erreichen. Das heißt, daß die sogenannte Jugendkriminalität zumindest nach ihren absoluten Werten weiter steigen und sich erst nach 1985 wieder nivellieren wird, wenn nicht inzwischen eine nachhaltige Verschlechterung im strafbaren Verhalten der Bevölkerung oder einiger ihrer Gruppen eintritt⁶.

Sehr unterschiedlich ist die Entwicklung in den einzelnen Deliktsbereichen (Tabelle 13, Anhang). Bei den Diebstahlsdelikten, den zahlenmäßig mit Abstand nach wie vor häufigsten Straftaten im Bereich der klassischen Straftaten (1979: 60,6% der erfaßten Straftaten), ist bei den bekanntgewordenen Fällen und den ermittelten Tatverdächtigen insgesamt ab Mitte der 70er Jahre eine steigende Tendenz festzustellen, die Zahl der rechtskräftig Verurteilten bleibt dagegen weitgehend konstant. Bedeutsam ist hier insbesondere die Verlagerung zum Diebstahl unter erschwerten Umständen. Waren im Jahre 1969 noch 25,9% aller erfaßten Diebstahlsdelikte solche unter erschwerten

⁶ Vgl. etwa die Kriminalitätsentwicklung im Statistisch-prognostischen Jahresbericht 1975.

Schaubild 3

Verurteilungsziffern¹⁾ nach Personengruppen

1) Verurteilungsziffer = Verurteilte auf 100 000 der entsprechenden Personengruppe.

Umständen, so waren es im Jahre 1979 schon 46,7%. Dabei ist allerdings zu sagen, daß sich diese Entwicklung seit etwa 1975 verlangsamt, ein Umstand der darauf hinweist, daß diese Zunahme zum Teil auf die in diesem Bereich durch das 1. Str. RG (vom 25.6.1969) geänderten Strafvorschriften zurückzuführen ist.

Von besonderer Bedeutung ist beim Diebstahl unter erschwerenden Umständen der überproportional hohe und noch steigende Anteil der unter 21jährigen. Sind von den wegen klassischer Delikte Tatverdächtigen insgesamt im Jahre 1979 35,2% zur Zeit der Tat im Alter von unter 21 Jahren, so sind es von den wegen Diebstahls unter erschwerenden Umständen Tatverdächtigen 65,4% (1970: 56,6%). Die entsprechenden Anteile bei den Verurteilten sind 31,1% gegenüber 63,8% (1970: 57,6%).

Ähnlich ist die Situation beim Raub, der im gesamten Berichtszeitraum zunahm. Auch hier verdient der überproportionale und steigende Anteil der Jugendlichen und Heranwachsenden gerade auch im Hinblick auf die künftige Kriminalitätsentwicklung besondere Beachtung. Denn bei diesem Deliktsbereich nimmt auch die kriminelle Belastung der unter 21jährigen zu, eine Entwicklung wie sie so eindeutig nur noch bei den wegen Körperverletzungsdelikten verurteilten Jugendlichen festzustellen ist (*Tabelle 13, Anhang*).

Neben diesem insbesondere bei den unter 21jährigen zu beobachtenden Trend zum Delikt in seiner schweren, häufig gewaltsamen Begehungsform, ist die Rauschgiftkriminalität von besonderer Bedeutung. Dies weniger wegen der Zahl der von der Polizei ermittelten und den Gerichten rechtskräftig verurteilten Täter, sondern wegen den statistisch kaum greifbaren Folgeerscheinungen.

In Baden-Württemberg wurden im Jahre 1979 insgesamt 6622 Tatverdächtige wegen Rauschgiftvergehen ermittelt und 2082 wegen dieser Delikte rechtskräftig verurteilt; rechnet man diejenigen, die daneben auch andere Straftaten begangen haben, dazu, waren es 6806 Tatverdächtige und 2432 Verurteilte. Diese Zahlen vermögen über den Umfang der Rauschgiftkriminalität, die Zahl der Händler und Abhängigen auch nicht annähernd etwas auszusagen, dies trotz verstärkter Bemühungen der Polizei und anderer Stellen, da das sogenannte Dunkelfeld in diesem Deliktsbereich besonders groß ist.

Zur Verdeutlichung der vermuteten Größenordnung des Mißbrauchs illegaler Drogen und der hiervon ausgehenden Gefahren werden nachfolgend einige Ergebnisse von Befragungen dargestellt. Bei einer Infra-Test-Untersuchung⁷ gaben in

Baden-Württemberg 4% der 12 bis 24jährigen an, mehrmals oder regelmäßig Drogen zu benutzen; das sind hochgerechnet 50 000 Personen.

Darunter gaben 84% an Haschisch, Marihuana oder LSD genommen zu haben. Schwer Drogenabhängige konnten dagegen bei der Infra-Test-Befragung nur unzulänglich erfaßt werden. Hier liegt die Bandbreite zwischen 4896 Personen, die am 31. Dezember 1979 in Baden-Württemberg polizeilich erfaßt waren und ungefähr 8000 schwer Drogenabhängigen, einer Zahl die auf Schätzungen der psycho-sozialen Beratungs- und ambulanten Behandlungsstellen beruht. Hiervon sind nach den Erfahrungen der Polizei und der oben genannten Beratungs- und Behandlungsstellen 70 bis 80% heroinsüchtig.

Bedeutsam sind auch die sich aus den statistischen Daten ergebenden Entwicklungen. Die Rauschgiftkriminalität begann etwa ab dem Jahre 1969 zu einem kriminal- und gesellschaftspolitischen Problem zu werden. So nahmen die polizeilich ermittelten Täter zwischen 1969 und 1971 um über 480% und die Zahl der wegen Rauschgiftdelikten Verurteilten um 1093% zu. Diese sprunghafte Entwicklung wurde vornehmlich von den jüngeren Jahrgängen unter 25, insbesondere unter 21 Jahren getragen, die vor 1968 in diesem Deliktsbereich beinahe gar nicht strafrechtlich aufgefallen waren. Diese damalige Rauschgiftwelle war noch vorwiegend auf Cannabis-Produkte, insbesondere Haschisch zurückzuführen. Seither sind die Zahlen der Tatverdächtigen (bis 1979 um weitere 138%) und der Verurteilten (bis 1979 um 110%) weiter gestiegen. Allerdings hat sich die Zusammensetzung des betroffenen Personenkreises geändert: Die Zahl der wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz ermittelten jugendlichen Tatverdächtigen und Verurteilten ist rückläufig (1979 gegenüber 1972: -32,4% bzw. 38,5%), während die der Heranwachsenden (+75,3% bzw. 97,6%) und insbesondere der Erwachsenen (+325,7% bzw. 473,8%) im gleichen Zeitraum erheblich anstieg. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, daß die minderjährigen Drogenabhängigen langsam in die Gruppe der Volljährigen insbesondere der Erwachsenen hineinwachsen. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, daß nach polizeilicher Ermittlung zunehmend zu harten Drogen wie Heroin (polizeiliche Sicherstellung in Baden-Württemberg 1979: 16,4 kg, dagegen 1977: 2,7 kg) aber auch Kokain übergegangen wird. Der Anteil Verurteilter weiblichen Geschlechts an den wegen Rauschgiftdelikten insgesamt Verurteilten ist zwar stets etwas höher als der im Rahmen der klassischen Kriminalität insgesamt (1979: 19,7% gegenüber 18,2%), doch sind die Frauen auch in diesem Deliktsbereich, verglichen mit ihrem Bevölkerungsanteil (1979: 52,5% der straf-

⁷ Von Infra-Test-Gesundheitsforschung, München, 1978 im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung durchgeführte Repräsentativbefragung der 12 bis 49jährigen Bevölkerung in Baden-Württemberg.

mündigen Bevölkerung) nach wie vor unterrepräsentiert. Wie bei den übrigen Delikten gilt auch hier, daß dies in noch stärkerem Maße bei den schweren Begehungsformen gilt.

Auch die Beteiligung der Ausländer an der Rauschgiftkriminalität liegt unter ihrem Anteil an den Verurteilten wegen sonstiger sog. klassischer Delikte (1979: 13,4% zu 17,7%). Dies dürfte darauf zurückzuführen sein und wird auch durch Beobachtungen der Polizei gestützt, daß die Ausländer vor allem bei den Konsumenten unterrepräsentiert sind. Nach den Ergebnissen der Strafverfolgungsstatistik hatten sich etwa die Hälfte der wegen Rauschgiftdelikten Verurteilten Nichtdeutschen wegen gewerbs- oder bandenmäßigem Handel (§11 Abs. 4 Nr. 4 BTMG) und wegen Besitzes oder Abgabe größerer Mengen (§11 Abs. 4 Nr. 5 BTMG) vor den Gerichten des Landes zu verantworten. Nach den Erkenntnissen der Polizei stellen im Heroinschmuggel und -handel die Türken dabei unter den Ausländern rund die Hälfte der Täter.

Wie schwerwiegend die Probleme sind, die der Drogenmißbrauch mit sich bringt und die auch künftig auf die Gesellschaft zukommen, zeigt das deutliche Ansteigen der Drogentoten in Baden-Württemberg während der beiden letzten Jahre (1975: 28; 1976: 48; 1977: 37; 1978: 84; 1979: 106). Da auf dem „Markt“ im Augenblick ein großes Angebot an sehr reinem und damit besonders wirksamem sog. türkischem Heroin besteht bei sinkenden Preisen, ist in absehbarer Zeit keine spürbare Verringerung der Probleme zu erwarten. Dadurch könnte sich die Gesamtproblematik weiter verstärken.

Als weitere Form des Mißbrauchsverhaltens unserer Gesellschaft ist im Bereich der Rechtspflege nur noch der Alkoholmißbrauch relevant, soweit dabei gleichzeitig Strafgesetze verletzt werden. Während die Verurteilungen wegen Straßenverkehrsdelikten kaum zugenommen haben (1970 bis 1979 um 5,8%), – die kriminelle Belastung war sogar rückläufig – ist die Zahl der wegen Straftaten im Straßenverkehr in Trunkenheit Verurteilten ständig angestiegen (1970 bis 1979 um 60,7%). Im Jahre 1979 war beinahe jeder zweite Verkehrsdelinquent (von 46 773 Verurteilten 20 872) zum Zeitpunkt der Tat unter Alkohol gestanden. Bei 17,7% der wegen fahrlässiger Körperverletzung im Straßenverkehr Verurteilten war 1979 (1970: 10,4%) Alkohol im Spiel, bei den wegen fahrlässiger Tötung im Straßenverkehr Verurteilten war Alkohol in 26,8% (1970: 22,7%) der Fälle mitursächlich. Überproportional auffällig sind hier die jüngeren Erwachsenen, nämlich die 21- bis 30jährigen, gefolgt von den 30- bis 40jährigen. Das weibliche Geschlecht (Anteil

an den Verkehrsdelikten in Trunkenheit 1979: 4,4%) und die Nichtdeutschen (1979: 9,9%) sind in noch stärkerem Maße als in der Rauschgiftkriminalität unterrepräsentiert. Auch hier gilt aber, daß diese statistischen Daten für sich alleingenommen über den Umfang und die Folgen des übermäßigen Alkoholkonsums in unserer Gesellschaft wenig auszusagen vermögen. Nach den Ergebnissen der Infra-Test-Erhebung (1978) kann man davon ausgehen, daß in Baden-Württemberg insgesamt etwa 230 000 Personen alkoholkrank sind, darunter etwa 60 000 Frauen und 8000 Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren). Am größten ist der Anteil der Alkoholgefährdeten bei den 25-49jährigen, wie ein im Rahmen dieser Erhebung aufgestellter Vergleich zwischen den Anteilen der regelmäßigen Alkoholkonsumenten und der Abstinenten nach Altersgruppe ausweist. Bis zu diesem Alter steigt ab etwa dem 14. Lebensjahr der Anteil derjenigen steil an, die regelmäßig alkoholische Getränke in einem für ihre Gesundheit schädlichem Umfang trinken.

Die weiteren Formen des Mißbrauchsverhaltens in unserer Gesellschaft, der Medikamentenmißbrauch und der Nikotinmißbrauch, sind im Zusammenhang mit der Kriminalitätsstatistik von sehr untergeordneter Bedeutung. Zur Abrundung des Gesamtbildes sei jedoch vermerkt, daß nach Infratest etwa 10% der Jugendlichen und 13% der Erwachsenen in Baden-Württemberg Medikamente ohne ärztliche Verordnung einnehmen. Bei den Zigaretten beträgt der Absatz pro Kopf der Bevölkerung in der Bundesrepublik 2000 Stück im Jahr 1978.

Die Kriminalität seit 1970 wurde insbesondere von drei Komponenten bestimmt:

- die steigende Jugendkriminalität, die allerdings noch in erheblichem Maße von der sich ändernden Bevölkerungsstruktur bestimmt ist,
- eine spürbare Verlagerung zu Delikten in ihrer schweren Begehungsform und
- eine starke Zunahme der Sucht-, insbesondere der Rauschgiftkriminalität.

Der Rauschmittelmißbrauch wird die Kriminalität auch in den nächsten Jahren bestimmen, dies auch, wenn es gelingen sollte, die in Umlauf befindlichen Mengen an Drogen zu reduzieren und den Handel einzudämmen, denn noch nimmt die Zahl der Süchtigen ständig zu. Mit dem Aktionsprogramm der Bundesregierung gegen den Drogen- und Rauschmittelmißbrauch vom 16. Januar 1980 und dem Landesprogramm gegen den Drogen- und Rauschmittelmißbrauch in Baden-Württemberg 1980, das die Landesregierung am 26.2.1980 verabschiedet hat, wurden die Bemühungen zur Lösung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgaben wesentlich intensiviert.

7. Zur Entwicklung des Schulbesuchs- verhaltens

In den vergangenen Jahren haben sich innerhalb der verschiedenen Schularten unseres gegliederten Schulwesens beträchtliche Veränderungen vollzogen. Der Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen (Sekundarbereich I) und der Wechsel in den Sekundarbereich II sind dabei die wichtigsten Schaltstationen für den Schülerverlauf. Wie sich die veränderten Einstellungen beim Übergangsverhalten auf die Schülerzahlen und ihre Struktur ausgewirkt haben, soll in den nachfolgenden Beiträgen aufgezeigt werden. Für den Sekundarbereich I wurde dabei die Altersgruppe der 12jährigen ausgewählt, während zur Charakterisierung des Schulbesuchs in der Sekundarstufe II die 15- bis 18jährigen herangezogen wurden.

Übergang auf weiterführende Schulen

Wenn man die Verteilung der schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen auf die verschiedenen Schularten unseres gegliederten Schulsystems betrachtet, so wird diese im Regelfall durch die

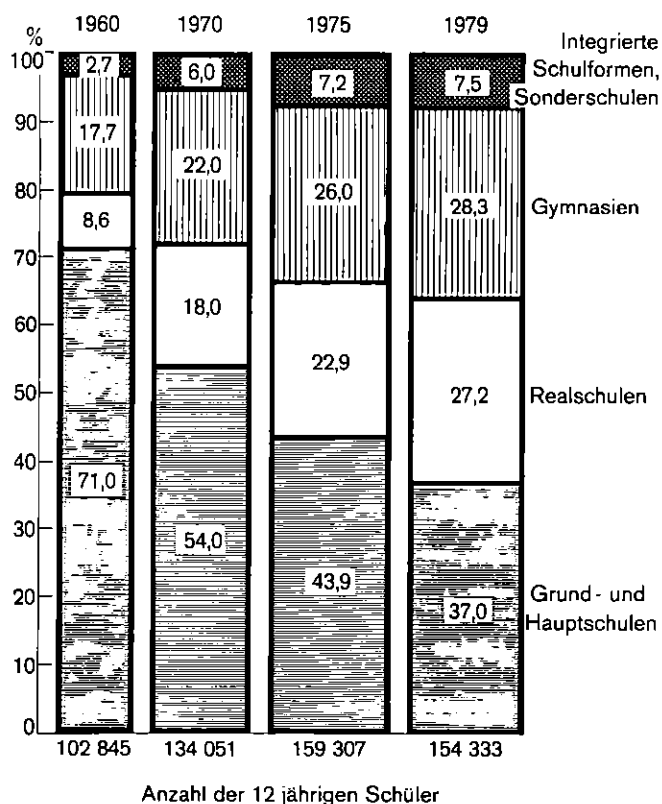
Übergangsquote nach dem 4. Schuljahr der Grundschule charakterisiert. Hierbei wird dargestellt, wieviele Kinder nach Beendigung ihrer Grundschulzeit auf die Hauptschule, welcher Anteil auf die Realschule und welcher Anteil auf das Gymnasium überwechselt. Die beiden letztgenannten Anteile werden üblicherweise als Übergangsquote bezeichnet, wobei die nicht unbeträchtliche Zahl von Überwechslern nach der 5. Klassenstufe der Hauptschule gewisse Schwierigkeiten bereitet. Meist werden diese um 1 Jahr verspäteten Schulartwechsler den Übergängern aus der 4. Klassenstufe im gleichen Schuljahr zugeschlagen, woraus bei wechselnden Altersjahren eine gewisse Ungenauigkeit der Übergangsquote resultiert. Als weitere Mängel der Übergangsquoten-Berechnung sind zu nennen: 1. Durch die Wahl der Bezugsgröße „4. Klassenstufe Grundschule“ wird auf der Bestandsseite der Anteil der Schüler, die sich schon in Sonderschulen oder integrierten Schulformen befinden, vernachlässigt. 2. Die Rückschulungen von Realschulen und Gymnasien auf Hauptschulen, die insbesondere in der 5. Klassenstufe erfolgen, finden keine Berücksichtigung.

Obwohl die Übergangsquoten durch ihre frühzeitige Trendinformation durchaus ihre Berechtigung haben, soll an dieser Stelle versucht werden, durch die Analyse altersspezifischer Schulbesuchsquoten die obengenannten Mängel der Übergangsquoten auszuschalten. Als geeignetes Alter wurden die 12jährigen ausgewählt. In diesem Lebensalter ist die Fluktuation zwischen den Schularten geringer und die Verteilung dieser Altersgruppe dürfte trotz eines zu erwartenden Schwunds ein vergleichsweise realistisches Bild über das voraussichtliche Abschlusniveau liefern.

In *Schaubild 1* wird die Verteilung der 12jährigen auf Hauptschulen (einschl. Grundschulen), Realschulen, Gymnasien, Integrierte Schulformen und Sonderschulen zu vier verschiedenen Zeitpunkten gegenüber gestellt. Bemerkenswert ist dabei in erster Linie der relative Rückgang des Hauptschulbesuchs, der sich seit 1960 fast halbiert hat. Diese Abwärtsentwicklung wurde in erster Linie durch die verstärkte Inanspruchnahme der Realschule ausgelöst. Das Gymnasium verdankt seinen leichten Aufwärtstrend vor allem der verstärkten Partizipation der Mädchen am Besuch dieser Schulart; die Schulbesuchsquote der Jungen hat sich beim Gymnasium seit 1960 nicht wesentlich erhöht. An der Realschule war dagegen stets ein leichtes Übergewicht der Mädchen vorhanden, das auch während der großen Expansion in den vergangenen zwei Jahrzehnten mit einer Verdreifachung der Zahl der Schulen und einer Versechsfachung der Schülerzahlen an dieser Schulart nahezu unverändert geblieben ist.

Schaubild 1

Schulbesuch der 12 jährigen nach Schularten



Während der Zeit der anwachsenden Schulpflichtigenzahl war auch die größte relative Ausdehnung des Schülerbestands an Realschulen und Gymnasien zu verzeichnen. Um einen Eindruck von den Belastungen für das Schulsystem zu vermitteln, sei die Bedeutung dieser beiden Komponenten in längerfristigem Zusammenhang dargestellt: Zwischen 1960 und 1978 stieg die Zahl der Zwölfjährigen um rund 55% an, zusätzlich erhöhte sich aber noch der relative Realschulbesuch dieser Altersgruppe um fast 300%. Ähnlich stark wie das Realschulwesen wurden die Schulen für Behinderte ausgebaut, doch fällt deren Anteil selbst bei einer Verdoppelung von 2,7% im Jahre 1960 auf 5,4% bei den Zwölfjährigen nicht so sehr ins Gewicht. Auch die Schaffung integrierter Schulformen (Gesamtschulen, Orientierungsstufen, Waldorfschulen) hat mit ihrem Anteil von derzeit 2,5% keine große quantitative Bedeutung.

Die Konsequenzen der dargestellten Verschiebung beim Besuch der weiterführenden Schularten sind erheblich. Beschränkte sich der Anteil der Absolventen mit mittlerem oder höherem Abschluß im Jahre 1965 noch auf etwa ein Viertel eines Altersjahrgangs, so werden es 1985 mehr als 55% sein (Tabelle 1). Berücksichtigt man zusätzlich, daß von den Hauptschulabsolventen noch ein erheblicher Teil über die 2jährigen Berufsfachschulen zu einem mittleren Abschluß gelangen kann, so werden in etwa 5 bis 10 Jahren sechs von zehn Schülern die Schullaufbahn mit der mittleren Reife oder dem Abitur beenden. Aus dieser Entwicklung wird die Durchlässigkeit des gegliederten Schulsystems in Baden-Württemberg deutlich, in dem die Hauptschule und die Berufsschule (duales System) nach wie vor einen wesentlichen bildungspolitischen Eckpfeiler darstellen.

Die Entwicklung des Schulbesuchsverhaltens im berufsschulpflichtigen Alter

Ausgangssituation

Eine 1976 mit der Prüfung der Ausbildungs- und Berufschancen der jungen Generation beauftragte interministerielle Kommission ging für die Jahre 1978 bis 1982 von einem jährlichen Lehrstellendefizit in der Größenordnung zwischen 14 000 und 23 000 aus. Grundlage dieser Berechnung war das damalige Angebot an Ausbildungsplätzen und die durch den Anstieg der geburtenstarken Jahrgänge zu erwartende verstärkte Nachfrage. Nachdem jedoch im Sommer 1979 schon der dritte geburtenstarke Jahrgang an der Schwelle zur Berufsausbildung stand, stellt sich die Ausbildungsstellensituation im dualen System durch die ergriffenen Fördermaßnahmen und die Appelle der Landesregierung sowie durch die Bemühungen von Wirtschaft, Kammern und

Tabelle 1

Entwicklung der Qualifikationsstruktur der schulischen Abschlüsse

Abschlußniveau	1965	1975	1985
	%		
Abgänger			
ohne Hauptschulabschluß	10	10	8
mit Hauptschulabschluß	66	42	30
mit mittlerem und höherem Abschluß	24	48	62
Insgesamt	100	100	100

Gerundete Werte.

Quelle: Bericht des MKS zum Staatshaushaltsplan 1980, Seite 148.

Arbeitsverwaltung in einem günstigeren Licht dar. Das Lehrstellenangebot konnte während der letzten drei Jahre so weit gesteigert werden, daß auch für 1979/80 genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Mit 86 300 Ausbildungsverträgen für die neueingetretenen Berufsschüler registrierte die Berufsschulstatistik für das laufende Schuljahr rund 7000 Lehrstellen mehr (+8,7%) als 1978/79. Hinzu kommen über 10 800 Vorverträge für Schüler an den einjährigen gewerblichen Berufsfachschulen, auf die – neben den beruflichen Gymnasien – im wesentlichen der mit 5,7% relativ geringe Anstieg der Schülerzahlen in beruflichen Vollzeitschulen zurückgeht. Vor allem in der verhaltenen Schülerentwicklung bei den zweijährigen Berufsfachschulen (+2,4%) und den Berufskollegs (+0,5%) kommt zum Ausdruck, daß die den beruflichen Vollzeitschulen neben der besseren beruflichen Ausbildung übergangsweise zugeordnete Entlastungsfunktion geburtenstarker Jahrgänge bisher nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden mußte. Die Fragen der bisherigen und künftigen Entwicklung der beruflichen Vollzeitschulen und der damit verbundenen Rückwirkungen auf das duale System ist zur Zeit Gegenstand einer beginnenden öffentlichen Diskussion. Dabei werden auch Stimmen laut, die in den beruflichen Vollzeitschulen insbesondere in Anbetracht schwächerer Ausbildungsjahrgänge in den 80er Jahren eine gewisse Konkurrenz zum dualen System sehen.

Nach statistischen Berechnungen hat sich der an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung gemessene Anteil der Berufsschüler im berufsschulpflichtigen Alter in den letzten zehn Jahren beträchtlich verringert. Nur noch jeder dritte Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren besuchte im Schuljahr 1978/79 eine Berufsschule, während sich 1970 noch über 45% und 1975 fast 35% der 15 bis

18jährigen im dualen System befanden, eine Entwicklung, die übrigens nur in geringerem Umfange durch die beruflichen Vollzeitschulen beeinflusst wurde. Bei all diesen Berechnungen, bei denen die Schülerzahlen auf die vier Altersjahrgänge der 15- bis 18jährigen Wohnbevölkerung bezogen werden, ist jedoch zu berücksichtigen, daß die einzelnen dualen Ausbildungsgänge von unterschiedlicher Dauer sind. So stellt die verwendete Bezugsgröße nur eine statistische Meßziffer für den zeitlichen Vergleich und für den Vergleich mit anderen Schularten dar. Sie sagt jedoch nur wenig darüber aus, wieviele Schüler tatsächlich das duale System durchlaufen; zur Zeit sind es etwa zwei Drittel eines Altersjahrganges.

Höheres Lebensalter der Hauptschulabgänger

Infolge des verstärkten Überganges in Realschulen und Gymnasien hat gerade jener Bildungsgang, der im Anschluß an die Grundschule am schnellsten zur Berufsausbildung führt, nämlich die Hauptschule, gemessen an der 10- bis 15jährigen Wohnbevölkerung beträchtlich an Schüleranteilen eingebüßt. Zwischen 1970 und 1978 ist der Anteil der Hauptschüler an der 10- bis 15jährigen Wohnbevölkerung von 49% und 40% gesunken. Hinzu kommt, daß die Hauptschüler in den Abgangsklassen gegenüber früher ein höheres Lebensalter aufweisen. So besuchten 1970 6,2% der 15jährigen Wohnbevölkerung eine Hauptschule während 1978/79 rund 26% dieses Altersjahrganges und 5,4% der 16jährigen noch in dieser Schulart verweilten. Diese Verschiebung zeigt sich auch deutlich in der veränderten Altersstruktur der Hauptschüler, von denen 1970 nur knapp 2,5% 15 Jahre und älter waren, während heute bereits 16% auf diesen Altersbereich entfallen.

Diese Entwicklung ist nicht allein auf die 1966/67 erfolgte Verlegung des Einschulungstermins von Ostern auf Herbst zurückzuführen. Vielmehr dürfte sich dabei auch eine Änderung in der Einschulungsmentalität gegenüber den 60er Jahren bemerkbar machen. So sank der Anteil der vorzeitig eingeschulter Kinder zwischen 1969 und 1978 von 7,5% auf unter 2%, während im selben Zeitraum der Anteil der nachträglich eingeschulter Erstklässler von 4% auf 8% anstieg. Nicht zuletzt dürfte auch der auf 10% angewachsene Anteil der ausländischen Schüler, die zum Teil auch infolge sprachlicher Defizite nicht altersgerecht schulisch versorgt werden können, zu einer Stärkung der älteren Jahrgänge in der Hauptschule geführt haben.

Zusammenfassend kann man jedenfalls sagen, daß beide Faktoren, sowohl die Verringerung der Zahl der direkten Übergänge in die Berufsausbildung als auch das höhere Lebensalter der Hauptschulabgänger zwangsläufig zu einer Verschiebung von den jüngeren Berufsschülerjahrgängen hin zu den älteren Jahrgängen führen mußte. Diese Verschiebung, die nicht auf den Ausbau der beruflichen Vollzeitschulen zurückgeht, ist mit einer wesentlichen Ursache für mißverständliche Interpretationen der bisherigen Entwicklung.

Höheres Vorbildungsniveau aber Verzögerungen im Zugang zum dualen System

Der bereits dargestellte Rückgang der Schüleranteile bei den Hauptschulen kommt sowohl den Realschulen als auch den Gymnasien zugute. Bezogen auf die gleichaltrige Wohnbevölkerung ist der Anteil der 15- bis 18jährigen seit 1970 in den Realschulen von 5,8% auf 11,6% und bei den Gymnasien von 15,3% auf 20,4% gestiegen, eine Entwicklung, die bei beiden Schularten übrigens stärker auf die Mädchen als auf die Jungen zurückgeht (*Tabelle 14, Anhang*). Abgesehen vom erhöhten Übergang in Realschulen und Gymnasien kommt hier zu einem gewissen Teil natürlich genauso wie bei den Hauptschulen das infolge geänderter Einschulungsgewohnheiten erhöhte Lebensalter der Schüler in den Abgangsklassen zum Tragen. Viel wesentlicher ist aber, daß sich mit wachsenden Schüleranteilen in Schularten, die zu einem mittleren oder höheren Abschluß führen, infolge längerer Schulbesuchszeiten der Übertritt in die Berufsausbildung verzögert. Dafür steigt aber auch laufend das Vorbildungsniveau der Auszubildenden im dualen System. So verfügten im Schuljahr 1979/80 knapp 40% der neueingetretenen Berufsschüler über einen mittleren oder höheren Abschluß. Anfang der 70er Jahre hatte dieser Anteil erst 13% betragen.

Entwicklung im Besuch der beruflichen Vollzeitschulen

Schaubild 1 zeigt deutlich, daß den beruflichen Vollzeitschulen im Hinblick auf den Ausfall von Schüleranteilen an den Berufsschulen (duales System) vergleichsweise zum späteren Abgang aus allgemeinbildenden Schulen und zur gestiegenen Präferenz für Realschulen und Gymnasien nicht die gleiche Bedeutung zukommt. Insgesamt hat sich nämlich der Anteil der 15- bis 18jährigen, die eine Berufsfachschule, ein Berufskolleg oder ein berufliches Gymnasium besuchen, zwischen 1970 und 1978 von 9,5 auf 13,8% erhöht. Diese Zunahme

fällt bei den Jungen (von 8,5 auf 11,7%) geringer aus als bei den Mädchen (von 11,3 auf 16,1%) und differiert zwischen den einzelnen Schularten im Vollzeitbereich beträchtlich. So hat sich der Anteil der 15- bis 18jährigen an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung in den zweijährigen Berufsfachschulen, die qualifizierte Hauptschulabgänger zu einem mittleren Schulabschluß führen, zwischen 1970 und 1978 nur um 0,9 Prozentpunkte auf 5% erhöht. Auch bei den Berufskollegs, die im Anschluß an die mittlere Reife eine berufliche Erstausbildung in Vollzeitform vermitteln, sowie bei den beruflichen Gymnasien beträgt die Zunahme des altersspezifischen Anteils nur 1 bzw. 0,4 Prozentpunkte. Allein bei den „sonstigen Berufsfachschulen“, deren Schülerzahlen zu mehr als die Hälfte, von den einjährigen gewerblichen Berufsfachschulen gespeist werden, ist eine Zunahme der altersspezifischen Schulbesuchsquote der 15- bis 18jährigen von 2,6 auf 4,6% zu beobachten. Dies hängt damit zusammen, daß sich die Schülerzahlen gerade in den einjährigen Berufsfachschulen aufgrund der verstärkten Ausbildungskapazität des Handwerkes überproportional entwickeln.

Schaubild 3

Alterstruktur der Berufsschüler

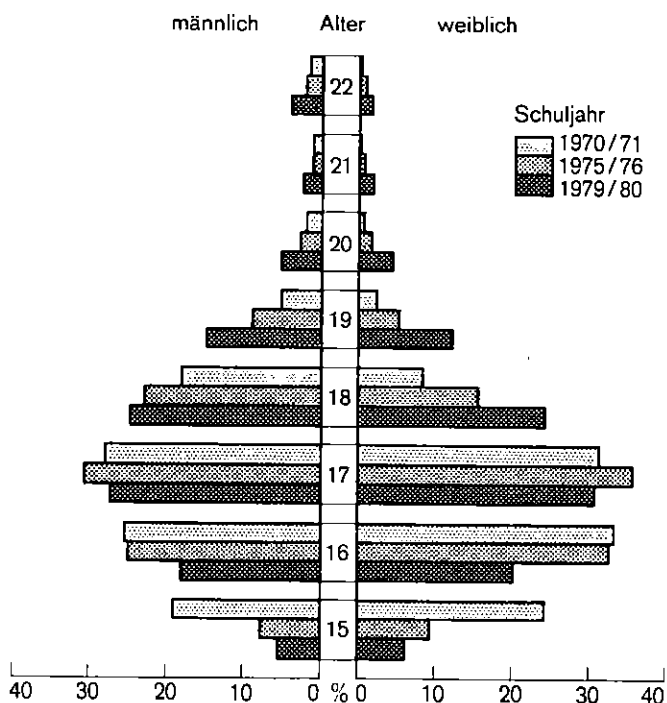
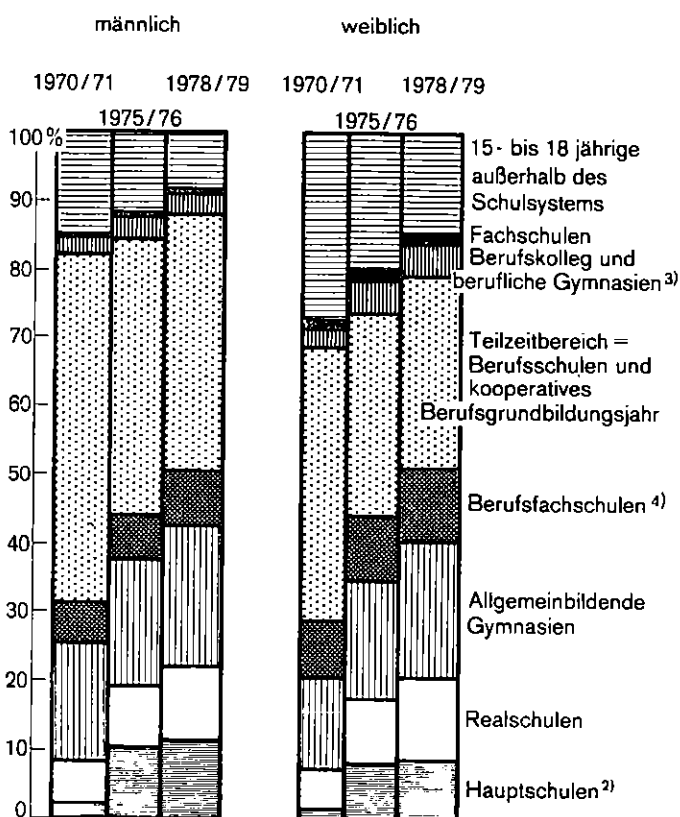


Schaubild 2

Schulbesuch der 15-bis 18 jährigen¹⁾

nach Schularten



- 1) 15- bis einschließlich 18-jährige.
- 2) Einschließlich Sonderschulen.
- 3) Einschließlich Berufsoberschulen.
- 4) Einschließlich schulisches Berufsgrundbildungsjahr.

Fast jeder vierte Berufsschüler 19 Jahre und älter

Der längere Verbleib von Jugendlichen im allgemeinbildenden Schulwesen und die partielle Verlagerung des ersten Ausbildungsjahres in einjährige Vollzeitschulen haben sowohl zu einer Verringerung der jüngeren Jahrgänge im Teilzeitbereich als auch zu einer Erhöhung des Eingangsalters im dualen System geführt. Dies hat insgesamt beträchtliche Auswirkungen auf die Altersstruktur der Berufsschüler. Schaubild 2 zeigt in aller Deutlichkeit den relativen Rückgang bei den 15- und 16-jährigen sowie die Zunahme bei den älteren Jahrgängen. Befanden sich 1970 noch 21 der Berufsschüler als 15-jährige im dualen System, so waren es 1975 8,4% und im Schuljahr 1979/80 nur noch 5,8%. Ein ähnlicher, wenn auch nicht so gravierender Rückgang ist auch bei den 16-jährigen festzustellen. Dagegen wächst der Anteil jener Schüler, die sich über das berufsschulpflichtige Alter hinaus als 19-jährige und ältere Jugendliche im dualen System befinden, fortlaufend. So waren 1970 erst 6,5% der Berufsschüler 19 Jahre und älter, während dieser Anteil heute bei 23% liegt. Insbesondere an den kaufmännischen Berufsschulen macht sich das für zahlreiche Ausbildungsberufe in Wirtschaft und Verwaltung erforderliche hohe Vorbildungsniveau in Form einer starken Zunahme älterer Jahrgänge bemerkbar. Hier waren im Schuljahr 1979/80 sogar schon 30% der Schüler 19 Jahre und älter, während an gewerblichen Berufsschulen 26,6% der Schüler auf diesen

Altersbereich entfielen. Dagegen werden an den haus- und landwirtschaftlichen Berufsschulen nur 6,2% der Schüler über das berufsschulpflichtige Alter hinaus unterrichtet. Diese Schulen werden nämlich überwiegend von Mädchen ohne Ausbildungsverhältnis besucht, die nach Erfüllung der Berufsschulpflicht mit 18 Jahren von der Schule abgehen.

Zusammenfassung

Aus der Analyse der Schulbesuchsquoten lassen sich folgende zusammenfassende Schlüsse ziehen:

Die Verlagerungen beim Übergang auf weiterführende Schulen hatten insbesondere eine erhebliche Ausdehnung des Realschulbesuchs auf Kosten der Hauptschule zur Folge.

Diese langfristige Verschiebung im Verlauf der vergangenen zwei Jahrzehnte beschleunigt nun mittelfristig im Zusammenwirken mit abnehmenden Altersjahrgängen und einer in der jüngsten Vergangenheit beobachteten verstärkten Inanspruchnahme des Gymnasiums den Rückgang der Schülerzahlen an den Hauptschulen und verschärft die damit zusammenhängenden Probleme.

Die Tendenz zu höheren Bildungsabschlüssen wirkt sich bei den über 15jährigen auch in einer stärkeren Beanspruchung der beruflichen Vollzeitschulen aus, da auf diesem Weg Abschlüsse aus dem allgemeinbildenden Schulwesen erweitert und ausgebaut werden können.

Entscheidend für den Rückgang der Berufsschulbesuchsquote (Teilzeitbereich) in den Siebzigerjahren bei den 15- bis 18 jährigen ist jedoch die Verlängerung des Schulbesuchs an den allgemeinbildenden Schulen infolge späterer Einschulungen und der geschilderten Tendenz zur Höherqualifikation. Dadurch wird der Eintritt in die Berufsschule und die berufspraktische Ausbildung zeitlich hinausgeschoben.

Anhang

1. Beschäftigte, Löhne und Gehälter, Umsätze und Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe 1978

Sypro Nr.	Wirtschaftsgruppe Wirtschaftsbereich	Beschäftigte			Löhne und Gehälter		
		20 und mehr Beschäftigte	20 bis 499 Beschäftigte	Anteil	20 und mehr Beschäftigte	20 bis 499 Beschäftigte	Anteil
		Anzahl		%	1 000 DM		%
21	Bergbau	898	.	.	26 262	.	.
22	Mineralölverarbeitung
25	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	24 187	18 187	75,2	700 084	527 475	75,3
27	Eisenschaffende Industrie
28	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	15 611	2 913	18,7	484 483	87 086	18,0
29	Gießerei	16 759	8 673	51,8	506 221	245 772	48,6
30	Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw.	35 053	29 065	82,9	969 439	798 825	82,4
31	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	14 773	10 474	70,9	461 817	301 565	65,3
32	Maschinenbau	261 742	110 092	42,1	8 176 426	3 287 820	40,2
33	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	257 103	29 459	11,5	8 439 534	746 001	8,8
34	Schiffbau	346	346	100	10 287	10 287	100
35	Luft- und Raumfahrzeugbau	4 923	.	.	179 332	.	.
36	Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	250 549	48 438	19,3	7 660 572	1 256 280	16,4
37	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	63 605	31 235	49,1	1 783 878	804 114	45,1
38	Herstellung von EBM-Waren	61 774	37 113	60,1	1 703 935	985 377	57,8
39	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhalter usw.	24 521	19 531	79,7	587 758	459 660	78,2
40	Chemische Industrie	51 833	21 069	40,6	1 739 722	622 284	35,8
50	Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	31 398	.	.	1 803 659	.	.
51	Feinmechanik	2 465	2 465	100	59 295	59 295	100
52	Herstellung und Verarbeitung von Glas	7 033	4 454	63,3	174 366	98 471	56,5
53	Holzbearbeitung	7 432	5 582	75,1	190 499	136 041	71,4
54	Holzverarbeitung	49 784	35 725	71,8	1 336 703	931 423	69,7
55	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	10 439	4 137	39,6	334 238	123 835	37,0
56	Papier- und Pappeverarbeitung	25 284	17 313	68,5	636 786	415 587	65,3
57	Druckerei, Vervielfältigung	34 731	27 354	78,8	1 057 629	815 088	77,1
58	Herstellung von Kunststoffwaren	34 351	26 060	75,9	865 765	642 374	74,2
59	Gummiverarbeitung	26 005	3 894	15,0	769 251	100 634	13,1
61	Ledererzeugung	2 850	.	.	72 892	.	.
62	Lederverarbeitung	18 872	.	.	372 981	.	.
63	Textilgewerbe	105 630	59 063	55,9	2 289 904	1 202 155	52,5
64	Bekleidungsgewerbe	36 244	27 480	75,8	652 531	482 205	73,9
65	Reparatur von Gebrauchsgütern (ohne elektrische Geräte)	131	131	100	2 580	2 580	100
68	Ernährungsgewerbe	58 346	39 891	68,4	1 530 294	990 825	64,7
69	Tabakverarbeitung	2 792	391	14,0	67 572	6 833	10,1
	Bergbau	898	70 473	43,2	26 262	2 024 464	39,9
	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	162 473			5 050 285		
	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	974 165	294 841	30,3	30 981 540	8 146 064	26,3
	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	341 896	228 911	67,0	8 109 184	5 293 663	65,3
	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	61 138	40 282	65,9	1 597 863	997 657	62,4
	Insgesamt	1 540 570	634 507	41,2	45 765 117	16 461 853	36,0

Umsätze			Investitionen			Wirtschaftsgruppe Wirtschaftsbereich	Sypro Nr.
20 und mehr Beschäftigte	20 bis 499 Beschäftigte	Anteil	20 und mehr Beschäftigte	20 bis 499 Beschäftigte	Anteil		
1 000 DM		%	1 000 DM		%		
189 135	.	.	21 290	.	..	Bergbau	21
.	Mineralölverarbeitung	22
3 276 786	2 240 766	68,4	247 750	182 611	73,7	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	25
.	Eisenschaffende Industrie	27
2 885 936	881 756	30,6	110 269	18 396	16,7	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	28
1 490 720	681 132	45,7	53 659	30 760	57,3	Gießerei	29
3 217 832	2 647 985	82,3	180 688	143 608	79,5	Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw.	30
1 527 363	1 055 903	69,1	39 871	32 308	81,0	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	31
25 596 678	10 536 336	41,2	1 110 138	412 505	37,2	Maschinenbau	32
37 205 874	3 847 616	10,3	1 925 129	99 758	5,2	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	33
23 764	23 764	100	695	695	100	Schiffbau	34
366 815	.	.	15 104	.	.	Luft- und Raumfahrzeugbau	35
25 496 810	4 412 196	17,3	1 082 455	170 207	15,7	Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	36
5 636 391	2 658 373	47,2	205 079	90 912	44,3	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	37
5 862 637	3 371 720	57,5	253 198	166 104	65,6	Herstellung von EBM-Waren	38
2 163 431	1 794 534	82,9	76 153	60 987	80,1	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhalter usw.	39
9 063 262	3 605 487	39,8	346 393	143 828	41,5	Chemische Industrie	40
6 663 430	.	.	998 000	.	.	Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	50
133 979	133 979	100	5 276	5 276	100	Feinkeramik	51
763 128	403 956	52,9	61 382	14 984	24,4	Herstellung und Verarbeitung von Glas	52
1 197 548	882 562	73,7	89 795	65 370	72,8	Holzbearbeitung	53
5 051 804	3 437 518	68,0	194 533	146 271	75,2	Holzverarbeitung	54
1 707 879	632 661	37,0	84 554	34 531	40,8	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	55
2 524 035	1 646 033	65,2	127 764	88 973	69,6	Papier- und Pappeerarbeitung	56
3 512 458	2 655 532	75,6	239 141	163 708	68,5	Druckerei, Vervielfältigung	57
3 556 113	2 527 854	71,1	204 176	151 099	74,0	Herstellung von Kunststoffwaren	58
3 045 320	328 258	10,8	124 567	17 984	14,4	Gummiverarbeitung	59
374 676	.	.	10 416	.	.	Ledererzeugung	61
1 395 100	.	.	37 823	.	.	Lederverarbeitung	62
9 449 989	4 767 051	50,4	301 829	167 922	55,6	Textilgewerbe	63
2 766 547	1 940 382	70,1	55 292	38 981	70,5	Bekleidungsgewerbe	64
4 529	4 529	100	59	59	100	Reparatur von Gebrauchsgütern (ohne elektrische Geräte)	65
12 902 096	8 640 137	67,0	487 303	332 239	68,2	Ernährungsgewerbe	68
1 530 056	27 761	1,8	12 748	430	3,4	Tabakverarbeitung	69
189 135	10 925 737	41,5	21 290	518 854	36,9	Bergbau	
26 136 739			1 386 430			Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	
110 697 740	28 255 870	25,5	5 763 571	1 105 998	19,2	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	
31 695 786	20 071 328	63,3	1 313 848	859 468	65,4	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	
14 432 154	8 667 899	60,1	500 057	332 670	66,5	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	
183 151 550	67 920 833	37,1	8 985 186	2 816 985	31,4	Insgesamt	

2. Löhne und Gehälter, Umsätze und Investitionen je Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe 1978

Sypro Nr.	Wirtschaftsgruppe Wirtschaftsbereich	Löhne und Gehälter je Beschäftigten			Umsätze je Beschäftigten			Investitionen je Beschäftigten		
		20 und mehr Be- schäftigte	20 - 499 Be- schäftigte	Spalte 2 : 1	20 und mehr Be- schäftigte	20 - 499 Be- schäftigte	Spalte 5 : 4	20 und mehr Be- schäftigte	20 - 499 Be- schäftigte	Spalte 8 : 7
		DM		%	DM		%	DM		%
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
21	Bergbau	29 245	.	.	210 618	.	.	23 708	.	.
22	Mineralölverarbeitung
25	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	28 945	29 003	0,2	135 477	123 207	- 9,1	10 243	10 041	- 2,0
27	Eisenschaffende Industrie
28	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzweigwerke	31 035	29 896	- 3,7	184 866	302 697	63,7	7 064	6 315	- 10,6
29	Gießerei	30 206	28 338	- 6,2	88 950	78 535	- 11,7	3 202	3 547	10,8
30	Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw.	27 656	27 484	- 0,6	91 799	91 106	- 0,8	5 155	4 941	- 4,2
31	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	31 261	28 792	- 7,9	103 389	100 812	- 2,5	2 699	3 085	14,3
32	Maschinenbau	31 238	29 864	- 4,4	97 794	95 705	- 2,1	4 241	3 747	- 11,6
33	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	32 825	25 323	- 22,9	144 712	130 609	- 9,7	7 488	3 386	- 54,8
34	Schiffbau	29 731	29 731	0,0	68 682	68 682	0,0	2 009	2 009	0,0
35	Luft- und Raumfahrzeugbau	36 427	.	.	74 510	.	.	3 068	.	.
36	Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	30 575	25 936	- 15,2	101 764	91 090	- 10,5	4 320	3 514	- 18,7
37	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	28 046	25 744	- 8,2	88 616	85 109	- 4,0	3 224	2 911	- 9,7
38	Herstellung von EBM-Waren	27 583	26 551	- 3,7	94 905	90 850	- 4,3	4 099	4 476	9,2
39	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhalter usw.	23 970	23 535	- 1,8	88 228	91 881	4,1	3 106	3 123	0,5
40	Chemische Industrie	33 564	29 536	- 12,0	174 855	171 128	- 2,1	6 683	6 827	2,2
50	Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	57 445	.	.	212 225	.	.	31 785	.	.
51	Feinkeramik	24 055	24 055	0,0	54 353	54 353	0,0	2 140	2 140	0,0
52	Herstellung und Verarbeitung von Glas	24 793	22 108	- 10,8	108 507	90 695	- 16,4	8 728	3 364	- 61,5
53	Holzbearbeitung	25 632	24 371	- 4,9	161 134	158 109	- 1,9	12 082	11 711	- 3,1
54	Holzverarbeitung	26 850	26 072	- 2,9	101 474	96 222	- 5,2	3 908	4 094	4,8
55	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeherzeugung	32 018	29 934	- 6,5	163 606	152 927	- 6,5	8 100	8 347	3,0
56	Papier- und Pappeverarbeitung	25 185	24 004	- 4,7	99 827	95 075	- 4,8	5 053	5 139	1,7
57	Druckerei, Vervielfältigung	30 452	29 798	- 2,1	101 133	97 080	- 4,0	6 886	5 985	- 13,1
58	Herstellung von Kunststoffwaren	25 203	24 650	- 2,2	103 523	97 001	- 6,3	5 944	5 798	- 2,5
59	Gummiverarbeitung	29 581	25 843	- 12,6	117 105	84 298	- 28,0	4 790	4 618	- 3,6
61	Lederherzeugung	25 576	.	.	131 465	.	.	3 655	.	.
62	Lederverarbeitung	19 764	.	.	73 924	.	.	2 004	.	.
63	Textilgewerbe	21 679	20 354	- 6,1	89 463	80 711	- 9,8	2 857	2 843	- 0,5
64	Bekleidungsgewerbe	18 004	17 547	- 2,5	76 331	70 611	- 7,5	1 526	1 419	- 7,0
65	Reparatur von Gebrauchsgütern (ohne elektrische Geräte)	19 695	19 695	0,0	34 573	34 573	0,0	450	450	0,0
68	Ernährungsgewerbe	26 228	24 838	- 5,3	221 131	216 594	- 2,1	8 352	8 329	- 0,3
69	Tabakverarbeitung	24 202	17 476	- 27,8	548 014	71 000	- 87,0	4 566	1 100	- 75,9
	Bergbau	29 245			210 618			23 708		
	Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	31 084	28 727	- 7,6	160 868	155 034	- 3,8	8 533	7 362	- 14,6
	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	31 803	27 629	- 13,1	113 633	95 834	- 15,7	5 916	3 751	- 36,6
	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	23 718	23 125	- 2,5	92 706	87 682	- 5,4	3 843	3 755	- 2,3
	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	26 135	24 767	- 5,2	236 059	215 180	- 8,8	8 179	8 259	1,0
	Insgesamt	29 707	25 944	- 12,7	118 886	107 045	- 10,0	5 832	4 440	- 23,9

3. Regionale Strukturanteile der mittleren Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes 1978

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Beschäftigte										Löhne u. Gehälter		Investitionen	
	Land = 100	Anteil der Unternehmen mit 20 - 499 Beschäftigten	Anteil der mittleren Unternehmen am Verarbeitenden Gewerbe				Wirtschaftsstruktur der mittleren Unternehmen				Land = 100	Anteil der Unternehmen mit 20 - 499 Beschäftigten	Land = 100	Anteil der Unternehmen mit 20 - 499 Beschäftigten
			B, G + P ¹⁾	I ²⁾	V ³⁾	N + G ⁴⁾	B, G + P ¹⁾	I ²⁾	V ³⁾	N + G ⁴⁾				
Stadtkreis Stuttgart, Landeshauptstadt	23,2	7,6	46,4	4,0	39,0	39,5	11,4	46,5	31,4	10,7	27,8	6,3	33,7	3,4
Landkreise														
Böblingen	1,6	65,9	69,3	55,0	91,6	42,7	16,0	46,7	35,0	2,3	1,6	61,7	1,4	56,0
Esslingen	4,9	51,0	66,9	45,9	62,3	46,8	6,8	60,0	29,7	3,5	4,8	50,0	3,3	60,2
Göppingen	2,7	54,3	100,0	43,4	64,7	44,5	14,1	45,8	36,6	3,5	2,5	52,0	2,0	52,9
Ludwigsburg	4,0	48,0	87,7	44,2	42,3	68,1	14,8	51,2	28,4	5,6	3,7	47,1	3,2	50,7
Rems-Murr-Kreis	2,9	59,0	57,3	53,2	69,1	75,7	6,8	54,2	32,3	6,7	2,8	57,3	2,1	58,4
Region Mittlerer Neckar	39,3	26,2	68,8	17,7	55,6	50,1	11,0	51,8	31,7	5,5	43,2	22,7	45,8	17,2
Stadtkreis Heilbronn	0,9	65,9	72,5	50,0	100,0	100,0	17,9	44,8	29,6	7,7	0,9	62,7	0,9	60,1
Landkreise														
Heilbronn	3,4	32,0	100,0	18,9	100,0	100,0	16,6	49,3	27,2	6,9	3,5	26,5	4,4	19,2
Hohenlohekreis	0,8	49,1	100,0	52,3	35,1	100,0	7,7	58,5	27,1	6,7	0,7	48,3	0,7	38,4
Schwäbisch Hall	0,9	85,4	100,0	78,4	87,0	100,0	11,0	39,4	41,1	8,5	0,8	84,4	0,7	91,6
Main-Tauber-Kreis	0,8	70,2	100,0	79,6	59,9	100,0	9,9	31,6	51,2	7,3	0,7	64,3	0,9	42,5
Region Franken	6,8	50,4	91,7	34,5	73,2	100,0	13,5	44,3	34,8	7,4	6,5	44,5	7,5	35,3
Landkreise														
Heidenheim	1,3	40,0	100,0	29,9	46,3	100,0	12,6	46,2	35,8	5,4	1,2	35,8	0,9	44,8
Ostalbkreis	2,4	54,2	56,2	46,0	69,5	100,0	14,1	50,3	32,1	3,5	2,3	50,9	1,9	64,5
Region Ostwürttemberg	3,7	49,4	63,2	40,4	60,5	100,0	13,7	49,1	33,1	4,0	3,5	45,7	2,8	58,1
Regierungsbezirk Stuttgart	49,8	31,5	72,4	21,1	59,6	61,2	11,9	49,8	32,5	5,8	53,2	26,9	56,1	21,6
Stadtkreise														
Baden-Baden	0,2	83,3	65,4	100,0	100,0	100,0	37,8	32,3	26,2	3,8	0,2	82,4	0,2	93,9
Karlsruhe	2,4	40,7	12,4	40,1	100,0	100,0	11,8	42,0	29,2	17,0	2,3	36,7	4,7	14,6
Landkreise														
Karlsruhe	2,4	53,1	60,2	36,5	86,0	100,0	14,8	41,5	38,2	5,6	2,1	51,8	1,5	54,6
Rastatt	1,2	61,8	37,6	67,0	86,0	100,0	21,1	43,5	32,5	2,9	1,1	57,0	1,3	60,3
Region Mittlerer Oberrhein	6,1	51,0	30,1	43,8	90,0	100,0	16,6	41,6	33,4	8,4	5,7	47,7	7,6	31,6
Stadtkreise														
Heidelberg	1,4	29,6	8,6	19,4	100,0	100,0	6,0	41,7	45,3	7,0	1,5	25,8	1,5	19,9
Mannheim	4,5	17,6	32,9	9,3	50,1	34,2	28,2	36,8	17,5	17,5	5,0	15,6	3,8	17,0
Landkreise														
Neckar-Odenwald-Kreis	0,8	75,2	100,0	66,5	78,4	100,0	13,8	43,9	38,7	3,6	0,6	72,5	0,5	86,7
Rhein-Neckar-Kreis	2,8	51,7	21,2	69,2	74,0	100,0	17,6	35,3	34,7	12,4	2,5	48,9	2,5	51,2
Region Unterer Neckar	9,4	34,1	25,9	23,9	73,8	58,0	18,0	38,0	32,6	11,4	9,7	29,7	8,3	31,8
Stadtkreis Pforzheim	1,6	84,6	69,9	79,2	94,0	100,0	8,5	44,0	45,5	2,0	1,4	82,5	0,9	84,6
Landkreise														
Calw	0,8	69,4	100,0	71,8	61,5	100,0	6,9	48,3	40,0	4,7	0,7	68,3	0,4	83,0
Enzkreis	1,3	80,5	69,5	77,3	100,0	100,0	12,5	63,7	22,1	1,7	1,1	79,6	0,8	85,5
Freudenstadt	0,7	68,5	65,4	60,6	75,0	100,0	13,9	39,0	39,1	7,9	0,6	67,3	0,8	68,3
Region Nordschwarzwald	4,4	78,1	71,2	74,9	84,0	100,0	10,2	50,1	36,5	3,1	3,8	76,6	2,9	80,3
Regierungsbezirk Karlsruhe	19,9	48,9	32,5	40,7	82,1	73,5	14,8	43,4	34,2	7,5	19,2	44,4	18,9	39,3
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	0,8	46,9	12,0	39,0	63,0	100,0	5,9	31,0	36,3	26,8	0,8	42,8	0,8	28,0
Landkreise														
Breisgau-Hochschwarzwald	0,7	65,9	100,0	68,8	46,1	30,3	26,9	53,6	15,5	4,0	0,6	67,4	0,6	73,9
Emmendingen	0,8	66,5	100,0	55,0	80,6	59,8	5,8	40,0	43,8	10,4	0,7	65,9	0,5	77,8
Ortenaukreis	2,8	65,7	58,6	75,4	59,4	64,2	13,8	44,0	35,3	6,9	2,5	61,2	2,3	54,9
Region Südlicher Oberrhein	5,1	62,8	55,1	65,2	62,3	67,2	13,3	43,1	34,1	9,5	4,5	59,4	4,3	55,1
Landkreise														
Rottweil	1,3	53,8	100,0	43,9	83,6	100,0	4,0	62,4	30,1	3,4	1,1	51,8	1,1	56,0
Schwarzwald-Baar-Kreis	2,8	53,9	65,3	48,8	100,0	14,8	7,9	74,7	17,0	0,5	2,6	51,6	1,8	54,1
Tuttlingen	1,2	70,1	100,0	72,1	59,4	100,0	2,9	69,1	23,3	4,6	1,1	67,9	0,8	79,5
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	5,3	57,6	73,0	52,3	78,9	63,9	5,6	70,4	21,7	2,3	4,7	55,3	3,7	60,1
Landkreise														
Konstanz	1,7	33,6	12,3	65,5	36,4	25,8	12,7	47,9	28,3	11,0	1,7	31,3	1,5	27,0
Lörrach	1,7	42,5	10,6	75,8	39,3	34,4	6,9	56,0	32,1	5,0	1,6	39,5	1,5	34,4
Waldshut	1,0	56,9	36,5	100,0	53,0	39,9	18,8	36,8	38,7	5,7	1,0	52,0	1,0	68,1
Region Hochrhein-Bodensee	4,5	42,4	17,0	76,5	42,4	30,6	12,4	47,6	33,0	7,1	4,3	39,2	4,0	40,3
Regierungsbezirk Freiburg	14,9	54,8	34,8	59,9	58,5	50,7	10,2	54,3	29,2	6,3	13,5	51,6	12,0	51,7
Landkreise														
Reutlingen	2,5	65,9	82,0	47,3	75,9	100,0	12,3	28,7	53,2	5,7	2,2	62,9	1,6	73,8
Tübingen	1,2	67,7	100,0	52,5	74,2	100,0	4,9	28,3	63,4	3,3	0,9	65,4	0,6	76,0
Zollernalbkreis	2,8	69,8	100,0	49,6	79,3	100,0	3,9	24,6	69,4	2,1	2,2	66,6	1,8	60,7
Region Neckar-Alb	6,4	67,9	87,8	49,2	77,2	100,0	7,2	26,8	62,3	3,7	5,3	64,9	3,9	68,1
Stadtkreis Ulm	2,4	25,3	13,0	16,7	64,4	100,0	8,6	43,5	36,3	11,6	2,3	22,2	2,6	15,7
Landkreise														
Alb-Donau-Kreis	0,7	84,2	73,8	75,0	100,0	100,0	17,3	37,5	41,7	3,5	0,6	77,9	0,5	90,5
Biberach	1,3	44,9	31,3	32,5	100,0	100,0	14,5	43,8	31,8	10,0	1,2	38,3	0,9	51,6
Region Donau-Iller ⁵⁾	4,3	40,2	29,2	27,6	84,0	100,0	13,4	41,6	36,6	8,4	4,2	34,8	4,0	33,3
Landkreise														
Bodenseekreis	2,2	15,8	100,0	8,8	51,0	100,0	15,9	49,0	26,3	8,8	2,3	12,6	2,9	12,2
Ravensburg	1,6	62,1	68,2	46,9	77,6	100,0	9,2	40,8	36,2	13,7	1,5	56,6	1,5	57,6
Sigmaringen	0,8	55,7	39,6	64,6	55,3	100,0	14,5	24,8	53,8	6,9	0,7	50,8	0,7	52,7
Region Bodensee-Oberschwaben	4,6	39,3	59,2	23,5	64,0	100,0	11,8	38,2	39,0	11,0	4,6	33,2	5,1	31,4
Regierungsbezirk Tübingen	15,4	51,5	50,2	32,5	75,5	100,0	9,6	32,7	51,3	6,4	14,0	45,6	13,1	43,0
Baden-Württemberg	100	41,2	43,2	30,3	67,0	65,9	11,1	46,5	36,1	6,3	100	36,0	100	31,4

1) Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe. - 2) Investitionsgüter produzierendes Gewerbe. - 3) Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe. - 4) Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. - 5) Soweit Land Baden-Württemberg.

4. Regionale Lohn- und Investitionsintensitäten der mittleren Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes 1978

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Löhne und Gehälter je Beschäftigten		Investitionen je Beschäftigten	
	Land = 100	Unternehmen mit 20 - 499 Beschäftigten gegenüber insgesamt	Land = 100	Unternehmen mit 20 - 499 Beschäftigten gegenüber insgesamt
Stadtkreis Stuttgart, Landeshauptstadt	119,8	- 18,5	145,2	- 54,1
Landkreise				
Böblingen	100,1	- 6,5	84,0	- 14,7
Esslingen	97,9	- 2,0	67,8	- 17,4
Göppingen	94,1	- 4,2	76,6	- 1,3
Ludwigsburg	93,6	- 2,0	77,8	- 9,5
Rems-Murr-Kreis	95,2	- 2,9	73,2	- 1,2
Region Mittlerer Neckar	110,0	- 14,7	116,2	- 34,7
Stadtkreis Heilbronn	96,3	- 4,9	92,7	- 8,5
Landkreise				
Heilbronn	104,0	- 17,2	129,9	- 40,8
Hohenlohekreis	84,3	- 1,7	88,6	- 18,2
Schwäbisch Hall	82,0	- 1,2	79,2	- 7,7
Main-Tauber-Kreis	85,1	- 8,5	105,5	- 38,8
Region Franken	95,5	- 11,8	110,4	- 29,6
Landkreise				
Heidenheim	95,3	- 10,6	73,8	- 11,5
Ostalbkreis	93,6	- 6,3	78,9	- 19,7
Region Ostwürttemberg	94,2	- 7,6	77,2	- 18,0
Regierungsbezirk Stuttgart	106,9	- 14,9	112,5	- 30,7
Stadtkreise				
Baden-Baden	91,2	- 1,1	69,4	- 11,8
Karlsruhe	99,0	- 9,8	195,5	- 63,3
Landkreise				
Karlsruhe	88,6	- 2,6	63,3	- 4,0
Rastatt	95,5	- 7,8	107,5	- 2,7
Region Mittlerer Oberrhein	94,0	- 6,6	123,6	- 37,4
Stadtkreise				
Heidelberg	104,5	- 13,0	104,4	- 31,5
Mannheim	112,0	- 11,3	84,9	- 5,4
Landkreise				
Neckar-Odenwald-Kreis	80,6	- 3,7	62,0	- 15,9
Rhein-Neckar-Kreis	92,2	- 5,5	91,4	- 1,5
Region Unterer Neckar	102,5	- 13,3	87,9	- 6,7
Stadtkreis Pforzheim	85,9	- 2,6	56,0	- 0,0
Landkreise				
Calw	85,2	- 1,5	56,2	- 19,7
Enzkreis	88,1	- 1,2	64,2	- 6,4
Freudenstadt	93,2	- 1,8	118,7	- 0,2
Region Nordschwarzwald	87,6	- 2,0	68,0	- 2,9
Regierungsbezirk Karlsruhe	96,6	- 9,5	94,6	- 19,4
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	97,6	- 8,8	103,3	- 38,5
Landkreise				
Breisgau-Hochschwarzwald	86,4	- 2,2	93,1	- 12,6
Emmendingen	82,1	- 0,9	59,7	- 18,0
Ortenaukreis	89,0	- 6,9	85,2	- 16,1
Region Südlicher Oberrhein	89,0	- 5,4	85,1	- 11,4
Landkreise				
Rottweil	87,2	- 3,7	86,6	- 4,8
Schwarzwald-Baar-Kreis	90,7	- 4,5	64,8	- 0,4
Tuttlingen	86,2	- 3,1	64,4	- 14,0
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	88,8	- 4,1	69,9	- 4,6
Landkreise				
Konstanz	95,8	- 6,9	85,7	- 19,1
Lörrach	94,4	- 7,2	85,5	- 18,5
Waldshut	94,2	- 8,6	99,8	- 19,8
Region Hochrhein-Bodensee	94,9	- 7,7	88,9	- 4,3
Regierungsbezirk Freiburg	90,7	- 5,9	80,8	- 5,1
Landkreise				
Reutlingen	89,2	- 4,6	63,6	- 12,1
Tübingen	80,2	- 3,5	47,0	- 14,0
Zollernalbkreis	77,5	- 4,7	64,8	- 12,7
Region Neckar-Alb	82,5	- 4,6	61,1	- 0,8
Stadtkreis Ulm	97,5	- 12,4	108,8	- 37,4
Landkreise				
Alb-Donau-Kreis	85,7	- 7,6	76,7	- 7,3
Biberach	97,4	- 14,8	72,2	- 15,7
Region Donau-Ilter ¹⁾	95,6	- 13,6	93,2	- 16,5
Landkreise				
Bodenseekreis	108,6	- 20,1	130,8	- 17,1
Ravensburg	93,6	- 8,8	96,7	- 7,6
Sigmaringen	85,6	- 9,0	81,6	- 4,2
Region Bodensee-Oberschwaben	99,1	- 15,6	110,2	- 18,3
Regierungsbezirk Tübingen	91,2	- 11,5	84,9	- 15,7
Baden-Württemberg	100	- 12,7	100	- 23,9

i) Soweit Land Baden-Württemberg.

5. Ältere Menschen in den Stadt- und Landkreisen am Jahresanfang 1979

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Wohn- bevölkerung insgesamt 1 000	Darunter ältere Menschen ¹⁾			
		zusammen		männlich	75 und mehr Jahre alt
		Anzahl	% der Wohn- bevölkerung %	% der älteren Menschen	
Stadtkreis Stuttgart, Landeshauptstadt	583,7	97 207	16,7	35,9	35,7
Landkreise					
Böblingen	296,8	33 023	11,1	37,8	33,4
Esslingen	454,3	56 581	12,5	37,8	33,9
Göppingen	226,8	34 480	15,2	37,1	34,6
Ludwigsburg	427,5	51 651	12,1	38,0	33,6
Rems-Murr-Kreis	351,2	46 395	13,2	37,8	34,4
Region Mittlerer Neckar	2 340,2	319 337	13,6	37,2	34,5
Stadtkreis Heilbronn	111,3	17 387	15,6	31,1	33,4
Landkreise					
Heilbronn	237,4	31 127	13,5	37,1	35,5
Hohenlohekreis	82,9	11 905	14,4	38,6	36,4
Schwäbisch Hall	150,6	22 958	15,2	38,9	37,0
Main-Tauber-Kreis	121,6	19 460	16,0	37,8	36,9
Region Franken	704,0	103 837	14,8	36,8	36,3
Landkreise					
Heidenheim	123,4	18 290	14,8	37,5	33,7
Ostalbkreis	272,0	38 108	14,0	37,8	35,2
Region Ostwürttemberg	395,4	56 398	14,3	37,7	34,7
Regierungsbezirk Stuttgart	3 439,6	479 572	13,9	37,4	34,8
Stadtkreise					
Baden-Baden	49,2	10 826	22,0	34,5	37,9
Karlsruhe	274,1	45 754	16,7	34,5	37,0
Landkreise					
Karlsruhe	352,9	43 919	12,4	36,6	33,1
Rastatt	187,9	26 197	13,9	36,8	33,3
Region Mittlerer Oberrhein	864,0	126 696	14,7	36,5	35,0
Stadtkreise					
Heidelberg	128,1	20 621	16,1	33,5	37,9
Mannheim	302,8	49 288	16,3	35,7	34,7
Landkreise					
Neckar-Odenwald-Kreis	129,3	19 301	14,9	38,5	35,3
Rhein-Neckar-Kreis	454,4	60 114	13,2	37,1	34,0
Region Unterer Neckar	1 014,6	149 324	14,7	36,6	34,9
Stadtkreis Pforzheim	106,5	17 759	16,7	35,8	34,9
Landkreise					
Calw	128,3	19 269	15,0	37,4	36,2
Enzkreis	158,3	20 793	13,1	36,9	34,9
Freudenstadt	97,6	15 184	15,6	37,6	35,2
Region Nordschwarzwald	490,7	73 005	14,9	36,9	35,3
Regierungsbezirk Karlsruhe	2 369,3	349 025	14,7	36,2	35,0
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	174,1	27 083	15,6	33,5	35,9
Landkreise					
Breisgau-Hochschwarzwald	193,8	25 393	13,1	38,5	34,9
Emmendingen	129,8	17 400	13,4	35,8	34,7
Ortenaukreis	353,2	50 034	14,2	36,3	36,0
Region Südlicher Oberrhein	850,9	119 910	14,1	36,1	35,6
Landkreise					
Rottweil	127,0	19 600	15,4	37,6	35,1
Schwarzwald-Baar-Kreis	197,4	27 874	14,1	37,7	35,4
Tuttlingen	110,1	16 072	14,6	37,9	35,2
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	434,5	63 546	14,6	37,7	35,3
Landkreise					
Konstanz	227,8	34 577	15,2	37,1	36,0
Lörrach	189,5	26 806	14,1	37,3	35,0
Waldshut	141,4	20 296	14,4	38,9	35,2
Region Hochrhein-Bodensee	558,7	81 679	14,6	37,6	35,5
Regierungsbezirk Freiburg	1 844,1	265 135	14,4	36,9	35,5
Landkreise					
Reutlingen	234,4	33 282	14,2	35,9	35,6
Tübingen	167,6	19 890	11,9	36,2	35,1
Zollernalbkreis	172,0	24 602	14,3	36,3	33,9
Region Neckar-Alb	573,9	77 774	13,6	36,1	34,9
Stadtkreis Ulm	98,5	15 497	15,7	37,5	33,1
Landkreise					
Alb-Donau-Kreis	157,8	20 104	12,7	37,9	37,1
Biberach	149,5	20 078	13,4	38,6	35,7
Region Donau-Iller ²⁾	405,9	55 679	13,7	38,0	35,5
Landkreise					
Bodenseekreis	165,6	23 905	14,4	41,2	32,4
Ravensburg	227,0	31 940	14,1	39,1	35,5
Sigmaringen	112,4	14 431	12,8	38,1	36,6
Region Bodensee-Oberschwaben	505,0	70 276	13,9	39,6	34,7
Regierungsbezirk Tübingen	1 484,8	203 729	13,7	37,8	35,0
Baden-Württemberg	9 137,8	1 297 461	14,2	37,0	35,0

1) Im Alter von 65 und mehr Jahren. - 2) Soweit Land Baden-Württemberg.

6. Durchschnittliche Vermögenswerte der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe beteiligten Haushalte nach ausgewählten Anlageformen

Art Schichtmerkmal	Guthaben insgesamt			Darunter in Form von ...		
	1969 ¹⁾	1978 ¹⁾	Zunahme 1978 gegen 1969	Sparkonten	Haus- und Grundbesitz	Wertpapieren
	in 1 000 DM je Haushalt			%		

Nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes

Selbständige	165,0	368,4	123,3	3,1	77,1	4,1
Beamte	54,0	128,1	137,2	7,3	74,3	3,3
Angestellte	53,6	125,3	133,8	7,6	74,6	4,3
Arbeiter	40,6	111,7	175,1	7,2	80,4	2,2
Nichterwerbstätige	48,5	109,9	126,6	10,5	75,1	7,5
Landwirte	212,1	468,4	120,8	2,5	91,9	1,4

Nach der Haushaltsgröße

1 Person	31,3	61,9	97,8	13,0	68,1	8,6
2 Personen	62,2	124,3	99,8	9,3	74,1	6,5
3 Personen	66,1	141,8	114,5	7,1	78,5	3,7
4 Personen	80,4	166,4	107,0	5,5	80,5	2,7
5 Personen und mehr	111,5	217,2	94,8	4,5	82,2	2,7

Nach dem Haushaltsnettoeinkommen in DM

unter 800	-	51,6	-	12,2	77,0	5,5
800 - 1 400	-	67,0	-	11,4	74,8	4,3
1 400 - 2 000	-	111,1	-	7,9	78,9	3,3
2 000 - 2 500	-	149,7	-	7,2	79,4	3,8
2 500 - 3 000	-	169,2	-	6,6	79,3	4,5
3 000 und mehr	-	266,3	-	5,1	75,8	5,5

1) Stichtag jeweils 1. Januar.

7. Durchschnittliche Verschuldung der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe beteiligten Haushalte nach ausgewählten Schuldenarten

Art Schichtmerkmal	Schulden insgesamt			Darunter			
	1969 ¹⁾	1978 ¹⁾	Zunahme	auf Girokonten	Warenkredite, Teilzahlungsschulden	Hypotheken- und Grundschulden	Darlehen, Kredite
	1 000 DM		in %	in % der Schulden 1978 insgesamt			

Nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes

Selbständige	27,7	83,8	202,5	10,3	1,5	61,5	18,2
Beamte	11,1	31,9	187,3	1,6	0,2	73,0	20,8
Angestellte	9,7	25,7	164,9	2,2	0,4	69,8	23,3
Arbeiter	6,3	18,2	188,8	2,2	0,8	61,0	30,9
Nichterwerbstätige	4,3	5,7	32,5	2,9	1,0	61,9	28,5
Landwirte	35,8	73,1	104,1	7,0	0,9	45,7	43,9

Nach der Haushaltsgröße

1 Person	2,8	5,7	103,5	4,7	1,2	54,0	31,4
2 Personen	6,1	13,2	116,3	2,9	0,6	69,2	23,1
3 Personen	10,4	24,1	131,7	3,1	0,5	68,0	23,9
4 Personen	14,1	34,1	141,8	5,9	1,1	61,0	26,4
5 Personen und mehr	24,0	39,3	63,7	3,4	0,7	62,0	28,5

Nach dem Haushaltsnettoeinkommen in DM

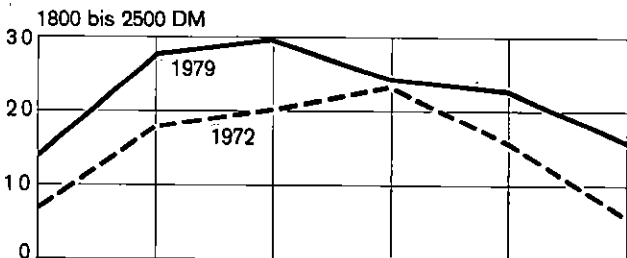
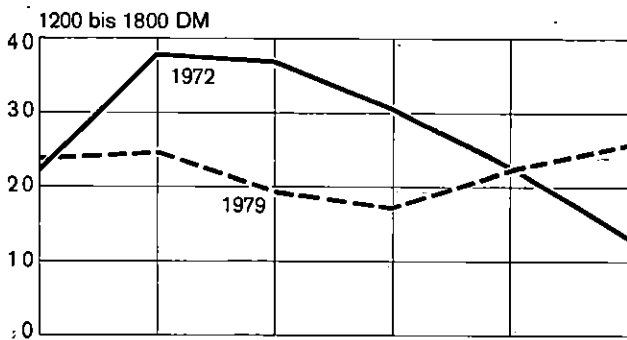
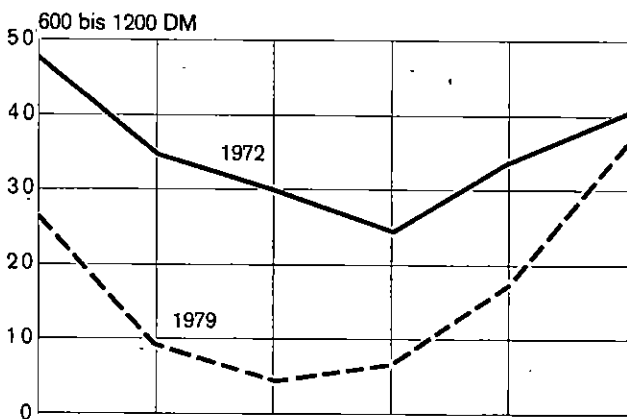
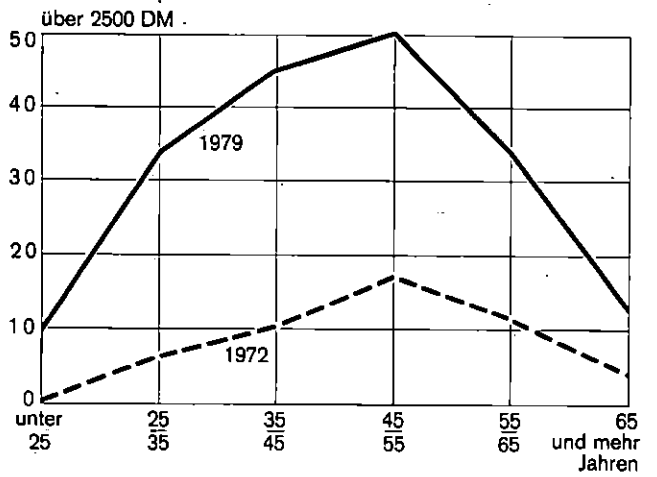
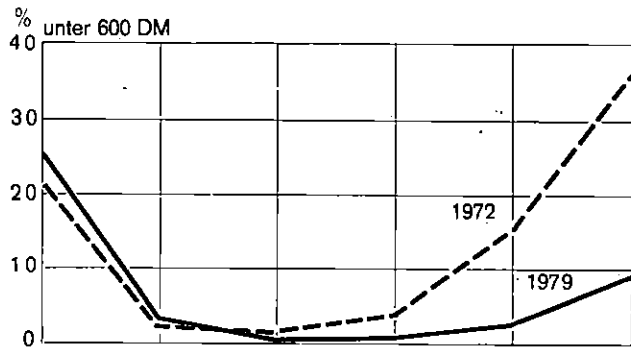
unter 800	-	3,0	-	4,4	2,0	50,4	34,6
800 - 1 400	-	6,2	-	5,9	2,3	52,4	31,4
1 400 - 2 000	-	14,9	-	2,6	0,7	62,9	29,9
2 000 - 2 500	-	23,2	-	3,2	0,4	60,9	31,4
2 500 - 3 000	-	30,8	-	3,8	0,4	65,3	24,7
3 000 und mehr	-	52,3	-	5,7	1,0	67,4	19,8

1) Stichtag jeweils 1. Januar.

Schaubild 1

Nettohaushaltseinkommen nach dem Alter des Haushaltsvorstands 1972 und 1979

Haushaltsvorstände mit einem Nettoeinkommen von



Verteilung der Haushaltseinkommen nach Haushaltsgröße und Alter des Haushaltsvorstands 1978

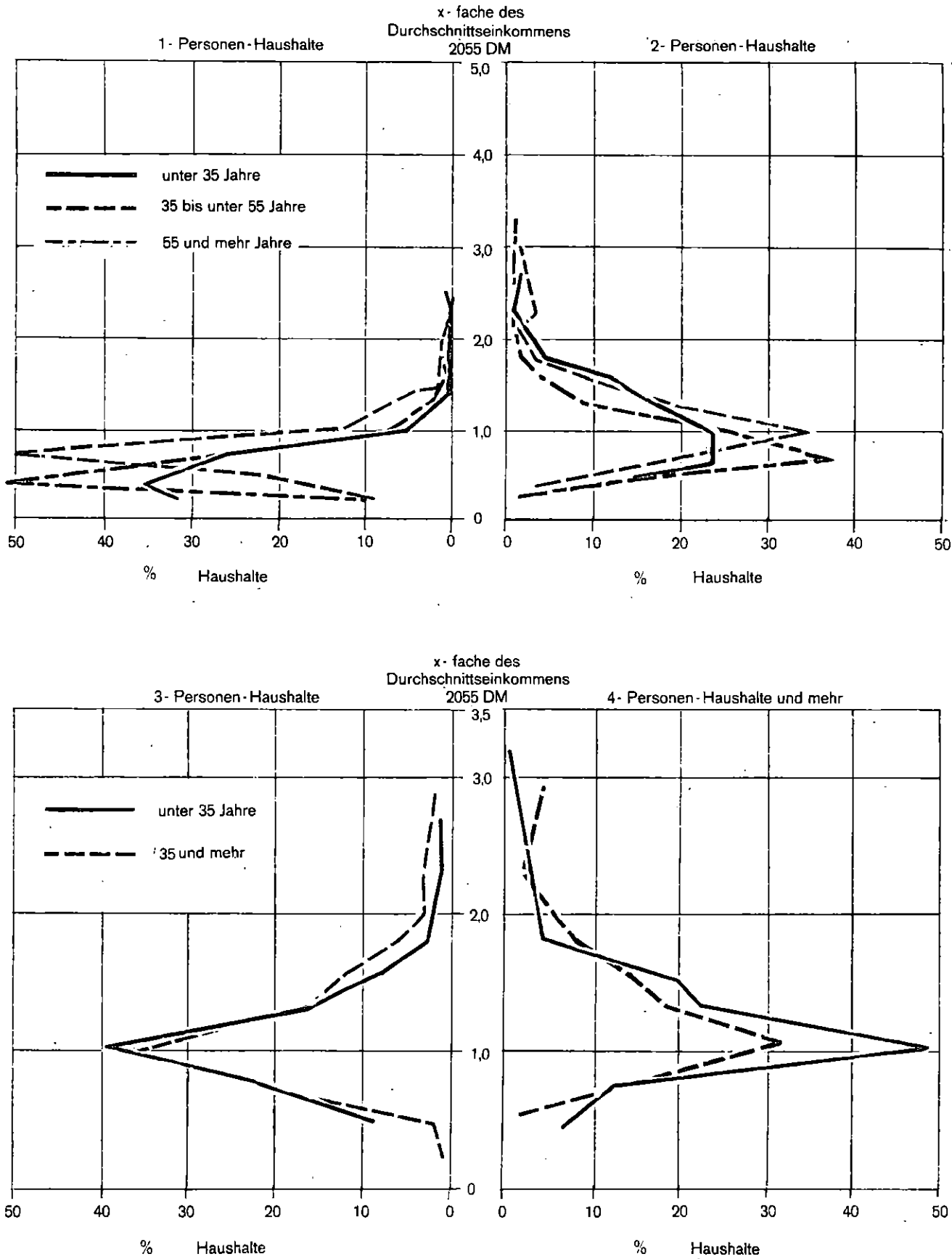


Schaubild 3

Verteilung der Haushaltseinkommen nach Haushaltsgröße sowie der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands

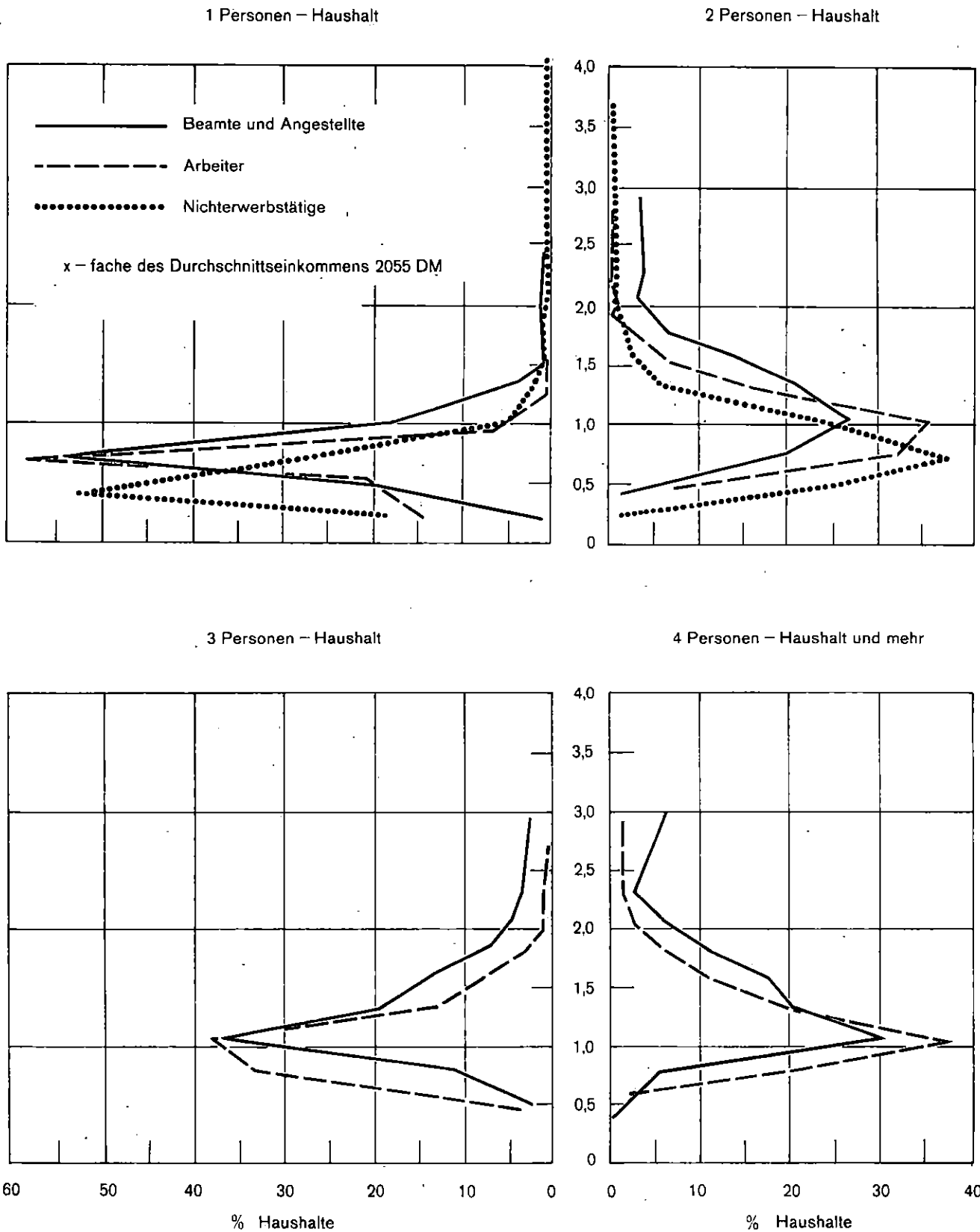


Schaubild 4

Verteilung der Haushaltseinkommen nach Familienstand und sozialer Stellung des Haushaltsvorstands 1978

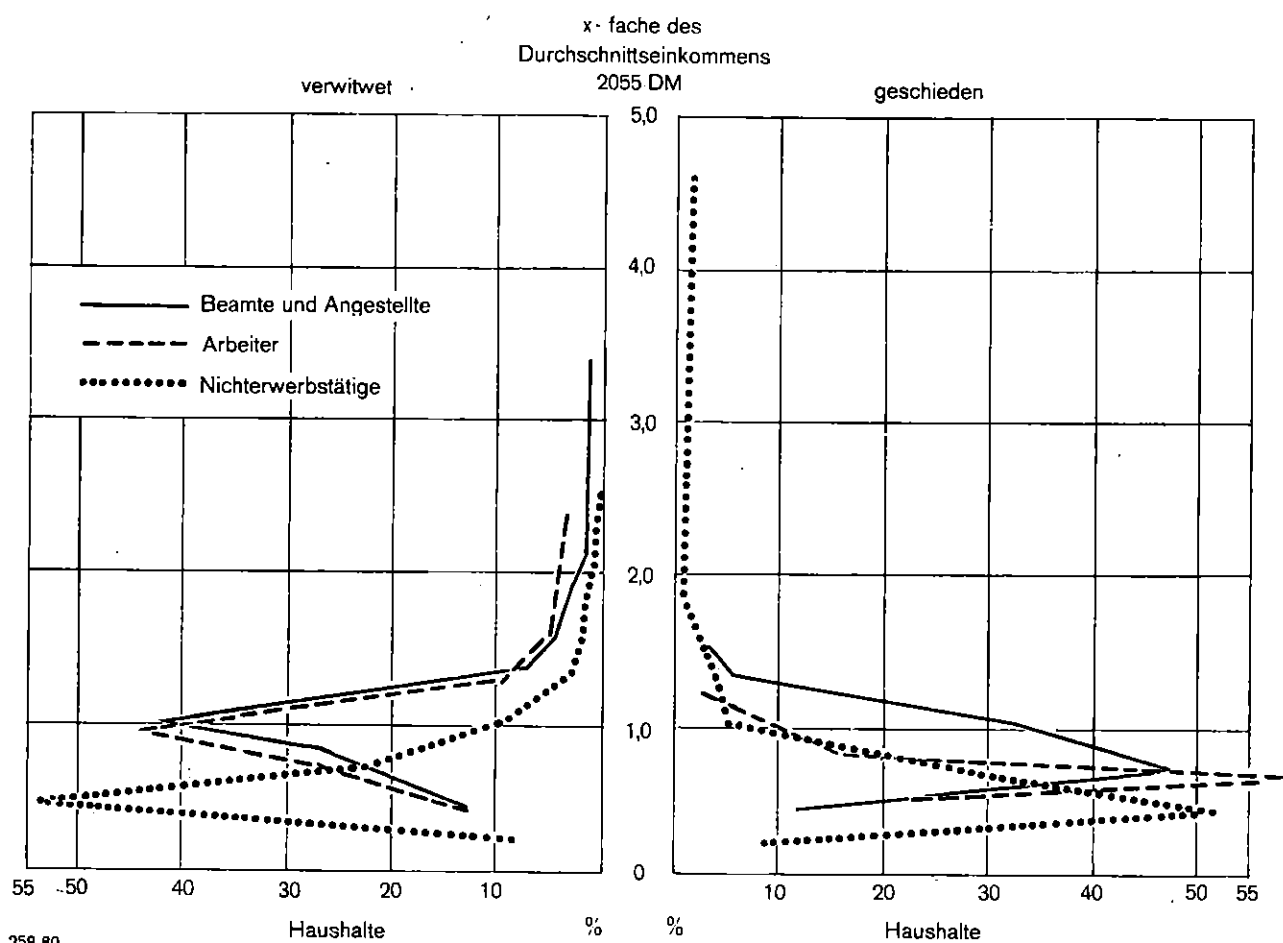
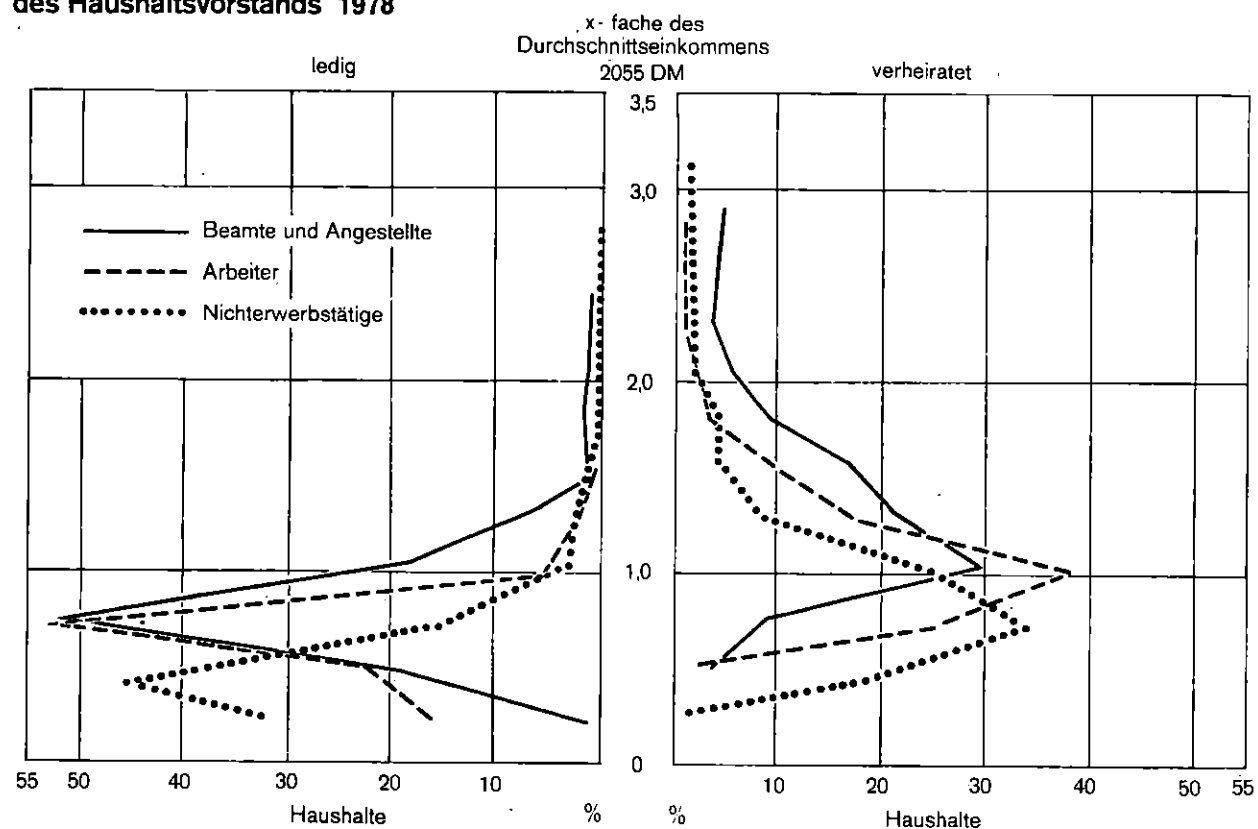


Schaubild 5

Verteilung der Haushaltseinkommen nach Erwerbstätigkeit und Familienstand des Haushaltsvorstands 1978

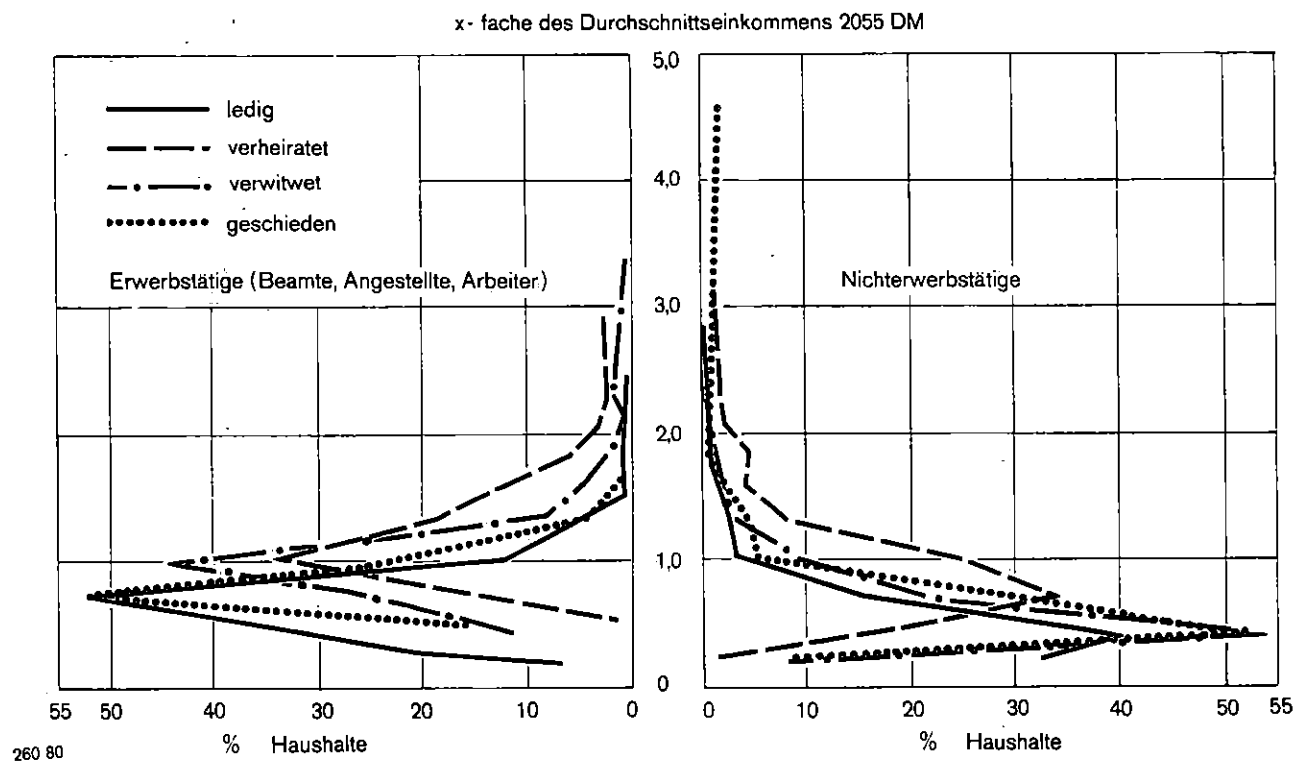


Schaubild 6

Verteilung der Haushaltseinkommen nach Familienstand und Alter des Haushaltsvorstands 1978

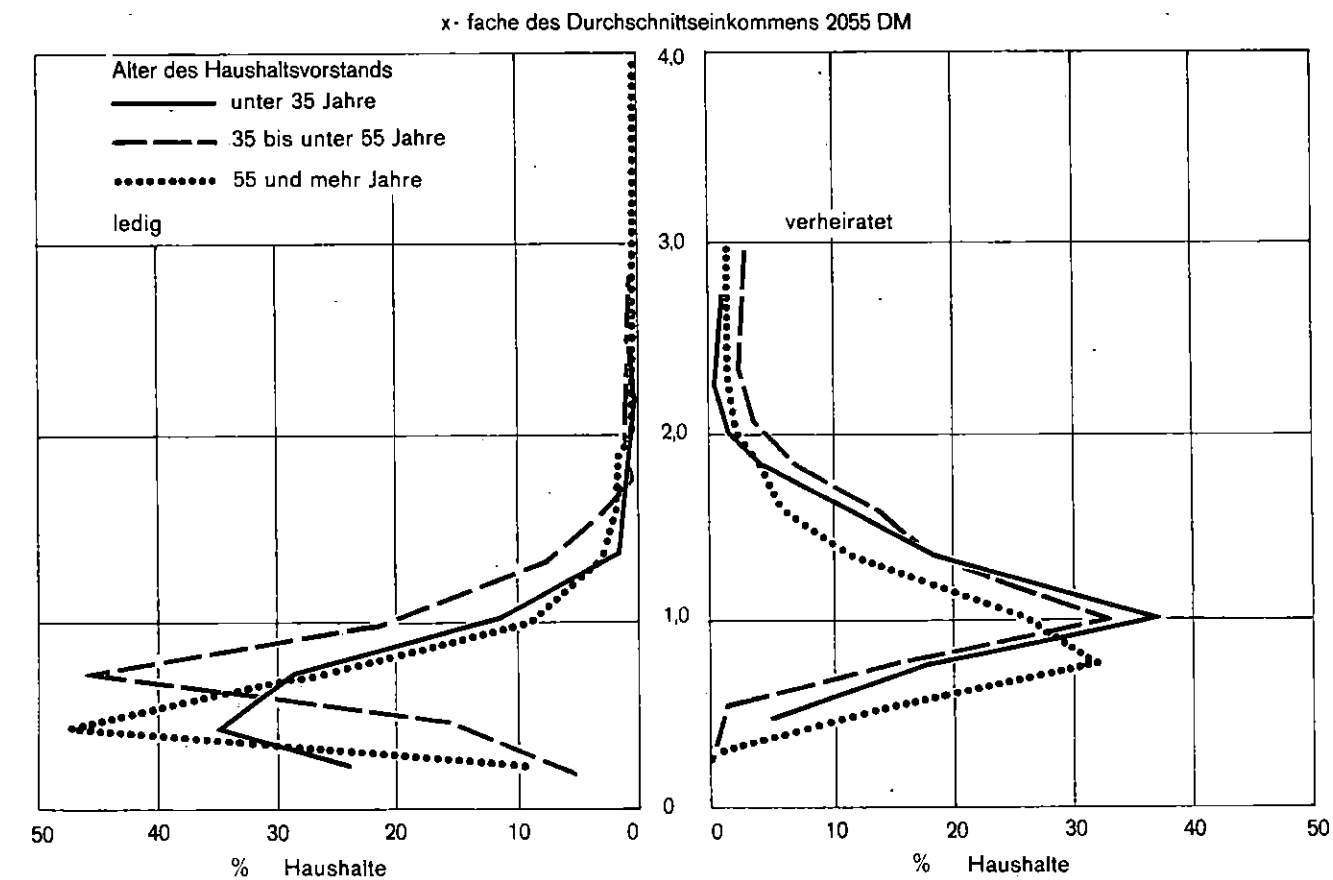
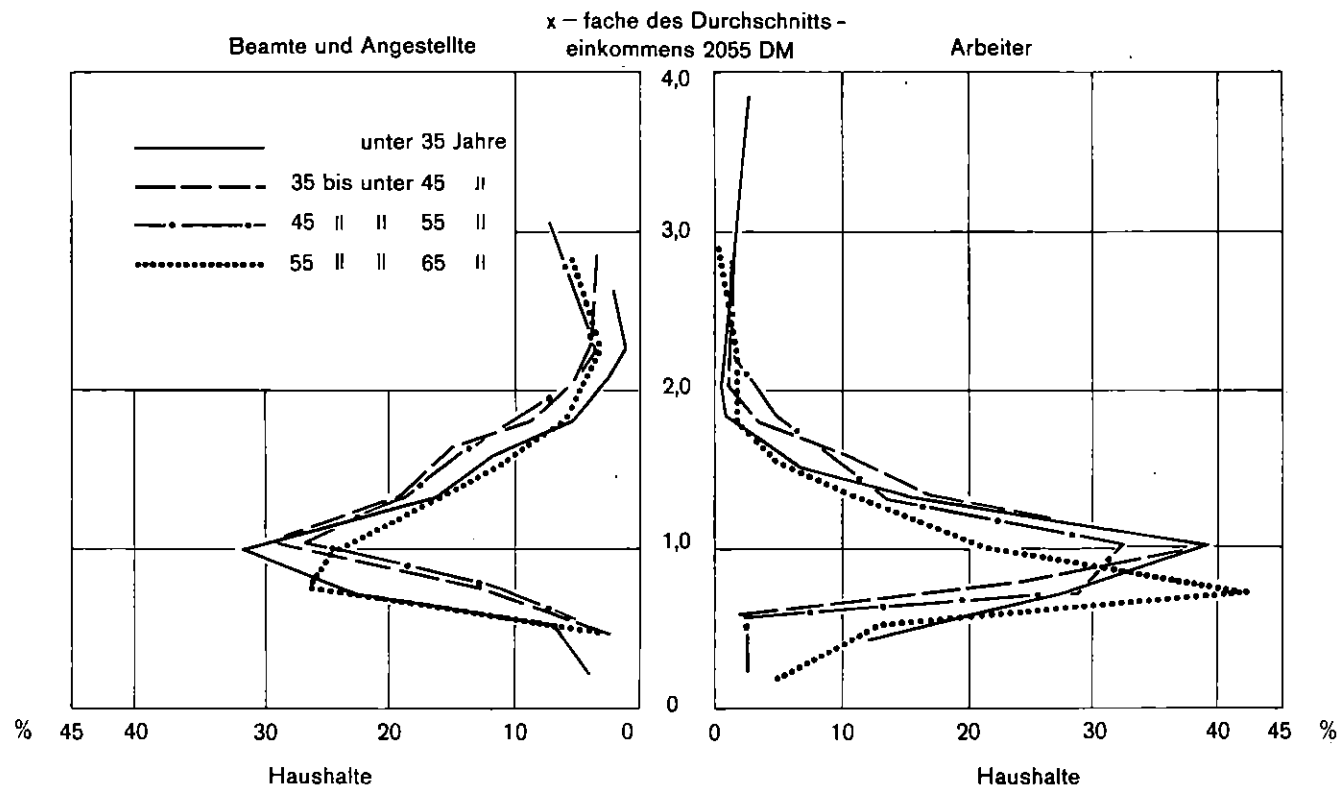


Schaubild 7

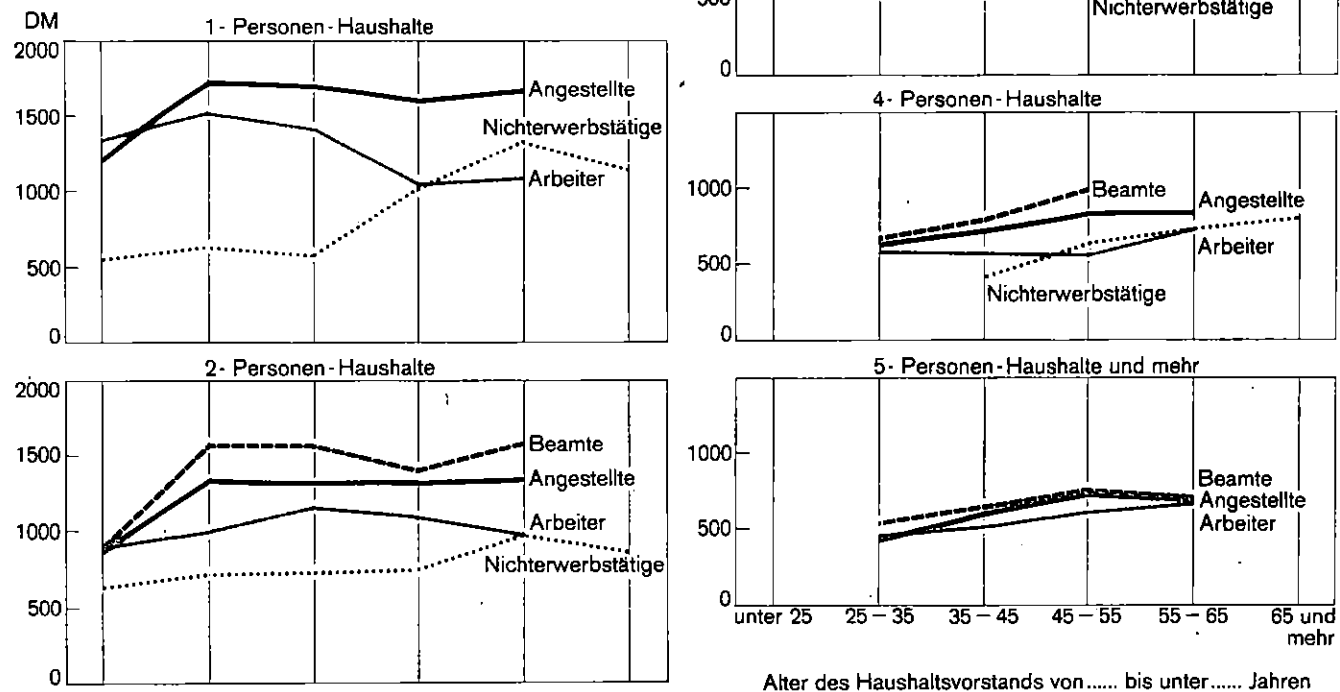
Verteilung der Haushaltseinkommen nach sozialer Stellung und Alter des Haushaltsvorstands 1978



264 80

Schaubild 8

Pro-Kopf-Einkommen der Haushalte nach der Haushaltsgröße, Stellung im Beruf und Alter des Haushaltsvorstands 1978



8. Kennziffern staatlicher Aktivität auf der Ausgabenseite in Prozent

Jahr	Allgemeine Staatsquote ¹⁾		Staatsquote ²⁾		Laufende Ausgabenquote ³⁾		Übertragungsquote ⁴⁾		Staatsverbrauchsquote ⁵⁾		Investitionsquote ⁶⁾	
	Baden-Württemberg	Bund	Baden-Württemberg	Bund	Baden-Württemberg	Bund	Baden-Württemberg	Bund	Baden-Württemberg	Bund	Baden-Württemberg	Bund
1960	28,1	32,5	14,8	16,7	24,8	29,3	13,2	15,8	11,5	13,4	3,3	3,2
1961	29,6	33,8	16,0	17,4	25,7	30,3	13,7	16,4	12,0	13,9	4,0	3,5
1962	31,2	35,6	16,8	18,7	26,9	31,6	14,4	16,9	12,5	14,7	4,3	4,0
1963	31,9	36,3	18,1	20,1	27,0	31,8	13,8	16,2	13,2	15,6	4,9	4,5
1964	32,0	36,1	18,0	19,9	26,4	31,2	14,0	16,3	12,4	14,9	5,6	5,0
1965	32,2	36,8	17,7	19,9	27,2	32,2	14,5	16,9	12,7	15,3	5,0	4,6
1966	32,1	36,9	17,4	20,0	27,6	32,5	14,6	16,9	12,9	15,6	4,5	4,3
1967	32,8	38,6	17,2	20,2	29,3	34,8	15,6	18,4	13,7	16,3	3,5	3,8
1968	32,3	37,9	16,8	19,5	28,6	34,0	15,5	18,4	13,1	15,6	3,7	3,9
1969	32,3	37,9	17,1	19,8	28,1	33,9	15,1	18,1	12,9	15,8	4,2	4,0
1970	32,1	38,0	17,8	20,5	27,4	33,4	14,3	17,5	13,1	15,9	4,7	4,5
1971	33,6	39,2	18,8	21,5	29,0	34,8	14,8	17,7	14,2	17,1	4,6	4,4
1972	34,1	40,2	18,5	21,5	30,0	36,1	15,6	18,7	14,4	17,4	4,1	4,1
1973	35,0	40,9	19,1	21,9	31,0	37,1	16,0	19,0	15,0	18,1	4,0	3,8
1974	38,1	43,9	21,0	23,8	33,8	39,8	17,1	20,2	16,7	19,7	4,3	4,1
1975	42,0	47,7	21,7	24,8	38,1	43,7	20,3	22,9	17,8	20,8	3,9	4,0
1976	41,1	47,0	20,7	23,8	37,7	43,4	20,4	23,2	17,2	20,2	3,4	3,6
1977	.	47,2	.	23,4	.	43,9	.	23,8	16,9	20,0	3,3	3,4
1978	.	47,0	.	23,5	.	43,5	.	23,5	16,9	19,9	.	3,6

1) Laufende Ausgaben und Bruttoanlageinvestitionen einschließlich geleisteter Vermögensübertragungen und Zinsen für öffentliche Schulden in Prozent des Bruttosozialprodukts. - 2) Staatsverbrauch und staatliche Bruttoanlageinvestitionen in Prozent des Bruttosozialprodukts. - 3) Laufende Ausgaben einschließlich geleisteter Vermögensübertragungen und Zinsen für öffentliche Schulden sowie Staatsverbrauch in Prozent des Bruttosozialprodukts. - 4) Laufende Ausgaben einschließlich geleisteter Vermögensübertragungen und Zinsen für öffentliche Schulden in Prozent des Bruttosozialprodukts. - 5) Staatsverbrauch in Prozent des Bruttosozialprodukts. - 6) Staatliche Bruttoanlageinvestitionen in Prozent des Bruttosozialprodukts.

9. Transferquoten zwischen Staat und privaten Haushalten in Prozent

Jahr	Empfangene laufende Übertragungen ¹⁾				Geleistete laufende Übertragungen ²⁾					
	Insgesamt		darunter soziale Leistungen		Insgesamt		darunter			
							direkte Steuern		Sozialbeiträge	
	Baden-Württemberg	Bund	Baden-Württemberg	Bund	Baden-Württemberg	Bund	Baden-Württemberg	Bund	Baden-Württemberg	Bund
1960	16,1	19,2	12,7	15,7	26,2	26,3	9,2	8,9	12,9	13,6
1961	15,9	19,1	12,4	15,5	27,5	27,8	10,3	10,0	12,9	13,6
1962	16,2	19,4	12,6	15,6	28,7	28,7	11,0	10,5	13,0	13,8
1963	16,4	19,6	12,6	15,7	29,7	29,6	11,6	11,0	13,2	14,1
1964	16,4	19,6	12,6	15,7	29,4	29,2	11,6	11,1	13,0	13,7
1965	16,7	20,0	12,9	16,0	29,0	29,1	10,7	10,4	12,9	13,8
1966	17,3	20,6	13,2	16,4	30,5	30,5	11,3	10,9	13,5	14,4
1967	18,3	22,4	14,1	18,0	30,3	30,7	11,1	10,9	13,7	14,7
1968	17,7	21,7	13,5	17,3	30,6	30,8	11,1	10,9	14,0	14,8
1969	17,4	21,3	13,1	16,9	32,0	32,2	11,4	11,4	14,7	15,6
1970	16,3	19,9	12,2	15,6	33,4	33,3	11,8	11,7	15,2	15,8
1971	16,4	20,0	12,2	15,6	34,8	34,8	12,8	12,7	15,5	16,2
1972	17,2	21,1	12,8	16,5	36,1	36,2	12,8	12,7	16,5	17,1
1973	17,2	21,2	12,9	16,5	38,9	39,1	14,4	14,5	17,7	18,3
1974	18,3	22,3	13,9	17,7	40,7	40,4	15,1	15,1	18,6	18,8
1975	22,0	25,8	17,5	21,0	40,2	40,0	14,0	14,0	19,5	19,7
1976	21,4	25,6	16,8	20,7	41,4	41,4	14,6	14,7	20,2	20,3
1977	21,5	25,4	16,9	20,6	41,6	41,4	15,2	15,3	20,0	20,1
1978

1) Empfangene laufende Übertragungen des Staates an die privaten Haushalte in Prozent des Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommens. - 2) Geleistete laufende Übertragungen der privaten Haushalte an den Staat in Prozent des Bruttoerwerbseinkommens.

10. Kennziffern staatlicher Aktivität auf der Einnahmeseite in Prozent

Jahr	Staatliche Gesamt-einnahmequote ¹⁾		Steuerquote ²⁾	
	Baden-Württemberg	Bund	Baden-Württemberg	Bund
1960	32,8	35,2	22,6	24,0
1961	33,5	36,3	23,4	25,2
1962	34,0	36,6	23,8	25,4
1963	33,9	36,8	23,7	25,4
1964	33,7	36,5	23,6	25,3
1965	32,7	35,8	22,5	24,4
1966	33,4	36,3	22,8	24,4
1967	32,9	36,7	22,2	24,5
1968	33,7	36,6	22,7	24,2
1969	35,7	38,6	24,4	25,8
1970	34,4	37,8	22,5	24,5
1971	36,1	38,6	23,9	24,9
1972	36,1	39,2	23,2	24,8
1973	38,6	41,6	24,7	26,3
1974	39,4	42,0	24,6	26,1
1975	39,2	41,3	23,6	24,6
1976	40,4	42,9	24,3	25,2
1977	.	44,1	25,4	26,2
1978	.	43,7	.	25,7

1) Laufende Einnahmen (direkte und indirekte Steuern, Sozialbeiträge, Erwerbseinkünfte des Staates, empfangene Vermögensübertragungen des Staates und sonstige laufende Übertragungen) in Prozent des Brutto-Sozialprodukts. - 2) Direkte und indirekte Steuern in Prozent des Brutto-Sozialprodukts.

11. Ermittelte Tatverdächtige und Kriminalitätsbelastungsziffern¹⁾ nach Personengruppen

Jahr	Tatverdächtige insgesamt	Nicht-deutsche	Erwachsene		Heranwachsende		Jugendliche		Kinder	
	KBZ ¹⁾		Zahl	KBZ ¹⁾	Zahl	KBZ ¹⁾	Zahl	KBZ ¹⁾	Zahl	KBZ ¹⁾

Straftaten ohne Staatsschutz- und Verkehrsdelikte

1970	1 694	3 375	105 330	1 753	17 697	4 760	19 309	4 043	8 600	419
1971	1 585	3 482	97 352	1 621	18 760	5 067	18 495	3 755	6 419	314
1972	1 577	3 293	95 816	1 565	19 577	5 261	20 989	4 085	6 395	312
1973	1 493	3 121	92 657	1 493	18 517	4 837	19 469	3 653	6 020	296
1974	1 618	2 989	101 840	1 619	20 724	5 303	20 171	3 616	6 794	340
1975	1 676	3 009	104 533	1 659	22 214	5 581	21 327	3 720	6 598	337
1976	1 789	3 384	110 182	1 755	22 977	5 735	22 745	3 866	7 861	417
1977	1 851	3 800	111 302	1 770	23 917	5 798	25 470	4 210	8 136	449
1978	1 866	3 919	111 551	1 761	23 939	5 630	25 840	4 154	8 846	508
1979	2 048	4 225	115 462	1 807	25 735	5 824	28 343	4 448	8 560	513

Rauschgiftdelikte

1970	22,6	53,2	733	12,2	719	193,4	561	117,5	3	0,1
1971	31,1	61,9	947	15,7	1 082	292,1	747	151,7	6	0,3
1972	30,9	74,7	987	16,1	1 105	296,9	701	136,4	4	0,2
1973	32,5	70,3	1 127	18,2	1 215	317,4	621	116,5	11	0,5
1974	38,0	77,2	1 469	23,3	1 369	350,3	665	119,2	5	0,3
1975	44,2	100,0	1 956	31,1	1 546	388,4	564	98,4	11	0,6
1976	51,8	94,7	2 514	40,0	1 683	420,1	534	90,8	7	0,4
1977	45,9	75,4	2 210	35,1	1 524	369,5	447	73,9	5	0,3
1978	61,9	120,8	3 425	54,1	1 742	409,7	472	75,9	6	0,3
1979	75,1	123,5	4 202	65,8	1 937	438,3	474	74,4	9	0,5

1) KBZ = Kriminalitätsbelastungsziffer: Ermittelte Tatverdächtige auf 100 000 der entsprechenden Bevölkerungsgruppe.
Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, Landeskriminalamt Baden-Württemberg.

12. Verurteilte nach Personengruppen und Geschlecht

Jahr	Rechtskräftig Verurteilte							
	Insgesamt	darunter Nichtdeutsche	davon					
			Erwachsene		Heranwachsende		Jugendliche	
			zusammen	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich

Klassische Kriminalität (ohne Verkehrsdelikte)

Anzahl

1970	50 082	7 939	36 504	29 103	6 702	5 866	6 876	5 899
1971	52 607	9 255	37 568	30 425	7 328	6 432	7 711	6 644
1972	56 633	10 615	40 334	32 558	7 983	6 948	8 316	7 153
1973	54 761	10 756	39 298	31 704	7 428	6 418	8 035	6 888
1974	56 152	11 065	40 401	32 726	7 583	6 586	8 168	7 044
1975	55 028	10 065	38 720	31 454	7 591	6 532	8 717	7 578
1976	54 694	9 182	38 304	31 050	7 854	6 786	8 536	7 387
1977	56 915	9 465	39 426	31 880	8 109	6 987	9 380	8 183
1978	55 977	8 895	38 491	30 952	8 038	6 975	9 448	8 202
1979	57 178	10 120	39 404	31 386	8 029	6 925	9 745	8 471

Verurteiltenziffern¹⁾

1970	730,2	1 573,5	607,5	1 033,8	1 802,5	3 144,3	1 396,1	2 420,8
1971	761,4	1 661,7	621,2	1 076,0	1 978,3	3 466,5	1 565,6	2 643,8
1972	808,0	1 758,6	658,8	1 135,3	2 145,2	3 729,3	1 618,6	2 712,1
1973	768,8	1 634,8	633,1	1 088,1	1 940,4	3 340,6	1 507,7	2 504,2
1974	775,6	1 547,9	642,2	1 105,2	1 940,5	3 359,8	1 464,3	2 448,6
1975	756,9	1 474,0	614,7	1 066,6	1 907,3	3 260,9	1 520,5	2 575,9
1976	752,5	1 466,9	610,0	1 061,1	1 960,3	3 334,0	1 450,8	2 455,2
1977	779,0	1 571,2	627,0	1 089,1	1 965,9	3 314,8	1 550,6	2 646,3
1978	758,4	1 478,3	607,7	1 049,0	1 890,3	3 210,0	1 518,9	2 578,9
1979	765,4	1 649,0	616,8	1 052,9	1 817,0	3 068,8	1 529,4	2 595,5

Rauschgiftdelikte

Anzahl

1970	311	92	135	116	100	84	76	61
1971	990	106	229	218	377	355	384	313
1972	951	110	191	173	381	361	379	320
1973	1 060	159	319	287	416	375	325	253
1974	1 188	163	363	321	488	431	337	250
1975	1 334	171	442	403	538	466	354	254
1976	1 635	227	701	594	672	540	262	178
1977	1 818	208	810	692	745	596	263	187
1978	1 465	183	712	608	558	438	195	126
1979	2 082	280	1 096	946	753	582	233	144

Verurteiltenziffern¹⁾

1970	4,5	18,2	2,2	4,1	26,9	45,3	15,9	25,0
1971	14,3	19,0	3,8	7,7	101,8	191,3	78,0	124,5
1972	13,6	18,2	3,1	6,0	102,4	193,8	73,8	121,3
1973	14,9	24,2	5,1	9,8	108,7	195,2	61,0	92,0
1974	16,4	22,8	5,8	10,8	124,9	219,9	60,4	86,9
1975	18,3	25,0	7,0	13,7	135,2	232,6	61,7	86,3
1976	22,5	36,3	11,2	20,3	167,7	265,3	44,5	59,2
1977	24,9	34,5	12,9	23,6	180,6	282,8	43,5	60,5
1978	19,8	30,4	11,2	20,6	131,2	201,6	31,3	39,6
1979	27,9	45,6	17,2	31,7	170,4	257,9	36,6	44,1

1) Verurteiltenziffer = Verurteilte auf 100.000 der entsprechenden Personengruppe.

13. Verurteilte nach Personengruppen und begangenen Straftaten

Jahr	Rechtskräftig Verurteilte							
	insgesamt	darunter Nichtdeutsche	davon					
			Erwachsene		Heranwachsende		Jugendliche	
			zusammen	VUZ ¹⁾	zusammen	VUZ ¹⁾	zusammen	VUZ ¹⁾

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§ 174-184c StGB)

1970	1 252	188	975	16	132	36	145	30
1971	1 269	199	1 029	17	136	37	104	21
1972	1 314	218	1 037	17	123	33	154	30
1973	1 173	231	958	15	113	30	102	19
1974	1 180	226	915	15	141	36	124	22
1975	1 205	223	949	15	135	34	121	21
1976	1 118	205	886	14	127	32	105	18
1977	1 115	205	841	13	136	33	138	23
1978	952	139	761	12	97	23	94	15
1979	1 268	169	760	12	98	22	78	12

Mord und Totschlag (§ 211-213 StGB)

1970	54	25	47	1	6	2	1	0
1971	85	24	75	1	10	3	2	0
1972	86	32	79	1	6	2	1	0
1973	74	34	64	1	8	2	2	0
1974	108	33	85	1	16	4	7	1
1975	145	67	112	2	20	5	13	2
1976	133	47	111	2	12	3	10	2
1977	119	40	96	2	17	4	6	1
1978	97	25	74	1	14	3	9	1
1979	126	47	98	1	16	4	12	2

Körperverletzung (§ 223-233 StGB außer im Straßenverkehr)

1970	4 636	555	3 481	58	759	204	396	83
1971	4 635	673	3 525	58	744	201	366	74
1972	4 942	789	3 747	61	740	199	455	89
1973	4 612	775	3 429	55	714	187	469	88
1974	4 674	824	3 436	55	704	180	534	96
1975	5 034	841	3 678	58	764	192	592	103
1976	4 961	788	3 644	58	784	196	533	91
1977	6 586	886	3 984	63	930	225	672	111
1978	5 214	791	3 707	59	868	204	639	103
1979	5 056	824	3 626	49	811	183	619	97

Diebstahl und Unterschlagung (§ 242-248c StGB)

1970	17 139	1 795	9 848	164	2 769	745	4 522	947
1971	17 797	2 144	10 165	168	2 921	789	4 711	956
1972	19 592	2 513	11 432	187	3 248	873	4 912	956
1973	19 050	2 671	11 284	182	3 022	789	4 744	890
1974	19 111	2 939	11 622	185	2 888	739	4 601	825
1975	19 446	2 862	11 552	183	2 954	742	4 940	862
1976	19 429	2 672	11 421	182	3 016	753	4 992	848
1977	19 062	2 522	10 780	171	2 897	702	5 385	890
1978	19 471	2 411	10 728	169	3 059	719	5 684	914
1979	19 977	2 762	11 106	174	945	667	5 926	930

Raub und Erpressung (§ 249-256 StGB)

1970	375	44	181	3	103	28	91	19
1971	399	57	200	3	102	28	97	20
1972	520	58	232	4	121	33	167	33
1973	532	92	228	4	155	40	149	28
1974	526	88	232	4	138	35	156	28
1975	571	113	249	4	165	41	157	27
1976	689	112	318	5	177	44	194	33
1977	711	75	292	5	190	46	229	38
1978	707	101	277	4	191	45	239	38
1979	740	122	310	5	202	46	228	36

1) VUZ = Verurteiltenziffer = Verurteilte auf 100 000 der entsprechenden Personengruppe.

14. Schulbesuch der 15— bis einschließlich 18jährigen

Schuljahr	Ge- schlecht	Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis einschließlich 18 Jahren	Darunter besuchen ...							
			Hauptschulen		Sonderschulen		Realschulen		Allgemeinbildende Gymnasien	
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1970/71	m	248 130	4 782	1,9	1 544	0,6	14 685	5,9	42 772	17,2
	w	239 091	3 161	1,3	1 053	0,4	13 708	5,7	31 535	13,2
	z	487 221	7 943	1,6	2 597	0,5	28 393	5,8	74 307	15,3
1975/76	m	292 430	24 372	8,3	5 903	2,0	26 061	8,9	55 555	19,0
	w	278 511	19 636	7,1	3 827	1,4	26 400	9,5	47 870	17,0
	z	570 941	44 008	7,7	9 730	1,7	52 461	9,2	102 925	18,0
1978/79	m	320 631	28 835	9,0	7 640	2,4	34 991	10,9	66 402	20,7
	w	305 954	22 324	7,3	5 039	1,7	37 500	12,3	61 317	20,0
	z	626 585	51 159	8,2	12 679	2,0	72 491	11,6	127 659	20,4

Noch: 14. Schulbesuch der 15— bis einschließlich 18jährigen

Schuljahr	Ge- schlecht	Noch: Darunter besuchen									
		Berufsschulen ¹⁾		2 jährige Berufsfachschulen		Berufskolleg ²⁾		sonstige Berufsfachschulen ³⁾		Berufliche Gymnasien ⁴⁾	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1970/71	m	126 259	50,9	8 546	3,4	473	0,2	5 602	2,3	6 563	2,6
	w	94 904	39,7	11 583	4,8	2 899	1,2	8 761	3,7	3 710	1,6
	z	221 163	45,4	20 129	4,1	3 372	0,7	12 773	2,6	10 273	2,1
1975/76	m	118 112	40,4	11 512	3,9	1 363	0,5	8 529	2,9	8 459	2,9
	w	81 286	29,2	17 350	6,2	7 534	2,7	9 216	3,3	6 509	2,3
	z	199 398	34,9	28 862	5,1	8 897	1,6	17 745	3,1	14 968	2,6
1978/79	m	120 528	37,6	10 914	3,4	2 315	0,7	15 560	4,9	8 580	2,7
	w	84 967	27,8	20 171	6,6	8 509	2,8	13 336	4,4	7 014	2,3
	z	205 495	32,8	31 085	5,0	10 824	1,7	28 896	4,6	15 594	2,5

1) Einschließlich kooperatives Berufsgrundbildungsjahr. - 2) Einschließlich Fachschulen für Sozialpädagogik. - 3) Einschließlich einjährige Berufsfachschulen und schulisches Berufsgrundbildungsjahr. - 4) Einschließlich Berufsoberschulen.